STENOGRAPHISCHE BERICHTE DES PREUSSISCHEN ...

Landtag (PRUSSIA). Haus der Abgeordneten

Digitized by Google

Digitized by Google

Stenographische Berichte
über die
Verhandlungen
des
Preußischen Abgeordnetenhauses
über
den im Königreich Polen
ausgebrochenen Aufstand

Alphabetisches Verzeichniß der Namen und Seitenzahl ihrer Reden

Berlin, 1863.

Druck und Verlag von G. Reimer.

183.
8074 b. 27

Stenographische Berichte

des

Preußischen Abgeordnetenhauses

über die

Verhandlungen,

betreffend

den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand.

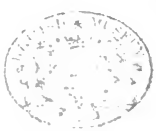
Alphabetisches Verzeichniß der Redner und Seitenzahlen ihrer Reden.

André S. 166.
Dr. Becker (Dortmund) S. 36. 180.
Behrend S. 36. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 51. 58. 77. 136. 156. 165. 166. 167. 168. 169. 173. 174. 175. 177. 178. 179. 180. 223.
v. Bismarck S. 45. 46. 47. 48. 58. 75. 108. 118. 189. 201.
v. Bockum-Dolffs S. 207.
v. Bonin (Genthin) S. 121. 208. 225. 226.
v. Carlowitz S. 203.
Graf v. Czieskowski S. 169.
Graf zu Eulenburg S. 34. 43. 44. 120.
v. Gottberg S. 13. 15. 224.
Grabow S. 3. 13. 15. 21. 27. 34. 75. 77. 78. 108. 109. 118. 119. 120. 121. 181. 189. 201. 203. 207. 208. 223. 224. 225. 226. 227. 230. 232.
Groote S. 173. 175.
v. Hennig (Straßburg) S. 109. 179.
Freiherr v. Hoverbeck S. 181. 208.
Kantak S. 178.
Dr. Kette S. 167.
Dr. Küning S. 166.
v. Mallinckrodt S. 226.
Michaelis S. 167.
Dr. Reichensperger (Beckum) S. 169.
Freiherr v. Richthofen (Striegau) S. 232.
v. Roenne (Solingen) S. 21.
Dr. Roepell (Oels) S. 27.
v. Roon S. 119.
v. Saenger S. 51.
Schulze (Berlin) S. 136.
Dr. Simson S. 168. 190.
v. Sybel S. 5. 167. 208.
Twesten S. 58.
v. Unruh S. 77. 170.
Freiherr v. Vincke (Stargard) S. 76. 79. 177. 179. 227.
Dr. Virchow S. 77. 156.
Wachsmuth S. 173.
Dr. Waldeck S. 175.
Dr. Ziegert S. 166.

Berlin, 1863.

Druck und Verlag von W. Moeser.
Stallschreiber-Straße Nr. 34.

Digitized by Google



Digitized by Google

Siebenzehnte Sitzung

am Donnerstag, den 26. Januar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staats-Minister v. Bismarck, v. Bodelschwingh, Graf v. Itzenplitz, v. Mühler, v. Selchow, Graf zu Eulenburg.

Präsident: Meine Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten nunmehr in die Tages-Ordnung, und zwar in den ersten Gegenstand derselben, den Bericht der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand. (Nr. 49. der Drucksachen.)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete v. Sybel, welcher bereits neben mir Platz genommen hat.

Ihre Commission, meine Herren, hat den Antrag gestellt:

> dem Hause die Annahme des Antrags der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz in folgender Fassung zu empfehlen:
>
> Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:
>
> > das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende; demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.

Zu diesem Antrage Ihrer Commission ist ein Abänderungs-Antrag, welcher bereits gehörig unterstützt ist, von dem

Digitized by Google

Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) eingegangen. Derselbe lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen,
die von der Commission beantragte Erklärung in nachstehender Fassung abzugeben:

„Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide, und Bewaffneten nicht gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Dieser Abänderungs-Antrag ist bereits gedruckt in den Händen der Mitglieder des Hauses. Außerdem hat der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Stargard) ein Amendement zu dem Antrage der Commission eingereicht, welches also lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:
das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande den Russischen Truppen nicht gestattet, das Preußische Gebiet zum Zwecke der Verfolgung der Polnischen Insurgenten zu betreten.

Dies Amendement bedarf noch der Unterstützung, und ich ersuche daher diejenigen Herren, welche dasselbe unterstützen wollen, aufzustehen.

(Geschieht.)

Das Amendement ist ausreichend unterstützt. Ich eröffne nunmehr über den Antrag der Commission und die beiden gedachten Verbesserungs-Anträge der Herren Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Freiherr v. Vincke (Stargard) die Discussion und ersuche die Herren Redner sich bei dem Herrn Schriftführer zu melden.

(Geschieht.)

Meine Herren! Die Rednerliste ist durch das Loos in folgender Art festgestellt worden:

Für den Commissions-Antrag haben sich einschreiben lassen:
v. Roenne (Solingen), Dr. Becker (Dortmund), Twesten, v. Hennig (Strasburg), Duncker (Berlin), Dr. Löwe (Bochum), Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Schulze (Berlin), Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu und Laßwitz.

Digitized by Google

Gegen den Antrag der Commission:

v. Gottberg, v. Beughem, v. Saenger, v. Vincke (Stargard), Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Genthin), Dr. Roepell (Oels), Dr. Virchow, v. Bonin (Stolp), Aßmann und Dr. Simson.

Der Herr Referent wünscht das Wort; ich ertheile es ihm.

Abgeordneter **v. Sybel:** Meine Herren! Es war der Wunsch Ihrer Commission, daß ich den schriftlichen Bericht, der nach einer reiflichen Erwägung sich auf bestimmte und kurze Betonung der leitenden Gesichtspunkte beschränkt hat, durch einige eingehendere Ausführungen ergänzen oder erläutern solle.

Ich erlaube mir zunächst an die Worte des Berichtes anzuknüpfen: „Der Antrag redet nicht ausdrücklich von der Deckung unserer Grenzen, der Erhaltung unseres Besitzstandes, der Sicherung der bürgerlichen Ordnung, — er setzt das Alles als selbstverständlich voraus."

Meine Herren! Ihre Commission ist von dieser Ueberzeugung in jeder Hinsicht durchdrungen: Unsere östlichen Provinzen sind unser nach allseitig anerkannten Rechtstiteln, sie sind unser nach den Anlagen, welche Deutsche Einsicht, Deutsches Capital und Deutscher Fleiß dort gemacht haben. Sie sind unser und wir hoffen, sie zu behaupten. Wir wünschen unsern Mitbürgern Polnischer Zunge ein jedes menschliche, jedes bürgerliche und jedes verfassungsmäßige Recht im vollen Umfange, wie uns Allen, zu sichern, aber eben so sicher sollen unsere Deutschen Landsleute in jenen Grenzmarken des Vaterlandes wissen, daß zu ihrem Schutz und Hort das gesammte Preußische Volk bereit ist.

(Bravo!)

Bei dieser Stellung, meine Herren, haben wir auch im Hinblick auf die Wechselfälle vergangener Zeiten ein reines Gewissen. Es ist recht und heilsam, gerade in diesem Augenblick es mit möglichster Klarheit und Bestimmtheit auszusprechen, daß die Stellung Preußens zu der Polnischen Frage von jener Rußlands eine grundverschiedene ist. In jener ersten Theilung von 1772 nahmen wir Westpreußen, ein durch Jahrhunderte weit überwiegend Deutsches Land, welches in früheren Zeiten durch Polnische Waffengewalt uns entrissen, unter Polnischer Herrschaft von vielfacher Kränkung politischer und religiöser Rechte heimgesucht und vom großen Friedrich nicht erobert, sondern befreit worden ist. Für das Unrecht der zweiten und dritten Theilung haben wir in den schweren Jahren von 1806—1813 reichlich und verdient gebüßt. Das Wesentlichste aber ist, daß wir unsere heutige Provinz Posen nicht in Folge jener Theilungen, sondern in Folge einer Europäischen Entscheidung besitzen, eines Entscheidungsspruches, der wesentlich darin seinen

Digitized by Google

Grund hatte, daß Europa es für sein eigenes Interesse erkannte, daß unsere östliche Grenze geschlossen werden sollte, und daß nicht fremde Garnisonen an der Warthe, Königsberg und Breslau umgehen und in dichter Nähe unsere Hauptstadt bedrohen konnten. So besitzen wir, was wir heute von der ehemals Polnischen Landschaft haben, mit den besten Titeln der Welt, und wir dürfen es sagen, wir haben nicht, wie andere Mächte, diese Titel durch ihren Mißbrauch, durch ihre von uns selbst vollzogene Zerstörung verwirkt. Wir stehen demnach der Frage, welche uns heut beschäftigt, der Frage, wie wir uns zu jenen Unruhen in Russisch-Polen zu verhalten haben, in voller Unbefangenheit gegenüber. Nicht mehr wie vor 1806 steht das Verhältniß so, daß der Besitz Posens uns an die Russische Alliance unter allen Bedingungen anschmiedet, und nicht mehr wie in früherer Zeit verpflichtet er uns, unter allen Bedingungen ein an Polen begangenes Unrecht sühnen zu müssen. Wir sehen in dieser Sache, wie in jeder andern, so, wie der Commissionsbericht es Ihnen bereits ausgesprochen hat, daß wir hier wie überall nur der Sympathie für den eigenen Staat, nur der Antipathie gegen die Verletzung der Preußischen Interessen zu folgen haben.

Aber, meine Herren, wenn nun unsere Position in der Polnischen Sache eine so einfache, eine zugleich so beschränkte und so reine ist, so meinen wir uns mit doppeltem Nachdrucke gegen eine Politik verwahren zu müssen, welche ohne den Schatten eines thatsächlichen Anlasses, ohne irgend eine sachliche Nöthigung, ja nach Allem, was wir bisher wissen, selbst ohne eine jenseitige Aufforderung, alle Vortheile dieser Stellung hinwegwirft. Es ist hierbei ganz gleichgültig, daß in diesem Augenblicke der Aufstand in Polen seiner Ueberwältigung nahe und demnach unsere Russische Convention für diesen Augenblick vielleicht praktisch unerheblich scheinen könnte. Bei den Zuständen in Russisch-Polen meine Herren, kann jeder Tag neue Convulsionen bringen, und vor Allem, was unseren Staat betrifft, Europa gegenüber wirkt das Unheil der einmal geschlossenen Convention unaufhaltsam fort. Auch jetzt also, meine Herren, haben wir den dringendsten Grund zum Protest gegen eine Politik, welche angeblich zur Wahrung unsrer Interessen, und zum Schutze unsrer Grenzen 500 □Meilen Deutscher Erde dem Lärmen und Leiden eines barbarisch geführten Krieges eröffnet, welche uns aus freien Stücken mit der Mitschuld an einer colossalen, von ganz Europa mit sittlicher Empörung betrachteten Menschenjagd belastet,

(Sehr richtig!)

welche selbst unseren Staat in alle Gefahren Rußlands hineindrängt, welche eine in den Polnischen Wäldern glimmende Insurrection ohne Noth zur Europäischen Frage um-

Digitized by Google

schafft, und, das einmal geschehen, dann nach der Natur der Verhältnisse die Wucht dieser Europäischen Frage zum größeren Theil von den Schultern Rußlands hinweg- und auf unsere eigenen Schultern hinüberwälzt,

(Hört! hört! Links: Sehr richtig!)

eine Politik, welche inmitten eines, an sich wieder zwecklosen, immer aber bitteren Haders gegen Oesterreich, dieser Macht selbst die Brücken zur Annäherung an die Westmächte schlägt,

(Sehr richtig! links.)

eine Politik, welche alle diese maßlosen Opfer auch ohne die Spur einer Aussicht auf eine anderweitige Entschädigung bringt, eine Politik, welche, um dieses Bild eines fanatischen Kreuzzuges gegen den angeblichen Drachen der Revolutionen völlig zu zeichnen, zwar in unserem eigenen Lande wegen angeblichen Geldmangels unseren eigenen Veteranen der Freiheitskriege die Brocken kümmerlich zumißt, welche aber in dieser conservativen Sache die Geldmittel unseres Staates zu Hunderttausenden dahin giebt,

(Sehr wahr! links.)

ohne die versammelte Landesvertretung einer Anfrage, ja auch nur einer Anzeige zu würdigen,

(Hört! Hört!)

welche damit wieder sich das Zeugniß ausstellt, daß die Essenz ihres Wesens die Nichtachtung des Rechtes ist, daß sie weder im Innern noch nach Außen handeln, weder ruhen noch wirken, ja ich möchte sagen, weder leben noch sterben kann,

(Heiterkeit.)

ohne die Gesetze dieses Landes zu verletzen!

(Bravo! Links.)

Wem, meine Herren, dieses Urtheil etwa zu hart oder nach der Lage der Sache voreilig erscheint, der möge Ihrer Commission wegen ihres unvollkommenen Wissens Mitleid schenken, der möge aber seinen Unwillen auch in dieser Beziehung an die Adresse der Königlichen Regierung richten,

(Sehr gut!)

welche Ihrer Commission eine jegliche Aufklärung versagt, und sie damit selbst in der Tiefe des Irrthums gelassen hat, in dem sie sich freilich in der Gesellschaft von ganz Europa befindet.

(Sehr wahr!)

Von dieser entscheidenden Seite her ohne Belehrung gelassen, konnte Ihre Commission eben nicht anders, als nach ihrem Standpunkte verfahren, und von diesem Standpunkte aus hätte es ihr beinah wie eine Beleidigung des hohen Hauses erscheinen können, wenn sie in ihren Berichten noch einen ausführlichen, eingehenden Beweis aufgenommen hätte, daß schwarz schwarz und weiß weiß ist, und daß kein Grund existirt, der zur Rechtfertigung der bisherigen

Digitized by Google

Politik der Regierung angeführt werden könnte. Ich meine, daß kein Grund existirt, der hier das Princip der Nichteinmischung zu verlassen auffordern könnte.

Gestatten Sie mir, über einige Punkte, welche nach unserer Meinung nur scheinbar mit der Hauptfrage zusammenhängen, einige kurze Bemerkungen zu machen, und durch den Beweis, daß nur ein scheinbarer Zusammenhang stattfindet, die bevorstehende Verhandlung vielleicht in etwas zu vereinfachen.

Vor Allen, meine Herren, schien es uns deutlich, daß die letzte im Jahre 1857 abgeschlossene und auf 12 Jahre gültige Cartelconvention über die gegenseitige Auslieferung von Deserteuren, Militairpflichtigen und Verbrechern aller Art nicht das Mindeste zur Rechtfertigung der heutigen Vorgänge beitragen kann. Von vorn herein kann man einen starken Zweifel an der Rechtsbeständigkeit dieses Cartelvertrages hegen. Denn nach Art. 20. und 21. desselben wird unter Androhung von Strafen allen Preußischen Staats-Eingesessenen verboten, Flüchtige der bezeichneten Kategorie zu verbergen, bei sich aufzunehmen, ihnen die Mittel zur weiteren Flucht zu verschaffen, ihnen Effecten, Waffen und Pferde abzukaufen. Da ein solches Beherbergen oder Abkaufen sonst in Preußen durch die Gesetze nicht verbotene Handlungen sind, so gehört dieser Vertrag, wie mir scheint, unter die Kategorie derjenigen, welche einzelnen Staats-Angehörigen Verpflichtungen auflegen und dann nach Art. 48. der Verfassung nicht eher gültig sind, als bis sie die Genehmigung der Landesvertretung erhalten haben.

Indeß, meine Herren, ich sehe von diesem juristischen Zweifel ab. Ich denke, daß es Sache des hohen Hauses sein wird, dieses Verhältniß zwischen der hohen Regierung und sich selbst noch weiter auszumachen. Der Vertrag hat indessen bis jetzt 6 Jahre bestanden, ohne daß ein Einspruch von Seiten der Volksvertretung erfolgt wäre. Die Königliche Regierung wird also in der Lage sein, ihrerseits die Erwartungen erfüllen zu müssen, die sie durch den Vertrag bei der Kaiserlich Russischen Regierung erweckt hat. Hievon also abgesehen, ist es doch deutlich, daß diejenigen Verhältnisse, über die wir heute Beschwerde zu führen haben, sich durch jenen Cartelvertrag nicht rechtfertigen lassen.

Schon wenn es in dem ersten Artikel des Cartelvertrages heißt, daß ausgeliefert werden sollen alle nach den Gesetzen ihres Staates zum Militairdienst Verpflichteten, so würde doch eine menschlich denkende Regierung — ich will nicht einmal sagen eine menschlich fühlende — die Anwendung dieses Artikels auf die letzte Polnische Recrutirung unter diejenigen Fälle rechnen, wo die Anwendung des buchstäblichen Rechtes zur tödtlichsten Verhöhnung des materiellen und sittlichen Rechtes werden müßte.

(Bravo!)

Digitized by Google

Eine menschlich denkende Regierung würde die Unanwendbarkeit dieses Vertrages auf Verhältnisse behaupten, auf welche angewendet dieser Vertrag sofort zu einem Vertrage contra bonos mores, und folglich zu einem in sich selbst nichtigen wird.

(Bravo! Sehr richtig!)

Eine menschlich denkende Regierung würde unterschieden haben zwischen gewöhnlichen Zuständen, auf welche die Bestimmungen des Cartelvertrages allein berechnet waren und allein berechnet sein konnten und den Verzweiflungs-Ausbrüchen einer bewaffneten Insurrection, auf welche sich der Vertrag nur mit einer schmerzlichen Belastung des eigenen Landes anwenden läßt. Ohne Zweifel würde sie bei der Geltendmachung einer solchen Auffassung den Beifall Europas, den Beifall des eigenen Landes und die Kraft des echten Rechtes für sich gehabt haben. Aber, meine Herren, damit nicht genug. Eben dieser Cartelvertrag spricht in Bezug auf die verderblichsten und gehässigsten Punkte der neuen Convention ein förmliches, unzweideutiges Verbot aus. Der Art. 16. dieses Vertrages bestimmt, daß die Verhaftung auf diesseitigem Gebiete nur durch die diesseitige Behörde, auf Requisition der jenseitigen in jedem einzelnen Falle, zu geschehen habe. Der Art. 18. schreibt vor, daß ein von jenseits her einen Deserteur verfolgendes Commando an der Grenze Halt zu machen und nur einen Mann vorzuschicken habe, zur Veranlassung der erforderlichen Anzeige. Wie es also keines weiteren Beweises bedarf, ist die neue Convention durchaus keine Folge, keine Consequenz, keine Ausführungsbestimmung für den alten Cartelvertrag, denn dieser erlaubt ja höchst ausdrücklich eine Ueberschreitung der Grenzen nur durch einen einzigen Mann; jene aber eröffnet die Grenze der ganzen Russischen Armee. Sie ist nicht eine Consequenz des alten Vertrages, sondern die Aufhebung und der Sturz desselben. Sie sehen; meine Herren, sattsam an diesem einen Beispiel, welche Fortschritte unsere reactionaire Partei in den 6 Jahren seit 1857 gemacht hat,

(Sehr wahr!)

und welche weiteren Fortschritte dieselbe in unserem Lande in Aussicht stellte, wenn das Land aufhörte, durch seinen einmüthig geschlossenen und ausdauernden Widerstand solche Fortschritte unmöglich zu machen.

(Bravo!)

Ich darf an dieser Stelle fragen: wenn jener Satz unserer Adresse, der diese Partei als eine der Nation entfremdete Minderheit bezeichnete, zu hart gefunden ist, hat es sich jetzt nicht durch die Thaten dieser Partei gezeigt, daß sie wenigstens dem Preußischen Staate und den Interessen des Preußischen Staates vollständig entfremdet ist?

(Sehr wahr! links.)

Digitized by Google

Wir waren ferner der Meinung, meine Herren, daß zur Beurtheilung der heutigen Vorgänge eine unendlich oft erörterte historisch-politische Frage nicht das mindeste beizutragen habe; die Frage nämlich, ob die Herstellung eines selbstständigen Polenreiches dem Preußischen Interesse nützlich oder schädlich sei. Allerdings, meine Herren, ich weiß es, daß der Herr Minister-Präsident bei der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Kantak das ganze System seiner auf dieser Seite entwickelten Politik eben auf den Satz stellte, daß die Herstellung eines selbstständigen Polenreiches unter allen Umständen eine Gefahr, ein großer Schaden für Preußen sein würde, daß es mithin die Pflicht der Preußischen Regierung sei, hier das Wort zu rufen: „principiis obsta“, und unter allen Umständen die ersten Keime einer solchen Emancipation sofort zu zertreten.

Wenn uns dieser Satz von dem Ministertische selbst entgegengehalten wird, sollten wir da nicht Veranlassung haben, ihn zu erörtern? Nun, meine Herren, von vornherein begreife ich die Möglichkeit eines solchen Standpunktes bei einem Preußischen Staatsmanne.

Ich würde es auch begreifen, wenn er von diesem Standpunkte aus bei den nächsten Regungen in Polen sofort alle Waffenmittel zum Schutze unseres eigenen Gebietes ansammelte und für künftige Fälle in militairischer Beziehung sich selbst schon weiter vorbereitete, wenn er so rasch wie möglich Schritte thäte, um sich mit den übrigen Großmächten Europas, mit Rußland und Oesterreich, mit England und Frankreich über die Behandlung dieser Dinge ins Einvernehmen zu setzen, vor allen Dingen, wenn er sich so rasch als möglich an die Landesvertretung wendete, um sich ihrer Zustimmung, Behufs Bereithaltung der für alle Eventualitäten erforderliche Mittel, zu versichern. Nun, meine Herren, das würde ich begreifen, — aber von alledem ist das gerade Gegentheil geschehen. Während die Landesvertretung hier versammelt ist, stellt man ihr keine Anträge auf Bereithaltung der für eine künftige Action etwa erforderlichen Mittel; man geht einseitig in den Beziehungen zu Rußland vor, man schließt diese Convention ab, als wenn sonst keine Großmacht auf der Welt existirte, als wenn außer unserem und dem Russischen Ministerium Niemand auf dem Erdboden lebte, der sich um solche wichtige Frage Europas bekümmerte. Und das Alles, meine Herren, sollen wir hier heute ruhig dahin nehmen, lediglich nach dem einfachen Satze, daß vielleicht einmal in einer nahen oder fernen Zukunft, jedenfalls aber nur bei dem Zusammentreffen einer ganzen Reihe von bisher unwahrscheinlichen Chancen, ein neues Polenreich entstehen und dann vielleicht auch einmal unseren Grenz-Inter-

Digitized by Google

essen gefährlich werden könnte. Der große Edmund Burke, meine Herren, ein Staatsmann, der ebenso conservativ wie liberal, und der vor allen Dingen eminent verständig war,

(Heiterkeit.)

ein Staatsmann, den ich zu allen Zeiten ebenso sehr verehrt habe, wie mein geehrter Freund, der Herr Abgeordnete für Stargard, — Edmund Burke hat einmal gesagt, es sei nichts gefährlicher, als wenn die hohe Politik das Verhalten der berühmten Milchfrau in der Fabel nachahmt, die bekanntlich mit den zwei Groschen, die sie von ihrer Milch gewinnt, einen allmälig wachsenden Wohlstand, ein Kalb, eine Kuh, ein Gut, ein Schloß sich zu erwerben hofft, die mit diesen Bildern beschäftigt in ihrer Freude einen Sprung thut und — die Milch liegt am Boden. Aus jenen Insurgentenbanden, welche sich einstweilen in den Wäldern von Sandomir umhertreiben, kann sich freilich eine siegreiche Armee bilden, diese kann weitere Vortheile erringen, kann ganz Polen und Volhynien und Litthauen überschwemmen und möglicher Weise den alten Thron der Jagellonen wieder aufrichten, und kann endlich möglicher Weise auf der einen Seite Kiew, auf der andern Danzig bedrohen, und bei allen diesen Bildern thut die Preußische Regierung einen Sprung der Verzweiflung und sie befindet sich, glaube ich, in einem Sumpfe, der tiefer ist, als alle Polnischen Moräste.

(Bravo! Sensation.)

Ich habe schon früher bemerkt, wie bei uns in völliger Umkehr der realen Verhältnisse die Opposition es ist, welche den realen Verhältnissen Rechnung zu tragen sucht, und wie umgekehrt unsere praktischen Staatsmänner sich auf inhaltsleeren und doctrinairen Gemeinplätzen zu tummeln lieben.

(Hört!)

Wie in unserem inneren Staatsrechte das Ministerium alle staatsrechtlichen Controversen, alle staatsrechtlichen Schwierigkeiten mit dem einen Kraftworte „kein parlamentarisches, sondern Königliches Regiment!" durchhaut, so setzt das Ministerium in dieser wichtigen auswärtigen Frage über alle Schwierigkeiten leichten Fußes mit dem Schreckensruf eines selbstständigen, gefährlichen Polenreiches hinüber. Wir waren der Meinung, meine Herren, daß dieses selbstständige und gefährliche Polenreich nicht wie eine geharnischte Pallas aus dem Haupte Jupiters über Nacht hervorspringen würde; wir waren der Meinung, daß bis dahin noch mancher Tag vergehen, noch manche Katastrophe fallen würde, und daß in diesem Verlaufe der Dinge die Preußische Kraft fort und fort bereit sein würde, zur rechten Stunde die Interessen des Staates in rechter Weise

Digitized by Google

wahrzunehmen, und daß sie bereit sein würde, ihr Wort und im Nothfalle ihr Schwert dafür in die Waagschale zu werfen: aber es sei überhaupt eine ärmliche Art der Auffassung, bei einer Frage, wie diese, immer nur das kahle „Ob" oder „Ob nicht" zu erwägen, während es dem Staatsmanne viel wichtiger sein müsse, die Frage des „Wie" und des „Wann" in Erwägung zu ziehen. Eine Frage, wie diese, die von so mannigfachen, von so verwickelten Voraussetzungen abhängig ist, zeigt offenbar, je nach den Ereignissen in Rußland und nach dem Verhalten der Polen, je nach der Wendung der Dinge im Orient und nach den Zuständen im Westen Europas eine ganze Reihe von denkbaren Lösungen, von denen mehr als eine für Preußen abscheulich, aber auch mehr als eine für Preußen ein Segen sein könnte. Von allen Voraussetzungen jedoch, die hier zur Sprache kommen, läßt sich bis jetzt auch nicht eine mit irgend welcher Bestimmtheit bemessen, so daß also auch von dieser Seite die Politik des unparteiischen, unbetheiligten Wartens als die einzig verständige und die einzig würdige erscheinen muß. Heute, meine Herren, scheint für die Beurtheilung der Polnischen Sache vom Preußischen Standpunkte nicht die Frage die wichtigste, ob wir im Preußischen Interesse die Herstellung Polens zu wünschen haben, sondern die Frage, ob die Preußische Politik in der Polnischen Sache den Eindruck großer Auffassung, reiflicher Ueberlegung und gediegener Klugheit macht, so daß man ihr zutrauen dürfte, sie werde in diesen schwierigen und verwickelten Dingen zur rechten Stunde das Rechte thun.

(Sehr wahr!)

Ihre Commission, meine Herren, beklagt es nun, von diesen Anforderungen in den bisherigen Schritten der Königlichen Staats-Regierung das Gegentheil constatiren zu müssen. Sie vermag auf dem Wege, welchen der Abschluß der Russischen Convention vorgezeichnet hat, weder Ehre noch Vortheil zu entdecken.

(Ruf: Sehr richtig!)

Sie vermag dort nur die Wahl zwischen trübseligem Rückzug und unabsehbaren Gefahren zu erkennen.

Sie sieht Preußen auf eine so abschüssige Bahn in einem Augenblicke gestoßen, wo es, mehr als jemals in seiner Vergangenheit, nicht geschickt zu einer großen auswärtigen Action ist, wo durch das budgetlose Regieren des Herrn Finanz-Ministers unser Staatshaushalt in eine tiefe Verwirrung gerathen ist, wo durch die Charakterfestigkeit des Herrn Kriegs-Ministers unsere Armee zwar eine Menge von Soldaten, aber was sonst zu einer kriegerischen Bewegung nothwendig ist, nur in sehr dürftigem Maße besitzt —

(Lebhaftes Bravo!)

wo durch die politische Action des Herrn Minister-Präsi-

Digitized by Google

denten der Staat mit einem troſtloſen Zwieſpalt erfüllt, und ſeiner beſten Kraft, der hohen und freudigen Begeiſterung des Volkes, beraubt iſt.

(Ruf: Sehr wahr!)

Meine Herren! Wir hegen heute, wie vor drei Wochen, ſehr geringe Hoffnung auf einen augenblicklich durchgreifenden praktiſchen Erfolg unſerer Worte; wir ſind aber heute, wie damals, der Ueberzeugung, daß es dieſem Hauſe zuſtehe, unter allen Umſtänden das Seinige zu thun, der Königlichen Staats-Regierung, wenn noch Zeit zur Umkehr iſt, einen dringlichen Warnungsruf zuzurufen, daß dieſes Haus auf den eingeſchlagenen Bahnen ihr zu folgen nicht vermag, und wenn, was Gott verhüte, die unſelige Richtung unwiderruflich wäre, dann durch einen feierlichen Proteſt von jeder Theilnahme an derſelben im Angeſichte Preußens und Europas uns loszuſagen!

(Bravo!)

Indem ich mir, meine Herren, die nähere Erörterung der einzelnen Theile des Commiſſions-Antrages ſo wie der gegen denſelben eingebrachten Amendements für ſpäter vorbehalte, empfehle ich ihnen hiermit die Annahme des Antrags Ihrer Commiſſion.

(Bravo!)

Präſident: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete v. Diederichs hat zu dem Abänderungs-Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Genoſſen ein Unter-Amendement ſoeben eingereicht.

Er wünſcht in der fünften Zeile zwiſchen den Worten „hinausgehende" und „Einmiſchung" die Worte einzufügen „Anordnung, ſo wie jede", ſo daß dann der Abänderungsvorſchlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) und Genoſſen lauten würde:

> „Das Intereſſe Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufſtande gegenüber, ſich lediglich auf die zum Schutz der Preußiſchen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beſchränke, jede darüber hinausgehende Anordnung, ſowie jede Einmiſchung vermeide und Bewaffneten nicht geſtatte, das Preußiſche Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Diejenigen Herren, welche das Unter-Amendement des Herren Abgeordneten v. Diederichs unterſtützen wollen, bitte ich aufzuſtehen.

(Geſchieht.)

Die Unterſtützung iſt ſehr ausreichend.

Ich ertheile nun dem Herrn Abgeordneten v. Gottberg das Wort gegen den Commiſſions-Antrag.

Abgeordneter **v. Gottberg:** Die Reſolution, um die

Digitized by Google

es sich handelt, ist veranlaßt durch das Verfahren der Königlichen Staats-Regierung gegenüber dem in Russisch-Polen ausgebrochenen Aufstande; sie ist bestimmt, diesem Verfahren eine andere Richtschnur zu geben und enthält, insofern als die darin ausgesprochene Ansicht von der der Staats-Regierung abweicht, ein Tadelsvotum gegen die Regierung.

Es ist zunächst auffallend, daß man zu einer solchen Resolution schreitet, ehe die thatsächlichen Verhältnisse genügend aufgeklärt sind.

(Widerspruch.)

Es ist dies um so mehr auffallend, als man auf eine Convention Bezug nimmt, deren Inhalt nicht bekannt ist, deren Mittheilung von Seiten der Regierung gerade verweigert worden ist.

(Heiterkeit.)

Es muß für einen so gewiegten Historiker, wie der Herr Berichterstatter ist, recht schwer gewesen sein, einen Bericht zu erstatten, wenn man für denselben eben so sehr wenig thatsächliche Unterlage hat.

(Unruhe.)

Dann kommt man allerdings zu Behauptungen, wie wir ihnen im Commissionsbericht begegnen, wo es heißt, daß ein Gürtel von drei Meilen an der Preußischen Grenze allen Greueln des Krieges ausgesetzt wäre. Ich glaube, meine Herren, ich kann mit eben so gutem Grunde wie der Herr Berichterstatter sagen, daß dies nicht der Fall ist; ich glaube, daß die thatsächlichen Verhältnisse meiner Behauptung bei weitem mehr zur Seite stehen, als der des Herrn Berichterstatters. Denn so viel man wenigstens bis jetzt gehört hat, ist von dergleichen Kriegsgreueln an unserer Grenze keine Rede,

(Widerspruch.)

im Gegentheil haben die Maßregeln der Königlichen Staats-Regierung denselben bei Zeiten vorgebeugt.

(Ah! Ah!)

Ich halte es im Allgemeinen für eine mißliche Sache der Volksvertretung, sich in auswärtige Angelegenheiten zu mischen,

(Widerspruch.)

besonders in dem Augenblicke, wo die Staats-Regierung sich mitten in den Verhandlungen, gewissermaßen in der Action befindet. Ich kann von einer Resolution, wie sie hier vorgeschlagen ist, für die Sache selbst hier keinen Erfolg sehen; denn vorausgesetzt selbst, die Convention wäre abgeschlossen, nun, meine Herren, so effectuiren wir auch mit dieser Resolution nichts. Es wäre anders, wenn der Abschluß in Aussicht stände, und man wäre in Besorgniß, sie möchte abgeschlossen werden, dann möchte die Sache so dringlich liegen, daß die Volksvertretung, wenn sie dieser Meinung

Digitized by Google

wäre, sich ausspräche. Da die Convention aber, wenigstens wie hier vorausgesetzt worden ist,

(Heiterkeit links.)

abgeschlossen ist, so glaube ich, kann eine derartige Resolution der Volksvertretung keinen Erfolg haben. Ich möchte überhaupt der Meinung sein, daß, man mag zur Staats-Regierung stehen, wie man will, man doch gerade in einer so wichtigen Sache, wenn sie sich in der Action befindet, ihre Verlegenheiten nicht noch vermehren sollte

(Große Heiterkeit.)

von Seiten der Volksvertretung . . . .

(Große Unruhe.)

Präsident (den Redner unterbrechend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, sondern ihn späterhin zu widerlegen.

Abgeordneter **v. Gottberg** (fortfahrend): Ich glaube, daß dies der Standpunkt ist, der sich der eigenen Staats-Regierung gegenüber wohl rechtfertigen läßt, und es ist sehr die Frage, ob der große Staatsmann Burke, auf den der Herr Berichterstatter Bezug genommen hat, in einer ähnlichen Lage mit solchen Angriffen gegen seine eigene Regierung aufgetreten wäre, wie wir dies heute von dem Herrn Berichterstatter gehört haben.

Ich kann auch den Patriotismus derjenigen Preußischen Blätter nicht begreifen, welche auf Grund dieser ihrer Ansicht über die Convention gewissermaßen die Aeußerungen fremder Regierungen provociren und dergleichen sogar mittheilen, während doch dergleichen Aeußerungen wahrscheinlich von den Regierungen noch gar nicht einmal ergangen sind.

In dem Commissions-Gutachten ist gesagt, daß zu der von der Commission vorgeschlagenen Resolution ein Amendement gestellt worden sei, und wir haben es auch seinem Wortlaute nach in dem Commissionsbericht gefunden. Es heißt darüber, es hätte eigentlich im Allgemeinen Uebereinstimmung in der Commission stattgefunden, es unterschiede sich der materielle Inhalt des Amendements eigentlich gar nicht von dem der Resolution. Der Unterschied sei mehr ein formeller und drücke das negativ aus, was der Antrag und die von der Commission vorgeschlagene Resolution positiv behaupte.

Nun, ich glaube, es ist doch ein sehr bedeutender Unterschied zwischen diesem Amendement und der Resolution, es ist deshalb auch die Minorität (sieben) bei dem Amendement geblieben, diese Minorität hat sich mit der Resolution nicht einverstanden erklärt.

Schließlich hat sich allerdings diese Minorität bis auf drei vermindert; diese haben aber doch einen wesentlichen

Digitized by Google

Unterschied zwischen diesem Amendement und der Resolution gefunden.

Das Gutachten nimmt für die Resolution den Standpunkt der Unparteilichkeit in Anspruch. Nun, ich glaube, meine Herren, das Amendement hätte diesen Standpunkt ebenso gut für sich vindiciren können. Denn ebenso gut, wie man es für unparteiisch erklärt, wenn man die Russische Regierung in gleicher Linie mit den Aufständischen stellt und gegen Beide ein gleiches Verfahren uns empfiehlt, ebenso gut kann man es für unparteiisch halten, wenn im Amendement weder der Russischen Regierung noch der Aufständischen Erwähnung geschehen ist, sondern das Amendement sich lediglich darauf beschränkt hat, das Preußische Interesse zu wahren. Für mich liegt der Angriffspunkt oder der Grund, warum ich gegen die Resolution stimme, ganz besonders in dem Passus, den das Amendement ausgelassen hat, nämlich in dieser Gleichstellung der Russischen Regierung mit den Aufständischen, worin sich auf der einen Seite eine gewisse Antipathie gegen Rußland und auf der andern Seite eine gewisse Sympathie für die Sache der Aufständischen findet, welche auszudrücken ich nicht im Interesse Preußens liegend finden kann. Wenn wir die revolutionairen Bewegungen der neuesten Zeit ins Auge fassen, so finden wir, daß sich in der Regel auch die Polen mehr oder weniger an denselben betheiligt haben. Sie haben auch bei uns in Preußen dergleichen Bewegungen versucht. Es ist im Jahre 1831, in dem Jahre 1847 vorgekommen und es hat eine gewisse Solidarität, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwischen der revolutionairen Partei und diesen Bestrebungen der Polen bestanden. Ich brauche wohl blos auf die Vorgänge im Jahre 1848 zu verweisen, wo wir die hier gefangenen Polen, nachdem eine Freisprechung stattgefunden hatte und dieselben entlassen waren,

(Unruhe in der Polnischen Fraction.)

— ich irre mich vielleicht in Bezug auf die Freisprechung, ich weiß es nicht — mit der hiesigen revolutionairen Partei haben fraterniſiren sehen und gesehen, wie sie mit derselben in einem feierlichen Aufzuge durch die Straßen dieser Stadt gezogen sind. Ich glaube, bei dergleichen Vorgängen war es doch wohl geboten, daß die Preußische Regierung mit einer gewissen Vorsicht die Vorgänge in dem benachbarten Königreich Polen beobachtete und daß, wenn sie einen Grad annahmen, wo es vorauszusehen war, daß sie auch für uns gefährlich sein konnten, daß sie da bei Zeiten ihre Maßregeln traf. Ich glaube, sie hatte dazu jetzt mehr Veranlassung, wie je in früheren Jahren. Denn jetzt hat die Revolutionspartei, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein gewisses Netz über ganz Europa gespannt, und es kann auf keinem Punkt die revolutionaire Bewegung

Digitized by Google

ausbrechen, ohne daß sie auch Sympathie und Unterstützung auf dem entgegengesetzten Ende von Europa fände. Was hat denn nun die Staats-Regierung aber eigentlich gethan? Hat sie wirklich einen so verzweifelten Schritt unternommen, wie von dem Herrn Berichterstatter ihr vorgeworfen worden ist? Sie hat die Reserven der Infanterie von, ich glaube, drei Armeecorps einberufen, sie hat Truppen-Dislocationen vorgenommen und sie hat Truppen an den Grenzen concentrirt; sie hat außerdem eine Verabredung mit der benachbarten Russischen Regierung in Betreff des Schutzes der Grenzen getroffen. Worin liegt da irgend etwas, was dem Preußischen Interesse zuwider wäre? Bei einem so planlosen Aufstande, wie er in Russisch Polen ausgebrochen ist — denn von einer nationalen Erhebung, meine Herren, kann man doch nicht sprechen, von so undisciplinirten, ja ich kann wohl sagen räuberischen, Banden, wie wir sie dort sehen, —

(Große Unruhe. Oh! Oh! auf der Linken und in der Polnischen Fraction.)

kann man doch wohl erwarten, daß sie die Grenzen überschreiten und das Eigenthum unserer Staatsangehörigen beschädigen. Wer will bei so undisciplinirten Leuten wohl dafür stehen? Das hat man auch an den Grenzen sehr wohl befürchtet; denn, so viel ich weiß, sind der Königlichen Staats-Regierung sehr viele Gesuche zugegangen, worin um Schutz gebeten wird. Wenn nun die Befürchtung so nahe lag, so glaube ich, wäre es unverantwortlich gewesen, wenn die Königliche Regierung nicht die nöthigen Maßregeln getroffen hätte. Wenn man aber aus der früheren Geschichte weiß, daß fast jeder Aufstand in Polen auch unser Großherzogthum Posen in Mitleidenschaft gezogen hat, dann war es weitere Pflicht der Staats-Regierung, hierauf ihr Augenmerk zu richten. Ja, ich halte sie sogar dafür verpflichtet, daß sie auf den eventuellen Fall ihr Augenmerk richten mußte, daß der Zweck dieser Bewegung erreicht, daß er die beabsichtigten Erfolge hatte. Der Zweck der Bewegung ist bekanntlich die Herstellung eines Polenreiches oder die Errichtung eines panslavistischen;

(Widerspruch und Heiterkeit.)

der Zweck der Bewegung ist also die Herstellung eines Polenreiches. Meine Herren, wenn dieser Zweck wirklich erreicht werden sollte, so glaube ich, würde ein derartiger Nachbar für den Preußischen Staat gerade nicht sehr erwünscht sein. Die Geschichte lehrt, daß die Polen in der Regel etwas unruhige Nachbarn gewesen sind, und ich glaube, wenn sie ein derartiges Reich gegründet haben würden, daß sie dann auch das Princip der Nationalität, worauf dasselbe basirt, zur Geltung zu bringen streben und ihr Augenmerk auf das Großherzogthum Posen richten würden. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob die Europäischen Mächte in Diesem ein eben

Digitized by Google

so großes Interesse für das Preußische Großherzogthum Posen an den Tag legen würden, um es uns zu garantiren, wie sie in Italien einen gewissen Kreis bei Bildung des Italienischen Reiches ausgeschlossen haben. Außerdem glaube ich aber auch, daß dann die Polen bestrebt sein würden, sich nach der See auszudehnen, daß sie Westpommern zunächst und sogar die Stadt Danzig in den Kreis ihrer Erwägungen und Bestrebungen ziehen dürften. Wir würden also statt eines ruhigen Nachbars, mit dem wir in freundlichen Beziehungen stehen, einen sehr unruhigen Nachbar bekommen, und ich glaube, es wäre die Pflicht jedes Staatsmannes gewesen, dieser Eventualität möglichst vorzubeugen, und ich kann annehmen, daß selbst diejenigen Staatsmännern in andern Staaten, die sich tadelnd gegen unsere Regierung ausgesprochen haben, vielleicht nicht anders verfahren haben würden, wenn sie an der Spitze unserer Regierung ständen. Ich sehe auch in dem Verfahren unserer Regierung keine Verletzung des Interventions-Princips. Wir haben durchaus gar nicht die Absicht, die Russische Autorität in Polen aufrecht zu erhalten; das wird die Russische Regierung schon allein thun. Ich sehe in der Maßnahme der Preußischen Regierung nur das Bestreben, ihre Angehörigen zu schützen, und den Bestand der Preußischen Länder zu erhalten, und außerdem den Eventualitäten, die ich schon angedeutet habe, vorzubeugen. Ich wünschte, daß bei früheren Europäischen Vorkommnissen die andern Europäischen Mächte das Nichtinterventions-Princip nicht mehr verletzt hätten, wie die Preußische Regierung in der vorliegenden Sache.

Ich bin also zunächst gegen diese Resolution, weil sie ein Tadelsvotum, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung enthält; ich bin aber zweitens gegen diese Resolution, weil sie den Ausdruck der Antipathie gegen Rußland enthält.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier für die Russische Politik einzutreten, ich fühle mich auch nicht berufen, eine besondere Sympathie für Rußland auszudrücken, aber ich kann doch auch in dem Jahre 1863, wo wir das 50jährige Jubiläum der Befreiungskriege feiern, nicht vergessen, daß vor 50 Jahren Rußland unser treuer Verbündeter in einer schweren Zeit gewesen ist; ich kann nicht vergessen, daß wir zu Rußland in einer Zeit von über 50 Jahren in freundnachbarlichen Beziehungen gestanden haben. Rußland verlangt von uns keinen ausdrücklichen Beistand zur Bewältigung dieses Aufstandes; es verlangt von uns nicht, wie von dem Herrn Abgeordneten für Bielefeld in seiner mitunter drastischen Manier gesagt worden ist, daß unsere Truppen Gensd'armeriedienste leisten sollen. Das verlangt Rußland von uns nicht — Rußland hat nur mit uns als Nachbar Verabredungen getroffen zum Schutze der Grenze.

Digitized by Google

Ich weiß nicht, wie es in Preußens Interesse liegen kann, daß wir in einer Resolution aussprechen, daß wir für die stets mit uns befreundet gewesene Russische Regierung dieselben Gefühle hegen sollen, wie für die Aufständischen; denn wenn nicht eine gewisse Antipathie darin liegen soll, so weiß ich nicht, warum Sie den Ausdruck überhaupt gewählt haben.

Ich kann auch nicht glauben, daß Sie das nicht ebenfalls erwogen haben sollten, was ich vorhin in Beziehung auf unsere Verhältnisse zu Rußland erwähnt habe, ich kann nur meinen, Sie haben aus allgemeinen politischen Rücksichten, die sich mehr auf die innere Politik beziehen, es für Ihre Pflicht gehalten, ein derartiges Gefühl der Antipathie gegen Rußland auszusprechen. Ich freue mich gerade, daß die Preußische Regierung, unbeirrt durch die Meinung der liberalen Presse, sich auf einen eigenen Standpunkt gestellt hat, und daß sie sich nur dadurch hat leiten lassen, was sie im speciell Preußischen Interesse am nächsten dahin führen mußte, den Aufstand rasch und ohne zu große Belästigung Preußens zu unterdrücken.

Ich glaube, daß sie in diesem Falle recht eigentlich Preußische Politik und keine Russische getrieben hat, und ich glaube auch, sie wird den Vorwurf, der ihr an einer anderen Stelle gemacht worden ist, daß sie durch ihr Verfahren bei dieser Gelegenheit sich verantwortlich mache für die Maßregeln der Russischen Regierung, ich glaube, meine Herren, die wird sie ruhig hinnehmen können; die Preußische Regierung macht sich weder verantwortlich für die Maßregeln, die vorher im Königreiche Polen getroffen worden sind, zur Vorbeugung des Aufstandes, noch macht sie sich verantwortlich für die Art, wie die Russische Regierung ihre Armee rekrutirt.

Der Hauptgrund endlich, weßhalb ich gegen diese Resolution stimme, ist, weil ich annehme und annehmen muß, daß die Polnische Frage nicht der Grund gewesen ist, warum die Resolution gestellt worden, sondern daß sie mehr als Mittel zum Zweck gebraucht wird, daß man mit derselben eine Art von — wenn ich mich so ausdrücken darf — aufgeregter Stimmung im Lande gegen das Ministerium erzeugen will.

(Ruf: „Ist schon vorhanden!")

Ich halte es für ein neues Mittel der Opposition, für sich die Stimmung im Lande zu gewinnen und die Regierung in eine ungünstige Position zu setzen. Ich finde aber außerdem in dieser Resolution, wie ich schon vorher gesagt habe, eine Sympathie für die Sache der Aufständischen und für die Sache der Revolution, denn die Sache der Aufständischen gründet sich eben auf das revolutionaire Princip. Ich will damit keineswegs sagen, daß nun alle diejenigen, welche

Digitized by Google

dieſer Reſolution beiſtimmen, auf dem Boden der Revolution ſtänden oder ſtehen wollten,

(Heiterkeit.)

aber, meine Herren, gerade dieſe gemäßigten Herren werden in allen dergleichen Fragen, wie wir es ſchon oft erlebt haben, von den äußerſten Parteien überflügelt und mitgeriſſen,

(Rechts: Sehr wahr!)

und es ſind ſehr häufig die Conſequenzen aus den Beſchlüſſen, die gezogen werden, andere, als Sie die Abſicht gehabt haben, daß ſie daraus gezogen werden ſollten.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß der Schein einer Sympathie für die Sache der Revolution ausgedrückt iſt, das werden Sie mir doch zugeben. Wenn ich hierin noch zweifelhaft geweſen ſein ſollte, ſo würden mich die bisherigen Verhandlungen in der Polniſchen Frage eines Andern belehrt haben. Sie fingen mit einer Interpellation an, die von unſeren Collegen Polniſcher Nationalität ausging, die aber auch unterſtützt war von einem großen Theil Deutſcher Collegen. Die Interpellation betraf einen Erlaß des Ober-Präſidenten und des commandirenden Generals der Provinz Poſen, der beſtimmt war, das Leben und das Eigenthum der Einwohner des Großherzogthums Poſen und der nahe an der Grenze gelegenen Provinzen zu ſchützen. Daß die Collegen Polniſcher Nationalität Sympathie für die Sache ihrer Landsleute haben, finde ich natürlich. Man braucht deshalb noch nicht, wenn man einen Zweck als einen zu erſtrebenden bezeichnet, alle ungeſetzlichen Mittel zu billigen, die zur Erreichung des Zweckes gebraucht werden, und deshalb auch noch nicht für den Aufſtand ſelbſt ſo, wie er da zur Ausführung gekommen iſt, irgend welche Sympathien zu haben. Aber ich muß Ihnen geſtehen, daß ich nicht begreifen kann, wie Deutſche Abgeordnete einen Erlaß zum Gegenſtande ihrer Kritik machen konnten, der eben dahin ging, Deutſche zu ſchützen. Ich kann Dieſes um ſo weniger begreifen, da, ſoviel ich weiß, die Fortſchrittspartei den Namen der Deutſchen Partei führt.

Auf dieſe Interpellation folgte eine zweite, ich glaube vom Herrn Abgeordneten Schulze ausgegangene, welche eine directe Frage an das Miniſterium wegen der Convention richtete. Aus der Aeußerung des Herrn Abgeordneten für Saarbrücken habe ich entnommen, daß man eigentlich eine Beantwortung dieſer Interpellation nicht erwartet hatte. Man hatte ſchon von Hauſe aus darauf gerechnet, das Miniſterium würde eine ſolche Beantwortung ablehnen. Es war alſo bei der ganzen Interpellation mehr darauf abgeſehen, eine Beſprechung an dieſelbe zu knüpfen. Dieſe iſt dann auch erfolgt und hat eine Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld gebracht, welche in Ton und Inhalt

Digitized by Google

mich lebhaft an die Zeit der National-Versammlung im Jahre 1848 erinnert. Sie erinnerte mich besonders daran, weil ein gewisser Accent in dieser Rede besonders wiederholt gelegt wurde auf den Ausdruck „vormärzlich." Es hat dies vor meinem inneren Auge

(Heiterkeit.)

eine Menge von trüben Bildern heraufbeschworen.

(Große Heiterkeit.)

Unmittelbar nach dieser Interpellation folgte der Antrag auf diese Resolution, die jetzt zur Berathung steht. Ich glaube die ganze Polnische Frage, wenn ich mich so ausdrücken darf, es ist das ein beliebter Ausdruck neuerdings hier geworden, culminirt gewissermaßen in dieser Resolution. Man hat durch die Worte, daß man so unparteiisch gegen die Russische Regierung wie gegen die Aufständischen sein wolle, daß man die eine Partei wie die andere behandeln wolle, dadurch hat man meiner Ansicht nach ausgesprochen, daß man dem Princip der Revolution, welches durch die Aufständischen vertreten wäre, eine Berechtigung zugestehe, neben dem Standpunkt der legitimen Regierungen. Ich glaube daher, daß meine Voraussetzung, die ich ausgesprochen habe, richtig ist, und man wird sehr wohl begreifen, daß ich eben unter diesen Umständen nicht für die Resolution stimmen kann. Denn ich kann es nimmer im Interesse Preußens liegend erkennen, daß man auch nur den Schein annehme, als wenn man sich auf revolutionairen Boden begeben wolle. Der Preußische Staat ist bisher auf Recht und Legitimität aufgebaut, und diesen Boden wünsche ich ihn zu erhalten.

Ich wünsche weder eine Revolution von Oben, noch will ich eine Revolution von Unten, beide führen zur Tyrannei und das ist ein Zustand, den ich meinem Vaterlande nicht wünsche. In unserm Vaterlande hat bisher der Grundsatz gegolten, der hier neulich schon ausgesprochen ist, wenngleich in einem andern Sinne: Recht geht über Gewalt und über Macht! Er hat aber nicht nur früher gegolten, sondern er gilt meiner Ansicht nach noch heute diesen Tag, und ist auch der Wahrspruch der heutigen Regierung.

(Lebhafter Widerspruch links.)

und ich wünsche, meine Herren, daß uns dieser Wahrspruch erhalten bleibe, und daß wir uns nun und nimmermehr auf die Bahn der Revolution drängen lassen.

(Bravo! in der Fraction der Conservativen.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Roenne (Solingen) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter **v. Roenne** (Solingen): Meine Herren! Der Herr Vorredner hat es nicht begreifen können, daß gerade die Deutsche Fortschrittspartei es gewesen sei, die die Kantaksche Interpellation unterstützt hätte, daß gerade

Digitized by Google

die Deutsche Fortschrittspartei es sei, die in dieser Sache entschieden Opposition gegen die Regierung mache; ja, meine Herren, gerade, weil wir die Deutsche Fortschrittspartei sind, haben wir gehandelt nicht blos im Sinne und Geiste Preußens, sondern im Sinne und Geiste von ganz Deutschland, von der ganzen civilisirten Welt!

(Bravo! links.)

Meine Herren! Als die Regierungen Polen theilten, suchten sie nach sophistischen Gründen aller Art, diese Theiluug zu rechtfertigen. Es wurde gesagt, der Zustand in Polen sei ein Zustand fortwährender Anarchie, es wurde gesagt, die Polen hätten sich vollständig unfähig erwiesen sich selbst zu regieren, und daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß man es theilen müsse. Voltaire hat damals gesagt, wenn es in des Nachbars Haus brenne, müsse man sich einmischen. Darauf ist ihm nicht mit Unrecht entgegnet worden: Einmischen müsse man sich zum Löschen, aber nicht zum Rauben und Plündern!

(Sehr gut!)

Aber, meine Herren, wenn eine Regierung es unternimmt, einem Volke seine Regierung zu nehmen, was hat man dann ein Recht von ihr zu erwarten? Ohne Zweifel, daß sie dem Volke eine bessere Regierung giebt! Was hat nun aber die Russische Regierung dem Königreich Polen gebracht? Seit einer Reihe von Jahren erblicken wir dort nur eine lange Reihe von Willkür- und Gewaltmaßregeln, die zuletzt ihren Höhepunkt gefunden haben in der gewaltsamen Militair-Aushebung, welche die ganze Welt mit einem Schrei der Entrüstung erfüllt hat. Als vor mehreren Jahren die Zustände in Neapel von der Art wurden, daß man unmöglich mehr die Sache ruhig zusehen konnte, als in Erfahrung gebracht wurde, daß in den dortigen Gefängnissen Tausende von unschuldigen Opfern der Politik schmachteten, und mit Grausamkeit behandelt wurden, da mischte sich England dort ein; aber wie mischte es sich ein? Es rieth der Neapolitanischen Regierung der Stimme der Menschlichkeit Gehör zu schenken und auf andere Bahnrn zu lenken, und als diese Stimme nicht gehört wurde, da brach es den diplomatischen Verkehr mit Neapel ab. Das wurde befolgt von allen übrigen Regierungen, selbst von den reactionairen. Was hat dagegen jetzt in einem ganz ähnlichen Falle unsere Regierung gethan? Sie hat sich auch eingemischt, aber nicht wie England in Neapel, sondern sie hat gemeinschaftliche Sache gemacht mit der Russischen Regierung gegen deren Polnische Unterthanen. Wir kennen allerdings den Inhalt der Convention mit der Russischen Regierung nicht genau, und ich glaube, es ist unerhört, ohne Beispiel in der Geschichte, daß, während die Vertretung eines großen Volkes, die Vertretung des Preußischen Volkes, den Herrn Minister-Präsidenten

Digitized by Google

interpellirt über das Vorhandensein einer solchen Convention, — ich sage, es ist, glaube ich, ohne Beispiel in der Geschichte, daß, während der Herr Minister die Antwort darauf verweigert, er die Antwort auf eine ähnliche Anfrage von Seiten der Englischen und Französischen Regierung durch seine Botschafter in London und Paris darin geben läßt, daß eine solche Convention geschlossen sei, deren wesentlichen Inhalt wir aus den Parlamentsverhandlungen kennen.

(Hört! rechts.)

Der Herr Vorredner hat zwar gesagt, es sei nicht unsere Aufgabe, uns in auswärtige Angelegenheiten zu mischen, wir würden dadurch nur die Verlegenheiten der Regierung vermehren, wir würden dadurch nur die Aeußerungen fremder Regierungen provociren. Nun, meine Herren, die Aeußerungen fremder Regierungen haben wir gewiß nicht provocirt, denn wir sind die ersten gewesen, die den Herrn Minister-Präsidenten provocirt haben, uns Auskunft zu geben, die er verweigert hat, und erst dadurch sind die fremden Regierungen zu Aeußerungen veranlaßt worden.

Was dann die auswärtige Politik betrifft, in die wir uns jetzt nicht einmischen sollten, so habe ich das immer für einen überwundenen Standpunkt gehalten; hat doch selbst ein Schmerling in Oesterreichischen Reichsrath ihn für einen solchen erklärt, hat er sich doch bereit erklärt, dem Reichsrathe in allen Punkten der auswärtigen Politik die nöthige Auskunft zu geben. Wie ist es auch denkbar, daß ein Staat, der im Innern Freiheit, der eine Verfassung besitzt, daß die Regierung eines solchen Staates die auswärtigen Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken leiten könnte, auswärtige Angelegenheiten, die möglicherweise zu Opfern an Gut und Blut aller Art führen können, und die mit Erfolg nur betrieben werden können, wenn die Regierung in jeder Beziehung die Zustimmung und Sympathie des Volkes für sich hat. Die Regierung hat also, indem sie diese Convention geschlossen hat, gemeinschaftliche Sache mit der Russischen Regierung gemacht.

Ja, meine Herren, ich gehe noch weiter. Die kleine Partei, welche jetzt hier in Preußen am Ruder ist, hat nicht blos gemeinschaftliche Sache mit der Russischen Regierung gegen die Polnische Insurrection gemacht. Die kleine Partei, die sich seit Jahren hier bei uns allem Fortschritt entschieden widersetzt hat, hat gemeinschaftliche Sache gemacht mit einer ähnlichen reactionairen Partei Rußlands, die sich auch dort den edeln und wohlgemeinten Bestrebungen des Kaisers Alexander auf alle Weise widersetzt und ihnen auf alle Weise entgegenwirkt.

(Bravo!)

Diese kleine Partei will wieder ein Stück heilige

Digitized by Google

Alliance machen, sie will im Namen des Christenthums ihre eigenen particularistischen Interessen fördern,

(Sehr wahr!)

und an die Stelle der Gesammt-Interessen setzen.

Meine Herren, es ist in dem Berichte gesagt, wir dürften keine Sympathien-Politik treiben. Ich für meine Person räume gern ein, daß ich für jedes geknechtete Individuum, um so mehr für ein ganzes geknechtetes Volk die allerlebhaftesten Sympathien empfinde. Aber gern will ich diese Sympathien unterdrücken und nur die Interessen-Politik einen Augenblick beleuchten.

Meine Herren, schon auf dem Congresse zu Wien erhoben sich von vielen Seiten, nicht blos von Seiten Englands, ja im Anfange selbst von Seiten Oesterreichs sehr große Bedenken gegen die maßlosen Erweiterungen des Russischen Gebietes. Es wurde gesagt, daß, indem man Rußland den größten Theil Polens überwiese, es bis auf 100 Stunden von Wien und von Berlin rücke. Ja, meine Herren, was würde man erst gesagt haben, wenn damals schon Eisenbahnen existirt hätten, wenn diese 100 Stunden, ich glaube in 30 verwandelt wären.

Man sagt, Rußland sei in diesem Augenblicke nicht zu fürchten. Es ist wahr, der Krimkrieg hat den Russischen Nimbus zerstört. Es ist ferner wahr, daß die Zustände im Innern Rußlands in diesem Augenblick von der Art sind, daß wir Rußland wohl auf längere Zeit nicht zu fürchten haben. Allein, meine Herren, als Politiker und Staatsmann muß man weiter sehen, denn was sind 30, 40, 50 Jahre in der Weltgeschichte? und nun nehmen Sie an, daß diese Reformen, namentlich die Emancipation der Bauern, daß diese Reformen, die jetzt angebahnt werden, erst wirklich ins Leben getreten sind, daß Rußland erst, wie Preußen, wo ja auch noch vor 50 — 60 Jahren die Leibeigenschaft bestand, einen freien Bauernstand, einen freien und selbstständigen Stand von Grundbesitzern bekommt; nehmen Sie an, daß alle übrigen Reformen gleichzeitig ins Leben getreten sind, was wird dann Rußland für eine Macht sein? Dann wird Rußland kein Coloß mit thönernen Füßen mehr sein; und wenn dann eine gnädige Vorsehung nicht ins Mittel tritt, Rußland nicht in seine Elemente auflöst, es in sich selbst uneinig macht, dann ist die Universalherrschaft angebahnt.

Meine Herren, kann es denn in unserm Interesse sein, jetzt schon Schritte zu thun, die diese Zerstückelung wenn nicht unmöglich machen, so doch erschweren. Ich dächte, es wäre schlechte Politik und überlasse es Ihrem eigenen Urtheile, wenn wir jetzt dahin wirken wollten, Rußland zu helfen, die Polnische Nationalität zu vernichten, Polen immer mehr in Rußland zu incorporiren.

(Sehr richtig!)

Digitized by Google

Meine Herren, es ist von dem Herrn Berichterstatter gesagt worden, daß die Politik der Regierung uns in die größten und gefährlichsten Conflicte mit allen übrigen Mächten, uns an den Rand des Abgrundes bringen kann. Die Welt weiß zwar sehr wohl, daß diese Politik nicht die des Preußischen Volkes ist; demungeachtet aber ist das eine Ausrede, die wir dem Auslande gegenüber nicht geltend machen können.

Das Ausland macht das ganze Volk, macht den ganzen Staat verantwortlich für die von seiner Regierung beobachtete Handlungsweise, und darum, so wichtig es ist, daß wir jetzt hier debattiren und Beschlüsse fassen, so ist es doch auf der andern Seite beinahe noch wichtiger und jedenfalls durchaus nothwendig, daß auch das Volk sich rühre und daß das Volk nicht eher ruhe, bis es auf alle Weise es dahin gebracht hat, die Regierung auf andere Bahnen zu treiben. Ich freue mich, zu sehen, daß der Handelsstand den Anfang damit bereits gemacht hat, indem bereits von den Aeltesten der Kaufmannschaft Berlins und Stettins dringende Vorstellungen und Proteste an den Herrn Handels-Minister ergangen sind, — dringende Proteste, worin dargelegt wird, mit welch großen und unersetzlichen Nachtheilen für Handel und Industrie diese Politik verbunden sei. Meine Herren, als im Jahre — ich glaube, es war ja wohl 1846 — Krakau an Oesterreich abgetreten wurde, da wurde die Sache hier mit der größten Heimlichkeit betrieben. Das Handels-Amt, dessen Chef ich damals war, bekam erst Mittheilung davon, nachdem es ein fait accompli war, und das Handels-Amt konnte damals nichts mehr thun, als einen Commissarius nach Breslau und nach Krakau schicken, nicht um den Schaden ungeschehen zu machen, sondern blos um den Betrag und die Höhe des Schadens feststellen zu lassen.

Meine Herren, es thut mir leid, daß ich den Herrn Handels-Minister nicht auf seinem Platze sehe; zu seiner Ehre will ich annehmen, daß es auch ihm ebenso ergangen ist, wie im Jahre 1846 dem Handels-Amte, daß auch er nicht zeitig genug von dieser Politik, von dieser Convention, Kenntniß bekommen hat. Denn ich muß annehmen, daß er sonst auf das Entschiedenste dagegen protestirt haben würde im Namen des Handelsstandes, dessen Interessen er zu wahren und zu vertreten hat. Ich will auch hoffen, daß es ihm jetzt noch gelingen möge, nicht blos einen Commissarius hinzuschicken, um den Schaden seinem Betrage nach zu constatiren, sondern um ihn möglichst abzuwenden, und das ganze Gewicht der materiellen Interessen mit in die Wagschale zu legen, um eine so unheilvolle Politik zu beseitigen.

Noch mit ein paar Worten will ich der Cartelcon-

Digitized by Google

vention von 1857 gedenken, weil gerade die Regierung sich jetzt darauf zu beziehen scheint — denn wir müssen ja, da die Regierung sich in tiefes Schweigen hüllt, uns über alles nur in Vermuthungen bewegen, — da wie gesagt, gerade diese Cartelconvention es ist, die jetzt wieder dem Auslande Veranlassung zu einer gerechten Entrüstung giebt. Ich kann das kaum eine Auslieferung nennen, wenn es wahr ist, daß mehrere Polen, die von Paris durch Preußen gereist sind, um sich in ihr Vaterland zu begeben, daß die an Rußland ausgeliefert worden. Nein, das ist eine Ueberlieferung, denn es ist ja kaum denkbar, daß unter den obwaltenden Umständen schon eine Requisition von der Russischen Regierung da sein konnte. Das ist, ich betone es, eine Ueberlieferung, keine Auslieferung. Ich habe von dieser Tribüne aus bereits vor 2 Jahren, im Jahre 1860, bei Gelegenheit einer Petition, die Cartelconvention vom Jahre 1857, ihre Bedeutung und Tragweite beleuchtet, und da die Sache damals noch gar keine oder doch nur eine sehr geringe praktische Bedeutung hatte, so darf man wohl annehmen, daß ich mich damals vollständig objectiv verhalten habe, und daß das, was ich damals gesagt habe, heute um so mehr ins Gewicht fallen muß. Ich habe damals behauptet und, wie ich glaube, bewiesen, daß diese Cartelconvention nicht blos gegen alle völkerrechtliche Praxis angeht, sondern daß sie auch nicht rechtsbeständig ist, weil, wie der Herr Berichterstatter Ihnen schon angeführt hat, darin einzelnen Staats-Angehörigen Pflichten auferlegt werden, die es nach §. 48. der Verfassung nöthig gemacht haben würden, diese Cartelconvention dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen. Ich glaube also, wir müssen entschieden dagegen protestiren, daß auf Grund dieser Cartelconvention verfahren werden darf. Es ist himmelschreiend und, wie gesagt, nicht blos gegen die völkerrechtliche Praxis im Allgemeinen, sondern auch gegen die bei jeder anderen Gelegenheit von Preußen beobachtete Praxis, daß man sich in dieser Cartelconvention verbindlich gemacht hat, nicht blos die Deserteure, nicht blos die activen Militairs, nicht blos alle Militairpflichtigen, nicht blos, wie es die Convention von 1844 that, die Capitalverbrecher, sondern auch, wie die Convention von 1857 hinzufügt, Verbrecher aller Art, ja selbst solche, welche ein bloßes Vergehen begangen haben, auszuliefern. In der ganzen Welt wird es verweigert, politische Verbrecher auszuliefern, weil man annimmt, daß bei politischen Verbrechen das Unrecht der Unterliegenden keineswegs immer unzweifelhaft sei und auch nicht immer auf eine leidenschaftliche Gerechtigkeit gezählt werden könne. Meine Herren, wenn wir politische Verbrecher ausliefern, so überliefern wir sie nicht der Gerechtigkeit des

Digitized by Google

fremden Staates, sondern wir überliefern sie der Rache desselben.

(Ruf: Sehr richtig! Hört! Hört!)

Diese Frage ist aber zu wichtig, um hier heute ihre Erledigung zu finden.

(Abgeordneter Freiherr v. Vincke [Stargard]: Gott sei Dank.)

Herr v. Vincke sagt: Gott sei Dank! Ich will ihm selbst überlassen, das weiter auszuführen.

Ich glaube, daß diese Frage zum Gegenstande einer gründlichen Prüfung in einer Commission gemacht werden muß und behalte mir für später meine desfallsigen Anträge vor.

Wir aber dürfen nach allen hier geschilderten Uebelständen nicht eher ruhen, als bis wir die Regierung auf andere Bahnen gebracht haben, bis wir es dahin gebracht haben, daß eine Politik verlassen wird, die nicht blos dem Interesse des Landes, dem Interesse des Volkes widerspricht, sondern auch die Interessen, ja die Existenz der Dynastie aufs Aeußerste gefährdet. Und wenn irgend etwas uns einen Anspruch auf den Titel „Sr. Majestät getreue Opposition" erwerben kann, so glaube ich, sind es unsere heutigen Debatten, ist es unser heutiger Beschluß.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Roepell (Oels) hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Roepell** (Oels): Meine Herren! Ein Redner, der hier vor mir auf der Tribüne stand, hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß dieses Haus eine Resolution, wie sie uns vorliegt, aufnehmen wolle. Ich kann nur sagen, ich wundere mich über seine Verwunderung. Denn wenn irgend jemals das Haus Veranlassung gehabt hat, seine Stimme zu erheben, so ist dies, meine Herren, meiner innigsten Ueberzeugung nach in dieser Sache der Fall. Wie ist denn die Lage der Dinge an unseren Grenzen? Im Nachbarlande bricht ein Aufstand los; die Regierung hält es für nothwendig, große Truppenmassen an der Grenze zu concentriren. Sie ruft zu diesem Zweck die Reserven ein, d. h. sie ruft Tausende unserer Jugend von ihrem bürgerlichen Berufe, aus ihrer bürgerlichen Arbeit ab zur Vertheidigung des Landes; sie schließt eine Convention, welche die höchsten Interessen eines großen Theiles unserer Mitbürger, die Interessen der Sicherheit der Person und des Eigenthums berührt. Das Gerücht von dieser Convention dringt in die öffentlichen Blätter, die Grenzdistricte und Grenzprovinzen gerathen in Unruhe, und als in diesem Hause die Landesvertretung nun die Frage an die Staats-Regierung stellt: „Wie ist es mit dieser Convention? Ist sie abgeschlossen? Hat sie den Inhalt, den die öffentlichen Blätter angeben?" so erfolgt keine Antwort,

Digitized by Google

die Staats-Regierung lehnt es ab, der eigenen Landesvertretung jede Auskunft über diese Convention zu geben.

Meine Herren! Wenn es nach alledem, was wir bereits erlebt und erfahren haben, noch eines Beweises dafür bedurft hätte, welche Stellung die gegenwärtige Staats-Regierung der gegenwärtigen Landesvertretung gegenüber einnimmt und festhalten will, so hat dieses letzte Verfahren des Staats-Ministeriums uns diesen Beweis sattsam geliefert.

(Sehr richtig!)

Zwei Tage oder wenige Tage, nachdem der Herr Minister hier auf Befragen der Landesvertretung geantwortet hatte, er könne sich darauf nicht einlassen, er lehne die Beantwortung der Interpellation ab, müssen wir durch die Verhandlungen des Englischen Parlamentes erfahren — wir, die Preußische Landesvertretung durch das Englische Parlament, daß der Russisch-Preußische Botschafter dem Englischen Ministerium angezeigt habe den Abschluß einer Convention und den Abschluß einer Convention mit wesentlich demselben Inhalt, wie wir ihn vorher kannten, nämlich einer Convention, die den Truppen einer fremden Macht das Recht giebt, große Strecken unseres Landes zum Kriegsschauplatze zu machen — einer Convention, die Personen und Eigenthum unserer Mitbürger dem Belieben Russischer Truppenführer preisgiebt.

(Hört! Hört!)

Meine Herren! Mit welchen Gründen rechtfertigt denn die Regierung diese Convention? Sie selber hat speciell die Gründe, die sie zu dem Abschlusse der Convention geführt, allerdings uns nicht angegeben; aber aus den Worten, die der Herr Minister-Präsident ausgesprochen hat in der Sitzung vom 16. Februar bei Gelegenheit der Beantwortung der Interpellation vom Herrn Abgeordneten Kantak und Genossen, da geht doch sehr deutlich der allgemeine Gesichtspunkt hervor, aus dem die Convention geschlossen worden ist; es geht sehr deutlich hervor, daß dieser Gesichtspunkt noch weitere Dinge im Auge hat, als nur die Sicherstellung der eigenen Grenze. Was sagte uns der Herr Minister-Präsident in dieser Sitzung vom 16. Februar? Er sagte, daß zweifellos eine Erwägung der obwaltenden Verhältnisse dahin führe, daß die Interessen und die Sicherheit des Preußischen Staates in hohem Grade gefährdet werden, wenn der Aufstand seinen Zweck verwirkliche, und daß die Pflicht der Regierung danach feststände, jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke, und dann mit größeren Opfern ihr Andrängen abgewehrt werden müsse.

Nun, meine Herren, der Herr Abgeordnete für Stolp hat vorher gesagt, er sehe gar keinen Grund vorliegen zu der Befürch-

Digitized by Google

tung, daß die Regierung etwas mehr beabsichtige, als nur unsere Grenze zu sichern. Meine Herren, ich sehe in diesen Worten das Gegentheil. Wenn es heißt, die Pflicht der Regierung steht fest, jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke, so heißt das doch nichts Anderes, als: der Bewegung in Polen entgegenzutreten und sie nöthigenfalls niederzuschlagen, ehe sie erstarkt, bevor die Russischen Kräfte sie niedergeschlagen haben.

Nun, meine Herren, ich will Sie nicht aufhalten mit einer Schilderung der Gefahren, welche jede Intervention in die inneren bürgerlichen Händel fremder Völker und fremder Staaten nach sich führt. Die Geschichte zeigt deutlich, daß alle solche Interventionen weder den Zweck erreicht haben, diese bürgerlichen Händel zu heilen, noch den Zweck erreicht haben, den die intervenirenden Staaten für ihr eigenes Interesse im Auge hatten.

Eine Intervention ist nur heilsam und wird nur dann gerechtfertigt werden können, wenn sie hervorgeht einerseits aus einer bestehenden Verpflichtung und andererseits aus der Erkenntniß eines ganz klaren und unzweideutigen Rechtes und Interesses des intervenirenden Staats.

Meine Herren, von einer Verpflichtung Preußens, den Polnischen Aufstand mit eigenen Kräften niederzuwerfen, kann nicht die Rede sein. Die Wiener Verträge haben keine gegenseitige Garantie des damals geordneten Besitzstandes für die einzelnen Mächte auf ewige Zeiten ausgesprochen, und außerdem liegt denn der Zustand in Polen vor, den die Wiener Verträge ins Leben gerufen haben?

Meine Herren, Sie wissen alle, das ist nicht der Fall. Was 1815 für das sogenannte Congreß-Polen geschaffen wurde in Folge der Wiener Verträge, meine Herren, das ist längst begraben. Von einer Personal-Union ist nicht mehr die Rede, eine nationale Armee, eine nationale Justiz-Einrichtung, eine nationale Administration, eine nationale Landesvertretung, das Alles existirt in Polen nicht mehr und an die Stelle ist eine Russische Herrschaft getreten, die so gewaltet hat, daß sie mit dem vollsten Fug und Recht den Namen des Despotismus verdient. Meine Herren, das hat 30 Jahre lang gedauert, fast von dem Niederwerfen der Revolution von 1830 bis in unsere Tage hinein.

Meine Herren, ich will nicht diese Despotie schildern, obwohl eine Schilderung derselben zum Verständniß der gegenwärtigen Bewegung in Polen wohl die nöthigen Lichter bringen könnte. Nur eins will ich erwähnen zur Charakteristik dieses Regiments, wie es Rußland in Polen diese 30 Jahre geführt hat, nämlich die fast gänzliche Unterdrückung aller höheren Bildungs-Anstalten in Polen, nicht

Digitized by Google

blos etwa der Universitäten, sondern auch der Gymnasien und der höheren Realschulen.

(Hört! Hört! Links.)

Meine Herren, das ist ein schweres Wort, dies Wort, die Bildung einer Nation zu unterbinden, und die Bildung mehr als einer Generation zu opfern dem Gesichtspunkt der herrschenden Politik.

Wollen Sie einen Zeugen hören über die Wirkung dieser Maßregeln der Russischen Regierung, so kann ich Ihnen das Zeugniß eines Mannes anführen, der wahrscheinlich am heutigen Tage nicht dargestellt werden kann als ein Feind der Russen, sondern als ein Freund der Russen. Das ist derselbe Mann, der heute an der Spitze der Russischen Regierung in Warschau neben dem Großfürsten steht, nämlich der Markgraf Wielopolski. In einer Schrift, die er 1846 schon geschrieben hat, schildert er diese Folgen und ich will die lange Schilderung nur in die paar Worte zusammenfassen, die er selbst gebraucht, indem er nämlich sagt: „In diesem Gegensatz zwischen Polen und Russen, in dieser Nothwehr gegen die Despotie der Russen, verderben sich die besten Züge des Polnischen Charakters, gehen unsere Fähigkeiten zu Grunde, unsere Vernunft verkehrt sich in ihr Gegentheil, unsere Empfindungen verschlechtern sich, und der Ekel, der unser täglich Brod begleitet, verdirbt in uns die Würde der menschlichen Natur." Das hat gedauert, meine Herren, bis zur Thronbesteigung Alexanders. Sie wissen Alle, Alexander schlug einen andern Weg der Politik ein, er versuchte durch Reformen die Polen zu gewinnen, er stellte Wielopolski, der diese Politik schon vor Jahren angerathen hatte, an die Spitze der Regierung, und Wielopolski begann mit den Reformen. Was ist das Resultat gewesen, meine Herren? Ist der Zweck erreicht durch diese Reformen, eine Versöhnung der Nation mit Rußland zu schaffen? Mit Nichten, meine Herren; die Ereignisse der zwei letzten Jahre zeigen das auf das Deutlichste, daß der Zweck nicht erreicht ist. Woher ist er denn nicht erreicht? woher ist es denn gekommen, daß die ganze Politik Wielopolskis auch nicht einen Stand, nicht eine Partei in Polen für sich hat, daß der Adel, daß die Kaufmannschaft, daß das Volk im Ganzen und Großen die Hände nicht geboten hat zu dieser Reform-Politik? Der Grund, meine Herren, liegt offen vor aller Welt, die sich darum bemühen will, ihn kennen zu lernen; der Grund ist der, meine Herren, daß man in Polen ganz allgemein weiß, der letzte Gedanke dieser Reform-Politik Wielopolskis ist nicht nur die Aussöhnung der Polen mit den Russen, sondern der ist die innige Verschmelzung der Polen mit den Russen. Ob diese Politik gesund ist für Polen oder nicht, meine Herren, das haben wir freilich nicht zu entscheiden, aber für uns ist es denn

Digitized by Google

doch immer von dem größten Interesse, zu wissen, daß diese Politik isolirt steht und daß die Nation von ihr nichts wissen will. Ein Redner, der vorhin auf dieser Tribüne stand, der hat mit dem Gespenst des Panslavismus gedroht und hat gemeint, wenn ein unabhängiges Polen zu Stande käme, dann könnten sich die Träume der Panslavisten wieder erneuern und Leben gewinnen. Meine Herren, diese Aeußerung zeugt von einer völligen Unkenntniß der Verhältnisse des Panslavismus. Unter allen slavischen Stämmen sind bisher die Polen diejenigen gewesen, die am allermeisten den panslavistischen Ideen entgegengetreten sind, und wenn man den Vorwurf der panslavistischen Ideen Jemandem machen will, so kann man ihn eben Wielopolski machen und der Wielopolskischen Politik. Denn in derselben Schrift, auf die ich vorhin verwiesen habe, spricht Wielopolski selbst aus, für Rußland werde eine solche Aussöhnung der Polen mit seinem Regiment die größten Vortheile habe. Worin bestehen diese Vortheile seiner Meinung nach? „Darin", sagt er, „daß durch uns und unsere Brüder in den benachbarten Staaten der Russische Einfluß gestärkt und vermehrt werden wird, und Rußland dann mit größerem Gewicht auf die slavischen Stämme im Süden und im Westen von Rußland einwirken wird." Meine Herren, wenn das nun die Lage der Dinge in Polen ist, sollen wir nun diese russenfreundlichen Pläne Wielopolskis unterstützen durch eine Intervention? Sollen wir unser Gut und unser Blut hergeben, um die Russische Herrschaft in Polen nur noch fester zu machen, die Macht Rußlands zu verdoppeln, mit der Rußland auf uns drückt?

Meine Herren! Das wäre meines Erachtens eine sehr falsche Politik. Der Herr Minister-Präsident sagte: Die Sicherheit des Preußischen Staats würde gefährdet, wenn die Polnischen Insurgenten ihre Zwecke erreichten. Nun, meine Herren, die Sicherheit des Preußischen Staats wird ganz gewiß gefährdet, wenn die Russische Macht in Polen noch stärker wird, als sie schon gewesen ist.

(Sehr wahr!)

Es ist bereits angeführt worden, und ich will es kurz wiederholen, daß auf dem Wiener Congreß dies Vorrücken der Russischen Macht über die Weichsel nicht nur betrachtet wurde von Englischen und Französischen Staatsmännern, sondern auch von Preußischen Staatsmännern und Preußischen Generalen als eine große Gefahr in sich schließend für die Sicherheit und Unabhängigkeit Preußens und Oesterreichs, ja ganz Europas. Meine Herren, damals wurden diese Bedenken zurückgedrängt, weil man der zwingenden Nothwendigkeit der eben bestehenden Verhältnisse sich unterwerfen, und dieses Vordringen der Russischen Macht diesseits der Weichsel, was man in Wien damals in seinen Wirkungen

Digitized by Google

mit einem Vordringen der Französischen Macht über den Rhein verglich, gestatten mußte. Aber selbst Hand anlegen zu sollen, diese Position, welche Rußland damals gewonnen, noch stärker zu machen, meine Herren, das scheint mir nicht im Interesse der Preußischen Politik zu sein.

(Sehr wahr!)

Nun sagt der Herr Minister-Präsident weiter, indem er seine Politik am 16. Februar begründete: „Die Bewegung ging auf die Herstellung eines unabhängigen Polenreiches, in einer dem frühern Bestande desselben sich nach Möglichkeit annähernden Ausdehnung, und selbst, wenn dieser Zweck die Begehrlichkeit nach Preußischen Landestheilen nicht nothwendig in sich einschlösse, so wäre doch die Königliche Regierung u. s. w. verpflichtet." Meine Herren, darin wird Jedermann nur einstimmen, und das hat der Herr Referent mit beredtem Munde bereits ausgesprochen, daß die erste Pflicht der Regierung es sei, die Integrität unseres Staatsgebiets vollständig zu wahren, und ich glaube auch nicht, daß die Regierung das Land vergebens aufrufen würde, in solchem Bestreben mit allem Gut und Blut ihr beizustehen, wenn solcher Aufruf nothwendig würde. Wir wollen und wir werden Stücke Polenlandes, das ist uns der große Gang der Historie in einem Jahrhunderte langen Kampf beider Nationen mit einander — denn unser Besitz ist das Resultat eines solchen Kampfes — wir werden, was wir in einem solchen Jahrhunderte langen Kampfe gewonnen haben, nicht wieder herausgeben.

Aber, meine Herren, liegen denn irgend Beweise vor, daß ein Aufstand, ein Hineinziehen unserer Polnischen Provinzen in den Aufstand geplant werde. Es ist möglich, einzelne, ich möchte sagen, Tollköpfe können einen solchen Plan verfolgen, aber im Allgemeinen existirt er nicht. Es wäre doch zu thöricht, wenn die Polen Preußen und Oesterreich sich zugleich auf den Hals ziehen wollten. Nun treten allerdings solche Gelüste hervor, wenn man im Gespräche die Möglichkeiten eines künftigen unabhängigen Polens erwägt; aber meine Herren, es ist ein großer Unterschied im Reiche der Ideen Gedanken zu äußern und praktische Politik zu machen. Ob ein unabhängiges Polen wirklich gefährlicher für Preußen ist, als ein starkes Rußland, nun meine Herren, das ist im Augenblick sehr schwer zu entscheiden, das hängt, wie der Herr Referent gesagt hat, von den Constellationen ab, unter welchen ein solches unabhängiges Polen ins Leben eintritt, hängt ab von einer Masse concreter Verhältnisse, die im Voraus jetzt kein menschlicher Blick erkennen kann.

Wenn es nun aber so steht, meine Herren, wenn heute diese Frage gar nicht vorliegt, wenn sie heute nicht reif ist zur Entscheidung, so gewinnen dann doch auch die höheren

Digitized by Google

und die sittlichen Gesichtspunkte der Politik noch ein doppeltes Gewicht und Verlangen doppelte Berücksichtigung. Meine Herren, es ist schon angeführt, wir feiern in diesem Jahre das Andenken an die Tage der Erhebung unseres Preußischen und unseres Deutschen Vaterlandes gegen die Fremdherrschaft; wir feiern damit die neue feste Begründung einer nationalen Selbstständigkeit und das ist ja eben meine Herren, eins der weitgreifendsten, eins der fruchtreichsten Resultate der ganzen Napoleonischen Epoche gewesen, daß sie das nationale Bewußtsein, welches in dem Cosmopolitismus des 18. Jahrhunderts und unter der Herrschaft der absoluten Monarchie zurückgetreten war, wach gerufen hat, daß sie das nationale Bewußtsein als einen neuen und nicht unmächtigen, sondern sehr bedeutenden Hebel und Factor in die Entwickelung der Geschichte unseres Jahrhunderts von Neuem eingeführt hat. Meine Herren, das nationale Bewußtsein und seine Kraft ist der Hebel gewesen aller politischen Erscheinungen seit dem Unabhängigkeitskriege, seit der Napoleonischen Zeit, es ist der Hebel und der Kern gewesen aller dieser Erscheinungen, von dem Aufstande der Spanier im Jahre 1808 ab, bis herunter auf die letzte Erhebung Italiens. Und, meine Herren, wer will denn nun bestreiten, daß auch die Polen eine Nation sind, wer will das bestreiten im Angesichte einer Jahrhunderte alten Geschichte, einer Geschichte, die allerdings ihre Schlacken hat, wie jede andere, die aber auch aufzuweisen hat die ruhmvollsten Tage und die ruhmvollsten Thaten. Meine Herren, eine Nation wie diese stirbt nicht; seit länger als 60 Jahre, bald sind es 100 Jahre ist die politische Existenz dieser Nation vernichtet, aber sie ist nicht gestorben und wer von uns, die Hand aufs Herz, will es ihr verdenken, daß sie auch eben nicht sterben will, daß, so lange noch ein Atom von eigenem nationalen Bewußtsein in ihr ist, sie sich regt und danach strebt, ihre Unabhängigkeit zu gewinnen, diese nationale Selbstständigkeit, die, das erkennen wir ja Alle an, der einzige Boden ist, auf dem eine wirkliche gesunde nationale Entwickelung stattfinden kann.

(Bravo! In der Polnischen Fraction.)

Nun sagt man, meine Herren, die Polen wären nicht fähig, einen Staat zu erhalten.

Seien wir nicht voreilig mit einem solchen Urtheil. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, wie trügerisch ein solches Urtheil ist, selbst wenn es sich auf die Erfahrung einer langen geschichtlichen Vergangenheit gründet.

Meine Herren, es ist noch gar nicht lange her, daß alle politischen Leute in Europa es nach den Erfahrungen der Italienischen Geschichte für unmöglich hielten, daß die Italiener zu einem Reiche sich zusammenschaaren würden. Nun, meine Herren, der Anfang ist gemacht; freilich ist noch

Digitized by Google

nicht Alles gelungen, aber was sie bisher geleistet haben, giebt doch Aussicht, daß ihnen noch mehr in der Zukunft in dieser Richtung gelingen wird. Denken wir an uns selbst, wie lange, wie schwer ringen wir, um aus der Zerrissenheit, in die uns unsere Vergangenheit gebracht hat, zu der politischen und nationalen Einheit und Stärke wieder zu gelangen. Urtheilen wir nicht voreilig ab über die Fähigkeit oder Nichtfähigkeit einer großen Nation, sich zu regeneriren und zu einem neuen Dasein sich zu erheben.

Also, meine Herren, das Interesse Preußens vereinigt sich mit allen humanen, politischen und menschlichen Gesichtspunkten, um gegenüber diesem Aufstande für Preußen die Politik der strengsten Neutralität zu empfehlen. Sie entspricht dem Recht, sie entspricht den Interessen, diesen Grundgedanken, daß Neutralität die beste Politik für Preußen sei, finde ich ausgedrückt von allen den Vorschlägen zur Verbesserung der Resolution am Besten in dem Boninschen Amendement. Es vermeidet die Mißdeutungen, welchen die von der Commission empfohlene Resolution ausgesetzt ist. Es spricht aus, was in erster Reihe nothwendig ist, auszusprechen: die Regierung möge sich beschränken auf den Schutz der Grenzen, und nichts thun, was über diesen nächsten Zweck hinausgeht. — Meine Herren, mögen Sie nun dieses Amendement annehmen, oder mögen Sie die ursprüngliche Resolution annehmen, ich kann nicht glauben, daß es völlig wirkungslos sein wird, wenn dieses Haus mit einer großen Mehrheit den Grundsatz ausspricht: Preußen hat gegenüber der nationalen Bewegung in Polen neutral zu bleiben. Meine Herren, ich sagte vorhin, Interesse und Recht forderten eine solche Politik und ich schließe mit der Erinnerung an den alten und durch alle geschichtliche Erfahrung bestätigten Satz: Discite justitiam moniti et non temnere divos!

Präsident: Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf **zu Eulenburg:** In augenblicklicher Abwesenheit des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, der wohl noch Veranlassung nehmen wird, sich weitläufiger in der Frage auszusprechen, möchte ich dem Herrn Vorredner nur das bemerkbar machen, daß es nicht so unerhört ist, wenn eine Convention, welche der eigenen Landesvertretung noch nicht vorgelegt worden, irgend einem anderen Gouvernement vertraulich mitgetheilt wird.

Wenn eine Convention der Landesvertretung nicht vorgelegt wird, selbst auf deren Wunsch nicht, so muß dies darin seine Veranlassung haben, daß dieselbe entweder noch nicht ganz fertig ist, oder daß sie nach der Anschauung der Regierung keine Bestimmungen enthält, die es nicht als

Digitized by Google

nöthig erscheinen lassen, sie überhaupt der Landesvertretung zur Genehmigung vorzulegen.

(Unruhe und Widerspruch in der Versammlung.)

Das schließt aber nicht aus, daß aus allgemeinen politischen Rücksichten vertraulich eine solche Convention oder die Existenz derselben fremden Cabinetten angezeigt werde. — Indem ich diesen Grundsatz ausspreche, will ich nicht behaupten, daß dies geschehen sei.

Es wird Sache des Herrn Ministers des Auswärtigen sein, zu beurtheilen, ob er auf diesen Punkt zurückkommen will.

Ein Wort aber über ein Factum, das von dem Herrn Vorredner angeführt worden ist und mehreren Herren Vorrednern zu allgemeinen Bemerkungen Veranlassung gegeben hat. Die Cartelconvention mit Rußland ist ein unbestritten mit Gesetzeskraft bestehender Vertrag. Ich kann in der That nicht einsehen, warum eine zum gegenseitigen Schutz verabredete Convention in dem Augenblicke nicht angewendet werden soll, wo die Gefahr, auf welche dieselbe überhaupt hinzielt, eine drohende zu werden anfängt. Warum soll das Gouvernement in gewöhnlichen ruhigen Zeiten von dem Rechte der Auslieferung oder aber von dem Reechte die Auslieferung zu verlangen, Gebrauch machen, und damit plötzlich aufhören in dem Moment, wo in dem Nachbarlande eine Revolution ausgebrochen ist, wo Elemente auf das eigene Land hinüberflüchten und einzuschleichen versuchen, die dadurch die Gefahr herbeiführen, die Revolution in das eigene Land hinüberzuführen. Ich kann einer solchen Auffassung nicht beitreten und ich glaube sicher, daß der Regierung ein Vorwurf gemacht werden würde, wenn sie in den jetzigen Zeiten nicht das, was Gesetz und Vertrag an die Hand geben, im vollsten Maße in Anwendung brächte.

Das Factum welches angeführt worden ist, als ob schon jetzt Polen an Rußland ausgeliefert seien, muß ich insofern berichtigen, als von einer Auslieferung in diesem Falle gar nicht die Rede ist. Ein specieller Bericht, der mir auf Grund von Zeitungs-Artikeln zugegangen ist, zeigt an, daß vier legitimationslose Polen, aus dem Westen kommend, auf dem Bahnhofe in Thorn arretirt worden sind, und sich mit keinen anderen Legitimations-Papieren versehen vorgefunden haben, als mit alten, nicht mehr gültigen, abgelaufenen Russischen Päßen. Auf dieses Factum hin, und da kein Grund war, sie länger dort zu verhaften als die Feststellung der Legitimation erforderte, sind sie nach den Bestimmungen der Cartelconvention nach der Russischen Grenze ausgewiesen worden, wozu die Cartelconvention ...

(Große Unruhe und Heiterkeit links.)

Ja, verzeihen Sie meine Herren, es steht in derselben im §. 23., wenn Sie nachlesen wollen, einfach, daß jedes legitimationslose Individuum, welches dem Russischen Staats-

Digitized by Google

verbande angehört, unsererseits ausgewiesen werden kann, und Russischerseits übernommen werden muß. Gestützt auf diesen Paragraph sind die vier Individuen, wie es früher jederzeit geschehen, jetzt ausgewiesen worden. Das ist das Factum.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Abgeordnete Becker (Dortmund) hat das Wort.

Abgeordneter **Becker** (Dortmund): Meine Herren! Von einer Seite ist diesem Hause gewissermaßen die Legitimation bestritten worden, überhaupt die sogenannten auswärtigen Angelegenheiten zum Gegenstande seiner Berathung und Beschlußnahme zu machen; und es ist dann heute von dieser Seite (rechts) meinen politischen Freunden als unverträglich mit ihrem Programm vorgerückt worden, daß sie Maßregeln, welche die Staats-Regierung angeblich ausschließlich zum Schutze der Deutschen Interessen ergriffen habe, kritisiren wollen. Freilich, meine Herren, ist noch aus den Zeiten der sogenannten heiligen Alliance die Besprechung der Polnischen Angelegenheiten für Deutschland und namentlich für Preußen eine wenigstens scheinbar sehr heikle Sache geblieben. Wer sich früherer Verhandlungen dieses Hauses erinnert, wird vielleicht sogar zugeben müssen, daß diese Scheu oft eine fast übertriebene gewesen ist. Heutigen Tages sind aber die Dinge soweit gekommen, daß auch die zarteste Rücksichtnahme, die Behauptung des möglichst specifisch Preußischen Standpunktes uns nicht mehr von der Erörterung dieser Frage und dessen, was daran sich anknüpft, befreien kann. Nicht wir sind an diese Frage herangetreten, sondern die Frage ist an uns herangetreten; sie ist über uns gekommen; nicht deshalb sind wir mit der Polnischen Frage befaßt, weil die Verhältnisse in Polen sich so entwickelt haben, daß sie uns unmittelbar tangiren, sondern wir sind mit der Polnischen Frage befaßt, weil unsere Staats-Regierung sie über uns gebracht hat.

(Hört! Hört!)

So wenig dieses Haus einen Einfluß haben kann auf die Vorgänge im Königreich Polen, so wenig unterliegt dieses Haus einem Einfluß Polnischer Verhältnisse. Das spreche ich aus, um zu protestiren gegen die Verdrehungen und Verdächtigungen einiger Preßorgane, welche sich den Schein geben, das Ministerium zu vertreten. Dieses Haus ist ein Preußisches Haus und es ist — die Herren zu meiner Linken werden als Ausnahmen von der Regel es bestätigen, es ist ein Deutsches Haus; und sollte ein Bruchtheil in diesem Hause sein, der da glaubte, Preußische und Deutsche Interessen sondern zu müssen, der bei Beurtheilung Preußischer Fragen einen anderen Standpunkt als den Deutschen gewinnen möchte, so ist er doch ein so verschwindend kleiner, daß er wahrlich nicht in Betracht kommt. Das aber eben

Digitized by Google

kennzeichnet die außerordentliche Lage unseres Vaterlandes, das ist gewissermaßen die signatura temporis, daß wir in diese Debatte gekommen sind, nicht durch die natürliche Entwickelung auswärtiger Zustände, sondern dadurch, daß uns unsere Staats-Regierung die Kenntniß von dem Allernothwendigsten vorenthält, daß sie uns vorenthält die Mittheilung über die Verpflichtung, die sie jüngst für den Staat und somit für jeden einzelnen Staatsbürger übernommen hat.

Wir können diese Frage nicht todtschweigen, wir konnten sie an keinen Andern überweisen, wir müssen eine Antwort geben. Seitdem Bevollmächtigte des Preußischen Staates der Russischen Regierung, dem Russischen Statthalter Gut und Blut Preußischer Unterthanen zur Verfolgung Russischer Zwecke angeboten haben, können wir uns von dieser Frage nicht mehr dispensiren. Die Vorfälle von Gleiwitz, die Ueberschreitung der Grenze bei Gollub, die brutale Militairherrschaft, die sich in Westpreußen angekündigt hat, zwingen uns, nicht im Polnischen Interesse, sondern im Preußischen Interesse, davon zu reden.

(Sehr wahr!)

Ich will nicht von den Bekanntmachungen der Provinzialbehörden in der Provinz Posen sprechen, ich will auch jetzt nicht von der Proclamation des Generals v. Werder reden, vielleicht nehmen andere Redner nach mir diesen Gegenstand auf, aber das ist gewiß, daß der Preußische Staat nur für Russische Interessen in eine schwere Mitleidenschaft gezogen ist, und ich glaube, daß es wohl in einem solchen Falle einem Preußischen Abgeordnetenhause geziemt, sich zu erinnern, wo der Anfang jener unseligen Zustände in Polen liegt.

Meine Herren! In demselben Jahre, in welchem der Friede geschlossen wurde, der die Preußische Machtstellung gesichert hat, vor hundert Jahren, hat die Vergewaltigung Polens angefangen und zwar unmittelbar anknüpfend an den siebenjährigen Krieg. Seit der Zeit sind die Polen die Russen nie mehr los geworden, dieselben Russen, denen es nicht gelungen war, sich auf Kosten Preußens zu bereichern. Wäre es bei der ersten Theilung geblieben, so könnte Preußen für seine Betheiligung daran eine gewisse Moral geltend machen.

Was die Polen durch Waffengewalt, nach dem Rechte des Siegers, dem Deutschen Orden drei Jahrhunderte vorher genommen hatten, das hat Preußen als geschichtlicher Rechtsnachfolger des Ordens zurückgenommen. Was aber darüber hinaus geschehen ist, das ist namen- und beispiellos und wahrlich für uns heute noch eine höchst fatale Sache. Die erste Theilung hatte zum Vorwand, die innere Zerrüttung Polens, die zweite Theilung hatte zum Vorwand, daß die

Digitized by Google

Polen dieser inneren Zerrüttung ein Ende machen wollten, und die dritte hatte zum Vorwand, daß sich die Polen die zweite Theilung nicht wollten gefallen lassen. Preußen ist bei diesen Theilungen schwer engagirt, auch heute gewissermaßen noch. Für uns, als Vertreter des Landes, ist dies Engagement wohl einer Beachtung werth. Der Polnische Freiheitsbrief für die Polnischen Städte vom April 1791 und die Verfassungs-Urkunde vom Mai 1791 sind Urkunden, die man nicht lesen kann, ohne sich zu gestehen, daß die Polnischen Staatsmänner jener Zeit ein großes Stück voraus waren, nicht blos vor denen, die 1791 in Preußen lebten, sondern auch vor denen, welche 1863 in Preußen leben.

(Heiterkeit.)

Jener Freiheitsbrief der Städte war damals das Ideal einer Städte-Ordnung; er bahnte an die Aufhebung aller Stände-Unterschiede, er verbot die Erhebung von Einzugsgeld, er gewährleistete den Bürgern freie Wahl des Bürgermeisters, der Magistrats- und der städtischen Beamten, er garantirte den Städten die Selbstverwaltung der Polizei, dehnte den Grundsatz: der Habeascorpus-Acte „neminem captivabimus nisi jure victum auch auf die Bürger aus. Das sind Dinge, die damals bei uns kaum geahnt wurden. Die Polnische Verfassung von 1791 ist älter als die Französische von demselben Jahre. Das ist namentlich zu bemerken, weil es eine so bequeme Redensart geworden ist, sie wäre abgeschrieben. Preußen hatte den Polen diese inneren Reformen verbürgt. Es hatte zum Schutz dieser Reformen und des beiderseitigen Gebietes ein Schutz- und Trutzbündniß mit Polen abgeschlossen und es hat, als Rußland dieser Reformen wegen Polen überfiel, seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Declaration, mit der sich damals die Preußische Regierung aus der Sache herauszog, will ich hier nicht kritisiren. Ich will nur an das eine Wort erinnern, was Schlosser auf sie anwendet. Er nennt sie: „eine kecke Sophisterie der Diplomaten zu Gunsten militairisch-monarchischer Gewaltthaten." In derselben Frist, in welcher Preußen gegen Frankreich Krieg führte, weil die Franzosen die Monarchie abgeschafft hatten, theilte man Polen, weil es die Monarchie bei sich eingeführt hatte.

Es ist auch wohl an der Zeit, daran zu erinnern, daß an der zweiten Theilung Polens Preußische Minister nur deshalb Theil nehmen konnten, weil diese Minister bereit waren, das linke Rheinufer aufzugeben.

(Sehr richtig!)

Welche Schäden uns aus alledem erwachsen sind, das ist ja bekannt. Nimmermehr wäre das linke Rheinufer in den Händen der Franzosen geblieben, wäre nicht die Polnische Theilung gewesen. Nimmermehr hätte der unglück-

Digitized by Google

liche Anfang des Krieges von 1806 zu dem gräßlichen Ausgange geführt, wenn nicht ein Drittel des damaligen Preußischen Staates Polnisches Land gewesen wäre, wenn nicht die Polnischen Soldaten massenhaft die Preußischen Fahnen verlassen, und hinter dem Rücken des Preußischen Heeres rebellirt hätten.

Nicht die Franzosen allein haben damals Preußen geschlagen, die Polen haben durch ihren Abfall ihnen wesentlich geholfen. — Erlauben Sie mir noch einen Rückblick.

Es hat bei der ersten Theilung Polens Preußen ein Sechstel so viel bekommen, als Rußland erhielt. In der zweiten Theilung bekam es ein Viertel so viel; es verlor aber 1807, und zwar unter Mitwirkung derselben Russen, von dieser ganzen Polnischen Beute wieder drei Viertel. Daß heißt, es blieb dem Preußischen Staate von dem großen Gebiete, welches Polen 1772 gehabt hatte, von einem Gebiete, welches größer ist als das heutige Kaiserreich Frankreich sammt Belgien und Holland, von 13,500 Quadr.-M. blieben Preußen 1807 kaum 500 Quadr.-M. Der Wiener Congreß hat Preußen 625 oder 630 Quadr.-M. zurückgegeben; unter diesen sind jedoch 143 Quadr.-M. welche zum Netzdistricte gehören, und sind ferner 100 Quadr.-M., deren Bevölkerung entweder rein Deutsch oder doch überwiegend Deutsch ist, also ungefähr 250 Quadr.-M., die anzunehmen kein Deutscher Staatsmann ein großes Bedenken tragen konnte. Für den kleinen eigentlich Polnischen Rest nun, hat man — und anders läßt es sich nicht ausdrücken — im Jahre 1815 Preußen von Neuem zum Complicen und Mitverantwortlichen für alle vorangegangenen Theilungen gemacht. Die Nachtheile, welche für Preußen damit verbunden waren, diese Nachtheile, in die Preußen leider Gottes zu Wien gewilligt hat, sollten wenigstens einigermaßen aufgewogen werden durch Nebenverabredungen. In diesen Nebenverträgen ist zwar nur von Polen die Rede, aber sie gehen auch uns an, und es kann uns deshalb nicht gleichgültig sein, ob sie gehalten werden. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn diese Verträge eine administrative Selbstständigkeit Polens, wenn sie bürgerliche Freiheit und Sicherheit in Polen voraussetzen, ob denn diese Selbstständigkeit, Freiheit und Sicherheit dort auch vorhanden ist. Preußen hat eine Pflicht danach zu fragen, und es hat diese Pflicht nicht gegen die Polen als Ausländer, sondern gegen seine eignen Angehörigen, und zwar nicht blos gegen die Preußen Polnischer Nationalität, sondern gegen alle Preußen. Ich erinnere sie an einen Satz der Convention vom 3. Mai 1815 Art. 29.: „Was den Durchgangshandel betrifft so soll selbiger in allen Theilen vom ehemaligen Polen vollkommen frei sein." Es ist für uns also nicht gleichgültig, ob der Art. 31. der Verfassung des Königreichs

Polen von 27. November 1815 noch gilt. Dieser Artikel — Sie erlauben mir, ihn zu verlesen — lautet „Die Polnische Nation wird auf ewige Zeiten eine nationale Repräsentation haben, die in einem Landtage besteht, der aus dem Könige und zwei Kammern zusammengesetzt ist."

Das ist nicht blos eine Verheißung für die Polen, sondern auch eine Verpflichtung gegen alle Mächte, die an den Verträgen von 1815 Theil genommen haben, und als Garanten dieser Verträge sind in erster Linie berufen die unmittelbaren Nachbarn, die dabei selbst Paciscenten waren, und besonders die, welche bei sich selbst die Bedingungen eines geordneten Staatswesens erreicht haben, die selbst eine nationale Repräsentation besitzen.

Die perfide Russische Auslegung der 1815 bewilligten Verfassung, die fürchterlichen Maßregeln, welchen die verfassungstreuen Patrioten in Polen bis zum Jahre 1830 ausgesetzt waren, sind bekannt, aber wenn die Russische Auslegung und Verdrehung der Polnischen Verfassung keinen Rechtstitel geben kann für die Polnische Revolution des Jahres 1831, so kann diese Polnische Revolution auch keinen Rechtstitel für die Aufhebung und Wegwischung der Verträge von 1815, für eine Annullirung des Satzes: „Die Polnische Nation wird auf ewige Zeiten eine nationale Repräsentation haben", geben. Es ist leider Thatsache, daß die Verfassungs-Urkunde jetzt unter anderen Siegestrophäen in Moskau verwahrt wird, und es ist leider auch Thatsache, daß die Preußische Regierung zu Allem „ja!" gesagt hat, und es ruhig hat gewähren lassen, daß Polen, dessen Handel nach den Verträgen ein vollständig freier mit Preußen sein sollte, durch eine Chinesische Mauer abgeschlossen, daß dadurch der Wohlstand Preußischer Staats-Angehöriger wesentlich beschädigt worden ist; es ist leider auch wahr, daß die Preußische Staats-Regierung Cartelverträge abgeschlossen hat, durch welche es erst den Russen möglich wurde, eine Mißregierung, die im Widerspruch mit den Verträgen und Verheißungen von 1815 steht, durchzuführen. Leider ist das Alles wahr, und es ist auch kaum zu verwundern, daß eine Regierung, welche die Verheißungen, welche sie selbst im Jahre 1815 den eigenen Staats-Angehörigen gegeben hat, noch nicht erfüllt hatte — ich meine die Preußische — so lange sie eben diese Verheißungen nicht erfüllen mochte, sich nicht in der Lage befand, die Russische Regierung an ihre Verpflichtung zu erinnern. Indessen ist, seitdem Preußen ein constitutioneller Staat geworden ist, die Sache doch eine andere, und es ist namentlich seitdem auch Sache des Volks, d. h. seiner Vertretung, des Abgeordnetenhauses, an die Erfüllung der Verträge von 1815 zu mahnen. Daß frühere Ministerien die Gelegenheiten,

Digitized by Google

die ihnen geboten waren, hierüber mit den Russen ein ernstes Wort zu sprechen, ungenützt gelassen haben, das kann uns kaum wundern; und wir werden uns wohl auch nicht wundern, wenn noch das jetzige Ministerium die Dinge mehr von dem Standpunkte, den Schlosser gekennzeichnet hat, als von dem aus, von welchem die materiellen Interessen der Preußischen Staats-Angehörigen ihre Geltung finden, ansieht. Gleichwohl kann die Landesvertretung sich deshalb doch nicht der Pflicht entheben, so oft die Verhältnisse die Frage an sie richten, zu erklären, daß sie die Vernichtung eines selbstständigen Polnischen Staates für ein Unglück hält, für ein großes Unglück, ja für ein Verbrechen, begangen nicht blos an der Polnischen Nation, sondern auch an dem Frieden Europas, daß Preußens Interesse gebieterisch die Wiederherstellung eines selbstständigen Polnischen Staates verlange; und daß, wenn Rußland, wie es doch nun offenbar geworden ist, die Hand nicht bieten will, um die vertragsmäßigen Zustände in Polen wieder herzustellen, Preußen keine Ursache habe, zu wünschen, daß die Russische Herrschaft in Polen fortdauere.

Ich verhehle mir zwei Einwürfe nicht; und der eine davon ist bereits des Weiteren hier erörtert worden: Erstens die Einrede, die Polnische Bewegung gefährde die Integrität des Preußischen Staates, denn das Ideal der Polen sei eben der Staat von 1772. Nun, meine Herren, wenn dieser Idealismus bei den Polen bestände, wundern könnte er uns doch wahrlich nicht; denn wenn ein Volk vollständig staatslos ist, dann verfällt es nothwendig dem politischen Idealismus. Wenn aber die Polen die Anfänge eines Staates wieder haben, dann glaube ich, daß sie mit diesen Anfängen genug zu schaffen bekommen werden, um den Idealismus fallen zu lassen. Ich möchte wenigstens nicht glauben, daß das Polen von 1772 überhaupt herstellbar ist. Das Polen, welches heute zu Stande kommen kann, würde nothwendigerweise ein ganz anderes sein müssen. So gewiß die Polen Danzig und Elbing nicht gebaut haben, so gewiß wird ihnen das Deutsche Volk diese Häfen nicht abtreten; und wenn es Deutschlands Ehre und Pflicht gebietet, diese Städte zu behalten, nun, so seien wir doch auch so consequent, zu gestehen und geltend zu machen, daß es das Interesse dieser unserer Städte, also unser Interesse gebietet, daß ihnen der Verkehr mit den Polnischen Hinterlanden nicht mehr durch Russische Willkür erschwert oder unmöglich gemacht werde. Keine Scholle Landes, die Deutscher Fleiß urbar gemacht hat, und keine Werkstätte, die Deutsche Betriebsamkeit errichtet hat, braucht an Polen abgetreten zu werden, und doch ist ein Polnischer Staat möglich. Jedenfalls wird die Nachbarschaft eines Polnischen

Digitized by Google

Staates für unsere östlichen Provinzen eine annehmbarere sein, als die Nachbarschaft des Russischen. Aber nehmen wir einmal an, ein Polnischer Staat könnte uns den Besitz von Westpreußen, von Pommerellen, von dem Lande an der Warthe gefährden, — nehmen wir einmal an, es wolle der Polnische Staat, wie wir ihn uns nun vielleicht in dieser oder jener Grenze denken, diesen Besitz uns streitig machen — — fehlte ihm da nicht vor Allem die Vorbedingung, um eine Seeküste zu erobern?

Die Polen haben das Zeug und die Fähigkeit nicht zum Seewesen; die Polen werden uns nimmermehr eine Küste aberobern. Bei den Russen ist es etwas ganz Anderes; die Russen an sich sind freilich ebenso wenig Seeleute wie die Polen, aber sie haben sich Seeprovinzen, die alle Vorbedingungen zu einer Marine bieten, einverleibt, ja, die Russen können uns die Preußische Küste streitig machen und sollte es dahin gekommen sein, daß Polen vollständig in Rußland aufgegangen wäre, dann, meine Herren, glaube ich, wäre allerdings für Preußen und Deutschland der Besitz jener östlichen Provinzen höchlichst gefährdet. Es ist als zweiter Einwand neulich hier — und ich bedaure, es erwähnen zu müssen — den Polen vorgerückt worden, daß sie legitim Unterworfene seien, weil sie die Geschlagenen von Leipzig wären. Nun, meine Herren, das ist richtig, die Polen haben sich von Napoleon führen lassen, soll ich sagen, anführen lassen, und sie sind bei Leipzig mit besiegt worden; aber war das dort ein Kampf um Polen gegen die Polen? Bildeten überhaupt die Polen dort einen Hauptfeind? Die Franzosen sind die Geschlagenen gewesen und die mit ihnen verbundenen Deutschen Rheinbundsfürsten; und wie fein säuberlich ist man mit diesen Allen umgegangen! Nicht einmal die rein Deutschen Landestheile durften im Interesse der Legitimität den Franzosen wieder genommen werden und alle Folgen, alle Schmach, alles Gräuel dieser Leipziger Niederlage soll nun allein deshalb auf Polen gewälzt werden? Ich glaube, es geziemt am allerwenigsten einer Deutschen Landesvertretung, diese vae victis-Moral in Anwendung zu bringen.

Ich fasse mich zusammen, meine Herren,

(Unruhe rechts.)

das Deutsche Volk in keinem seiner Stämme kann sich mit Denen identificiren, welche Polen von der Staatenkarte weggestrichen haben und kann sich auch mit Keinem von Denen identificiren, welche das Polnische Volk noch länger unterdrücken möchten; wohl aber hat Deutschland ein großes Interesse, daß ein selbstständiges Polen wieder erstehe; und da das Staats-Ministerium uns in keiner Weise Aufklärung über das giebt, was es in der Convention ausbedungen und zugestanden hat, da wir also angewiesen

Digitized by Google

sind auf einen ganz allgemein gehaltenen Ausspruch, so müssen wir erklären, daß die Ereignisse welche seit dem 15ten Januar in Polen geschehen sind und in Anknüpfung daran noch geschehen werden, uns in demselben Lichte erscheinen, wie sie allen übrigen gesitteten Völkern bereits erschienen sind. Sollte in diesem Hause eine Antipathie, eine persönliche Abneigung vertreten sein, die vielleicht entstanden ist durch die Nachbarschaft und in dem Verkehr mit unangenehmen einzelnen Polnischen Persönlichkeiten, so bitte ich Sie, subjective Neigungen zu unterdrücken und anzuerkennen, daß das subjective Gernhaben und Nichtgernhaben dem politisch Nöthigen nachstehen muß. Ich bitte Sie ferner zu bedenken, daß unser Protest zugleich gerichtet sein muß gegen die Leichtfertigkeit, mit welcher uns die Convention in Händel mit dem Erben der napoleonischen Ideen bringen könnte.

Den westlichen Provinzen, meine Herren, sind Sie, glaube ich, eine Erklärung schuldig, in der Sie es aussprechen, daß es Ihnen nicht gleichgültig ist, ob die Politik wieder zurückkehre, die vor 70 Jahren gegolten hat.

Wenn ich die einzelnen Resolutionen, die Ihnen vorgeschlagen sind, mit einander vergleiche, so gebe ich zu, daß in jeder das Eine oder Andere viel anders sein könnte; und wenn ich meine subjective Meinung ausdrücken soll, so sage ich, sie gefallen mir alle mit einander nicht. Aber, meine Herren, es kommt doch wahrlich in einer solchen Stunde nicht darauf an, ob irgendwie in irgend einen Ausdruck irgend etwas hineininterpretirt werden kann. Meine Herren, gegen die Böswilligkeit giebt es keine Argumente. Sie mögen die Resolution abfassen wie Sie wollen; wenn Ihre Resolution sich gegen die Intentionen der Staats-Regierung richtet, so werden sie immer derselben Interpretationsweise ausgesetzt bleiben. Ich für meinen Theil werde zunächst für die Resolution stimmen, welche die Commission vorgeschlagen hat.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf **zu Eulenburg:** Obgleich nach der langen Auseinandersetzung des Herrn Vorredners die ersten Worte seiner Rede fast verklungen sind, so muß ich doch ein paar derselben rectificiren. Wenn ich recht gehört habe, so sprach er von den Zuständen an der Preußischen Grenze, von stattgehabten Grenzüberschreitungen und brutaler Militairherrschaft in Westpreußen. Ich glaube, ich habe recht gehört, es nimmt sich in dem Munde eines Preußischen Abgeordneten eigenthümlich aus, diejenigen Truppen, die an die Grenze geschickt worden sind, um Preußische Interessen zu schützen, brutaler Militairherrschaft zu bezüchtigen, um so mehr, als davon im Entferntesten nicht die Rede ist. Es giebt keinen landräthlichen Kreis vom Norden bis herunter zur Oesterreichischen Grenze, welcher nicht

Digitized by Google

um Militairbeistand in dieser Zeit gebeten hat, keinen Kreis, fast keinen Ort!

(Unruhe.)

Die Staats-Regierung ist sich der Pflicht bewußt gewesen, durch eine möglichst starke Entfaltung ihrer Macht von vornherein den Ausbrüchen der Revolution entgegenzutreten. Sie hat nach ihren Kräften diesem Wunsche der Kreise und Gemeinden Genüge gethan und ist dafür mit Dankbarkeit überhäuft worden, sie hat, glaube ich, den Zustand, nach welchen, wie man jetzt sagt, die Polnische Revolution im Ersterben zu sein scheint, durch diese ihre Haltung herbeigeführt. Daß zu gleicher Zeit, meine Herren, bei dieser Gelegenheit sehr viele Anerkennungen für die treffliche Wirksamkeit der Armee-Reorganisation . . .

(Sehr große Unruhe.)

(Oh! Oh! von allen Seiten.)

Vice-Präsident **Behrend** (den Redner unterbrechend): Ich bitte, den Herrn Minister ausreden zu lassen, ohne ihn zu unterbrechen.

Minister des Innern Graf **zu Eulenburg** (fortfahrend): ausgesprochen worden sind, darf ich constatiren. Es ist amtlich und außeramtlich, ohne jede vorgefaßte Meinung meinerseits, von allen Seiten constatirt worden, daß die betreffenden Landestheile dankbar dafür sind, in welcher Art die Armee-Reorganisation zur Wirksamkeit gekommen ist.

(Oh! Oh! von allen Seiten.)

Auf diejenigen Gerüchte, meine Herren, als ob jetzt blos mobil gemacht worden sei, um damit gewisse Zwecke in Bezug auf die Armee-Reorganisation zu erreichen, und daß es die Absicht gewesen sei, einige Kreise in Belagerungszustand zu erklären, blos um dann — ich weiß nicht, in welcher Weise — den Belagerungszustand auf Berlin zu übertragen: darauf darf ich nicht antworten; sie sind zu abgeschmackt. Den Behauptungen, daß die Grenze überschritten sei, stelle ich eine ganz bestimmte Verneinung entgegen. Als ich in den Zeitungen zuerst von einer solchen Behauptung Nachricht bekam, habe ich sofort telegraphirt nnd mir Auskunft erbeten, wie die Sache stände. Darauf ist mir das Telegramm zugegangen, das ich mir erlaube zu verlesen, wenn der Herr Präsident nichts dawider hat. Der Ort Gollub nämlich, bei dem die Grenzüberschreitung stattgehabt haben soll, liegt in dem Kreise Strasburg, also in Westpreußen, und der Landrath des Kreises Strasburg telegraphirt mir:

> „Die Drewensbrücke, welche zu Gollub gehört und diesen Ort mit der Nachbarstadt Dobrzyn verbindet, ist in der Nacht vom 18. zum 19. d. Mts. mit einigen vorgeschobenen Posten vom Preußischen Militair besetzt gewesen, weil eine nahe Insurgen-

Digitized by Google

tenbande beide Städte bedrohte und von Gollub Zuzug erwartete. Von einer Besetzung der Stadt Dobrzyn durch diesseitige Truppen ist keine Rede. Das Vorschieben einzelner Posten war durch Localverhältnisse geboten, die einen Ueberfall der von Russischem Militair entblößten Stadt sehr begünstigten. Die Insurgenten wagten sich nicht heran. In den Polnischen Gutsdistricten des Kreises dauert die Gährung fort. Angesichts des entfalteten Militairs verhält sich jedoch alles ruhig. Jenseits der Grenze, welche von den Russischen Zollbeamten verlassen ist, ist augenblicklich Ruhe.

So lautet das Telegramm.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Minister-Präsident hat das Wort:

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Meine Herren! Ich gestatte mir zunächst einen kurzen Rückblick auf die Behandlung, welche die Polnische Frage in diesem Hause gefunden hat. Es war nichts Ueberraschendes, daß die Herren Abgeordneten Polnischer Nationalität, welche unter Ihnen sitzen, diesen äußeren Anlaß benutzten, um den Antipreußischen Tendenzen, welche von ihnen in diesem Hause wiederholt vertreten sind, einen neuen Ausdruck zu geben.

Befremdlicher war es, daß die Interpellation der Polnischen Fraction von Deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung sich für fremde Nationalitäten und National-Bestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt.

(Heiterkeit.)

(Sehr gut! rechts.)

Auf die Interpellation der Herren Kantak und v. Chlapowski und ihrer Deutschen Genossen folgte diejenige der Herren Abgeordneten Schulze und v. Carlowitz. Durch dieselbe wurde die Königliche Regierung aufgefordert, über eine schwierige und brennende Europäische Frage die schwebenden Verhandlungen des auswärtigen Amtes von dieser Stelle her der Europäischen Oeffentlichkeit Preis zu geben. Die Königliche Regierung fand es durch die Staats-Interessen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellationen abzulehnen. In jedem unsern mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben und ich knüpfe daran den Wunsch: „Geben Sie uns ein Englisches Unterhaus und dann fordern Sie Englische Institutionen.

(Bewegung. Ruf: Oberhaus!)

Digitized by Google

Das Oberhaus ist weniger wichtig.

(Große Heiterkeit.)

Ein Unterhaus wie das Englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen. Das Partei-Interesse ist mit dem Staats-Interesse nicht zusammengefallen; es forderte die Discussion. In dieser Discussion traten nun die Deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die Polnische Sache hervor. Der Abgeordnete Waldeck, bei Besprechung derjenigen Vorkehrungsmaßregeln, welche von Sr. Majestät hinsichtlich der Grenzen getroffen worden sind, verglich die Einstellung der Preußischen Reserven mit dem Verkauf der Hessischen Landeskinder nach Nord-Amerika. Der Abgeordnete v. Unruh deutete unter Ihrem Beifall, Ihrem lebhaften Beifall an, daß, wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwicklungen entstehen sollten, Sie die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigern würden. Heißt das nicht dem Auslande zurufen: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen ....."

(Unterbrechung und Widerspruch.)

Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern....

(Unterbrechung; Ruf: Zur Ordnung!)

Vice-Präsident **Behrend:** Zunächst habe ich Sie um Ruhe zu bitten; ehe ich irgend einen Schritt unternehmen kann, wird doch das Haus wohl anhören, was ich zu sagen habe. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, er freue sich über den Ausdruck der Entrüstung, den das Haus kundgegeben habe. Ob der Herr Minister-Präsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Aeußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Ich will hier die Frage, in wie weit ein Ordnungsruf für das Staats-Ministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. Aber sollte dieselbe wieder in Anregung kommen, so behalte ich mir vor, die Sache zu erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848...

(Unterbrechung.)

Vice-Präsident **Behrend:** Nun muß ich doch den Herrn Minister-Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß diese letzte Anführung mit der gegenwärtigen Frage in keiner Verbindung steht. Welche Stellung der Abgeordnete v. Unruh in früherer Zeit in den parlamentarischen Verhandlungen eingenommen hat, steht mit der gegenwärtigen

Digitized by Google

Frage nicht im lockersten Zusammenhang. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten zu bemerken, daß ich ihm das Recht zur disciplinarischen Unterbrechung meiner Aeußerungen nicht einräumen kann. Ich habe nicht die Ehre, Mitglied dieser Versammlung zu sein; ich habe Ihre Geschäfts-Ordnung nicht gemacht, ich habe Ihren Herrn Präsidenten nicht mitgewählt; ich unterliege nicht dem disciplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disciplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disciplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte . . . .

(Unterbrechung.)

Vice-Präsident **Behrend:** Ich bitte um Ruhe, und dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort zu lassen.

Minister-Präsident **v. Bismarck** (fortfahrend): Ich nehme nicht das Wort nach Ihrer Geschäfts-Ordnung, sondern kraft der von Sr. Majestät mir verliehenen Autorität. Auf Grund des Paragraphen der Verfassung, welcher vorschreibt, daß die Minister zu jeder Zeit, wenn sie es verlangen, das Wort erhalten und gehört werden müssen.

(Unterbrechung.)

Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen . . . .

Vice-Präsident **Behrend:** Ich muß den Herrn Minister-Präsidenten trotz dieser seiner letzten Aeußerung dennoch unterbrechen. Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort nicht entzogen, und nach der Verfassung nicht entziehen können; der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disciplinargewalt aus, so weit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische.

(Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)

Diese Disciplinargewalt wo es nöthig ist auszuüben bin ich bereit, und werde es stets thun; sie gestattet den Herrn Minister-Präsidenten zu unterbrechen, wenn auch nicht ihm das Wort zu entziehen.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Ich muß diese Ansicht als eine irrthümliche bezeichnen, welche von der Königlichen Staats-Regierung nicht getheilt wird.

Also ich sagte:

Derselbe Abgeordnete von Unruh, welcher im Jahre 1848 seinen Namen unauslöschlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat.

(Stürmische Bewegung in der Versammlung: „das ist unwürdig — vertagen!" andauernder Ruf der Glocke des Präsidenten.)

Vice-Präsident **Behrend:** Meine Herren, ich werde,

Digitized by Google

wenn diese Störungen der Ordnung nicht aufhören, mich veranlaßt sehen, die Sitzung dieses Hauses zu vertagen. Ich habe diese Gewalt auf Grund des §. 61. der Geschäfts-Ordnung, und ich werde trotz des Widerspruchs des Herrn Ministers von dieser Bestimmung der Geschäfts-Ordnung Gebrauch machen, wenn der Herr Minister-Präsident Aeußerungen, über die ich gesagt habe, daß sie in die Discussion nicht gehören, wiederholte. Ich werde abwarten, ob der Herr Minister-Präsident die Aeußerungen, die er gethan hat, noch einmal thut; sollte dies geschehen, so werde ich die Sitzung vertagen.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Ich kann den Herrn Präsidenten nicht an der Vertagung hindern. Ich habe kein Bedürfniß, meine Herren, eine zweimalige Aeußerung zu wiederholen und glaube, Sie haben mich verstanden.

(Große Bewegung, Ruf nach Vertagung und Widerspruch dagegen.)

Vice-Präsident **Behrend:** Ich bitte um Ruhe meine Herren.

Ich bitte den Herrn Minister-Präsidenten fortzufahren.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Diese Drohung Preußen, dem Auslande gegenüber, wehrlos zu stellen, ist zum Glück eine ohnmächtige, aber es drängt sich dabei die Bemerkung auf, daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wieder in dem Vordergrund der Bühne erscheinen. Die Europäische Revolution ist solidarisch in allen Ländern; es ist natürlich, daß eine Bewegung in Polen, welche nach vorliegenden Beweisen unter Mazzinis Mitwirkung vorbereitet ist, und welche nach bekannten Thatsachen unter Mieroslawskis Mitwirkung ausgeführt wird, daß dieselbe von den revolutionairen Elementen aller Länder ihre Unterstützung findet. Unter diesen Umständen, meine Herren, schlägt man Ihnen vor, durch Annahme des heutigen Antrages Ihre Sympathie für die Polnische Insurrection zu bekunden;

(Bewegung.)

ich habe keinen Beruf die Absicht der Herren Antragsteller zu kritisiren. Die thatsächliche Wirkung der Annahme des Antrages wird aber zweifellos in der ganzen Welt diejenige sein, daß die Annehmer desselben bis zu einem gewissen Grade Partei ergreifen für die Polnische Insurrection.

(Große Bewegung, lebhafter Widerspruch.)

Sie empfehlen der Regierung, wenn Sie anders die Resolution im Lichte einer Empfehlung auffassen wollen, die Begünstigung keiner der beiden Parteien. Daß die Regierung die Insurgenten nicht begünstigen würde, konnte das Abgeordnetenhaus von vornherein voraussehen; es bleibt also nur übrig, daß Sie die Insurrection vor der Benachthei-

Digitized by Google

ligung, die sie durch das Verhalten der Regierung erleiden könnte, schützen wollen.

(Bewegung.)

Sie sagen, das Interesse Preußens fordere es; ich halte diese Ansicht für unrichtig, für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß die Nachbarschaft des Kaiser Alexander für Preußen eine erfreulichere ist, wie die Miroslawskis und eines propagandischen Polens; ich halte es für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß unser gesammter Handelsstand wie unser gesammtes Staats-Interesse dabei wesentlich implicirt ist, daß der Polnische Aufstand eine möglichst kurze Dauer habe und bald einem geordneten, rechtmäßigen Zustande Platz mache.

Die Sympathien nach menschlichen Gefühlen können sein, wo sie wollen, die Preußischen Interessen aber, meine Herren, nach den politischen Nothwendigkeiten, nach der geschichtlichen Entwickelung, die Preußen gehabt, können nicht in dem Lager der Insurgenten gesucht werden.

Ich hatte gehofft, daß der Berichterstatter den Antrag näher politisch motiviren würde. Ich war in dieser Hoffnung bestärkt, als ich in dem Berichte las, daß von der Existenz oder Nichtexistenz einer Convention völlig abstrahirt werden solle. Nichtsdestoweniger fand ich beim Weiterlesen, daß die Convention, diese Seeschlange der Europäischen Presse, das Hauptmaterial zur Unterstützung des Berichts liefert. Durch einen künstlichen Indicienbeweis, gestützt auf Zeitungslügen und Telegramme über ausländische parlamentarische Verhandlungen, wird die Behauptung unterstützt, daß ein 500 Quadratmeilen enthaltender Gürtel dem Greuel der Russischen Kriegführung preisgegeben wäre. Auf diesem „Gürtel" beruht im Wesentlichen die Argumentation, und ich setze voraus, daß der sonst im Argumentiren so sehr bewanderte Herr Berichterstatter weitere Gründe nicht hat auffinden können, sonst würde er sie dem Berichte einverleibt haben. Fällt dieser Gürtel hinweg, so steht uns der Antrag in seiner Nacktheit als unmotivirte Behauptung in dem Berichte gegenüber. Nun, meine Herren, dieſe ganze Gürtel-Idee iſt ein Phantaſiegebilde, iſt eine vollſtändig müßige Erfindung.

(Bewegung im Hause.)

Die Verabredungen, welche wir zum Schutze unserer nachbarlichen Interessen getroffen haben, sichern Preußen vollständig gegen jede Gefahr eines solchen Gürtelkriegs. Nach diesen Verabredungen, vor- wie nachher, bleibt jedes Ueberschreiten der Grenze, sei es durch Russische, sei es durch Preußische Truppen, von unserer Einwilligung vollkommen abhängig.

(Unruhe.)

Digitized by Google

Eine solche Ueberschreitung hat bisher nicht stattgefunden, und wird muthmaßlich nicht stattfinden,

(Zeichen des Zweifels in der Versammlung.)

weil die Insurrection einen minder glücklichen Verlauf genommen hat, als von manchen Seiten vielleicht gehofft, von manchen befürchtet worden ist. Einstweilen jedoch haben diese Verabredungen und unsere sonstigen Anstalten die glückliche Folge gehabt, daß das Leben und das Eigenthum der Bewohner unserer Grenzdistricte geschützt worden ist, und namentlich auch, daß die Polnische Insurrection ihre ursprünglich unmittelbar an der Preußischen Grenze errichteten Standlager weiter in das Land hinein verlegt hat.

Für diese Erfolge sind wir in gewissem Maße den Uebertreibungen Dank schuldig, die von dieser Stelle (nach der Tribüne deutend) und von der Presse über den Inhalt der Convention verbreitet worden sind.

Diese Uebertreibungen tragen aber auch die Schuld von dem üblen Eindruck, den die Convention, soweit er vorhanden ist, im Auslande gemacht hat. Hätten wir Verabredungen bis zu derjenigen Uebertreibung abgeschlossen, welche hier in Ihren Verhandlungen als Wahrheit zu Grunde gelegt ist, so würden manche Empfindlichkeiten, von denen die Zeitungen sprechen, von denen mir aber amtlich nichts bekannt geworden ist, ganz unzweifelhaft berechtigt sein. Es giebt kaum eine absichtliche Entstellung, kaum eine Verdrehung, die in dieser Sache von der Presse nicht geübt worden wäre, zum großen Theil in der ohne Zweifel patriotischen Absicht, das Ausland auf die Abwege der Regierung aufmerksam zu machen, und dasselbe zu avertiren, daß es Grund hätte, der Preußischen Regierung in irgend einer Weise zu zürnen.

Diese Entstellungen, meine Herren, haben zum größten Theil das Material zu drei aufregenden Verhandlungen geliefert, durch welche Sie Ihre und unsere Zeit in Anspruch genommen haben. Diese Verhandlungen, nach dem, was Thatsache ist, abgesehen von allen Behauptungen und Uebertreibungen, kann ich Ihnen im Wesentlichen als ein Luftgefecht bezeichnen. Einen sachlichen Erfolg werden sie nach keiner Seite hin haben, nicht einmal nach derjenigen, die Regierung in Verlegenheit zu setzen,

(Unruhe.)

Wenn Sie die Unbequemlichkeit abrechnen wollen, daß wir unsere Zeit hier zur Abwehr von Angriffen, die auf fingirten Thatsachen beruhen, verbrauchen müssen, anstatt sie anderweit besser zu verwenden.

(Große Unruhe.)

Ich habe heut mehrfach die Behauptung aufstellen

Digitized by Google

hören, als sei die Erfindung, die Phantasie in gewissen Maße berechtigt, sobald die Regierung es ablehnt, über irgend eine augenblicklich schwebende auswärtige Frage Auskunft zu geben. Man wirft uns vor, wir haben Euch gefragt, wir haben Euch interpellirt, und Ihr habt nicht antworten wollen, also sind wir berechtigt, Alles, auch das Schlimmste zu glauben. Ich glaube, diese Ansicht braucht man nur zu wiederholen von einem andren unparteiischen Standpunkt und Ton, um damit auch festzustellen, daß sie keine Berechtigung hat zu existiren. Wir können, meine Herren, keine Verpflichtung haben, und wir sind nicht in der Möglichkeit, über alle augenblicklich schwebende Verhandlungen in ihrem ganzen Europäischen Zusammenhange, durch den sie sich rechtfertigen können, durch den sie bedingt sein können, Ihnen Auskunft zu geben, und Sie können aus der Verweigerung solcher Auskunft nicht das mindeste Recht hernehmen, an irgend Etwas zu glauben, was die Regierung nicht ausdrücklich und amtlich mitgetheilt hat. Ich glaube daher, wenn diese ganze Debatte, — einen sonstigen Zweck kann ich nicht einsehen, — das Ziel gehabt hat,

(Unruhe.)

der Königlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und, sie in ihrer Stellung, in ihren Ansichten zu erschüttern, so hat sie auch darin ihren Zweck verfehlt.

(Stimme links: Leider!)

Wir fühlen uns stark in der Ueberzeugung, die Pflicht erfüllt zu haben, die uns durch die Wahrung der Interessen des Landes auferlegt war, und diese Ueberzeugung wird dadurch nicht geschwächt werden, wenn Sie uns durch die Annahme Ihres Antrages in die Lage versetzen, vor dem Lande Act davon zu nehmen, daß Sie Partei ergreifen für die Polnische Insurrection.

(Anhaltende Unruhe links. Bewegung in der Versammlung.)

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete v. Saenger hat das Wort.

Abgeordneter **v. Saenger:** Meine Herren! Wenn ich hier in der Reihe derjenigen Redner auftrete, die sich gegen den Antrag der Commission haben einschreiben lassen, so geschieht es nicht in dem Sinne, als ob ich, wie es der Herr Minister-Präsident eben ausgesprochen hat, annehme, daß in dem Antrage der Commission der Sympathie für den Polnischen Aufstand ein directer Ausdruck gegeben sei. Ich kann aber meinerseits auch dem Antrage Ihrer Commission nicht beitreten, weil die von der Commission beliebte Wortfassung eine Deutung zuläßt, um derentwillen es mir unmöglich ist, dem Antrage beizustimmen. Uebrigens scheint es mir, meine Herren, daß mehrere der vorherigen Redner doch sich etwas zu weit auf das Gebiet allgemein historischer und staatsrechtlicher Erörterung verloren haben; es scheint

Digitized by Google

mir, daß sie in der That sich selbst einer Preisgebung der Grenzen desjenigen Gegenstandes, der uns zur Berathung vorliegt, schuldig gemacht haben, und ich werde mich bemühen, in dieser Beziehung Ihnen nicht zu folgen, sondern möglichst auf das mich zu beschränken, was eigentlich Gegenstand unserer Berathung ist. Ich spreche daher zuerst aus, daß auch ich es für gerechtfertigt halte, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, gegenüber den im Nachbarlande stattfindenden Ereignissen, das Haus der Abgeordneten eine bestimmte Erklärung darüber abgebe, welche Haltung der Preußischen Politik es als die den wahren Interessen Preußens allein entsprechende nur anerkennen kann. Ich halte das um so mehr für geboten, meine Herren, wenn, (da jetzt ja nicht mehr von Nachrichten gesprochen zu werden braucht, mögen sie auch noch so zuverlässig gewesen sein — sie waren immerhin nicht officielle) — wenn nach den eben gehörten Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten es feststeht, daß ein „Engagement', — das ist ja der im Englischen Parlament officiell gebrauchte Ausdruck — zwischen den Regierungen Rußlands und Preußens stattgefunden hat, wonach den Russischen Truppen gestattet ist, die Preußische Grenze zum Zweck ihrer kriegerischen Operationen zu überschreiten in einem eben nicht, wie es scheint, sehr geringen Maße. Der Herr Minister-Präsident hat uns eben gesagt, es sei dies bis jetzt nicht geschehen. Er hat aber weiter nichts anderes hinzufügen können als: es werde auch „muthmaßlich" nicht geschehen. Nun, meine Herren, dies „muthmaßlich" genügt mir, um anzunehmen, daß es Pflicht dieses Hauses sei, gegen ein solches Vorgehen der Regierung Verwahrung einzulegen, denn es verletzt die wahren Interessen Preußens nach drei Seiten hin. Es verletzt, wie schon angedeutet ist von einem früheren Redner, zuerst die Interessen einer großen Zahl unserer Mitbürger, nämlich der östlichen Grenzbewohner, indem auch nach dem „Muthmaßlichen" des Herrn Minister-Präsidenten deren Leben und Eigenthum den Gefahren und Drangsalen eines Krieges preisgegeben wird; es verletzt ferner das wahre Interesse Preußens, weil es uns ohne Noth — ich betone es ausdrücklich, ohne Noth — in folgeschwere Verwickelung mit anderen Mächten bringen kann: es verletzt endlich das Interesse Preußens, weil ein solches Engagement, meine Herren, die Würde eines Großstaates, die Würde Preußens verletzt.

(Bravo!)

Ich werde mit einigen Worten auf diese drei Punkte näher eingehen.

(Unterbrechung.)

Seien Sie unbesorgt! (nach rechts deutend.)

Digitized by Google

Was die Verletzung der Interessen einzelner Staatsbürger an der östlichen Grenze anlangt, so beziehe ich mich auf das, was von früheren Rednern gesagt ist und was in dem Bericht steht. Mir kommt es aber darauf an, auch ganz besonders darauf hinzuweisen, daß im Interesse der Provinz des Preußischen Staates, die bei dieser Frage vorzugsweise in Betracht kommt, in Betracht der Provinz Posen, ein solches „Engagement" von ganz besonderer, sehr schwer wiegender Bedeutung werden kann. Meine Herren, ich kann es aus eigener Wahrnehmung, da ich vor nicht langer Zeit in meiner heimathlichen Provinz mehrere Tage mich aufgehalten — ich kann es aus eigenster Wahrnehmung bestätigen und weiß es aus vielen mündlichen und schriftlichen Nachrichten, daß die Ruhe in der Provinz Posen so vollständig ungefährdet bis jetzt gewesen ist, wie in den friedlichsten Zeiten, die wir bis jetzt verlebt haben. Ich kann aber auch bestätigen, indem während meiner Anwesenheit dort gerade die Nachricht in Betreff dieses mehrfach erwähnten Engagements zuerst dort sich verbreitete, daß erst durch diese Nachricht die Beunruhigung in den Gemüthern hervorgerufen ist,

(Hört! Hört!)

und zwar in den Gemüthern der Deutschen Bevölkerung, der loyalen echt Preußischen, Deutschen Bevölkerung. Meine Herren, es fällt mir nicht ein, auf die sogenannte „Polnische Frage" hier näher einzugehen, aber ein paar Bemerkungen mögen Sie mir gestatten. Es liegt ja auf der Hand, meine Herren, daß irgend ein jenseits der Grenze ausbrechender Polnischer Aufstand immer seine bestimmte Beziehungen haben muß zu unserer Provinz Posen; es liegt das so in der Natur der Dinge, daß es absolut eben nicht anders sein kann. Sie wissen ja Alle, besonders diejenigen verehrten Mitglieder, die schon früheren Versammlungen angehört haben — Sie wissen ja, daß auch unsere verehrten Collegen Polnischer Nationalität einen ganz eigenthümlichen Standpunkt hier in unserm Hause eingenommen haben. Dieselben haben es mehrfach von dieser Tribüne des Preußischen Abgeordnetenhauses herab unumwunden ausgesprochen, daß sie sich nicht ansehen als eigentliche Vertreter des Preußischen Volkes, sondern die Mission zu haben glauben, hier in diesem Hause und kraft ihrer hier gewonnenen Stellung für die Rechte der Polnischen Nation einzutreten, und als letzter Hintergrund dieses Eintretens für die Rechte Polnischer Nation ist — das werden die Herren selbst nicht bestreiten — immer der Gedanke der Wiederherstellung des alten Polnischen Reiches. Darum, meine Herren, wird es nicht können bestritten werden, daß revolutionaire, aufständische Bewegungen in Russisch-Polen noth-

Digitized by Google

wendig auch ihre Verbindungen haben müssen und haben werden in der Provinz Posen.

Es wird sich die Frage wegen des Anschlusses an jene Bewegungen für einen gewissen Theil der Polnischen Bewohner der Provinz Posen wesentlich immer nur charakterisiren als eine Frage der Zeit und der Opportunität. Meine Herren, in diesem jetzt vorliegenden Falle liegt die Sache aber doch wirklich anders. Der jetzt in Russisch Polen wüthende Aufstand ist nicht getragen von so allgemeinen nationalen Sympathien, wie es die frühern waren; es ist — und das sollte doch der Königlichen Regierung nicht unbekannt sein — es ist ein Aufstand, herbeigeführt und wachgerufen durch eine Partei, durch die socialistisch-demokratische Partei, und er wird — ich glaube mich darin nicht zu irren — von denjenigen Mitgliedern der Polnischen Nationalität, die ich als zur eigentlich nationalen Partei gehörig rechnen möchte, nicht gebilligt. Dies ist ein Hauptgrund, warum in der Provinz Posen, wo grade die nationale Partei, wie ich sie eben bezeichnete, ihre Hauptstütze hat, dem diesmaligen Aufstande gegenüber, die von mir vorhin erwähnte Ruhe so vollständig sich erhalten hat. Aber, meine Herren, ich will deshalb immerhin nicht leugnen, daß die jetzt an der Spitze des jenseitigen Aufstandes stehende Partei auch in der Provinz Posen einen gewissen Anklang findet. Nun frage ich Sie, meine Herren, kann es etwas Unzweckmäßigeres geben als eine Maßregel, die es möglich macht, daß der jenseits lodernde Brand in Berührung gebracht wird mit dem Zündstoff, der immerhin doch auch in unserer Provinz vorhanden ist? Wäre es nicht vielmehr die erste Aufgabe der Regierung gewesen, die jenseitige Flamme strenge zu cerniren an der Grenze und nichts zu gestatten, wodurch auch nur „muthmaßlich" die Ueberschreitung der Grenze von dort aus herbeigeführt und der jenseitige Brand zu uns herübergetragen werden könnte? So viel, meine Herren, über diesen Punkt.

Ich habe dann gesagt, das erwähnte „Engagement", indem es unzweifelhaft weiter geht, als die gegenwärtige Lage der Dinge es für geboten erachten läßt, ist geeignet, uns in folgenschwerere Verwickelungen mit den andern Großmächten zu bringen. Meine Herren, ich will mich zunächst davor bewahren, als ob die Rücksicht auf andere Mächte jemals die Preußische Regierung bestimmen konnte, etwas zu unterlassen, was sie wirklich, als von den Preußischen Interessen gefordert, für nöthig erachtet. Ich will zugeben und gebe zu, daß ein Aufstand in Russisch Polen von solchen Dimensionen sein kann, — wie es ein früherer Aufstand ja gewesen ist, — daß die entschiedenste und unzweifelhafte Gefahr für die Preußischen Interessen daraus entstehe. Möge nun dem gegenüber von der andern Seite

Digitized by Google

her eine Gefahr drohen, welche da wolle, so wird es immer Sache der Preußischen Regierung sein, abzuwägen, nach welcher Seite hin die Waage neigt, und wenn sie nach der östlichen Seite sich in Betreff der größeren Gefahr neigen sollte, so würde ich wenigstens der Preußischen Regierung niemals einen Vorwurf daraus machen, wenn sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dazu beitrüge, einem Polnischen Aufstande in Russisch Polen entgegen zu wirken. So liegt aber die Sache jetzt nicht, meine Herren, der Aufstand ist erstens darin von allen früheren verschieden, daß er nicht die allgemeinen Sympathien der Polen theilt, und im Uebrigen, wie sehr er sich von früheren unterscheidet, dies, meine Herren, liegt ja auf der Hand. Während ehemals eine organisirte, vortrefflich disciplinirte Armee den Aufständischen zur Seite stand, sehen Sie jetzt doch in der That nichts weiter als zerstreute Insurgentenhaufen; es fehlt nach Allem, was darüber bekannt geworden ist, an jeder einheitlichen Leitung. Die letzten Nachrichten stimmen endlich sämmtlich darin überein, daß der Aufstand sehr viel eher im Erlöschen, als in weiterem Umsichgreifen ist.

Ich habe endlich noch drittens gesagt, meine Herren, daß das „Engagement" der Würde eines Großstaates wie Preußen widerspricht. Ich dächte, meine Herren, die unangetastete Respectirung der eigenen Landesgrenze wäre doch das erste Fundament für die Achtung des betreffenden Staates im Auslande. Diese Respectirung so leicht hin aufzugeben, so die Landesgrenze der Discretion fremder Truppen preiszugeben, wie es nach dem Engagement geschehen kann, das, meine Herren, ist meines Erachtens nach ein Preisgeben der Achtung, die Preußen in den Augen Europas sich erhalten muß.

(Sehr richtig! Hört!)

Nun, meine Herren, — ich will Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen — nur noch wenige Worte über die Bedeutung der verschiedenen, Ihnen vorliegenden Anträge. Ich kann mich nur für den des Abgeordneten v. Bonin erklären und muß mich entschieden gegen den Commissions-Antrag aussprechen. Meine Herren, schon in der Commission ist dem Antrage der Vorwurf gemacht worden, daß in den Worten: „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen Unterstützung und Begünstigung zuzuwenden" eine völkerrechtliche Gleichstellung der beiden kämpfenden Theile ausgesprochen sei, und daß das nach der Lage der Dinge unmöglich gesagt werden könne. Man hat das bestritten. Es ist gesagt worden, in den Worten einerseits: „die Kaiserlich Russische Regierung" und andererseits: „die Aufständischen", in dieser Gegenüberstellung der beiden Bezeichnungen liege ja schon an und für sich die Entgegenstellung Beider und dies schließe die Möglichkeit aus, sie als

Digitized by Google

gleichberechtigt anzusehen. Ich muß das bestreiten, meine Herren, da die Russische Regierung mit ihren Truppen einerseits und auf der anderen Seite die Aufständischen kämpfen, so wird mit der wörtlichen Anführung dieser beiden kämpfenden Theile eben weiter nichts constatirt, als eine Thatsache. Bringen Sie nun damit die Worte in Verbindung: „weder Unterstützung noch Begünstigung angedeihen lassen", so werden Sie mir zugeben, daß diese Worte eben nichts anderes sind, als die Umschreibung des völkerrechtlichen Begriffes „Neutralität!"

Neutralität aber kann nur geübt werden nach völkerrechtlichen Begriffen von einem Staate in Bezug auf dritte Kriegführende, in dem Falle, wenn die beiden kämpfenden Parteien völkerrechtlich gleichgestellt sind, sei es auch, daß der Eine nur de facto es ist, wie z. B. jetzt bei dem Kampfe in Nordamerika. Wollen Sie also sagen, es soll gegen Beide Neutralität geübt werden, — und das sagen Sie, wenn auch freilich in der Form der Umschreibung, — so sprechen Sie eo ipso damit aus, daß Sie die beiden kämpfenden Theile für gleichgestellt ansehen wollen. Dann, meine Herren, sehe ich aber in der That nicht ein, warum Sie etwas sagen wollen, was an und für sich ganz unmöglich, woran Niemand denkt, daß es der Fall sein könne. Sie sagen: „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuzuwenden." Ja, meine Herren, ich frage Sie, wer in aller Welt kann denn im Allerentferntesten daran denken, daß die Königlich Preußische Regierung — nicht nur die jetzige, sondern auch irgend eine andere — den Polnischen Aufständischen jemals Unterstützung und Begünstigung zuwenden werde. Das ist doch schlechthin etwas Undenkbares; wozu es also aussprechen?

Dann aber endlich, meine Herren, fordern Sie in diesem Satze in der That etwas, was doch an und für sich etwas ganz Unmögliches ist. Sie können es von einer Preußischen Regierung nicht verlangen, daß sie sich einem Aufstande im Königreiche Polen gegenüber vollkommen neutral verhalte. Ich verweise auf das, was ich vorhin schon darüber gesagt habe, in welchem Verhältniß ein Polnischer Aufstand jenseits zu unseren Interessen immer steht. Sie können eine vollständige Neutralität Preußens in solchem Falle nicht verlangen. Es kommt aber ferner hinzu, daß bestimmte Verträge und das bis dahin an sich nicht alterirte nachbarliche und freundschaftliche Verhältniß zwischen Preußen und Rußland die Preußische Regierung nöthigen, gewisse Handlungen trotz des ausgebrochenen Aufstandes nicht zu unterlassen, die sie bisher der Russischen Regierung gegenüber zu erfüllen verpflichtet war. Fordern Sie aber in diesen Worten auch das Unterlassen solcher Handlungen,

Digitized by Google

und das liegt unzweifelhaft mit in Ihren Worten, dann sprechen Sie eben damit aus, daß nicht, wie sie behaupten, völlige Unparteilichkeit herrschen soll, sondern daß Sie eben damit eine Parteilichkeit gegen die Russische Regierung und zwar offenbar zu Gunsten der Aufständischen constituiren. Meine Herren, nach dem Allen scheint es mir doch, daß es sich mehr empfiehlt, wie es in dem Boninschen Antrage geschieht, einfach auf Dasjenige hinzuweisen, was uns eben gegenwärtig in dieser Frage vorliegt, zunächst also, wie es auch in Ihrem Antrage geschieht, ernst und bestimmt Verwahrung dagegen einzulegen, daß die Regierung es gestatte, unsere Grenzen durch Russische Militair-Abtheilungen, in Verfolgung ihrer eigenen kriegerischen Zwecke, überschreiten zu lassen, und dann nur noch hinzufügen, daß bei der jetzigen Lage der Dinge, bei dem Charakter des gegenwärtigen Aufstandes in Polen jede weitere Einmischung in den jenseitigen Kampf nur gegen das Interesse Preußens sein könne.

Sie aber, meine Herren, Sie gehen in Ihrem Antrage weiter. Sie fordern nicht allein das, was aus der Sache selbst sich ergiebt, Sie stellen auch Forderungen an die Regierung, die diese unmöglich erfüllen kann, und unter dem Präterte der Unparteilichkeit drängen Sie vielmehr zur Parteilichkeit gegen die Russische Regierung hin.

Endlich, meine Herren, bitte ich doch noch einen Gesichtspunkt im Auge zu behalten. Es handelt sich um die Entstehungsgeschichte des Antrags, die auch für mich nicht ohne Bedeutung ist und ich glaube, meine Herren, im ganzen Lande nicht ohne Bedeutung bleiben wird. Der Antrag ist die Folge der bekannten Interpellation, er schließt sich unmittelbar an die über dieselbe geführte Debatte. Einen hervorragenden Punkt dieser Debatte bildete die schon niehrfach erwähnte Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld, der von dieser Seite (links), von welcher der Antrag ausgeht, noch in keiner Weise widersprochen worden ist. Ich will durchaus nicht auf die näheren Details dieser Rede eingehen, aber eine Bemerkung mögen Sie mir doch erlauben. Hier im Hause sowohl, wie außerhalb hat sie den Eindruck gemacht, daß sie einen ganz bestimmt ausgeprägten Charakter trägt, daß sie getragen war von dem Gefühle tiefer Feindseligkeit gegen Rußland und von dem Gefühl warmer Sympathie für das Schicksal — ich will nicht sagen des Aufstandes — aber der Aufständischen. Meine Herren, sind Sie sicher, daß in Erwägung dieses Zusammenhanges der vorhergegangenen Dinge mit dem Antrage — sind Sie sicher, daß im eigenen Lande wahrscheinlich auch in Deutschland und Europa in die Worte Ihres Antrages der Sinn nicht gelegt wird und werden könne, daß damit eine Sympathie für den Auf-

Digitized by Google

ſtand in Polen ausgedrückt werden ſolle? Meine Herren, ich glaube, das können Sie mit Sicherheit nicht bejahen, ich denke, Sie werden nicht wollen und nicht wollen können, daß ein ſolcher Sinn in Ihren Antrag gelegt wird. Wenn Sie das aber nicht wollen, dann ſtimmen Sie für den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin.

(Bravo! rechts.)

Vice-Präſident **Behrend:** Der Herr Miniſter-Präſident hat das Wort.

Miniſter-Präſident **v. Bismarck:** Der Herr Abgeordnete, der ſoeben die Tribüne verläßt, ſcheint in Betreff der weſentlichſten Geſichtspunkte für die Polniſche Frage mit dem, was ich ſelbſt im Namen der Regierung geäußert habe, einverſtanden zu ſein; um ſo mehr bedauere ich ein Mißverſtändniß. Der Herr Abgeordnete iſt mehrfach auf ein beklagenswerthes Engagement der Preußiſchen Regierung zurückgekommen, ihre Grenzen zu öffnen. Er hat wahrſcheinlich überhört, was ich vorhin ausdrücklich ſagte, daß zu jeder Ueberſchreitung der Grenze durch Ruſſiſche oder Preußiſche Truppen nach wie vor unſere ausdrückliche Einwilligung erforderlich ſei.

Vice-Präſident **Behrend:** Der Abgeordnete Tweſten hat das Wort.

Abgeordneter **Tweſten:** Meine Herren! Herr v. Gottberg hat zuerſt das Thema angeſchlagen, daß eine Volksvertretung genöthigt ſei, aus patriotiſchen Gründen ihre Regierung zu unterſtützen in denjenigen Maßregeln, welche ſie dem Auslande gegenüber zu ergreifen für gut befinde. Der Herr Miniſter-Präſident hat in ſeiner draſtiſchen Weiſe dieſes Thema näher ausgeführt, und hat ſofort allen denen, welche eine Reſolution des von Ihrer Commiſſion vorgeſchlagenen Inhalts annehmen würden, welche dieſelbe eingebracht, unterſtützt haben oder annehmen werden, erklärt, ſie machten ſich einer Parteinahme für die Polniſche Revolution ſchuldig, die ſolidariſch ſei mit der Europäiſchen Revolution, ſie machten ſich auch eines Einvernehmens mit dem Auslande gegen den eigenen Staat ſchuldig. Von andern Ausführungen hat er noch hinzugefügt, ſie enthielten geradezu eine Einladung des Auslandes zum bewaffneten Angriff auf den Staat. Gegen dieſe Vorwürfe von Hochverrath oder Landesverrath, glaube ich, iſt es nicht nöthig viel zu ſagen; es iſt der alte Kunſtgriff, welchen man gebraucht, um jede unbequeme Oppoſition auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten zum Schweigen zu bringen oder zu verleumden,

(Sehr wahr! Sehr gut!)

als wenn ſie ſich mit dem Auslande verſchwöre gegen den eignen Staat.

(Bravo!)

Digitized by Google

Es ist ohne Zweifel traurig, wenn man anerkennen muß, daß die Angriffe, die in überwältigender Art von dem Auslande her ertönen, und gegen das Vorgehen der eignen Regierung gerichtet werden, bis zu einem hohen Grade gerechtfertigt sind,

(Sehr wahr!)

wenn man das Schuldig aussprechen muß über die eigene Regierung in ihren Maßregeln,

(Sehr wahr!)

welche das eigene Land in seinem Verhältnisse zum Auslande betreffen. Aber wir sind in einer unglücklichen Lage und wir können nicht umhin, das bei jeder Gelegenheit wieder und wieder zu constatiren, daß die Ehre der augenblicklichen Regierung nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes ist.

(Sehr wahr! stürmisches Bravo links.)

Ich weiß allerdings, meine Herren, man macht nicht mit Unrecht jedes Volk für die Maßnahmen seiner Regierung verantwortlich; es ist auch ein ganz richtiger Grundsatz, „ein Volk, welches sich keine bessere Regierung verschaffen kann, verdient auch keine bessere Regierung als es sie hat;"

(Sehr wahr!)

es muß vor Mit- und Nachwelt den Schaden tragen, den ihm seine Regierung zufügt. Aber wenn wir die Ueberzeugung haben, daß die Königliche Staats-Regierung sich auf einem gefährlichen, auf einem unheilvollen Wege befindet, daß sie einen Weg einschlägt, welcher den Haß der Europäischen Völker gegen uns herausfordert, dann haben wir nicht blos das Recht, sondern die dringendste Pflicht, Einspruch zu erheben, dann haben wir die Pflicht vor aller Welt zu constatiren, daß die Bahn der augenblicklichen Regierungsgewalt nicht die Bahn des Preußischen Volkes ist.

Der Herr Minister des Innern hat angedeutet, die Convention, von welcher hier die Rede gewesen, sei vielleicht noch nicht fertig (es stimmt das ungefähr zu dem, was in den letzten Tagen gerüchtweise verlautet), sie sei noch nicht ratificirt. Wenn diese Andeutung einen Wink enthalten sollte, als wolle die Königliche Staats-Regierung einen Rückzug antreten, so würde mich das freuen; ich fürchte aber, wenn ein Rückzug angetreten wird, so geschieht es mehr in Rücksicht auf das Ausland, als auf die Stimme des eignen Volkes.

(Sehr richtig! Links.)

Der Herr Minister-Präsident hat ausdrücklich erklärt, jede Resolution, die wir hier annehmen möchten, würde die Regierung nicht irre machen, sie sei vollkommen fruchtlos; er ist in seiner Höflichkeit so weit gegangen, die hier statt-

Digitized by Google

findenden Erörterungen nur als Zeitverderb für die Königliche Staats-Regierung zu bezeichnen.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, ich glaube, es stände besser um das Land und um die Krone, wenn die Königliche Staats-Regierung einem Votum der eigenen Landesvertretung nachgäbe, als wenn sie es den Mahnungen des Auslandes gegenüber thäte;

(Sehr wahr!)

mögen diese nun, wie es von dem Lord Russel oder von einem Französischen Minister ausgesprochen ist, in Form von höflichen Vorstellungen stattfinden, oder mögen sie, wie es anderwärts in einem officiösen Blatte behauptet worden ist, schon die bestimmte Aufforderung enthalten, von der mit Rußland abgeschlossenen Convention zurückzutreten.

Aber dem mag sein, wie es wolle, wir haben zu constatiren, was unsere Ansicht über diese Angelegenheit ist, wir dürfen uns nicht zum Schweigen bringen lassen.

Es kommt nicht darauf an, ob wir auf Grund eines besonderen Verfassungs-Artikels eine entscheidende Stimme haben oder nur eine berathende über die Angelegenheiten, die uns hier beschäftigen. Wir müssen unsere Meinung aussprechen. Man darf nicht sagen, daß die wichtigsten Angelegenheiten des Preußischen Staates in ganz Europa verhandelt werden, nur nicht in dem Preußischen Abgeordnetenhause.

(Bravo! Sehr richtig!)

Wenn wir uns in der Lage befinden, daß wir bis zu einem gewissen Grade im Dunkeln tappen, daß wir nicht wissen, was verabredet worden ist zwischen der Königlichen Staats-Regierung und der Kaiserlich Russischen Regierung, so ist das ja lediglich die Schuld der Königlichen Staats-Regierung. Wenn der Herr Minister-Präsident darauf aufmerksam gemacht hat, in schwebende Verhandlungen dürften wir uns nicht einmischen, so mache ich darauf aufmerksam, bei der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation, die die Herren Abgeordneten von Hoverbeck und v. Carlowitz in das Abgeordnetenhaus gebracht hatten, hat der Herr Minister-Präsident nicht erklärt, daß irgend ein Staats-Interesse es ihm unmöglich mache, die Interpellation zu beantworten, sondern er hat ohne irgend einen Grund trocken und ohne Umschweife erklärt, er lehne die Beantwortung der Interpellation ab.

(Hört! Hört!)

Wir konnten daher nur annehmen, daß diese Ablehnung lediglich hervorgehe aus dem bekannten Austrocknungsprincip, daß keine Gründe des Staatswohls entgegenstehen. Wenn solche geltend gemacht wären, dann würden wir uns trotzdem zu überlegen haben, ob nicht eine Sache von der Trag-

Digitized by Google

weite, wie eine Intervention in Polen sie enthält, ob die nicht eine Erörterung in diesem Hause verlange, aller Unbequemlichkeiten, aller etwaigen kleinen Anstöße, die das erregen könnte, ungeachtet.

Der Herr Minister-Präsident hat jetzt den Inhalt der Convention, wie er bisher mitgetheilt worden ist, für eine Seeschlange, für eine müßige Erfindung der Presse erklärt. Ich glaube, der Herr Minister-Präsident wird sich da zunächst an seinen Botschafter in London halten müssen.

(Sehr wahr! Hört! Hört!)

Man kann nicht annehmen, daß ein Englischer Minister des Auswärtigen in den Mittheilungen, welche er dem Hause der Lords gegeben hat, gelogen habe.

(Bravo! von allen Seiten.)

Lord Russel hat nun aber ausdrücklich erklärt, daß der Russische und der Preußische Botschafter ihm Mittheilung gemacht haben über eine Verabredung zwischen den beiderseitigen Regierungen, wonach es den Russischen Truppen gestattet sei, Insurgenten über die Preußische Grenze so weit zu verfolgen, bis sie einer Preußischen Truppenmacht begegnen, die stark genug, um die Insurgenten zu entwaffnen, und umgekehrt.

(Hört! Hört!)

Die Mittheilungen der Presse, die früher waren als diese Erklärungen, stimmten hiermit vollkommen überein und fügten nur noch hinzu, die Convention enthalte auch anderweitige Verabredungen über Bedingungen, unter welchen den Russen die Grenzüberschreitung behufs strategischer Operation freistehe. Nach diesen Vorgängen mußten wir bisher annehmen, daß diese Mittheilungen der Wahrheit entsprächen, wir hatten vollkommene Veranlassung, sie als wahr vorauszusetzen, und der Herr Minister-Präsident hat auch jetzt nicht gesagt, daß sie vollkommen unrichtig seien. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, jede Ueberschreitung der Grenzen durch Russische oder Preußische Truppen, sei noch von einer besonderen Einwilligung abhängig gemacht. Ob diese Einwilligung unter gewissen Umständen erfolgen werde oder nicht, hat der Herr Minister-Präsident nicht erklärt; eben so wenig hat er gesagt, von welchen Bedingungen sie abhängig gemacht werden soll.

(Sehr richtig!)

Wenn ich deshalb auch zum Grunde der Erörterung noch dasjenige legen muß, was Lord Russel mitgetheilt hat, so ist, glaube ich, der Herr Minister-Präsident selbst schuld, wenn er sich auch jetzt noch nicht bemüßigt gefunden hat, nähere Erklärungen, wenn auch nur negative, abzugeben über dasjenige, was zwischen der Preußischen Regierung und der Russischen verabredet worden ist. Meine Herren, ich glaube

Digitized by Google

nun, wenn zu dieser Thatsache, zu diesen Mittheilungen über den Abschluß einer Convention hinzukommt, daß der Herr Minister-Präsident bei der Beantwortung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak ausdrücklich gesprochen hat von einer Pflicht der Königlichen Staats-Regierung, der Bewegung im Russischen Polen entgegenzutreten, wenn hierzu noch die Thatsache kommt, daß Russische Truppen, die über die Grenze gedrängt wurden, in der Weise, wie es das Hoheitsrecht des Preußischen Staats erfordert, entwaffnet worden sind, dann aber ihre Waffen wieder erhielten und zurückgeleitet worden sind auf einen Grenzpunkt, von welchem aus sie sich unmittelbar auf den Kriegsschauplatz begeben konnten, so haben wir vollkommen das Recht, auch die jetzigen Handlungen der Regierung bereits als eine Intervention zu bezeichnen. Ich will mich über den Begriff der Intervention nicht auf irgend welche Aeußerung Einzelner, nicht einmal bekannter Staatsrechtslehrer berufen; ich will mich nur auf diejenigen Autoritäten berufen, welche das neue Europäische Völkerrecht festgestellt haben. In den Verhandlungen der Mächte auf den Congressen der Jahre 1818—1822, namentlich in dem Schlußprotocoll des Troppauer Congresses vom 19. November 1820 und ebenso in den Gegenerklärungen der Englischen Regierung, welche damals Lord Castlereagh in mehrere protestirende Noten faßte, wurden ausdrücklich verschiedene Arten von Interventionen unterschieden. Es giebt danach friedliche Interventionen, durch bloße Vorstellungen, Erklärungen, indirecte Unterstützung des einen oder des andern Theils, und es giebt einen zweiten Grad von Intervention, durch Zwangsmaßregeln. Hiernach können wir annehmen, daß, nach dem Europäischen Völkerrechte, jeder Eingriff durch Rath und That in die Verhältnisse eines andern Landes als eine Intervention zu bezeichnen ist. In dieser Beziehung glaube ich jetzt schon von einer Intervention der Königlichen Staats-Regierung im Russischen Polen reden zu dürfen. Ich will nicht auf historische Untersuchungen über die Vergangenheit eingehen, mich auch möglichst frei halten von jeder Art von Sympathie und Antipathie gegen irgend einen Theil. Ich werde mich objectiv an dasjenige halten, was meiner Meinung nach im alleinigen Interesse des Preußischen Staats geboten ist, und werde danach betrachten, was gerechtfertigt ist und was darüber hinausgeht. Unzweifelhaft ist jeder Staat, also auch die Königliche Staats-Regierung in unserem Lande verpflichtet, ausreichend Sorge zu tragen für den Schutz der eigenen Grenzen. Es ist daher vollkommen gerechtfertigt, wenn die Königliche Staats-Regierung, wie der Herr Minister-Präsident erwähnte, Anzeichen hat, daß in dem eigenen Lande Aufstandsversuche vorbereitet würden, welche vielleicht nicht für den nächsten Augenblick, aber für gewisse

Digitized by Google

günstige Umstände beabsichtigt sein möchten, wenn zugleich ein Krieg geführt wird an der unmittelbaren Grenze, daß dann eine Entfaltung von polizeilichen und militairischen Kräften stattfindet. Nach allen Stimmen aber, selbst aus den Deutschen Kreisen in der Provinz Posen und Westpreußen scheint es, daß die Maßregeln der Königlichen Staats-Regierung größer sind, als nöthig ist. Ich will aber darüber nicht rechten; unbekannt mit den Verhältnissen, unbekannt mit der ganzen Ausdehnung, welche die Königliche Staats-Regierung ihren militairischen Maßregeln gegeben hat, will ich jetzt kein Urtheil darüber fällen. Aber daran glaube ich erinnern zu müssen, wenn die Königliche Staats-Regierung außerordentliche Maßregeln für nothwendig hielt, so hatte sie nicht etwa wegen Verwickelung mit dem Auslande, sondern einfach wegen der entstehenden Kosten der Landesvertretung eine Vorlage zu machen. Selbst in dem Kaiserlichen Frankreich, wo der Constitutionalismus nicht in übertriebener Blüthe steht, fordert man in solchen Fällen außerordentliche Credite, wie z. B. bei der Expedition nach Mexico. Es fehlt auch an jedem Vorwande, eine Ausgabe, welche keine Etats-Ueberschreitung, sondern die ganz und gar eine außerordentliche Ausgabe ist, solche Ausgaben auf die Verantwortlichkeit der Königlichen Staats-Regierung vorzunehmen in dem Augenblicke, wo die Landesvertretung gerade beisammen ist. Hier erlaubt man sich eben noch Alles.

(Sehr wahr!)

Wenn Millionen ohne Bewilligung verwendet werden, so heißt es: Wir sind verantwortlich. Wird aber irgendwo darauf hingedeutet, daß mit dieser Verantwortlichkeit zu irgend einer Zeit Ernst gemacht werden könnte, dann hält man sich für berechtigt, wie über einen Fastnachtsscherz bei dem Gedanken zu lachen, daß Millionen auf das Privatconto der Herren Minister geschrieben werden könnten.

(Sehr richtig!)

Indessen dies nur nebenbei.

Ich bin vollständig darüber einig mit der Königlichen Staats-Regierung, und ich glaube, wir alle sind es, daß die Königliche Staats-Regierung die Grenze zu schützen hat und die Grenzgebiete gegen Aufstände im Innern und gegen Einfälle von Außen. Das Zweite, was in Betracht kommt, sind die völkerrechtlichen Verhältnisse zu Rußland. Das Völkerrecht gegen eine benachbarte und befreundete Macht verlangt ohne Zweifel, daß die Königliche Staats-Regierung den Aufständischen in dem Staats-Gebiete der befreundeten Macht keine Unterstützung irgend einer Art zukommen läßt. Weiter gehen die allgemeinen Verbindlichkeiten nicht.

Die besondere Cartelconvention vom 8. August 1857,

Digitized by Google

welche noch in Kraft steht, enthält keine Bestimmungen, welche unmittelbar auf die hier vorliegenden Fälle angewendet werden könnten; sie enthält nichts darüber, wie die Königliche Staats-Regierung sich zu verhalten hat, wenn Russische Truppen die Grenze überschreiten. Sie spricht von Deserteuren, welche ausgeliefert werden sollen mit Waffen und Pferden; in diesem Falle aber kann von Deserteuren nicht die Rede sein. Ich glaube, die Königliche Staats-Regierung ist nicht verpflichtet, vollkommen so zu verfahren gegen übertretende Truppen, wie es ihre Pflicht sein würde, wenn ein Krieg zwischen anerkannt kriegführenden Mächten, zwischen fremden Staaten stattfindet.

Es ist in dem Kriege zwischen Italien und Frankreich einerseits und Oesterreich auf der andern Seite von der Schweiz gefordert und von ihr auch als Pflicht der Neutralität geübt worden, übertretende Truppen von beiden Seiten zu entwaffnen und bis zum Ende des Krieges zu internirn. Soweit will ich die Verpflichtung der Staats-Regierung nicht ausdehnen; ich glaube, wenn die Russische Regierung die Entlassung ihrer Truppen und die Wiederauslieferung der Waffen und Pferde forderte, so würde die Königliche Staats-Regierung sich dem nicht entziehen können. Ich halte es aber für ein Mehr, für eine Verletzung der Neutralität, für eine Intervention, wenn die Königliche Staats-Regierung diese Truppen nicht auf ein Gebiet zurückstellt, welches von dem Kriegsschauplatze entfernt ist, sondern wenn sie ihnen gestattet, unmittelbar von dem Preußischen Gebiet aus, wieder in den Kampf einzugreifen, denn auf diese Weise wird das Preußische Gebiet zu einem Operationsgebiete, und das ist eine Hülfsleistung, das ist eine Intervention. Ein trauriger Fall hat sich noch angeschlossen an die Erörterung der Cartellconvention, welcher hier bereits zur Sprache gebracht worden ist von dem Herrn Abgeordneten v. Roenne und auf welchen der Herr Minister des Innern Bezug genommen hat.

Es sind einige Polen, die von Westen her durch Deutschland gereist sind, auf unserem Grenzgebiete verhaftet worden. Es kann unmöglich eine Verpflichtung aus der Cartelconvention abgeleitet werden, diese Männer an Rußland auszuliefern; denn, wie bereits vom Herrn Abgeordneten v. Roenne gesagt ist: Die Convention enthält ausdrücklich Vorschriften, nach welchen Verbrecher nur ausgeliefert werden dürfen, wenn der Russischen Requisition ein Anklagebeschluß oder ein Erkenntniß oder Haftbefehl des competenten Russischen Gerichts beigefügt ist. Davon kann hier nicht die Rede sein. Ebensowenig sind diese Männer als Deserteure oder Kriegsdienstpflichtige zu betrachten. Der

Digitized by Google

Herr Minister des Innern hat nun erklärt, diese Männer seien nicht ausgeliefert worden, sondern ausgewiesen

(Heiterkeit.)

— aber nach der Russischen Grenze hin!

(Hört! Hört!)

Meine Herren! Zwischen einer Ausweisung dieser Art und einer Auslieferung ist kein Unterschied. Meine Herren, es wird der Ruf der Entrüstung, welchen wir bereits in der Presse Englands und Frankreichs über diesen Fall gehört haben, nicht dadurch gemildert werden, daß der Herr Minister des Innern zu dem Unglück auch noch den Hohn fügte.

(Stürmisches Bravo!)

Ich hatte gehofft, daß diese Thatsache dementirt werden würde, oder daß, wenn sie nicht zu dementiren wäre, die Königliche Regierung erklären würde, sie werde das Ihrige thun, um diese Unglücklichen der Russischen Regierung wieder zu entziehen. Leider haben wir das Gegentheil gehört und ich mache Sie darauf aufmerksam, es handelt sich hier nicht nur um Rücksichten der Humanität oder der Moral gegen Polnische Insurgenten, sondern es handelt sich hier um eine Sache, welche wohl geeignet ist, schwere Verwicklungen mit auswärtigen Mächten herbeizuführen, da behauptet wird, daß diese Polen nicht blos alte Russische Papiere hatten, sondern daß sie Pässe der Französischen und Italienischen Regierung hätten.

(Abgeordneter Freiherr v. Vincke: Das ist bestritten worden!)

Es ist das vom Herrn Minister des Innern allerdings bestritten worden, das gebe ich zu; wir werden aber abzuwarten haben, ob der Herr Minister des Innern vollständig richtig informirt gewesen ist, da seine Nachrichten bisher nur auf einer kurzen telegraphischen Depesche beruhen, auf welche Bezug zu nehmen der Herr Minister-Präsident uns in Betreff der Erklärung des Lord Russel nicht als vollgenügend zugestehen wollte!

(Sehr gut!)

In der letzteren Beziehung bemerke ich indessen, daß nicht blos telegraphische Depeschen und ein Auszug vorliegen, sondern die stenographischen Berichte über die Verhandlungen im Ober- und Unterhause des Englischen Parlaments.

Die Hauptsache für mich bleibt immer die Frage der Intervention. Ich meine, die Königliche Staats-Regierung hat sich mit einer überstürzenden Hast in ein Unternehmen von der größten Tragweite geworfen. Interventionen sind Angelegenheiten, welche nicht der Laune und Willkür des einzelnen Staates anheimgegeben sind, sondern welche internationalen Rechtes sind. Das ist festgestellt worden in den Transactionen der heiligen Alliance, welche früher Rußland selbst als „Codex des öffentlichen Europäischen Rechts"

Digitized by Google

bezeichnet hat. Während der Congresse von Troppau, Laibach und Verona suchte man allgemeine Grundsätze festzustellen, nach welchen Interventionen nicht dem Gutbefinden der einzelnen Staaten überlassen werden, sondern von der Entscheidung der Großmächte abhängig sein sollten. Mir scheint, das ist ein ganz richtiger Grundsatz, welcher bestrebt ist, den Frieden und die Ruhe in der großen Europäischen Staatenfamilie zu erhalten, gestützt auf die unter dieser Staatenfamilie stattfindende Solidarität.

Falsch wurde dieser Grundsatz nur durch die Zugrundelegung des ausschließlichen Princips der absoluten Monarchie, welche die damaligen Gewalthaber als das allein berechtigte anerkannten, welches ihnen in ihrer Revolutions-Angst allein die Ruhe und den Frieden in dem Innern der eigenen Länder und in ganz Europa zu verbürgen schien, von dem jede Abweichung sofort als eine Ausgeburt der Revolution verdammt wurde, wie wir das seit dem Jahre 1848 in überschwenglichem Maße wieder gehört haben. Es war das eine Tendenzpolitik, ebenso abstract und deshalb ebenso unhaltbar, wie die Theorie der allgemeinen Menschenrechte oder des Nationalitäts-Princips, gegen welche diese Vorwürfe beständig erneut werden. Aus diesem Grunde, aus der falschen Zugrundelegung eines einseitigen staatsrechtlichen Princips protestirte England in der Note vom 16. December 1820 energisch gegen das System einer förmlichen Gerichtsbarkeit, welche die innere Selbstständigkeit der Staaten bedrohe, und alle Nationen beunruhigen müsse. An diesem Widerspruche des Lord Castlereagh scheiterte damals der Europäische Bundestag, welchen Fürst Metternich und Kaiser Alexander beabsichtigten. Aber der Gedanke dieser Solidarität ist festgehalten worden, er ist geltend gemacht worden vor Allem um die Zeit der Juli-Revolution; es haben selten Einmischungen in die inneren Angelegenheiten fremder Länder stattgefunden, ohne vorgängige Verhandlung mit den übrigen, nicht unmittelbar betheiligten Mächten. In manchen Fällen, wie z. B. in dem Kampf zwischen Belgien und Holland, wurde eine einseitige Einmischung gradezu als casus belli bezeichnet; namentlich aber in dem Pariser Frieden vom Jahre 1856 ist in den Art. 7., 27. und 29. hinsichtlich der Türkei und ihrer Dependenzen, der Donaufürstenthümer und Serbiens, feierlich und vertragsmäßig jede einseitige Intervention eines einzelnen Staates ausgeschlossen worden. In der bereits erwähnten Englischen Depesche stellte Lord Castlereagh bei seinem Einspruch das Princip auf, allerdings habe im Nothfalle und zum Zweck eigener Vertheidigung jede Macht das Recht der Intervention; um aber gerechtfertigt zu sein, müsse sie auf den Umständen des besonderen Falles, auf einer offenbaren

Digitized by Google

praktischen Gefahr beruhen. Das ist gewiß ein richtiger Grundsatz. Wo ein Krieg gerechtfertigt ist, sei es, indem man einen feindlichen Angriff abwehrt, oder indem man einem drohenden Angriffe zuvorkommt, da ist ohne Zweifel auch eine Intervention gerechtfertigt; aber um so mehr, um so sorgfältiger ist die Lage des besonderen Falles zu prüfen, als eben auch eine gerechte und völkerrechtlich zu billigende Intervention allemal die betreffende Angelegenheit zu einer internationalen Frage macht, und deshalb die anderweite Einmischung anderer Mächte nach sich zieht, wie Rußland im Jahre 1854 zu seinem Schaden dies erfahren.

Der Herr Minister-Präsident hat am 16. Februar dieses Jahres von der Pflicht der Königlichen Staats-Regierung gesprochen, wie ich bereits erwähnt habe, den revolutionairen Bewegungen, auch auf dem Gebiete Rußlands entgegenzutreten. Ich gebe vollkommen zu, daß der Herr Minister-Präsident diese Pflicht ganz ausdrücklich aus dem Interesse des Preußischen Staates und der Preußischen Staats-Angehörigen hergeleitet hat. Ich behaupte aber, diese Herleitung ist falsch für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Deutschen in Polen, selbst der Verein zur Wahrnehmung der Interessen der Deutschen Bevölkerung in Posen widerspricht ausdrücklich der Annahme, als wenn Aufstände oder auch nur erhebliche Aufregungen unter der Polnischen Bevölkerung unserer östlichen Provinzen bestehen. Gegen innere Unruhen, gegen Einbruch von Außen, dessen sich aber die Polnischen Insurgenten gewiß nicht schuldig machen würden, aus dem guten Grunde, weil sie dadurch der sofortigen Vernichtung durch Preußens Uebermacht sich aussetzen würden, dagegen zu schützen ist die Pflicht der Regierung; die Unterstützung der Russischen Regierung aber und eine Feindseligkeit gegen die Polnischen Insurgenten außerhalb des eigenen Staatsgebiets, die erregt den nationalen Unwillen unseres Polnischen Mitbürger, die stört den Frieden in unseren Polnischen Landestheilen, sie gefährdet im beträchtlichen Maße das Leben und Eigenthum der Deutschen in Russisch Polen, sie bedroht, wie wir das von verschiedenen Seiten schon haben aussprechen hören, die industriellen Interessen und Handelsbeziehungen vieler unserer Mitbürger in einem außerordentlich hohen Grade, und die Stipulation, welche den Russen gestattet, — sei es nun auch, daß muthmaßlich der Fall nicht eintreten wird, sei es, daß er nur eventuell unter Clauseln und Bedingungen stattfindet, die Stipulation, welche immer unter gewissen Umständen unsere Grenze den Russischen Truppen zur Verfolgung oder zum Kampf gegen die Insurgenten öffnet, die setzt unsere Grenze der Kriegsführung aus, sie bedroht unsere Städte und Dörfer mit Verwüstungen, statt sie zu schützen.

Digitized by Google

Was aber die Zukunft betrifft, so kann ich auch dem Herrn Minister-Präsidenten darin nicht beistimmen, daß ein selbstständiges Polen eine überwiegende Gefahr für Preußen enthalte. Ich glaube, meine Herren, zunächst liegt diese Eventualität noch ziemlich fern, und wir haben wenig Veranlassung, auf Combinationen einzugehen, für welche sich augenblicklich weder die Umstände noch bestimmte Pläne, noch irgend welche Mittel der Ausführung berechnen lassen. Sollen wir aber kurz die Eventualitäten ins Auge fassen, so glaube ich, ein selbstständiges Polen als Nachbar wird weniger bedrohlich für uns sein als ein mächtiges Rußland. Rußland hat die Position des Congreß-Polens nicht umsonst gewählt, sie ist stets aus dem Wiener Congreß und später als eine Angriffsposition für Rußland, als eine Position betrachtet worden, welche die Grenze Preußens und Oesterreichs schwer blosstellt, welche dazu dient, Rußland einen überwiegenden Einfluß auf die Deutschen Mächte zu sichern. Ich glaube nicht, daß wir uns zu einem selbstständigen Polen besonderer Freundschaft zu versehen hätten, ich glaube aber einer solchen Freundschaft haben wir uns auch nicht zu Rußland zu versehen, und darüber liegen positivere Thatsachen vor als die Vermuthungen, welche wir an die Constituirung eines selbstständigen Polens knüpfen könnten. Die wichtigste, nächste und dringendste Gefahr glaube ich aber würde nur dann eintreten, wenn sich wirklich einmal Polen und Rußland innig vereinigten in dem gemeinsamen Hasse gegen Deutschland. Wir wissen ja, meine Herren, daß Parteien, und nicht ohnmächtige Parteien in diesen beiden Nationen auf eine solche Vereinigung hinarbeiten, und wenn bisher wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden zu sein scheint, so glaube ich doch, das beste Mittel, eine solche Vereinigung auf Grund der panslavistischen Ideen herbeizuführen, das beste und geeignetste Mittel dazu wäre eine Preußische Intervention zu Gunsten Rußlands. Eine solche Intervention würde den Haß der Polen gegen Rußland abkühlen und ihn im gesteigerten Maße gegen uns wenden. Ich glaube, eine solche Intervention würde es in der That dem Russischen Kaiser ermöglichen, eine versöhnliche Politik in Polen einzuschlagen, was bisher selbst dem vorauszusetzenden guten Willen nicht gelungen ist. Und wenn dieses Ereigniß stattfinden sollte, dann, glaube ich allerdings, würde unsere Position am Baltischen Meere sehr ernstlich und schwer bedroht sein. Meine Herren, Interventionen in fremden Ländern, namentlich gegen die Schwachen und Unglücklichen, sind überall unpopulär.

Mit ihrem jetzigen Eintreten gegen die Polnische Insurrection macht die Königliche Staats-Regierung sich, mag sie es ablehnen oder nicht, in den Augen von ganz Europa mitverantwortlich für die Maßregeln der Russischen Regie-

Digitized by Google

rung, für die Maßregeln, welche Lord Russel als sehr hart, sehr unklug und sehr ungerecht bezeichnet hat. Dieses Eintreten war meines Erachtens um so unpopulärer und um so bedenklicher, als es sich bei jeder Erhebung der Polnischen Bevölkerung gegen Rußland, mag sie ein Act der Verzweiflung oder ein prämeditirter Plan sein, um das Nationalitäts-Princip handelt, um das Nationalitäts-Princip, welches heutigen Tages nicht bloß von der öffentlichen Meinung, sondern auch von den Regierungen mächtiger Staaten anerkannt und unterstützt wird. Der Herr Minister-Präsident hat sich über die besondere Deutsche Eigenthümlichkeit beklagt, das Nationalitäts-Princip auch gegen das eigene Interesse geltend zu machen. Meine Herren, ich bin weit davon entfernt, dem Nationalitäts-Princip irgend eine ausschließliche, allein maßgebende Berechtigung zuzuerkennen, in dessen Namen Staatsrecht und Völkerrecht, Geschichte und Verträge über den Haufen geworfen werden dürften. Allein entscheidend ist dieses Princip nicht und kann es selbst in weit idealeren Staatenverhältnissen, als die gegenwärtigen in Europa sind, nicht werden. Es werden sich unter allen Umständen Theile der einen Nationalität gefallen lassen müssen, dem Staatsverbande der anderen Nationalität anzugehören. Das werden sie namentlich immer müssen in solchen Landestheilen, welche von überwiegenden Landestheilen anderer Nationalitäten eingeschlossen sind, in solchen Landestheilen, welche zur Herstellung einer Verbindung der anderen Nationalität absolut unentbehrlich sind, besonders in solchen Landestheilen, in welchem sich eine gemischte Bevölkerung befindet. In solchen Fällen wird sich kein Rechtsprincip zur Entscheidung finden lassen und dann wird die Entscheidung, welche Nationalität sich zu fügen hat, allerdings eine Frage der Macht werden. Aber eine hohe Bedeutung dürfen wir doch diesem Nationalitäts-Princip nicht versagen, da wir jetzt sehen, wie überall das Streben der Europäischen Völker dahin geht, die Grenzen des Volksthums und der Staaten möglichst einander deckend zu machen. Das ist auch keine Sache der bloßen Sympathie, keine Sache eines bloßen theoretischen Princips. Es ist dies auch eine Frage der realsten Politik. Wir sehen überall die Einheit der Nationalität als eine Quelle der Stärke und der Macht derjenigen Staaten, die so glücklich sind, sich einer Einheit der Nation und des Staates rühmen zu dürfen. Wir sehen es überall als eine Ursache der Zwietracht und der Schwäche, wo ein Zwiespalt in demselben Staatsverbande zwischen verschiedenen Nationalitäten entsteht. Das sehen wir bei dem Racenkampfe in der Türkei, bei dem Auflehnen der Italiener und Magyaren gegen Oesterreich, in dem oft wiederholten Kampfe der Polen und Russen, in dem Gegensatze der Dänen und Deutschen und dem Gegensatze der Slaven und Deutschen.

Digitized by Google

Meine Herren, in der Presse und in den Regierungen der außerdeutschen Mächte haben sich Alle übereinstimmend erhoben gegen den Schritt unserer Regierung. Nicht von Demokraten oder Literaten, sondern in der Versammlung der vornehmsten und staatsmännischsten Aristokratie der Welt sind über die Schritte der Preußischen Regierung Worte gefallen, welche unsere Presse nicht wiederzugeben wagt;

(Hört!)

es werden Noten angekündigt, welche der Ausführung der Convention entgegentreten. Ich glaube, daß ich nicht eben geneigt bin, Gespenster zu sehen, wenigstens keine große Furcht vor ihnen habe. Ich glaube nicht an die Wirklichkeit von Französischen Flotten-Demonstrationen und Observationscorps, noch weniger an einen Krieg, der aus dieser Veranlassung entstehen könnte. Aber bei den gespannten Verhältnissen der Europäischen Staaten, bei den Verwickelungen, in welche die Wirren des Orients über kurz oder lang die Europäischen Staaten führen könnten, können wir uns nicht verhehlen, daß es eine dringende Gefahr ist, wenn Preußen durch seine Politik verfeindet wird mit den Westmächten und hingedrängt zu einem ausschließlichen Bündniß mit Rußland, wie ich das als die Folge der Schritte der Königlichen Staats-Regierung betrachten muß,

(Sehr richtig!)

jedenfalls hat uns aber der Schritt, den die Königliche Staats-Regierung gethan, schon in die Lage gebracht, daß wahrscheinlich vor dem Drucke des Auslandes zurückgetreten werden muß, wenn nicht von den unmittelbaren Abreden, so doch von den weitergehenden Absichten, welche die Staats-Regierung kundgegeben hatte. Daß nun aus diesem Schritte, selbst aus seiner ersten Anbahnung, unheilvolle Verwicklungen der schwersten Art entstehen müßten, das scheint mir, war vom ersten Augenblicke an so vollkommen klar, daß jeder es erkennen mußte, der die Verhältnisse auch nur nach der äußerlichsten Lage der Dinge betrachtet, der eben nicht blind ist gegen dasjenige, was vorgeht außerhalb seines eigenen engen Kreises. Ich frage, meine Herren, hat die Königliche Staats-Regierung allein es nicht vorausgesehen, hat sie allein nicht gesehen, daß ein Sturm losbrechen würde, wie er bereits in Frankreich und England sich erhoben hat?!

Nun, meine Herren, es ist dieselbe Partei, dieselbe Parteiregierung, welche im Innern heillose Zerwürfnisse heraufbeschworen hat, die jetzt auch nach außen hin den Staat schweren Gefahren oder tiefen Demüthigungen preisgiebt,

(Von allen Seiten: „Sehr wahr"!)

Es schien mir besonders sehr auffällig, daß der Herr Minister-Präsident sich auf eine Politik eingelassen hat, welche einen Bruch der freundlichen Beziehungen mit Frankreich in

Digitized by Google

so unmittelbare Aussicht stellte. Es hieß von dem Herrn Minister-Präsidenten, er lege besondern Werth auf das gute Verhältniß zu Frankreich, welches nunmehr leichthin in die Schanze geschlagen wird. Er mußte ja die dortigen Verhältnisse, die Beziehungen zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung in Frankreich genau kennen! Man erwartete oder verkündete von dem Herrn Minister-Präsidenten eine reale Politik, die lediglich auf die Macht des Preußischen Staates gerichtet sei, und nicht auf politische Tendenzen. Man sprach freilich auch davon, daß der Herr Minister-Präsident keineswegs der Kreuzzeitungspartei angehöre; da er jedoch nach den Theorien, mit den Maßregeln und mit den Männern der Kreuzzeitung regiert, so ist die Frage für die innere Politik eine ziemlich müßige. Im Auslande hat ein wesentlicher Unterschied bestanden zwischen dem Herrn Minister-Präsidenten und den meisten Mitgliedern der Kreuzzeitungspartei; das war die eingewurzelte Antipathie des Herrn Minister-Präsidenten gegen Oesterreich, die ja auch aus der Circular-Depesche vom 24. Januar dieses Jahres noch erhellt, in welcher er die Beziehungen zu Oesterreich als gespannte und schlechte ausdrücklich bezeichnet.

Jetzt aber zeigt es sich, daß, wenn auch in dem einen Punkte ein Unterschied stattfinden mag, in der ganzen Leitung der auswärtigen Politik keiner besteht. Es ist klar, wer sich ausschließlich auf eine Partei stützt, der muß auch der Partei folgen; er schiebt nicht, sondern wird geschoben. Das Gerücht sagt, die Convention sei geschlossen worden ohne Zuthun des Herrn Minister-Präsidenten. Das war ohne Zweifel falsch und unrichtig; aber das hält man wohl ziemlich allgemein für richtig, daß der Gedanke, die Einleitung dazu, nicht von dem Minister-Präsidenten ausging. Meine Herren, wenn nach dem Gerüchte — etwas Anderes als Gerücht können wir ja darüber nicht haben — der Herr Graf v. d. Goltz, der Preußische Botschafter in Paris, die Convention als rein militairischer Natur rechtfertigen mußte, wenn wir auch sonst diese Convention als eine Militair-Convention bezeichnen hören, vielleicht um sie unter den abstracten Preußischen Begriff der Kriegsherrlichkeit subsumiren zu können, wenn die Verhandlungen über Fragen von der höchsten Tragweite und den complicirtesten politischen Verhältnissen lediglich durch Offiziere geführt worden sind, und, wenn wir Abreden getroffen sehen, mit völliger Rücksichtslosigkeit gegen alle sonstigen rechtlichen und politischen Rücksichten, die bei diesen Schritten zur Erwägung kommen mußten, dann, glaube ich in der That, sind wir nicht mehr in der Zeit, daß wir uns einer militairischen Dictatur, einer Adjutanten-Regierung nähern, in welcher die

Digitized by Google

verantwortlichen Minister nur noch die laufenden Geschäfte zu besorgen haben,

(Ruf: Hört! Hört!)

sondern wir sind schon mitten darin.

(Ruf: Sehr wahr!)

Man möchte in der That fragen: Ist das die allein regierungsfähige Partei? Mir scheint, nur eine chaotische Verwirrung in den einflußreichen Kreisen kann es erklärlich machen, daß die Sachen so verlaufen sind, wie wir es nach den vorliegenden Thatsachen annehmen müssen. Einzig und allein die retrograde Partei, welche die Tendenzpolitik der heiligen Aliance fortsetzt, welche aus Rücksicht auf die innere Politik ein Anlehnen an Rußland wünscht, kann mit gänzlicher Verkennung aller sonstigen Rücksichten und Interessen des Preußischen Staates uns in eine Politik treiben, welche uns auf Gnade oder Ungnade an Rußland fesselt. Ich möchte in der That wissen, was wir je von Rußland zu erwarten hätten. Wären auch allgemeine Alliancen ohne bestimmte vorliegende, concrete, gemeinsame Interessen weniger unfruchtbar, weniger unzuverlässig, als sie sich nach der Erfahrung von Jahrhunderten zu allen Zeiten bewährt haben, so hätten wir doch von Rußland nichts zu hoffen. Schwach, wie es außerhalb seiner Grenzen ist, wird es uns nicht viel nützen können, weder zur Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe, noch zur Erweiterung unserer Macht, wenn es dies auch wollte. Aber ich glaube, es wird das niemals wollen. Rußland hat uns in Deutschland niedergehalten, Rußland ist uns entgegengetreten in dem Zwiste mit Dänemark und in dem Zwiste mit Oesterreich, es hat das augenscheinlichste Interesse daran, Deutschland schwach und zerrissen zu erhalten, um seinen eigenen Einfluß in Europa zu wahren und zu verstärken.

Es wird uns niemals behülflich sein wollen; es liegt in der Natur der Dinge, gegen welche Rußland niemals handeln wird. Alle Vortheile des Bundes werden auf seiner Seite sein. In Warschau mag man vielleicht der Empfindlichkeit über die Zudringlichkeit der Preußischen Hülfe Raum gegeben und die übrigen Verhältnisse unberücksichtigt gelassen haben. Die Depesche des Herrn v. Tengoborsky, deren Existenz allerdings von der Russischen Gesandschaft, wie es schien, dem Herrn Minister-Präsidenten gegenüber in das Nichtwissen gestellt worden ist, soll nach anderen, glaubwürdigen Versicherungen echt sein, und es liegt ja auch ziemlich nahe, zu denken, daß man in Warschau empfindlich darüber ist, daß die eigene Regierung oder die Preußische Regierung der Macht und Fähigkeit der Machthaber in Warschau nicht hinlängliches Vertrauen schenkt, einen Aufstand zu unterdrücken, der öffentlich und officiell immer ziemlich geringschätzig behandelt wird. In Petersburg aber

Digitized by Google

glaube ich, da wird man zwar niemals dankbar sein, oder noch weniger sich dankbar beweisen für Preußische Hülfe, aber man wird doch die Convention richtig gewürdigt haben. Abgesehen von der augenblicklichen, materiellen Unterstützung, die durch irgend eine directe oder indirecte Hülfsleistung erfolgen könnte, wird Preußen, an Rußland gebunden, unter allen Umständen eine herrliche Vormauer sein gegen jeden Angriff von Westen her, und ein sehr werthvoller Verbündeter für die etwanigen Pläne, welche Rußland im Oriente abermals in einen Europäischen Krieg verwickeln könnten. Ganz abgesehen aber davon zeigt sich schon jetzt, daß Preußen ein trefflicher Ableiter für die Europäische Entrüstung ist,

(Sehr richtig!)

die sich sonst mit Recht oder Unrecht in vollen Strömen über die Russische Unterdrückung der Polen ergießen würde. Jetzt aber vergißt man die Gewaltmaßregeln, welche den Aufruhr hervorgerufen, jetzt vergiebt man die harten Maßregeln, mit welchen man ihn bekämpft, jetzt verzeiht man der Nothwendigkeit, welche Rußland für seine Selbsterhaltung und die Nothwendigkeit, seinen Besitzstand aufrecht zu erhalten, anführen kann, und ergießt dagegen in vollen Strömen den Zorn über Preußen, welches sich ohne Noth, freiwillig zum Helfershelfer einer fremden Gewaltherrschaft macht. Ist die Intervention unnöthig, weil die Russen allein des Aufstandes Herr werden können, dann, meine Herren, ist sie um so gehässiger, weil um so weniger eine Veranlassung zu ihr vorlag; ist sie aber wirklich nöthig, dann wird sie um so gefährlicher, weil sie droht, unsere Kräfte zu engagiren, während sie niemals irgend eine Gegenleistung, die uns zu Hülfe kommen könnte, in Aussicht stellt.

(Sehr richtig!)

Unter diesen Umständen, meine Herren, — und, wie es mir scheint, genöthigt — uns auszusprechen über dasjenige, was wir für nothwendig halten in der gegenwärtig schon zu einer Europäischen gewordenen Frage, kommt es, meines Erachtens, vor Allem darauf an, daß wir den Grundsatz aussprechen, daß wir keine Art von Intervention billigen, welche die Königliche Staats-Regierung im Russischen Gebiete vornehmen könnte — mag diese eine directe oder indirecte sein. Da wir so wenig bekannt sind mit dem Inhalt der Convention, da dieselbe durch die heutigen Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten noch zweifelhafter geworden ist, als wir glaubten, sie annehmen zu dürfen nach den bisher vorliegenden Thatsachen, glaube ich nicht, daß es gerathen sein würde, in der Resolution selbst direct Bezug auf eine solche Convention zu nehmen, deren Inhalt eben noch so wenig bekannt ist. Ich glaube,

Digitized by Google

wir werden uns darauf beschränken müssen, dasjenige auszusprechen, was wir für nothwendig halten. Ich gestehe, die Form, in welche dieser Ausspruch gekleidet wird, ist mir ziemlich gleichgültig. Jeder muß natürlich wünschen, daß nichts ausgesprochen werde, was den thatsächlichen Verhältnissen widerspricht oder was mißgedeutet werden könnte.

Der Herr Minister-Präsident hat eine solche Mißdeutung in dem Ausspruche der Commission gefunden, welche in demselben Satze die Russische Regierung und die Aufständischen nennt. Der Herr Minister-Präsident meint, man würde darin ein Interesse für die Polnische Revolution erblicken. Meine Herren, ich kann aus der Commission etwas anführen, was gerade das Gegentheil dieser Auffassung enthält. In der Commission habe ich mich gegen die Fassung des eingebrachten Antrages aus einem andern Grunde erklärt; ich wünschte, daß die Resolution nur gegen dasjenige gerichtet würde, was wir befürchten müßten, daß gegen unsere Ansicht geschehen möchte und das war also eine Unterstützung Rußlands. Es lag eine Unterstützung Polens, der Polnischen Insurgenten, gänzlich außer Frage. Da wurde mir erwidert, wenn man die Polnischen Insurgenten auslasse, nachdem sie einmal im Antrage der Herren Antragsteller erwähnt worden, so könnte das gedeutet werden, als wollten wir eine Unterstützung der Insurrection nicht ablehnen, und um diesen Anschein zu vermeiden, müßten diese Worte stehen bleiben.

(Hört! Links.)

So entfernt war man davon, in diesen Worten den Anschein finden zu wollen, als nähme man Partei für die Polnische Insurrection.

Wie gesagt, mir kommt es auf die eine oder die andere Fassung wenig an; ich finde es im Wesentlichen von geringem Unterschiede, ob man den einen Punkt oder den andern Punkt ausläßt oder hervorhebt. In der Sache selbst ist die überwältigende Majorität dieses Hauses ohne Zweifel einig, vollkommen einig darin, daß sie jedes Einschreiten der Königlichen Staats-Regierung, welches über die unmittelbare Selbstvertheidigung der Preußischen Grenze und der Preußischen Staatsbürger hinausgeht, mißbilligt.

Meine Herren, das erste Erwachen des politischen Instinktes in Preußen, wie in ganz Deutschland nach den Kämpfen von 1813—1815 erhob sich gegen das Russische Uebergewicht, welches mit einem Regierungs-System, das dort gerechtfertigt war, das dort den Verhältnissen entsprach, dem aber das übrige Europa seit langer Zeit mehr und mehr entwuchs, der ganzen Europäischen Reaction zum Rückhalt diente, überall den Aufschwung und die Entwickelung der Völker hemmte. Im ganzen Lande protestirt man jetzt einmüthig gegen die Reminiscenzen der heiligen Alliance.

Digitized by Google

Wie gegen die innere Politik dieser Regierung, meine Herren, lassen Sie uns laut und einmüthig protestiren gegen eine auswärtige Politik, welche unsern Staat zu verderben droht.

(Stürmisches Bravo.)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Der Herr Vorredner ist wiederholt auf die Verhandlungen des Englischen Parlaments und die darüber hierher gelangten Nachrichten zurückgekommen. Er hat die Zeitungsberichte darüber als authentisch betrachtet und nöthigt mich zu der Erklärung, daß wenn die Aeußerungen Lord Russels in den Zeitungen richtig enthalten sind, sie nicht genau die Thatsachen wiedergeben. Wir haben keine Stipulation mit Rußland weder abgeschlossen, noch besteht eine, welche den Aeußerungen Lord Russels in dem Englischen Parlament entspräche. Demungeachtet muß ich den mir persönlich als ehrenwerth bekannten Englischen Staatsmann gegen den harten eventuellen Vorwurf, den der Herr Vorredner gegen ihn vorbrachte, auf das Bestimmteste in Schutz nehmen. Lord Russel selbst sagt in seinen Aeußerungen, daß er den Wortlaut der Verabredungen — oder Stipulationen, wie er sie nannte — nicht kenne. Ich bin zweifelhaft — aus dem Kopf wenigstens weiß ich es nicht —, ob der Königliche Botschafter in England damals mit diesem Wortlaut hat bekannt sein können. Auf den Wortlaut aber, meine Herren, kommt in solchen Sachen Alles an, sie pflegen vorsichtig gefaßt zu sein.

Ich kann daraus nur von Neuem die Lehre entwickeln, daß es nicht vorsichtig ist, über Dinge zu sprechen, die man nicht kennt, und ich glaube, Sie Alle, auch die Herren Vorredner nicht ausgenommen, werden zu derselben Ueberzeugung kommen, wenn der genaue Inhalt unserer Verabredung einmal öffentlich bekannt werden wird. Er ist nicht der Art, daß wir genöthigt wären, irgend etwas zurückzunehmen, was wir gethan hätten, nicht der Art, daß der von dem Herrn Vorredner uns angesonnene Rückzug weder aus Rücksicht auf die Wünsche der Landesvertretung, noch aus Rücksicht auf den Eindruck im Auslande erforderlich wäre. Für die eingehenden Bemühungen des Herrn Vorredners juristisch nachzuweisen, daß der Interventionsfall bereits vorläge und daß andere schwere Verletzungen gegen auswärtige Regierungen durch unsere Handhabung der bestehenden Cartellverträge vorliegen, ihm dafür zu danken, das muß ich den fremden Regierungen überlassen, die etwa nach Vorwänden der Art suchen.

Präsident: Meine Herren! Die Zeit ist bereits sehr vorgerückt und es sind noch persönliche Bemerkungen zu erle-

Digitized by Google

digen. Ich glaube, daß wir mit Rücksicht darauf die heutige Debatte wohl abschließen können.

(Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Es sind in dieser Beziehung verschiedene Ansichten laut geworden; von der einen Seite wünscht man, daß die heutige Verhandlung abgebrochen, von der andern, daß sie fortgesetzt werde. Es muß also darüber abgestimmt werden, ob überhaupt die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen 10 Uhr statthaben soll. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Vertagung unterstützen wollen, aufzustehen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung ist sehr ausreichend. Nach der Geschäfts-Ordnung habe ich ihnen die Rednerliste mitzutheilen: Für den Commissions-Antrag sind eingeschrieben die Herren Abgeordneten:

v. Hennig (Strasburg), Schulze (Berlin), Dr. Loewe (Bochum), Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Bentkowski, Dr. Faucher, Müller (Anclam) und v. Forckenbeck;

gegen den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten:

v. Vincke (Stargard), Graf Bethusy-Huc, v. Bonin (Genthin), Dr. Virchow, v. Bonin (Stolp), Dr. Simson und Groote.

Zu einer persönlichen Bemerkung haben sich noch gemeldet die Herren Abgeordneten Dr. Becker und v. Unruh.

Diejenigen Herren, welche die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen 10 Uhr wünschen, bitte ich aufzustehen.

(Geschieht.)

Die Vertagung ist abgelehnt.

Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Freiherr **v. Vincke** (vom Platz): Das hohe Haus hat die Vertagung der Sitzung nach einer fünfstündigen Dauer und zu einer Zeit abgelehnt, wo die Sitzungen gewöhnlich vertagt zu werden pflegen. Ich kann dies, da ich die Ehre habe, der nächste der eingeschriebenen Redner zu sein, zunächst nur als ehrenvoll für mich betrachten, doch glaube ich nicht, daß es billig sein wird, nachdem man 5 Stunden mit angestrengter Aufmerksamkeit zugehört und in der Athmosphäre, in der wir uns hier leider nach 5 Stunden befinden, in dieser drückenden Luft, Jemandem zuzumuthen, vielleicht noch eine bis anderthalb Stunden zu sprechen, daher möchte ich an die Billigkeit der Herren

(Zur Linken.)

appelliren und Sie bitten, die Sitzung zu vertagen — aller-

Digitized by Google

dings nur in meinem persönlichen Interesse. — Wenn indessen die Herren wünschen, so stehe ich auch jetzt zu Diensten.

(Ruf: Nein, nein, Vertagung!)

Abgeordneter **Behrend** (Danzig): Ich trage auf Vertagung der Sitzung an.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Behrend (Danzig) hat auf Vertagung der Sitzung angetragen. Wir werden wohl gleich, ohne die Unterstützungsfrage zu stellen, darüber abstimmen können, da ich vorhek schon die Rednerliste mitgetheilt habe. Diejenigen Herren, welche die heutige Sitzung auf morgen 10 Uhr vertagen wollen, bitte ich, aufzustehen.

(Geschieht.)

Die Vertagung ist angenommen.

Meine Herren! Ich habe noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung dem Herrn Abgeordneten v. Unruh (Elbing) zu ertheilen.

Abgeordneter **v. Unruh** (vom Platz.): Da ich hoffe, morgen zum Worte zu gelangen, so verzichte ich heut auf die persönliche Bemerkung.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Virchow hat das Wort zur persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Dr. **Virchow** (vom Platz): Ich habe nur eine kurze Bemerkung gegen den Herrn Abgeordneten für Stolp zu machen. Derselbe hat aus einer Bemerkung, welche ich neulich bei Gelegenheit der Interpellation der Herren Abgeordneten Schulze und v. Carlowitz gemacht habe, geschlossen, es sei die Einbringung jener Interpellation ein bloßes Parteimanöver gewesen. Ich wollte ihn, der sich heute so stark auf sein *inneres* Auge berufen hat, nur darauf hinweisen, daß sein *äußeres* Auge durch einen Blick auf die stenographischen Berichte ihn hätte belehren können, daß ich nur gesagt habe, ich hätte jene Interpellation nicht unterschrieben, weil ich die Ueberzeugung hätte, daß der Minister-Präsident darauf nicht antworten würde. Es war dies also eine rein persönliche Aeußerung von mir.

Präsident: Ich schließe nunmehr die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 5 Minuten.

Digitized by Google

Achtzehnte Sitzung

am Freitag, den 27. Februar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staats-Minister v. Bismarck, v. Roon, v. Mühler, Graf zu Eulenburg, v. Selchow.

Präsident: Meine Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten nunmehr in die Fortsetzung der Berathung des Berichts der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand. (Nr. 49 der Drucksachen.)

Zunächst habe ich Ihnen mitzutheilen, daß der Herr Abgeordnete v. Bockum-Dolffs einen Abänderungsvorschlag eingereicht hat, welcher sich gedruckt in Ihren Händen befindet und also lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären:

Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande, keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, daß Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Dieser Abänderungsvorschlag bedarf noch der Unterstützung. Ich ersuche diejenigen Herren, welche ihn unterstützen wollen, aufzustehen.

(Geschieht.)

Er ist sehr ausreichend unterstützt worden.

Mit Bezug auf die gestern festgestellte Rednerliste hat in der heutigen Sitzung zuerst der Herr Abgeordnete Freiherr

Digitized by Google

v. Vincke (Stargard) das Wort gegen den Commissions-Antrag.

Abgeordneter Freiherr **v. Vincke** (Stargard): Ich glaube doch, meine Herren, trotz alledem, was wir gestern namentlich von dem letzten Herrn Redner, dem Abgeordneten für Berlin gehört haben, daß wir in dieser Debatte, überhaupt bei Besprechung auswärtiger Politik, mindestens thatsächlich eine etwas andere Stellung haben, als die Landesvertretungen anderer großer Staaten, namentlich die oft citirten von England und Frankreich.

Wenn Sie mir erlauben wollen, mich auf einen Augenblick nach England zu versetzen, so werden Sie nicht verkennen, daß dort wesentlich zwei große Parteien um die Regierung kämpfen, zwei Parteien, die beide sich bereits in der Regierung praktisch versucht haben, und daß, wenn ich auch davon ganz absehen will, mindestens jeder Angriff auf die Machtstellung des Staates, der aus solchen parlamentarischen Discussionen gefolgert werden könnte, England selbst sehr unberührt läßt.

Diesem Parteigetriebe gegenüber liegt England unverwundbar hinter den Wellen des Canales.

Versetzen sie sich nach Frankreich hin, so werden Sie mir zugeben, daß all das Gerede der Tribüne ein bloßes Schaumspritzen bleibt gegenüber dem eisernen Willen, an dem sich das Gewoge der Parteien in Frankreich bricht.

Ich denke daher, meine Herren, daß wir in der Debatte doch einige Schranken zu beobachten haben, und ich kann dem, was der Herr Minister-Präsident, namentlich in Bezug auf den Herrn Abgeordneten für Bielefeld, gesagt hat, nicht Unrecht geben. Ich hatte mir eine ähnliche Bemerkung vorbehalten, und bin dankbar dafür, daß mich der Herr Minister-Präsident dessen überhoben hat, wenn ich sie allerdings auch in anderer Weise gemacht haben würde, als er. Wenn der Herr Abgeordnete für Berlin uns gestern gesagt hat, diese Verwahrung von Seiten des Ministeriums gegen Besprechung der auswärtigen Politik — als geeignet zur Gefährdung der Interessen des Landes nach außen — sei nur motivirt durch das Bestreben, auswärtige Politik überhaupt von dieser Tribüne zu verbannen, so meine ich, wir haben doch zwei Schranken anzuerkennen: erstens keine Behauptungen hier aufzustellen, die unsere Stellung nach Außen gefährden können, wenn sie nicht vollständig belegt sind durch Thatsachen, wenn sie nicht der Wahrheit entsprechen, und da glaube ich dem Herrn Abgeordneten für Bielefeld nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage, daß dasjenige, was er behauptet hat, „von unserer Verpflichtung, einzutreten als Schergen des Absolutismus, als Gensdarmerie-Execution für Rußland" — ich will nicht sprechen von dem Vergleiche, der mir widerstrebt hat, von

Digitized by Google

dem Vergleich des Verkaufs der Heſſen nach Amerika — daß das demjenigen nicht entſpricht, was wir bisher von der Convention wiſſen. Denn in alle dem, mag man die Convention ſonſt noch ſo verwerflich finden, iſt von einer ſolchen Stipulation nichts enthalten geweſen. Ich glaube ferner, daß wir uns noch mehr zu hüten haben vor allem, was, wenn es wirklich zum Kriege kommen ſollte, unſere Machtſtellung thatſächlich gefährden müßte. Dahin rechne ich die Hinweiſung auf die mangelnde Bereitſchaft der Reſerve auf den mangelnden Willen der Nation, einzutreten ſelbſt bei einem Angriff von Seiten Frankreichs.

Ich erinnere in dieſer Beziehung auch mit noch größerem Bedauern an einige Bemerkungen des verehrten Herrn Referenten. Ich kann es nicht für berechtigt finden, daß er im gegenwärtigen Augenblicke der alten Vaterlandsvertheidiger erwähnte und von einem hingeworfenen „Brocken" ſprach. Ich muß den Herrn Referenten darauf aufmerſam machen, daß ein dauerndes Almoſen, das wir in das Budget aufgenommen haben, immer einen ganz andern Charakter hat, als eine, ſo Gott will, vorübergehende Anſtrengung zur Deckung unſerer Landes-Intereſſen. Ich meine ferner, daß es einmal völlig unwahr, jedenfalls aber durchaus ungerechtfertigt iſt, wenn der geehrte Herr Referent, im Augenblicke, wo unſere Armee ſich in der Kriegsbereitſchaft befindet, behauptet, daß dem Kriegs-Miniſter kein genügendes Kriegsmaterial zu Gebote ſtehe. Ich glaube, unſer gemeinſchaftlicher Freund Burke, auf den ſich der geehrte Herr Referent bezogen hat, würde ſo etwas in England nicht geſagt haben.

Meine Herren! Ich möchte gleich in den Mittelpunkt der Debatte hineingehen. Das iſt mir aber zu meinem Bedauern unmöglich gemacht worden. Sie können es nicht verkennen, und Sie ſehn es alle Tage aus den Europäiſchen Zeitungen, daß ſich eine große Sympathie, die eine gewiſſe hiſtoriſche Berechtigung hat, jetzt für die Polniſche Nationalität kundgiebt. Die meiſten Redner auf dieſer Tribüne ſind mit einer Art von Bückling vor unſern verehrten Nachbarn hier (auf die Polniſche Fraction deutend) vorübergegangen. Sie haben geglaubt, ihnen eine Menge, ich weiß nicht, wie ich es bezeichnen ſoll, eine Menge freundlicher Redensarten ſpenden zu müſſen, um ſich gleichſam auf der Tribüne zu legitimiren. Ich habe eine andere Meinung von den verehrten Herren. Man kann, wie ich meine, ſeinen Gegnern mit keiner größern Achtung begegnen, als wenn man ihnen mit voller Wahrheit entgegentritt, und das iſt die Aufgabe, die ich mir geſtellt habe, Ich glaube, daß auf das augenblickliche Urtheil von Europa die Art und Weiſe, wie das Polniſche Reich untergegangen iſt, beſondern Einfluß hat. Ich würde aber vielleicht gar

Digitized by Google

nicht darauf eingehen, wenn nicht zwei hervorragende Mitglieder des Hauses diesen Gegenstand mit besonderer Vorliebe behandelt hätten. Zuerst eine der wichtigsten Säulen der Deutschen Fortschrittspartei, das geehrte Mitglied für Solingen, welcher sogar mit einem Citat von Voltaire seine Meinung illustrirte. Er sagte uns, man müßte zwar löschen, wenn es beim Nachbar brennt; aber man dürfe diesen Nachbar nicht berauben und plündern. So hat er die Theilung Polens bezeichnet. Dann der talentvollste der Journalisten der Fortschrittspartei, der geehrte Abgeordnete für Dortmund, der uns eine große historische Vorlesung gehalten hat, eine Vorlesung im eigentlichen Sinne des Wortes, über das, was aus der Theilung Polens hervorgegangen sein soll. Solchen hervorragenden Autoritäten muß ich nothwendig eine andere Autorität entgegenstellen. Die Autorität des Historikers Voltaire mag allerdings noch erheblichen Zweifeln unterliegen. Aber selbst dem ehrwürdigen Deutschen Historiker Schlosser gegenüber, den der Herr Abgeordnete für Dortmund citirt hat, glaube ich einen andern Historiker gegenüberstellen zu können, dessen Bedeutung außer allem Zweifel steht; jedenfalls in den Räumen dieses hohen Hauses.

Es besteht allerdings ein alter Gegensatz zwischen den Germanischen und Slavischen Stämmen, und wir brauchen uns darüber nicht zu wundern, denn unsere Deutschen Ahnen haben ja den Slaven das Land zwischen der Elbe und der Oder, ja, bis zur Weichsel, im ehrlichen Kampfe abgenommen. Die Herren (zu den Polen) citiren uns immer mit einer gewissen Vorliebe alte Geschichten, z. B. die Hülfe, welche Johann Sobiesky zu seiner und unserer Ehre vor 180 Jahren Wien geleistet hat; ich denke, wir Deutschen sind ihnen gegenüber wohl auch in ähnlicher Lage gewesen. Wer hatte auf die Bitte des bedrängten Fürsten Conrad v. Masowien ihm gegen die heidnischen Preußen Hülfe geleistet? Wer anders, als die Deutschen Ritter unter Hermann v. Salza? Und wie ist ihnen dies vergolten worden! Haben die Polen nicht in Verfolg der Schlacht von Tannenberg den größten Theil Westpreußens dem Deutschen Orden abgenommen? Haben sie nicht Westpreußen polonisirt in einer Art und Weise, womit die uns Schuld gegebene Germanisirung in keiner Weise verglichen werden kann? Haben sie sich nicht bei jeder Gelegenheit gerühmt, das Reich Polen erstrecke sich bis zu der grünen Brücke vor Königsberg? und ist nicht bis zum Vertrage von Wehlau im Jahre 1657 selbst Ostpreußen ein Polnisches Lehen und ist nicht Westpreußen bis zum Jahre 1772 mit Ausnahme von einem kleinen Theile in Polnischen Händen gewesen?

Ich kann überhaupt die Stellung Polens zu Preußen nicht besser bezeichnen, als mit den Worten des Historikers, den ich für mich in der Person des Herrn Referenten als

Digitized by Google

den ersten der jetzt lebenden Deutschen Historiker auf diesem Gebiete ins Gefecht führe und ich glaube, in dieser Anerkennung hier keinen Widerspruch zu finden. Der Herr Referent sagt in seinem bekannten Werke über das Revolutions-Zeitalter, indem er den Gegensatz zwischen Preußen und Polen charakterisirt:

„Als Friedrich I. sich die Preußische Königskrone aufsetzte, regnete es Proteste der größten unter den Polnischen Magnaten. So ward an der Ostseite des Reiches im Kampfe für die Deutsche Nationalität und für die Freiheit des religiösen Bekenntnisses in vollständigem, sowohl innerem wie äußerem Gegensatze zu Polen, der Preußische Staat geboren. Die Feindschaft lag hier in der Natur der Dinge. Wer wollte es nicht beklagen? Aber wie weit darf menschliches Bedauern in den Verhältnissen der Nationen reichen."

Meine Herren! Ich unterschreibe diese historischen Thatsachen. Ich glaube, wir können uns solchen geschichtlichen Erwägungen niemals verschließen. Ich will Sie nicht incommodiren mit der beredten Schilderung der Leiden und der Zustände Polens, wo $^{9}/_{10}$ der Nation unter dem Druck von $^{1}/_{10}$ des Polnischen Adels sich befanden (der Herr Referent hat sie in seinem Werke mit beredten Worten geschildert); ich will es auch deshalb nicht, weil diese Schilderungen in den letzten Tagen in der Kreuzzeitung abgedruckt sind und nachdem sie durch dieses Läuterungsfeuer gegangen sind, habe ich keine Neigung mehr, sie hier auf dieser Tribüne zu wiederholen. Nur den Schlußsatz darf ich mir erlauben, in einigen Worten anzuführen.

Nachdem der Herr Referent den Stumpfsinn der Leibeigenen unter dem Druck des Polnischen Adels geschildert hat, schließt er mit den Worten:

„Wenn man diese Verhältnisse erwägt, so wird man kaum noch von dem Untergange der Polnischen Nation durch die Theilungen reden können. Was 1793 zu Grunde ging, war die unmenschliche Herrschaft weniger Edelleute über das Polnische Volk. Dieses wechselte nur die Herren und sah der Aenderung, welche ihm selbst auf der Russischen Seite beinahe soviel Gutes als Böses bringen konnte, mit trägem Gleichmuthe zu."

Sie werden mir sagen, „das trifft nur die Leibeigenen". Nun, meine Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Worte vorzulesen (sie haben nicht in der Kreuzzeitung gestanden), wie der Herr Referent den Polnischen Adel charakterisirte:

„An keiner Stelle reichte die Bildung so tief, um

Digitized by Google

den Charakter zu gestalten, die Leidenschaft zu zügeln, die sittliche Haltung zu befestigen. Bei den Provinzial-Landtagen giebt der kleine Adel das Uebergewicht und treibt mit seinen Stimmen Handel. Man kauft sie zu 10, 15, höchstens 30 Ducaten."

Sie sehen, meine Herren, daß ein solcher Staat wirklich keine innere Berechtigung hat zu existiren — ein Staat, der jedem Einzelnen das Recht gab, einen jeden Beschluß des Landtages unmöglich zu machen, ein Staat, in welchem die Träger der öffentlichen Gewalt auf diese Weise, wie ich Ihnen eben vorgelesen habe, bestechlich waren, ein Staat, der, wie ich meine, einzig und allein in Europa die traurige Ausnahme macht, daß er in der Zeit der hervorragendsten Momente der Polnischen Geschichte sich in Conföderationen auflöste und sich mit dem Auslande in verhängnißvoller Weise in Verbindung setzte. Ich erinnere an die General-Conföderation von 1767 und an die Conföderation von Targowitz unter dem Grafen Felix Potocki vom Jahre 1792. (Zu den Polen:) Wenn Sie solche Conföderationen schlossen, wodurch Sie sich mit Ihrem Erbfeinde, dem Russen, in Verbindung setzten, so haben Sie eben durch diese Verbindungen und in Verbindung mit Rußland den Polnischen Staat ruinirt; Sie sollten sich also hüten, von Rußland als dem Verderber Polens zu sprechen; suchen Sie die Verderber Polens in den Reihen des Polnischen Adels.

Ich will den Anführungen des geehrten Herrn Abgeordneten für Solingen, welcher uns Citate eines Französischen-Historikers angeführt hat, eine Aeußerung eines demokratischen Franzosen gegenüberstellen. Rousseau sagt im Jahre 1772; es wäre ihm vieles Wunderbare bekannt, aber das allergrößte Wunder wäre das, daß der Polnische Staat überhaupt noch existire, und das, meine Herren, war vor der Theilung Polens!

Man hat uns die Theilungen Polens vorgeworfen — in Frankreich vorgeworfen — nun, meine Herren, man kann darin nur insoweit gewissermaßen eine Beruhigung finden, als bei den Menschen die Gewalt immer noch mehr anerkannt wird als die List; denn sonst würde man die blutigen Eroberungskriege Ludwig's XIV. entgegenstellen, in denen er ganze Theile von Deutschland abgerissen hat, aber daneben wird man doch auch die Reunionskammern Ludwigs des Vierzehnten nicht vergessen, die allerdings noch um Vieles weiter gingen als die Theilungen Polens — denn es war nicht blos Staatsraison das Motiv, sondiese bekleidete sich zum Hohn mit den Formen des Rechts. Und, meine Herren, was die Theilung von Polen betrifft, so kann ich Ihnen wieder nur die Autorität gegenüberstellen, die ich vorhin citirt habe, die sich frei hält von

Digitized by Google

allen Regungen — verzeihen Sie mir den Ausdruck — schwächlicher Humanität, wie wir sie leider gestern hier zum Ueberfluß gehört haben. Der Herr Referent sagt uns:

„Denn jene Zeit ist wohl für immer vorüber, in der man nach allgemeiner Menschenliebe die Unvereinbarkeit Polnischer Macht und Preußischer Existenz übersah, und an Preußen die gutmüthige Anforderung stellte, einen Staat zu kräftigen, dessen erstes Lebenszeichen die Zerstückelung Preußens sein würde."

Er fährt dann weiter fort (nachdem er davon gesprochen hat, daß eine bessere Grenze für unsere Ostprovinzen nöthig gewesen wäre, wenn überhaupt eine genügende Verbindung zwischen dem östlichen Complex unseres Staates eintreten sollte) und sagt:

„Man hatte 1793 guten Grund, sich der Erreichung dieses Zieles zu erfreuen, es war eine Eroberung, die von den dringendsten Interessen der Selbsterhaltung begehrt wurde, und für Norddeutschland eine ähnliche Bedeutung wie etwa die Dauphiné für Frankreich hatte. Sollte der König sich zu Gunsten der Polnischen Sklavenhalter mit den Pariser Septembermördern zu offenem Kriege gegen das übrige Deutschland verbinden?

Nein, nach der sorgfältigsten Erwägung finde ich kein anderes Ergebniß: der Entschluß, eine Polnische Grenzprovinz sich anzueignen, war entschieden der einzige, der bei der gegebenen Lage der Dinge nicht zu offenbarem Unheil führte, der einzige also, der mit der Pflicht der Preußischen Regierung verträglich war.

Meine Herren, in schneidenderen, in klareren, aus tiefster Einsicht in die historische Entwicklung der Dinge mehr begründeten Ausdrücken kann man sich über die Polnische Theilung nicht aussprechen, und es scheint mir nöthig zu sein, daß endlich einmal mit den Worten eines so gewiegten Historikers vor Deutschland und vor ganz Europa das constatirt wird, um diesen schwächlichen Empfindeleien zu Gunsten von Polen entgegenzutreten. Ja, meine Herren, die „Existenz des Preußischen Staats" hängt daran, daß kein Staat Polen wieder zu Stande kommt!

(Widerspruch links und von der Polnischen Fraction.)

Ich werde mir erlauben, das nachher weiter auszuführen. Ich denke, meine Herren, wir haben uns auch in Weise, wie wir unser Stück von Polen regiert haben von Rußland werde ich nachher einige Worte sagen — zu schämen.

Wenn dort die Germanisation vorgeschritten ist, so ist

Digitized by Google

das schon von sehr altem Datum: Ihre Bisthümer Posen und Gnesen sind von Deutschen gegründet, fast alle Städte sind von Deutschen gegründet, sie haben Soester und Magdeburger Recht erhalten, und wenn der Herr Abgeordnete für Dortmund gestern meinte, daß das Muster der Preußischen Städte-Ordnung in Polen zu suchen sei — nun, meine Herren, was ist dies Muster der Städte-Ordnung? Das Muster der Städte-Ordnung war die alte Germanische Städte-Ordnung, die von unseren Vorfahren mit nach Polen genommen war und aus deren Abklatsch nachher die sogenannte „Polnische Städte-Ordnung" geworden ist.

(Sehr wahr!)

Aber nicht blos die Städte, auch unsere Bauern waren es, die durch die Ausfüllung von Sümpfen und die Ausrottung der Wälder die Cultur nach Polen gebracht haben.

Die Hauländer, worauf schon wiederholt Bezug genommen worden ist, waren auch Deutsche Arbeit und Deutsche Kraft. Sie können sich daher wahrlich nicht wundern, daß die Germanisation in Polen vorgeschritten ist. Der Herr Referent sagt mit Recht:

> „Eine Menge Deutscher Handwerker und Kaufleute hatte sich in den Städten festgesetzt; in einigen Gauen gab es 1793 kaum noch Polnische Bewohner, beinahe 15 Meilen landeinwärts erstreckte sich die Herrschaft der Deutschen Sprache."

Das ist die Germanisation, wie wir sie in Polen *vorgefunden* haben, wie sie sich nach dem naturgemäßen Laufe der Dinge immer weiter entwickeln mußte. Was die Preußische Regierung hinzugefügt hat, war vor allen Dingen der Rechtsschutz der Leibeigenen gegen die übermäßigen Bedrückungen, denen sie ausgesetzt waren.

Erst als die Russen im Jahre 1831 schon vor den Thoren von Warschau standen, in dem Augenblicke, wo es sich um den Sturm von Warschau handelte, berieth man auf dem Reichstage über die Emancipation der Polnischen Leibeigenen. Das ist das Verdienst, was Preußen nach Polen gebracht hat: Es hat den Leibeigenen den Rechtsschutz, es hat Communications-Anstalten geschaffen und Schulen gestiftet, während Georg Forster noch 1792 klagte: „die Polnischen Edelleute haben *allein in Europa* die Unwissenheit und Barbarei so weit getrieben, in ihren Leibeigenen beinahe die letzte Spur der Denkkraft zu vertilgen."

Ich denke also, meine Herren, hiernach steht historisch betrachtet die Sache von Preußen zu Polen etwas anders, als namentlich der Herr Abgeordnete für Dortmund und der Herr Abgeordnete für Solingen gestern hier zu behaupten unternommen haben.

Nun, meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich nach dieser Einleitung auf den Aufstand selbst komme. Ich bin

Digitized by Google

wahrhaftig nicht geneigt, Russisches Regiment und Russische Verwaltung zu vertheidigen. Ich denke, dafür habe ich in früheren und in späteren Jahren hinreichende Beweise auf dieser Tribüne gegeben, um jedes Verdachtes einer Zuneigung zu Rußland überhoben zu sein. Aber billig wird es immer sein, wo es sich um den Streit zwischen zwei Slavischen Stämmen handelt, wenn wir ein Deutsches unparteiisches Urtheil fällen. Der Herr Abgeordnete für Oels hat uns gestern geschildert, inwiefern Rußland seine Verpflichtungen gegen Polen nicht erfüllt hat.

Ja, meine Herren, die politische Verpflichtung, die Aufrechthaltung der Polnischen Verfassung war zunächst durch den Polnischen Aufstand von 1831 vollständig gehoben; indessen habe ich das nicht zu beurtheilen; wenn aber der Herr Redner ferner meinte, daß die Bildung in Polen systematisch von Rußland unterdrückt werde; nun, meine Herren, wie es früher damit bei den Polen stand, das habe ich Ihnen so eben vorgelesen. Daß aber Rußland im Jahre 1857 angefangen und im Jahre 1860 die letzte Hand an die Wiedererrichtung der Universität Warschau gelegt hat, ist dem Herrn Redner gewiß doch auch bekannt, und ich weiß daher in der That nicht, wie der Herr Redner aus dieser neusten Zeit, wenn Alexander II. dasjenige, was seine Vorfahren auf dem Throne gesündigt haben mögen, möglichst wieder gut macht, in diesem Augenblicke Rußland einen Vorwurf machen kann. Ich glaube überhaupt, meine Herren, man braucht nur einen Blick in die Zeitungen zu werfen, um der Ueberzeugung zu sein, daß in allen möglichen Beziehungen, namentlich auch in Bezug auf die Kreis- und Gemeinde-Ordnung, von der mit Recht hier so viel gesprochen wird, ferner in Bezug auf die Emancipation der Bauern, gerade von der Russischen Regierung weise Maßregeln ergriffen worden sind, die meinetwegen noch nicht weit genug gehen mögen, die aber, bei einiger Besonnenheit und Mäßigung der Polnischen Nationalität, im Königreich Polen hätten acceptirt werden, und auf deren Grund hätte weiter gebaut werden sollen.

Und, meine Herren, wenn man dem Grafen Wielopolski hier so große Vorwürfe gemacht hat — ich stehe ihm als ein unbefangener Beurtheiler gegenüber —, so glaube ich, ist das namentlich sein Verdienst. Wenn er sich überzeugen mußte, daß von allen Aufständen nur Unheil für sein Vaterland zu erwarten war, dagegen Heil von mäßigen und besonnenen Reformen, so glaube ich, man sollte einen solchen Staatsmann nicht so obenhin verurtheilen, wie das von seinen Landsleuten geschieht, da es fast keine Art des Meuchelmords giebt, der er nicht ausgesetzt gewesen wäre; ob das etwa auch zur Ehre des Polnischen Volkes gereicht, solche Männer auf solche Weise auf die Seite zu

Digitized by Google

schaffen — das weiß ich nicht, — in Deutschland könnte es niemals soweit kommen.

Man hat den Polnischen Aufstand mit unseren Freiheitskriegen verglichen; ich würde dem verehrten Abgeordneten für Inowraclaw, der diese Worte zuerst gesprochen hat, darauf nicht erwidern, man könnte das in gewisser Beziehung unter der Würde dieser Versammlung halten; — aber das Korn, das er ausgestreut hat, ist an einem anderen Orte wieder aufgenommen worden. Ein hervorragender Mann in England hat das Wort wieder aufgenommen im Englischen Oberhause, Lord Ellenborough, dessen Ahn ein berühmter Rechtsgelehrter war, und der meiner Ansicht nach von seinen Vorfahren wohl soviel wird überkommen haben, — und das sollte auch in der Indischen Sonne nicht ganz ausgetrocknet sein, —

(Heiterkeit.)

um Recht von Unrecht zu unterscheiden.

Ich denke, meine Herren, der Vergleich mit den Freiheitskriegen hinkt nicht blos, sondern ist vollständig hinfällig. Meine Herren (zu den Polen), hatten denn die Provinzen, aus denen damals der Preußische Staat bestand, wie Ihre Landsleute in Polen dem Kaiser von Rußland, dem Kaiser der Franzosen, Napoleon, Treue geschworen? Hatte denn Schill, den Sie uns neulich auf die Tribüne hier gestellt hatten, einen Meineid gegen den Kaiser Napoleon begangen, als er gegen ihn zu Felde zog? Brauchte es denn, meine Herren, der Aufruhrpredigten der Geistlichkeit gegen die rechtmäßige Gewalt, um unsere Fahnen zu weihen, bedurfte es der Versprechungen des Socialismus, — daß drei Morgen Land jedem Nichtbesitzenden verheißen wurden, um die Muskete zu ergreifen — bedurfte es ihrer, für uns in den Krieg zu ziehen?

Nein meine Herren, „der König rief, und Alle, Alle kamen!"

(Bravo! rechts.)

Und unsere Freiheitskriege sind wahrlich durch Meuchelmord nicht befleckt worden, — davon seien Sie überzeugt, einen solchen Vergleich, und wenn er auch die Autorität des Englischen Oberhauses in Anspruch nimmt, weisen wir im Namen Preußens mit Entrüstung zurück.

Es hat in etwas zu weit getriebener Begeisterung der Abgeordnete für Stolp die Polnischen Zuzügler geradezu Räuberbanden genannt; ich meine selbst, meine Herren, das ginge ein klein wenig zu weit. Wenn sie etwas genommen haben, so haben sie ja Bons dafür ausgestellt, die die künftige Polnische Regierung auslösen soll!

Daß der Krieg auf beiden Seiten ein blutiger gewesen ist, daß Gräuel auf beiden Seiten begangen sind, vor denen sich das menschliche Gefühl sträubt, das wird man aner-

Digitized by Google

kennen müssen, auch wenn sehr Vieles, wie auf dieser Seite (nach links deutend) behauptet worden ist, erfunden sein sollte.

Aber, meine Herren, die Bedeutung eines solchen Aufstandes im Preußischen Sinne möchte ich in keiner Weise unterschätzen. Der verehrte Herr Abgeordnete für Bromberg, dem ich vorzugsweise auf Grund langjähriger Bekanntschaft ein Urtheil darin zutraue, hat dessen Bedeutung deshalb nicht so hoch stellen wollen, weil es sich um eine ultra-demokratische Erhebung handelt, die von den geehrten Herren hier (auf die Polen deutend) gemißbilligt werden soll. Das mag theilweise der Fall sein, obgleich ich ihm sagen könnte, daß gerade ein hervorragendes Mitglied der Herren von dieser Seite des Hauses, (ich weiß nicht, ob es ganz allein steht, das lasse ich dahingestellt sein), wenn ich recht unterrichtet bin, der socialen, demokratischen Richtung angehört; inwiefern die anderen Herren ihm zu folgen gesonnen sind, kann ich natürlich nicht beurtheilen. Ich sehe die Sache so an: der Aufstand, wie er sich gestaltet hat, wird ihnen vielleicht in diesem Augenblicke nicht minder unbequem sein, wie uns; daß der Aufstand verfrüht, daß er nicht zur rechten Zeit begonnen ist, wird auch ihnen unangenehm sein. Aber, meine Herren, ich möchte an die Erfahrungen der letzten Aufstände erinnern. Wie auch der Aufstand in seinem Ursprunge beschaffen gewesen sein möge, die Herren werden, wenn sie auch in Bezug auf die politische Seite der Sache auf einem anderen Standpunkte stehen, sich eine Zeit lang fern halten, aber wenn er gelungen ist, so acceptiren sie ihn gewiß dankbar.

Ob der Aufstand eine solche Bedeutung erlangen wird, weiß ich nicht, das wird der Erfolg lehren. Wenn wir aber Erfahrungen, wie im Jahre 1846 und 1848 gemacht haben (von der Thätigkeit an unsern Grenzen, von dem Aufstande im Jahre 1831 gar nicht zu reden, der bekanntlich auch im Großherzogthum Posen sehr lebhafte Betheiligung fand) — ich meine, meine Herren, dann haben wir alle Ursache, bei Zeiten auf unserer Hut zu sein. Wir können beim Beginne solcher Vorgänge nie wissen, wozu sie anschwellen.

Man hat von unorganisirten Haufen gesprochen. Nun, meine Herren, diese unorganisirten Haufen haben aber schon mehrere Gefechte mit den Russen siegreich bestanden. Sie wissen, daß in diesem Augenblicke Langiewicz noch westlich der Weichsel steht und daß am Bug und in Volhynien noch andere Haufen stehen, die bis jetzt nicht bezwungen worden sind; Sie wissen, wie viel Truppen die Russen in Warschau, in Modlin, in Sierack allein zur Besetzung nöthig haben und über wie wenig Truppen sie daher in diesem Augenblicke bei der großen Ausdehnung des Russischen Rei-

Digitized by Google

ches in Polen zu gebieten haben. Ich kann daher nicht sagen, daß ich den Aufstand schon jetzt so gering anschlage, ich will aber noch auf sehr nahe liegende Eventualitäten hinweisen. Durch einen glücklichen Zufall soll Mieroslawski geschlagen, gefangen, vielleicht erschossen sein. Nun, meine Herren, daß der in seinen militairischen Fähigkeiten nicht zu unterschätzen ist, hat er in Baden bewiesen. Sie wissen aber auch, daß ein weit bedeutenderer Heerführer, durch den die Polnische Insurrection erheblich an Bedeutung gewinnen könnte, von Turin abgereist ist, das ist der General Klapka. Wenn der an der Spitze stehen sollte, würden Sie kaum Ursache haben, einen solchen Aufstand zu unterschätzen, wenigstens wäre es höchst thöricht gehandelt. Der Herr Referent hat uns vor dem Beispiel der Milchfrau gewarnt, daß man nämlich nichts übertreiben sollte; aber, meine Herren, man kann auch den Doctrinarismus so weit treiben, daß man die kommenden Dinge erst erblickt, wenn sie unmittelbar vor uns stehen.

Ich glaube daher, daß die Regierung weise und vorsichtig gehandelt hat — sie hat vielleicht etwas zu viel gethan in der Vorsicht — ich glaube aber, daß sie im Allgemeinen weise und vorsichtig gehandelt hat, daß sie die Reserven einzog, wozu sie volles Recht hatte, und daß sie durch den Mund ihrer Verwaltungs-Organe, durch den Mund des Ober-Präsidenten und des commandirenden Generals vor weiterer Verbreitung des Aufstandes gewarnt hat. Ich meine, wenn jetzt hinterher in einzelnen Kreisen gemeint wird, es wäre zu viel geschehen, so ist das eine Erfahrung, die man in solchen Fällen an allen Grenzen macht. Jeder trägt im Augenblicke das am ungernsten, und es ist ihm das am fatalsten, was ihn im Moment am meisten drückt; daß die Durchzüge, daß die Einquartierung, daß die Nothwendigkeit, sich manchen Belästigungen in diesem Sinne zu unterziehen, daß die in unseren Grenzkreisen, namentlich im Großherzogthum Posen, manche Unzufriedenheit hervorgerufen, ist gewiß sehr natürlich.

Aber meine Herren, die Unzufriedenheit würde eine viel größere sein, wenn unsere Regierung ihre Pflicht vernachlässigt und wenn wir alsdann einen Einmarsch von Polnischen Banden in unsere Grenzkreise zu erfahren gehabt hätten, wobei ich meinerseits nach den Erfahrungen der Jahre 1831 und 1848 es nicht für unwahrscheinlich halte, daß der Aufstand im Königreich Polen auch Theilnahme in der Provinz Posen erfahren hätte — ich meine: deshalb sollte man mit diesen Vorwürfen doch etwas vorsichtiger sein.

Aber, meine Herren, Alles dies angenommen, so sagen Sie uns: „Wir haben aber doch die „Convention" geschlossen und das hätten wir nicht thun sollen." Ganz

Digitized by Google

speciell auf die Convention eingehen kann ich allerdings nicht, denn wir kennen sie nicht. Der Herr Minister-Präsident hat uns auf den meiner Ansicht nach sehr berechtigten Vorwurf, daß von dieser Convention viel eher im Englischen Parlament die Rede gewesen sei, als sie uns hier vorlag, geantwortet: Ja, meine Herren, schaffen Sie mir ein Englisches Unterhaus. Ich könnte vielleicht dieser Ansicht beipflichten; allein ich müßte dann doch noch etwas weiter gehen, — zum Theil ist man auch in dem Hause gestern darauf eingegangen durch verschiedene Ausrufe — ich sage: Schaffen Sie uns ein Englisches Oberhaus; schaffen Sie uns ein Oberhaus, das zunächst einen verfassungsmäßigen Boden hat, den unser Herrenhaus nicht hat,

(Bravo!)

schaffen Sie uns ein Oberhaus, das — wie ich schon bei mehreren Gelegenheiten gesagt habe — es als seine erste und ehrenvollste Aufgabe erkennt, die Verfassung des Landes zu vertheidigen und dann erst an die übrigen Geschäfte des Landes zu gehen; aber, meine Herren, ich gehe noch weiter, ich sage: Schaffen Sie uns ein Englisches Ministerium!

(Lebhaftes Bravo!)

ein Ministerium, das so viel Respect hat vor der Meinung der Vertretung des Landes, daß es, wenn man hier über die ernsthaftesten Angelegenheiten des Landes verhandelt, nicht, wie es gestern geschehen ist, uns den Vorwurf macht, wir hätten dem Ministerium die Zeit verdorben.

(Lebhaftes Bravo!)

Das sind ungeeignete Vorwürfe, die nicht vorkommen sollten; und wie können Sie eine Achtung für das Preußische Ministerium im Auslande erwarten, wenn dasselbe der Vertretung seines eigenen Landes mit einer solchen Mißachtung entgegentritt!

(Bravo!)

Indeß, meine Herren, kann ich darum doch nicht so weit gehen, als der verehrte Abgeordnete für Berlin gestern gegangen ist. Ich kann mir nicht, wenn ich eine Convention noch nicht kenne, nach den Mittheilungen aus einem ausländischen Parlament das hinein interpretiren, was man in dieselbe hinein interpretiren will, nämlich, daß die einzige Tendenz derselben wäre, im Interesse Rußlands zu handeln und, wie man uns gesagt hat, für die „Solidarität der conservativen Interessen." Ich habe nie für den Ausdruck „Solidarität der conservativen Interessen" ein Verständniß gehabt. Zu allen Zeiten habe ich diesen Ausdruck hier im Hause nach meinen schwachen Kräften zu bekämpfen versucht. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man eine Hinneigung zu Rußland haben kann. Ich theile alle die Vorwürfe, die man vom Preußischen Standpunkte der Russi-

Digitized by Google

schen Politik gemacht hat — abgesehen von der Zeit, wo wir mit Rußland zusammen zu unserem Vortheile im Felde standen — über die vielen Unbilden, die wir seit 1815 von Rußland zu erdulden gehabt haben. Ich habe bei einer früheren Gelegenheit schon im Jahre 1854 meinen Beschwerden über Rußland von dieser Tribüne aus, im Einklang mit meinen politischen Freunden, Worte gegeben, und in Bezug darauf hat sich meine Stellung seitdem nicht geändert; aber, meine Herren, ich habe ebensowenig eine continuirliche Antipathie als eine Sympathie für irgend einen Europäischen Staat. Ich glaube, wir haben alle Europäischen Staaten in irgend einer Periode unserer Geschichte zu Verbündeten gehabt, und wir haben auch alle Europäischen Großstaaten zu Gegnern gehabt. Wir werden daher unsere politische Stellung zu den Staaten des Auslandes jedesmal nach den politischen Conjuncturen des Augenblickes mit zu bemessen haben, und da komme ich auf das goldene Wort, welches ich mir aus dem Commissionsbericht aneigne; — und ich bedauere, daß es nur so wenig ist — es heißt auf S. 3.: „Bei einem Acte der Preußischen Landesvertretung gezieme es sich nicht, irgend eine andere Sympathie, als die für den Preußischen Staat, irgend eine Antipathie, als die gegen die Verletzung Preußischer Interessen zu bethätigen."

Dieses Wort, meine Herren, scheint mir das einzige zu sein, was uns überhaupt in dieser Debatte leiten kann, und ich bedauere sehr, daß unsere Redner davon abgewichen sind. Man hat uns gewarnt vor der Solidarität conservativer Interessen, das unterschreibe ich mit, — aber mit demselben Nachdruck, meine Herren, warne ich Sie vor der Solidarität demokratischer Interessen, deren gestern von mehreren Seiten auch schon Ausdruck gegeben worden ist. Ich behaupte nicht etwa, daß mehrere der Herren Redner schon so weit gegangen sind, wie einzelne demokratische Blätter, welche bereits einer Unterstützung des Aufstandes das Wort geredet haben; aber man hat mit einer gewissen Vorliebe seine Sympathie für den Aufstand von der Tribüne herab zu erkennen gegeben, und vor dieser Solidarität für die Interessen der Aufständischen, die keine Preußischen Interessen sind, davor warne ich Sie eben.

Man hat uns hier gesprochen von Rußlands Macht. Das geehrte Mitglied für Berlin hat uns gestern dagegen gesagt, Rußland wäre schwach; es wäre geschwächt durch seine Reformen im Innern und geschwächt durch den Krimkrieg und — ich weiß nicht, wodurch sonst noch.

Meine Herren, einen politischen Gegner — und als solchen will ich mir einmal für einen Augenblick Rußland vorstellen — darf ich weder überschätzen noch unterschätzen. Unter Umständen kann uns Rußland sehr gefährlich sein, und unter Umständen kann es wieder so

Digitized by Google

schwach sein, daß wir es nicht zu beachten haben; es richtet sich das Alles nach den augenblicklichen Europäischen Conjecturen.

Man hat von dem Wiener Congreß gesprochen und gemeint, daß man auch auf jenem die Befürchtung vor einer Machtstellung Rußlands in Polen getheilt habe. Man hat wahrscheinlich auch an die Gründung der drei Festungen in Polen gedacht, die ich schon vorhin genannt habe. Ich bin jedoch der Ansicht, meine Herren, vom Standpunkte Rußlands aus verhält es sich mit diesen drei Festungen oder — wie ich lieber sagen will — mit diesem Festungsdreieck ebenso, wie vom Standpunkte Oesterreichs mit dem Oesterreichischen Festungsviereck in Italien. Beides mag eine sehr wichtige strategische Position in sich schließen; aber ich besorge im Russischen Interesse sehr, daß die Behauptung dieser Position den Russen mehr kostet, als sie werth ist.

Das Mitglied für Oels hat uns auch hier wieder auf Wielopolski aufmerksam gemacht; er hat gemeint, Wielopolski vertrete das, was für Preußen am gefährlichsten sei, nämlich eine Verschmelzung von Rußland und Polen. Ich habe dies bisher nicht gehört, meine Herren, ich stehe vielleicht nicht in so genauen Verbindungen, wie der Herr Abgeordnete für Oels; ich glaube aber, er hat uns diese Vermuthung nur aus früheren Broschüren Wielopolskis citirt, die wohl schon alten Datums sein mögen. Nach anderen Nachrichten, die darüber verbreitet sind, bin ich vielmehr der Ansicht, daß Wielopolskis Absicht dahin geht, die Polnische Nationalität auf die Weise in sich zu kräftigen, wie ich es schon vorhin angedeutet habe, und als einen Polen kann ich ihm ein solches Streben wahrlich nicht verdenken; nur meine ich, seine Landsleute hätten etwas mehr Dankbarkeit dafür haben sollen.

Meiner Ansicht nach geht indeß sein Bestreben noch weiter, nämlich dahin, im Verein mit einer mächtigen Russischen Partei den Besitz Polens den Russen zu verleiden, und die Aufstände in Polen dadurch, daß man sie nicht sofort niederschlägt, zuletzt zu einer solchen brennenden Frage für Rußland werden zu lassen, daß dieses bereitwillig den Entschluß faßt, sich Polens zu entäußern. Es scheint mir der Plan von Wielopolski zu sein, auf diese Weise, die etwas originell sein mag, aber doch eine Hoffnung des Gelingens für sich hat, wenn der Plan nicht anderweit durchkreuzt wird, — nicht eine Verschmelzung Polens mit Rußland herbeizuführen, sondern ein selbstständiges Polen dem selbstständigen Rußland an die Seite zu stellen. Ich glaube nicht, meine Herren, daß wir vorläufig Ursache haben, diese Gefahr — ich betone es — diese Gefahr für den Preußischen Staat als eine besonders dringende zu betrachten; denn ich bin der Ansicht,

Digitized by Google

daß in Rußland noch immer das Gefühl aufwachen wird, daß jede Herstellung eines selbstständigen Polens zunächst Rußland nicht allein den Verlust dieses Königreichs, des sogenannten Congreß-Polens, sondern daß es ihm auch den Verlust der seit dem Jahre 1772 davon abgerissenen Provinzen, von Litthauen, Weißrußland, Volhynien und Podolien kosten würde. Ich glaube, daß in diesen Provinzen unter der Masse des Volkes die Russische Nationalität eine so vorherrschende ist, gegenüber der geringeren Polnischen Bevölkerung, der aristokratisch-Polnischen vorzugsweise, daß namentlich auch die Zahl der Griechischen Confessionsverwandten in Volhynien und Podolien so groß ist, daß Rußland, ohne Verlust seiner Ehre, die Abtrennung derselben, in Folge Begründung eines selbstständigen Polens, sich nicht gefallen lassen würde; im Gegentheil wird es in die Behauptung Polens ebenso einen Ehrenpunkt setzen, wie Oesterreich zu seinem Schaden in die von Venetien. Und grade aus diesem Grunde der politischen Ehre, der bei einer Großmacht nicht zu unterschätzen ist, ist vorläufig die angedeutete Gefahr für Preußen noch nicht vorhanden.

Aber dieselbe Gefahr liegt auf einem andern Felde: Jeder Aufstand in Polen kann eine deratige Bedeutung erlangen, daß ein selbstständiges Polen daraus hervorgeht, und darin weiche ich eben von den früheren Herren Rednern sehr entschieden ab. Ich halte die Wiederherstellung des alten Polens, eines selbstständigen Polens, für das Gefährlichste, was dem Preußischen Staate an seiner östlichen Grenze geschehen kann.

Ein solches selbstständiges Polen könnte nicht anders existiren, — es wäre von Hause aus zum Untergang verurtheilt, — wenn es nicht die Seeküste besitzt. Es hat uns zwar gestern der geehrte Herr Abgeordnete für Dortmund gesagt, die Herren hier (auf die Polen deutend) hätten keine Anlagen zur Marine. Das habe ich ihnen noch nicht angesehen,

(Heiterkeit.)

ich kann also darüber auch nicht urtheilen; ich glaube aber im Gegentheil, daß die Herren sehr viele Fähigkeit zu sehr vielen und außerordentlichen Dingen haben, selbst zur Marine, und wenn sie auch noch kein Salzwasser gekostet haben, so würde es ihnen doch nicht schwer werden, sich mit Hülfe eines andern Europäischen Seestaates eine Marine zu verschaffen. Jedenfalls aber, sie mögen nun eine Marine haben oder nicht, wird mir immer jeder Preuße zugeben müssen, daß eine Unterbrechung des Zusammenhanges des östlichen Complexes unserer Monarchie, den Friedrich der Große bei der ersten Theilung Polens im Jahre 1772 zu seiner Ehre hergestellt hat, wenn nicht einer vollständigen Lähmung, so

Digitized by Google

doch mindeſtens einer ſehr weſentlichen Schwächung Preußens in ſeiner jetzigen hiſtoriſchen Stellung gleich zu achten wäre.

(Sehr richtig!)

Alſo „Principiis obsta“ zu ſagen bei jedem Unternehmen, was zu ſo beklagenswerthen Folgen für den Preußiſchen Staat nach dem jetzigen Stande der Dinge führen muß, haben wir alle Veranlaſſung; wir müſſen, wenn es ſich auch erſt im kleinen Anfange zeigt, ihm ſofort die Wurzel abgraben.

Der geehrte Herr Abgeordnete für Geldern hat neulich unſeren Polniſchen Collegen die Ehre angethan, ſie um ihre Abſichten in dieſer Beziehung zu fragen. Ja, meine Herren, dieſe Gutmüthigkeit ſcheint mir doch in der That zu weit zu gehen —

(Heiterkeit.)

in einem Augenblick, wo das dringendſte Intereſſe für ſie vorhanden iſt, dies nicht zu ſagen, doch zu glauben, ſie würden es uns ſagen.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, aus früheren Vorgängen ſind wir glücklicherweiſe in der Lage, ungefähr zu wiſſen, wie die Herren darüber denken. Ich will mir erlauben, ein Mitglied zu citiren, was ſich neulich bei der Interpellation in den Vordergrund geſtellt hat, es war das geehrte Mitglied für Inowraclaw. Derſelbe hat uns bei einer früheren Verhandlung geſagt:

„Nun, meine Herren, was unſere Looſung iſt, was wir im Herzen, im Gemüth, im Gefühl und in der Hoffnung tragen, erlauben Sie, daß das unſere Sache iſt. Und wäre es auch Polen in den Grenzen des Jahres 1772! Niemand kann uns das zum Vorwurf machen.“

Wenn Ihnen das noch nicht beſtimmt genug ſein ſollte, ſo will ich Ihnen noch ein anderes hervorragendes Mitglied citiren, was zu meinem innigſten Bedauern — ich weiß nicht warum — jetzt hier nicht anweſend iſt, ein Mitglied, welches uns durch ſeine Beredſamkeit ſo häufig erſchüttert hat. Es iſt der Herr v. Niegolewski. Am 22. April 1861 hat er uns geſagt:

„Glauben Sie aber nicht, daß wir unſere Hoffnung auf die Wiederherſtellung Polens aufgeben werden — dieſe unſere Hoffnung verſteht ſich von ſelbſt, ſie iſt unſer Evangelium.

(Hört! Hört!)

Sie würden uns ſonſt Alle, hätten wir dieſe Hoffnung nicht, verachten müſſen.“

Und ſpäter am 1. Juni 1861, als davon die Rede war, daß die Verwaltungsbehörden des Großherzogthums Poſen ſich gewiſſer Uebergriffe ſchuldig gemacht hätten, welche die

Digitized by Google

Herren für Verletzung ihrer Rechte, wir dagegen für die richtige Anwendung begründeter Verwaltungsbestimmungen hielten, sagt er uns:

„Wollen Sie uns nicht dem Gesetze, sondern der Willkür der Beamten übergeben, dann werden wir natürlich in persönlicher Gegenwehr unsere Schuldigkeit thun; aber statt mit dem Gesetze in der Hand, wird uns nichts Anderes übrig bleiben, als mit dem Revolver in der Hand vorzugehen."

Sie sehen also, meine Herren, wohin die Tendenz dieser Herren geht, und daß sie sich nicht scheuen, selbst mit dem Revolver in der Hand dieselbe durchzuführen.

Also haben wir gewiß alle Ursache, den Grundsatz: „principiis obsta" auch auf diese Polnische Bewegung anzuwenden.

(Ruf: Sehr gut!)

Ich brauche mich aber eigentlich nicht einmal auf die Polnischen Abgeordneten zu beziehen. Ich kann selbst den verehrten Abgeordneten für Oels dafür ins Gefecht führen. Er hat uns gestern gesagt: Wer wollte es den Polen verdenken, daß sie ihre nationale Selbstständigkeit herstellen wollen? Meine Herren, wenn das im Lande bekannt wird, dann haben Sie nichts, was Sie selbst einem Aufstande im Großherzogthum Posen entgegensetzen könnten, denn die Preußischen Polen wollen im günstigsten Falle auch weiter nichts, als ihre nationale Selbstständigkeit. Auch diese Herren haben uns das immer gesagt; wenn sie nun sogar einen Advocaten, wie den Herrn Abgeordneten für Oels erhalten, dann brauchen sie sich wahrlich nicht nach einem besseren umzusehen.

Er hat ferner gesagt: wer den Herren die Fähigkeit absprechen wollte, einen Polnischen Staat zu begründen, dem könnte er aus vielen Beispielen zeigen, daß die Herren wohl eine solche Fähigkeit besitzen möchten. Für mich, meine Herren, hätte es in dieser Beziehung gar keines Beweises bedurft. Ich betrachte vielmehr diese Herren als einen der fähigsten Theile dieses Hauses, und wenn sie sonst könnten, so würden sie gewiß morgen den Polnischen Staat wiederherstellen und auch vielleicht in ihrem Sinne ganz gut verwalten, sie würden sich ganz gewiß bemühen, bis an die See vorzudringen, — also, wie gesagt, an ihrer Fähigkeit zweifele ich ganz gewiß nicht; aber eben weil ich ihnen diese Fähigkeit zutraue, bin ich im Preußischen Interesse aufs Entschiedenste gegen den Versuch.

Ich will keinesweges so weit gehen, als der Herr Referent, der in seiner Geschichte gesagt hat, der Staat, der Königsberg, Breslau und Posen besäße, der müsse zu seiner östlichen Grenze den Niemen, den Narew und ich glaube, auch die Weichsel haben.

Digitized by Google

Meine Herren! Sehen Sie sich die Karte an, und sehen Sie, wie weit unsere Polnische Grenze noch vom Narew entfernt ist. Der Herr Referent würde also einen großen Eroberungszug im Königreich Polen machen müssen, um diese seine Grenze herzustellen. Ich gehe also nicht so weit, wie der Herr Referent. Ich bin ganz ehrlich, ich sage: wir haben eigentlich schon viel zu viel von Polen und wenn ein Staats-Vertrag mit Rußland zu Stande kommen könnte, wonach wir einen Deutschen aus dem Königreich Polen für zwei Posensche Polen eintauschen könnten, meine Herren, ich würde sofort einschlagen, selbst wenn zu meinem großen Bedauern einige von meinen verehrten Collegen hier darunter wären.

(Heiterkeit.)

Ich glaube wahrlich nicht, daß durch ein zu großes Anhängsel von Slavischen Elementen der Preußische Staat an Kraft gewinnt, und deshalb bin ich in diesem Falle verschiedener Ansicht gegenüber der gewiegten Autorität des Herrn Referenten. Aber einen solchen Tausch können wir leider! nicht zu Stande bringen, wir sind darauf hingewiesen, unsere Ehre ist damit verknüpft, diesen Theil von Polen zu behalten, selbst zu behalten, wenn auch leider! etwas Polnische Nationalität daran klebt.

Meine Herren! Ich glaube nicht, daß in einem großen Theile des Hauses meine Worte sonderlichen Anklang finden werden.

(Heiterkeit.)

Sie bestätigen das zu meiner Freude; es ist mir sehr angenehm, diese unartikulirten Töne hervorzurufen; Sie bringen mich damit auf das, was ich Ihnen gerade ans Herz legen wollte. Ich citire sehr gern politische Gegner, es ist dies einmal ein Bedürfniß der Unparteilichkeit, was ich in mir fühle. Ich glaube auch, es ist eine juristische Maxime, daß jeder gegen sich gelten lassen muß, was seine Zeugen für ihn angeführt haben. Ich citire mit besonderer Vorliebe, und ich sage das ohne alle Schminke, die Reden des bedeutendsten Redners Ihrer Seite (zur Linken), Herrn Schulze (Berlin) oder, wie er sich mit seinem Europäischen Namen nennt, Schulze-Delitzsch.

(Große Heiterkeit.)

Ich sehe, daß ich jetzt schon viel freundlicher von Ihnen aufgenommen werde; also erlauben Sie mir, daß ich Ihnen dasjenige vorlese, die classischen Worte, welche in der Sitzung vom 22. September v. J. der Herr Abgeordnete mit meiner vollständigen Zustimmung, ich möchte sagen Zeile für Zeile, mit ganz geringen Ausnahmen, damals gesprochen hat. Er hat uns damals gesagt:

„Die nationale Agitation ist lebhafter wie jemals, und die Losung ist: Polen in den Grenzen

von 1772. Das kann sich Niemand verhehlen, der irgendwie den Dingen folgt.....

Wir werden auch unsererseits, meine Herren, den Polen gegenüber, das Nationalitäts-Princip zu betonen, das nationale Princip für uns in Anspruch zu nehmen und die Deutsche Nationalität in den Kampf zu führen haben, wenn wir überhaupt der ganzen Frage gerecht werden wollen. Nicht blos um einen Preußischen Besitz handelt es sich, sondern um einen Deutschen Besitz, um ein Stück echten Deutschen Lebens, dessen Entfremdung oder Erhaltung ein Verlust oder Gewinn für Preußen und ganz Deutschland sein wird...."

Er hat dann gesprochen von gewissen Sympathien (die ich in dem Maße nicht theile) für die Polnische Nation, und hat dann fortgefahren:

„Aber, meine Herren, daraus folgt noch nicht, daß wir im Zusammenstoß unserer eigenen Nationalität mit einer fremden uns unserer Sympathien wegen befugt halten können, an der eigenen Nationalität zum Verräther zu werden.

Wenn man das als Recht aufstellt, daß ein Volk jedes Stück Land, das einmal seine Vorfahren beherrscht haben, für sich in Anspruch nehmen könnte, so ist das wahrlich nicht Nationalitäts-Princip, sondern es heißt das Gegentheil, es heißt das Territorial-System proclamiren mit seinem Recht an Land und Leuten und allem Zubehör des Bodens.

Diesen Boden wieder aufgeben, hieße an der geschichtlichen Zukunft unseres Volkes zweifeln. Ja, meine Herren, es hieße in der That die Arbeit von Jahrhunderten aufgeben, wenn wir nur einen Fuß breit in der von uns schwer erkämpften und sauer erworbenen Position zurückweichen wollten; nicht blos um eine Provinz würde Preußen dadurch ärmer, nein, vielmehr ein werthvolles Glied Deutschlands würde dadurch abgerissen, und es begönne von Neuem eine Verstümmelung unseres so schwer beschädigten und geschändeten nationalen Körpers. Ich wenigstens, meine Herren, nehme den Kampf, der uns von dieser Seite droht, für keinen leichten. Aber wir nehmen ihn an, weil wir ihn annehmen müssen. Aber wir nehmen ihn an, wenn er uns geboten wird, weil wir ihn annehmen müssen. — (Lebhaftes Bravo!)"

Wir wollen aus diesen Gründen auch nicht das Kleinste dazu thun, um an unsern östlichen Grenzen in Folge eines möglichen Gelingens des Polnischen Aufstandes, dem ich ein möglichst baldiges Ende von ganzem Herzen wünsche; ein

Digitized by Google

selbstständiges Polen, wie es Einige von den Herren hier gestern Morgen in zu großer Gutmüthigkeit als ihre Tendenz proclamirt haben, zu Stande kommen zu lassen, ein selbstständiges Polen im Bunde mit Rußland wäre gerade das Gefährlichste. Jetzt ist es ein Bleigewicht an den Ferſen Rußlands, gerade wie Italien an den Ferſen Oesterreichs.

Rußland muß eine eigene Armee in Polen halten, um es in Schranken zu halten, und Vieles, was von der Angriffsstellung Rußlands in Polen gesagt wird, ist daher in den Wind geredet. Aber stellen Sie Polen als selbstständigen Bundesgenossen Rußland an die Seite, so haben Sie zwei Slavische Nationen, die ihr Interesse erkennen, verbündet neben einander; dann wird sich die Sache anders gestalten. Darum halte ich nicht gerade das Congreß-Polen, das ich vielmehr für ein nützliches Glied in unserer Nachbarschaft betrachte, für das Gefährlichste, was an der Ostgrenze geschehen könnte, — sondern vielmehr im Sinne der Tendenzen, die uns gestern hier proclamirt worden sind, nur einen leisen Schritt zu thun, daß durch Ihre Sympathien, die Sie zum Theil selbst thatsächlich bethätigen wollen, solch ein selbstständiges Polen wieder auf der Karte von Europa erscheint.

Man hat viel davon gesprochen, wie die Convention zu Stande gekommen ist; man hat der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß unsere Offiziere nach Petersburg gegangen wären, um diese Convention abzuschließen. Ja, meine Herren — ich werde nachher auf die zu unterscheidenden Merkmale kommen — dasjenige, was mir von der Cooperation mit Rußland für Preußen nützlich zu sein scheint, wenn ich es einmal für uns nützlich halte, mußten wir meiner Ansicht nach selbst mit Verleugnung gewisser diplomatischer Etiquette sobald wie möglich zu erreichen suchen. Wenn es etwas Nützliches für Preußen gilt, dann dächte ich, gilt hier, wie überall der Grundsatz: „bis dat, qui cito dat.“ Ich habe deshalb nichts dagegen, daß man Rußland auf halbem Wege entgegenkam.

Man konnte deshalb auch nicht so weit gehen, daß man bei dieser Gelegenheit die stipulirte Begünstigung unsres Handels, d. h. die Ermäßigung der russischen Einfuhrzölle auf 10 pCt., wie sie früher in Folge des Wiener Congresses stipulirt waren, als Aequivalent fordern sollte. Ich glaube, man mag noch so wenig eingeweiht sein in die diplomatischen Verhandlungen, so weiß man doch, daß einem solchen Handelsvertrage längere Verhandlungen voraufgehen mußten, und wenn man den Polnischen Aufstand für so gefährlich hält, als ich ihn halte, so war eben keine Zeit zu verlieren, um sich möglichst bald in den Vertheidigungszustand zu setzen.

Ich mache daher auch daraus der Regierung keinen Vorwurf, wie es Manche gethan haben, daß sie sich als

Digitized by Google

Entschädigung den Handelsvertrag nicht ausbedungen hat, weil ich glaube, daß es auch wesentlich in unserem Preußischen Interesse lag, daß der Polnische Aufstand möglichst rasch gedämpft werde.

Man warnt uns (und das ist für mich der schmerzlichste Theil der ganzen Debatte) vor einer Einmischung von Europa. Ich schicke voraus, daß eine solche Besorgniß, (auch wenn sie begründet wäre) mich nicht bestimmen kann, das Preußische Interesse nicht zu wahren.

Man sagt uns, wir hätten das Nicht-Interventions-Princip, das Europa schon seit langen Jahren auf seine Fahne geschrieben hat, wie der Herr Abgeordnete für Berlin gestern nach Noten von Lord Castlereagh ausgeführt hat, verletzt. Meine Herren, ich will Sie nicht auf das ganze Gewirr solcher diplomatischen Noten hinweisen. Bekanntlich haben über das Nicht-Interventions-Princip in Europa verschiedene Ansichten zu verschiedenen Zeiten geherrscht.

Nach einer augenblicklichen Conjunctur hat Jeder sich das Recht so gedreht und zugestutzt, wie es ihm in jedem Augenblicke das Bequemste war, so Frankreich, Oesterreich, England, jeder Europäische Staat. Ich glaube daher, daß es nützlicher ist, statt solcher Noten auf unparteiische Autoritäten zurückzugehen.

Ich habe hier einen Deutschen Rechtsgelehrten zu citiren, einen Völkerrechtslehrer, dessen Name, wie ich glaube, einen guten Klang hat, wenigstens muß ich das daraus schließen, daß die vierte Ausgabe seines Völkerrechts in meinen Händen ist, den Professor und Ober-Tribunalsrath Heffter. Er unterscheidet zwischen den sehr verschiedenen Fällen von Interventionen — bekanntlich lassen sich nicht alle Interventionen so unter einen Nenner bringen, wie der Herr Abgeordnete für Berlin das versucht hat — und sagt dann:

> „Eine weitere Befugniß, nämlich zu einer thatlichen Cooperation, eröffnet sich, wenn in einem Staate ein innerer Krieg wirklich ausgebrochen ist und ein anderer Staat von dem im Recht befindlichen aber widerrechtlich bedrängten Theile um Hülfe angerufen wird. Es ist schon das Recht jedes einzelnen Menschen, dem widerrechtlich Gekränkten zu seiner und seines Rechtes Erhaltung beizustehen; es muß auch das Recht der Staaten sein. Der Gebrauch darf nur kein leichtsinniger sein; denn das Urtheil über Recht und Unrecht im einzelnen Fall kann leicht trügen; die Hülfeleistung nimmt zugleich Leben und Vermögen der Unterthanen in Anspruch; es kann die Gefahr und der schlimmste Erfolg auf den Hülfeleistenden selbst zu-

Digitized by Google

rückfallen. Unter allen Umständen muß die Cooperation in den natürlichen Schranken des Accessorischen bleiben; sie kann nicht aufgedrungen werden, nicht weiter gehen, als der Wille der Hauptpartei, und muß aufhören, wenn diese selbst nicht mehr existirt oder sich unterwirft."

Ich glaube, meine Herren, das sind die naturgemäßen Grundsätze. Sie werden mir nun sagen: daß hier die Gefahr bestehe, daß die Hülfeleistung von Rußland auf Preußen zurückfiele. Der Herr Referent und der Herr Abgeordnete für Berlin haben uns gesagt: ja, der Fall liegt eben so; wenn wir in unserem Interesse Rußland helfen, dann ziehen wir ja ganz Europa auf uns. Ich gebe dabei, wie ich im Voraus bemerken will, nicht sonderlich viel auf eine solche Furcht vor Europa, vor einem Europäischen Einschreiten; aber ich meine, ganz so gefährlich liegt auch die Sache nicht. Wer soll uns denn deshalb bedrängen, wenn wir in dieser Weise Rußland irgend welche Begünstigung zuwenden. Zunächst Frankreich? Nun, meine Herren, es ist gewiß sehr natürlich daß Frankreich große Sympathien für Polen hat, und ich könnte Ihnen dafür eine Schrift, die ich von dem verehrten Verfasser selbst habe, von dem sehr ehrenwerthen verstorbenen Obristen v. Niegolewski, anführen. Bekanntlich haben die Polen zu ihrer großen Ehre, mit rühmlichster Tapferkeit, wie auf allen Schlachtfeldern Europas, namentlich auch unter Napoleon in Spanien, ebenso in Rußland, und leider auch in Deutschland gefochten. Ich habe Ihnen neulich citirt, was die Folge davon für Polen gewesen ist. Der Fürst Czartoryski hat in einem Briefe, den er an das Journal des Débats geschrieben hat, diese meine Aeußerung hier auf der Tribüne von der Schlacht von Leipzig verwerthet, um die Sympathien Frankreichs, die Französische Bundesgenossenschaft für Polen anzuregen. Ich kann von seinem Standpunkt aus ihm das keineswegs verübeln; ich begreife die Sympathie Frankreichs, wie sie durch alle Französischen Zeitungen geht.

Aber, meine Herren, wenn von Frankreich die Rede ist, so muß man sich doch immer zunächst den Mann vergegenwärtigen, der jetzt an der Spitze von Frankreich steht. Sollte der wirklich in diesem Augenblicke ein so nahe liegendes Interesse haben, sich für Polen zu interessiren? Meine Herren, ich glaube nicht. Zunächst wenn Napoleon, Louis Napoleon, der Kaiser der Franzosen, uns von Nicht-Intervention spricht, so kann man doch wirklich eine gewisse Heiterkeit nicht unterdrücken. Hat denn etwa der Kaiser Napoleon nicht in Italien intervenirt? Stehen nicht jetzt seit so und so viel Jahren Französische Truppen, so viel ich weiß, 27,000 Franzosen in Rom? Hat er nicht trotz der ewigen Abmahnungen Englands, — das ihm auch

Digitized by Google

immer von dem Nicht-Interventions-Prinzip sprach, — durch sein Auftreten in Italien dasselbe entschieden verletzt, hat er nicht, wie ich das auch den Herren, die sich gegen Italien erklärten, immer vorausgesagt habe, im Gegensatz zu den Interessen des Königreichs Italien immer noch Truppen in Rom?

Ist das nicht eine viel größere Intervention, als wenn wir in gewisser Beziehung — ich denke nicht daran, daß wir im völkerrechtlichen Sinne in Polen interveniren sollten — im unmittelbaren Interesse des Preußischen Staates intervenirten? Will man behaupten, daß die Besetzung Roms im unmittelbaren Interesse des Französischen Staates liege? wenn ich von dem religiösen Interesse der Katholiken Frankreichs absehe, ist denn ein territoriales Interesse eines Staates von 35 Millionen dabei betheiligt, daß das Königreich Italien den Kirchenstaat hat oder nicht?

Ich glaube also, meine Herren, es würde leicht sein, allen Französischen Noten mit diesem Beispiel entgegenzutreten.

Natürlich aber werden Sie mir entgegensetzen, daß Napoleon nicht dadurch, sondern nur durch sein eigenes Interesse sich bestimmen lassen würde. Aber da mache ich auf einen anderen Umstand aufmerksam. Warum interessirt sich denn die ganze Demokratie für Polen? Warum sonst, als weil die Polen bei allen Revolutionen, auf allen Barrikaden, auch da immer mit ihrer Tapferkeit die Vordersten im Treffen sind, und das, meine Herren, wäre doch wohl ein Argument, was der Kaiser Napoleon, der auch die Barrikaden zu fürchten hat, einigermaßen zu beachten hätte; er müßte Bedenken tragen, nicht in der Weise die Demokratie zu entfesseln, um späterhin in Paris die Polen wieder an der Spitze der Barrikaden zu sehen.

Ferner, meine Herren, das wichtigste Interesse Frankreichs liegt im Orient, wo es bisher immer gegen England mit Rußland operirte. Glauben Sie nun, meine Herren, daß Napoleon, der für die Zukunft die Cooperation von Rußland im Orient gebraucht, glauben Sie daß Napoleon hier Rußland dermaßen ins Gesicht schlagen würde? Ich glaube es nicht.

Ich glaube gern, daß man in allen Zeitungen, officiellen, wie officiösen, Gefühle für Polen zur Schau trägt; denn auch die Rede des Herrn Abgeordneten für Bielefeld ist bekanntlich in extenso im Moniteur abgedruckt gewesen, weil die Franzosen dieser Rede sich gefreut haben. Ich glaube gern, daß man allen Blättern volle Macht läßt, Preußen zu schmähen. Es ist im Interesse Frankreichs augenblicklich erwünscht, von der Mexikanischen Schlappe abzulenken, die nicht durch die Tapferkeit der Mexikaner, sondern durch die glühende Sonne jenes tropischen Landes

Digitized by Google

erzeugt wurde und die Französische Armee decimirte, worüber man in Frankreich und namentlich in der Französischen Armee murrt. Wenn man also einen andern interessanten Gegenstand, womit man die Franzosen beschäftigen kann, findet, so ist dies allerdings erwünscht.

Ich finde es auch natürlich, daß England, welches sich einer vielhundertjährigen Freiheit rühmt, gewisse Sympathien fühlt, wenn man ihm von unterdrückten Nationalitäten spricht. Das ist ja zu allen Zeiten der Fall gewesen, wie in Beziehung auf Italien, so auch in Polen. Wenn England sich indeß ernstlich besinnt, so muß es daran erinnert werden, daß es nicht in seinem Interesse liegt, sich in das Schlepptau von Frankreich nehmen zu lassen; und wenn Sie einige Aeußerungen Lord Palmerstons aus den letzten Debatten vergleichen, so werden Sie finden, daß dies auch Lord Palmerston nicht dunkel geblieben ist. Lesen Sie nur die Bemerkungen, welche er über die Conscription in Aegypten im Vergleiche zu der Conscription in Polen machte, worüber Frankreich sich beschwere, so wird Ihnen die heitere Ironie bei diesem Vorgange unverkennbar sein.

Ich habe zu allen Zeiten, insofern die natürliche Entwicklung von Staaten auch auf gewisse natürliche Verbündete hinweist, bei denen natürlich die augenblicklichen Conjuncturen zu Zeiten etwas hinweg- oder hinzuthun, abgesehen von der Deutschen Nation, welche ich keinen Verbündeten nennen möchte, weil wir mitten darin stehen, als unsern natürlichen Verbündeten unter allen Europäischen Großmächten England angesehen, weil unsere Interessen nirgends collidiren, weil umgekehrt wir eine Menge continentaler Interessen mit ihnen gemeinschaftlich haben. Ich will diesen Gegenstand heute nicht weiter ausführen; ich habe mich schon bei Gelegenheit, als ich die Englische Arroganz in der Macdonald-Affaire bekämpft habe, hier weitläufig über diese natürliche Bundesgenossenschaft mit England ausgesprochen, die leider England in neuster Zeit häufig verkannt hat. Ich glaube, meine Herren, England würde sich darauf besinnen, wenn man zu der Unveränderlichkeit, ich möchte sagen, zu der Dauerhaftigkeit der Preußischen Politik dort Vertrauen gewinnen könnte. Wenn man in England wüßte, daß auf diesen Stühlen mir gegenüber Minister sitzen, welche die Preußische Nation hinter sich haben, dann würde England mit dieser Regierung, weil ihre Interessen dann mit den Englischen identisch sind, anknüpfen und harmoniren, und selbst in einem solchen Falle uns keine Opposition machen.

Ich könnte noch ein paar Worte von Oesterreich sagen, aber ich mag einen Deutschen Staat in dieser Sache nicht angreifen; ich will nur sagen: Oesterreich beobachtet, wie ich glaube, die kluge Politik, das zu thun, was seinem Gegner

Digitized by Google

ſchadet. Oeſterreich hat natürliche Gründe, ſich an Rußland zu reiben, weil es ihm in Italien geſchadet hat. Seit der bekannten Undankbarkeit des Fürſten Schwarzenberg hat es dazu naheliegende Gründe. Wie ferner unſere Intereſſen von Oeſterreichiſcher Seite täglich durchkreuzt werden, brauche ich Ihnen nicht erſt zu ſagen; ich erinnere Sie nur an die Machinationen gegen den Franzöſiſchen Handelsvertrag. Ich glaube daher, die Poſition, welche Oeſterreich in dieſer Sache einnimmt, ſollte uns nicht locken, ſondern eher zum Gegentheil beſtimmen.

Wenn von einer Verſchlechterung unſerer Poſition die Rede geweſen iſt, wenn geſagt worden iſt, wir hätten es mit ganz Europa verdorben, ſo ſehe ich die Sache nicht ganz ſo an. Zweierlei ſcheint mir die Regierung doch zu Wege gebracht zu haben, einmal, daß die Möglichkeit der Heilung des Zerwürfniſſes zwiſchen Oeſterreich und Rußland durch den Beiſtand, welchen Oeſterreich dem Polniſchen Aufſtande hat zu Theil werden laſſen, in die weiteſte Ferne gerückt worden iſt, und andererſeits glaube ich, daß, was ich auch den Preußiſchen Intereſſen für zuträglich halte, daß das Zuſtandekommen eines Bündniſſes, wie es ſchon zu Napoleons I. Zeiten gedacht worden iſt, eines Bündniſſes zwiſchen Frankreich und Rußland mindeſtens für jetzt unmöglich gemacht iſt. Man muß ſich die Intereſſen des Preußiſchen Staates vergegenwärtigen, und wenn man das thut, ſo kann man deshalb die Politik unſerer Regierung nicht für ſo verderblich halten, als ſie von mehreren Seiten geſchildert worden iſt. Nach alledem glaube ich, daß ſich die Commiſſion in ihren weſentlichſten Betrachtungen im Unrecht befindet, wenn ſie gerade die Feindſeligkeit, welche die Regierung gegen den Polniſchen Aufſtand documentirt hat, ihr zum Vorwurf macht.

Sie hat in ihrem Antrage geſagt, ſie erachte es in Preußiſchem Intereſſe, daß die Königliche Staats-Regierung weder der Ruſſiſchen Regierung, noch den Aufſtändiſchen, alſo keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterſtützung oder Begünſtigung zuwende.

Es iſt dann nachher wieder die Rede geweſen von dem Grundſatze der Nichtunterſtützung der beiden ſich heute bekämpfenden Theile, und daß man ſich blos beſchränken ſolle auf den Schutz der Grenzen. Meine Herren, dieſe Grundanſichten der Commiſſion theile ich nach dem, was ich geſagt habe, in keiner Weiſe. Ich glaube umgekehrt, daß es im Intereſſe Preußens liegt, Rußland ſo viel Unterſtützung zuzuwenden, als wir irgend können, ohne anderen wichtigen Intereſſen unſeres Landes zu nahe zu treten oder zu gefährden. Ich glaube daher, daß man ſich nicht blos auf das beſchränken darf, was die Amendements namentlich das Amendement des geehrten Herrn Abgeord-

Digitized by Google

neten für Genthin und meines geehrten Freundes des Herrn Abgeordneten für Soest uns empfohlen haben, nämlich auf den bloßen Schutz der Grenzen.

Wenn Sie diesen Ausdruck im weiteren Sinne nehmen, so könnte ich mich allerdings einem solchen Amendement anschließen; ich würde mir aber doch jedenfalls vorher noch einen Commentar darüber zu erbitten haben, ob Sie den Schutz der Grenze etwa dahin übersetzen wollen, daß die Machtstellung Preußens auf seiner östlichen Grenze — das Nichtzustandekommen eines selbstständigen Polen vorausgesetzt — ob Sie das auch unter dem Schutz der Grenze miteinbegriffen haben wollen. Ich möchte aber doch vor einer solchen Sprache warnen, denn im eigentlichen Sinne versteht man unter dem Schutze der Grenzen, daß man in der Behauptung seines Hoheitsrechtes Niemand über seine Grenze läßt, welcher im aggressiven Sinne herüberkommt; das ist der eigentliche Sinn, welcher mit dem Ausdrucke: „Schutz der Grenze" verbunden zu werden pflegt. Darauf aber will ich die Thätigkeit der Preußischen Regierung nicht beschränkt sehen. Ich könnte also der Preußischen Regierung vielmehr einen Vorwurf daraus machen, daß sie Mieroslawski, der allerdings in der Maske eines Champagnerreisenden unsere Grenze überschritten hat, nicht erkannt und festgenommen hat; ich würde es vielmehr dankbar erkennen, wenn es dem Scharfsinn unserer Polizei gelungen wäre, ihn unter dieser Maske zu erkennen und zu inhaftiren, denn ich glaube nicht, daß wir einen geschworenen Feind von Preußen, der hier im Jahre 1848 erst begnadigt ist, darin zu unterstützen haben, zur Fortführung des Polnischen Aufstandes über unsere Landesgrenze herüberzukommen. Ich mache unserer Regierung ferner keinen Vorwurf daraus, wenn sie keinen Kriegsbedarf zur Unterstützung des Aufstandes über die Grenze gehen läßt, sondern ihn vielmehr saisirt und umgekehrt, wenn es die Nothwendigkeit herbeiführen sollte, die Russen mit jedem Proviant und jedem Kriegsbedarf in der ausreichendsten Weise unterstützt, um den Polnischen Aufstand so schleunig wie möglich niederzuschlagen.

(Oh! Oh! links.)

Ja, meine Herren, ich habe Ihnen deducirt, daß das Niederschlagen des Aufstandes für Preußen von dem größten Interesse, daß das schleunige Unterdrücken desselben eine Nothwendigkeit für Preußen ist, und ich muß daher auch alles Dasjenige vertreten, was ohne Beeinträchtigung der Preußischen Ehre zur schleunigen Unterdrückung des Polnischen Aufstandes geschieht, und wenn die Regierung solche Mittel ergriffen hat, so danke ich ihr dafür.

Ich bin nur in einer Beziehung abweichender Ansicht von dem, was wir von dem Inhalte der Convention gehört

Digitized by Google

haben, und von dem, was uns gestern vom Ministertisch aus gesagt worden ist. Ich halte den Theil der Convention für nicht berechtigt, welcher den Russen gestattet, unter irgend welchen Umständen in der Verfolgung von Insurgenten in Preußen einzurücken. Im Einklange mit dem, was ich vorhin gesagt habe, würde ich daraus der Regierung keinen Vorwurf machen, wenn sie beispielsweise Russen, die sich flüchten vor Insurgenten, über unsere Grenzen gehen läßt, ihnen die Waffen abnimmt, und ihnen auf irgend einem andern beliebigen Punkte die Waffen wiedergiebt und sie nach Polen hineinmaschiren läßt, um da den Aufstand möglichst rasch zu unterdrücken. Aber das halte ich für verletzend für die Interessen und die Ehre Preußens, daß man in der Verfolgung flüchtiger Polnischer Insurgenten die Russischen Truppen über unsere Grenzen läßt.

In Bezug auf das Interesse Preußens brauche ich wohl kaum auf die möglichen Conflicte, die naturgemäß daraus entstehen müssen, hinzuweisen. Ich weiß nicht, wie man es militairisch einrichten will, daß man zwischen zweien Befehlshabern, von denen der eine in hitziger Verfolgung des Feindes begriffen ist, und der andere, der Preußische, ihm in einiger Entfernung gegenüber steht, im Augenblick der hitzigen Verfolgung ein Einverständniß darüber herbeiführt, ob die Preußischen Truppen, denen die Russen zuerst begegnen, wie die Worte der Convention lauten sollen und lauten, stark genug sind, um die Insurgenten zu entwaffnen, oder ob es hierzu der Cooperation Russischer Truppen bedarf. Ich glaube, es würde zu den gröbsten Conflicten mit den Russen führen, wenn man den daraus für uns entstehenden Gefahren begegnen wollte. Wir wissen von der Kriegführung der Russen, namentlich von ihrer jetzigen Kriegführung im Königreich Polen leider! genug, um nicht besorgen zu müssen, daß, sobald wir die Russen über die Grenze lassen, dieses oder jenes Dorf in Brand gesteckt und große Brutalitäten gegen Preußische Einwohner begangen werden,

(Sehr wahr!)

und wir haben keine Veranlassung, unsere Landesgenossen solchen Bedrückungen und Brutalitäten auszusetzen.

Der Herr Minister-Präsident hat allerdings gesagt: ja, jeder einzelne Act des Einrückens bedürfe der Genehmigung Seitens der Regierung in Berlin.

Meine Herren, ich kann mir solche Fälle nicht factisch denken. Wie soll die Anfrage geschehen? durch Couriere schwerlich. Sie würden also nach dem nächsten Telegraphen-Amte sich zu begeben haben, den Telegraphen spielen lassen, und nach Berlin die Anfrage richten: Was sagt Ihr zu dem Einmarsche?

Wie viele Telegraphen wir an der Grenze bereits

Digitized by Google

haben, weiß ich nicht; jedenfalls an einer Grenze von 300 Meilen so verhältnißmäßig wenige, daß unter Umständen ein Weg von 5 Stunden dazu gehört, um zu dem nächsten Telegraphen zu gelangen. Was soll in der Zwischenzeit werden? Und glauben Sie denn, daß in der Hitze der Verfolgung ein Russischer General, der denkt: Ich anticipire die Antwort, die mit dem nächsten Telegraphen doch gewiß von Berlin kommt! sich veranlaßt finden wird, Gewehr bei Fuß an der Grenze stehen zu bleiben und die telegraphische Antwort von Berlin abzuwarten?

(Heiterkeit.)

Ich glaube, das entspricht nicht der Kriegserfahrung. Unsere Interressen, die Sicherheit und die Ehre Preußens würden durch keine telegraphische Antwort gesichert werden!

(Sehr wahr!)

Sie können nimmer einer fremden Armee gestatten, solange unsererseits zwei ganze Armeecorps an der Grenze stehen, wenn irgend ein kleiner Punkt etwa augenblicklich nicht gedeckt ist, einzurücken, um mit der Preußischen Armee gemeinsam zu operiren. Das setzt die Ehre Preußens und der Preußischen Armee herunter, und ich habe für diesen Theil der Convention keine Nachsicht und kein Verständniß.

Ich habe Ihnen daher ein besonderes Amendement vorgeschlagen, worin ich mich gegen diesen Theil der Operationen der Regierung erklärt habe, als meiner Ansicht nach dem Interesse und der Ehre Preußens entgegen. Ich glaube, meine Herren, daß ich mit meinem Amendement kein Glück machen werde, ich täusche mich darüber keinen Augenblick, daß die Beschlüsse der Commission hier angenommen werden.

Ich glaube, meine Herren, daß Sie dann auch etwas zu viel Werth gelegt haben werden auf die Antipathie gegen das Ministerium, und zu wenig auf die Berücksichtigung der Interessen des Staats. Aber eine Lehre, glaube ich, sollte sich der Herr Minister-Präsident aus dieser Sache ziehen. Ich habe mich mit vielen seiner Schritte einverstanden erklären zu müssen geglaubt nach kalter und ruhiger Ueberlegung; aber ich glaube, meine Herren, das muß er sich selbst sagen, daß eine Stellung des Ministeriums in kritischen Momenten, wie der gegenwärtige, rein unmöglich ist, wenn ihm der entschiedene Ausdruck der großen Majorität des Hauses entgegentritt, wie in der von der Commission vorgeschlagenen und unzweifelhaft mit großer Majorität von dem Hause angenommenen Resolution.

Ich habe neulich, als wir die Adresse hier verhandelten, noch immer in der Hoffnung, in der elften Stunde zur Versöhnung beitragen zu können, mit meinen Freunden der Regierung einen billigen und mäßigen Weg zeigen zu dürfen geglaubt, auf dem sie einlenken und auf diese Weise viel-

Digitized by Google

leicht die Versöhnung hätte zu Stande kommen lassen können. Denn ich sagte mir: Diese Regierung hat, wenn sie auch vieler Abneigung auf diesen Bänken mit Recht begegnet ist, doch auf einer anderen Seite einen wichtigen Stützpunkt, den vielleicht eine ihrer Nachfolgerinnen in dem Maße nicht finden würde. Der Weg ist leider nicht betreten, und ich schmeichle mir auch nicht mit der Hoffnung, daß, wenn es überhaupt noch möglich ist, daß die Herren noch einlenken werden. Ich habe allen Respect vor politischen Charakteren und habe immer wenig Hoffnung bei politischen Charakteren, daß sie sich so vollständig umwandeln werden, um das auf einmal bekämpfen und desavouiren zu können, was man noch vor ganz kurzer Zeit warm und mit Lebendigkeit empfohlen hat.

Ich habe damals bei der Adreßberathung gesagt, ich wolle nur die Folgen solcher Politik für das Inland schildern, ich habe mich mit Absicht enthalten, die Folgen einer solchen Politik für unsere Stellung dem Auslande gegenüber zu schildern, und werde es auch heute nicht thun. Es würde zudem sicherlich überflüssig sein. Die Farbe dieser Debatte beweist dem Ministerium, wohin eine solche Stellung diesem Hause gegenüber in Krisen von einer solchen Europäischen Tragweite, wie die gegenwärtige ist, führe. Ich glaube es ist unmöglich, daß namentlich bei einem Staate von der Beschaffenheit und Situation Preußens die Regierung, wie es doch sein müßte, alle Mittel des Landes, die ganze Kriegsbereitschaft in vollem Maße sich zur Seite haben könnte, wenn eben nicht das ganze Land ihrer Politik mit Enthusiasmus Beifall zuwendet. Ich glaube meine Herren, von einem solchen Enthusiasmus, (das wird das Ministerium selbst nicht behaupten), davon kann im Lande diesem Ministerium gegenüber keine Rede sein. Ich meine, die Kreise, wo von einer Unterstützung des Ministeriums die Rede ist, sind in diesem Augenblick außerordentlich dünn gesäet. Ich denke mir, daß wirklich die Erwägung dieser Situation im Ministerio, (worin ich mit Freude politische Charaktere finde, wenn sie auch entgegengesetzte Ansichten von der meinigen vertreten), es dem Ministerio nahe legen müßte, in dieser Beziehung einen Beschluß zu fassen, um eine Ausgleichung der großen Majorität dieses Hauses mit der Regierung des Landes herbeizuführen. Ich glaube, das ist eine politische Nothwendigkeit. Die Verfolgung der Grundsätze, die die Regierung bisher vertreten hat, wird schließlich, wie ich neulich schon gesagt habe, den Staat ruiniren.

Ich sage dies Alles sine ira et studio. Ich befinde mich vorzugsweise in einer beneidenswerthen unbefangenen Stellung dem Ministerio gegenüber; — sine ira, das brauche ich nicht zu erläutern. Der Herr Minister-Präsident weiß selbst, mit welchen leider unerfüllt gebliebenen Hoffnungen

Digitized by Google

sein Erscheinen auf dem Platze, den er jetzt noch einnimmt, von mir begrüßt wurde, als er uns im Herbste gegenübertrat. Ich kann aber auch sagen: „sine studio“; denn meine Herren: daß die Folgen eines Wechsels in der Regierung nicht etwa die sein würden, meine politischen Freunde auf diese Bänke zu führen, darüber besteht wohl kein Zweifel. Die natürliche Entwickelung des Constitutionalismus muß dahin führen, die künftigen Minister aus den Reihen der Majorität zu entnehmen. Und wenn ich auch nach den Verhandlungen der letzten Tage, namentlich nach der Rede des verehrten Abgeordneten für Bielefeld, die erheblichsten Bedenken habe, wie namentlich die auswärtige Politik von diesen Herren würde wahrgenommen werden, so glaube ich doch, dieser Versuch muß gemacht werden, daß Land muß, wenn auch mit Schaden, klug werden.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, meine Herren, ich spreche mit vollständiger Objectivität über alle die Chancen, die aus dem Wechsel des Ministeriums hervorgehen dürften; wie gesagt, meine Freunde werden, von der Beute auch nur das allerkleinste Stück aufzuraffen, nicht in Verlegenheit kommen. Aber ich glaube, das Ministerium, wie die Dinge sich stellen, muß sich die Frage vorlegen: was soll aus solchen Zuständen, in denen das Land sich leider befindet, hervorgehen?

Wenn ich nun auf die vorliegende Frage zurückgehe, und wenn ich mich kurz resumire, so wünsche ich ohne ein Einrücken unserer Truppen in Polen, und ohne ein Einrücken Russischer Truppen in Preußen, im Uebrigen jede mögliche Begünstigung der Russen zum Zwecke möglichst baldiger Niederschlagung des Preußen gefährlichen, Polnischen Aufstandes, mit einem Worte ich wünsche, daß Sie handeln für Preußens Interesse und ohne Schädigung von Preußens Ehre.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Der Herr Vorredner hat von Neuem die Besorgniß ausgesprochen, die den Preußischen Grenzländern aus der Russischen Invasion durch Grenz-Ueberschreitung erwachsen könnte. Ich sehe daraus, wie schwer es ist, eine accreditirte irrthümliche Vorstellung von einer Sache mit einer einmaligen Erklärung des Gegentheils zu entkräften. Ich erlaube mir daher, daran zu erinnern, daß ich gestern sagte, daß die Verabredungen, welche zur Sicherstellung unserer nachbarlichen Verhältnisse getroffen werden, Preußen gegen diese Eventualität vollkommen sicherten. Ich habe mich an anderen Stellen noch mit anderen Worten ausgesprochen, aber ich möchte auch auf diese Gewicht gelegt sehen.

Digitized by Google

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Hennig (Strasburg) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter **v. Hennig** (Strasburg): Meine Herren! Der Herr Vorredner, der eben diese Tribüne verlassen, hat — er wird mir diesen Ausdruck (wie kürzlich der Herr Justiz-Minister gesagt hat) nicht ungütig nehmen, wirklich über alle möglichen und über einige andere Dinge gesprochen.

(Sehr richtig! links.)

Er hat erstens den Herrn Abgeordneten für Dortmund getadelt, daß er eine historische Vorlesung gehalten; dann hat er uns im eminentesten Sinne mit einer Vorlesung über Altpolnische und Altpreußische Geschichte beglückt.

(Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke meldet sich zu einer persönlichen Bemerkung.)

(Heiterkeit.)

Ich kann mich nicht dazu berufen fühlen, obgleich ich wirklich einige Kenntniß, und vielleicht bessere Kenntniß über die dortigen Verhältnisse zu haben glaube, als der geehrte Herr Abgeordnete, der dem betreffenden Schauplatze ferner steht, auf einen historischen Discurs einzugehen, weil ich ihm nicht widersprechen will, da er einmal das parlamentarische Recht hat, jeden Abgeordneten, der von diesem Platze spricht, zu schulmeistern.

(Sehr richtig! links. Oho! rechts.)

(Große Sensation.)

Er hat wenigstens dieses Recht immer versucht in Anspruch zu nehmen, es ist ihm zwar sehr häufig bestritten worden, aber ein derartiges Bestreiten irritirt ihn in keiner Weise, er ist immer derselbe geblieben und hat in seiner besonderen Art und Weise einen hohen Werth. Nur einen Irrthum will ich hervorheben. Er hat gesagt: Die Unzufriedenheit in den Grenzkreisen rühre hauptsächlich daher, daß man unzufrieden sei, dort Einquartirung zu haben, da es ja allgemein üblich sei, daß man stets die Last am schwersten empfinde, welche man augenblicklich zu tragen habe. In dieser Beziehung muß ich ihm auf das Entschiedenste widersprechen. Mit der Einquartirung ist man in den Grenzkreisen nicht unzufrieden. Man sagt sich freilich, es ist ein Bischen viel des Guten geworden, man kann nicht bestreiten, daß in den Kreisen Strasburg und Thorn ungefähr zehnmal so viel Militair concentrirt ist, als von Thorn bis Warschau Insurgenten vorhanden sein könnten.

Nichtsdestoweniger ist man mit der Einqartirung nicht unzufrieden. Das muß ich behaupten, man ist mit etwas Anderem unzufrieden, nämlich mit der Convention, oder wie der Herr Minister-Präsident das Ding zu nennen beliebt, mit der Verabredung. Wir haben heute gehört, daß der Herr Minister-Präsident gesagt hat, die Verabredung mache es unmöglich, daß Russische Truppen jemals nach Preußen

Digitized by Google

herüber kommen könnten. Er hat aber gestern erklärt, daß ohne Genehmigung der Regierung dieses nicht geschehen dürfe. Aber wenn eine Genehmigung eingeholt werden kann, dann müssen Eventualitäten vorhanden sein, die eine derartige Genehmigung unter Umständen voraussetzen lassen und das ist so anstößig. Wir wollen derartigen Eventualitäten nicht ausgesetzt sein; denn wir wissen, daß man hier in Berlin über die wirklichen Vorgänge in der Provinz bisweilen ganz außerordentlich schlecht unterrichtet ist, wovon uns der Herr Minister des Innern gestern ein ganz eclatantes Beispiel gegeben, über das ich Sie etwas später noch werde zu unterhalten haben.

Der geehrte Abgeordnete v. Vincke hat gesagt, er wünsche zwar, daß wir die Russen unterstützten, er wolle aber nicht, daß die Russen in Preußen und die Preußen in Polen einrücken sollen. Ja, meine Herren, dieses Letztere ist bereits geschehen. Ich werde Ihnen das nachher beweisen. Und das kann man immer annehmen; wenn zwei Großstaaten, wie Preußen und Rußland, eine derartige internationale Verabredung treffen, indem einer das Recht ausübt in die Staaten des anderen einzudringen, so muß auch eine Reciprocität stattfinden. Eine andere Verabredung hätte die Russische Regierung niemals treffen können und wie ich vorher gesagt habe hat auch eine derartige Verabredung Statt gehabt. Also wenn der geehrte Abgeordnete diesem Grundsatz folgte, müßte er doch mindestens dem Amendement v. Bonin zustimmen, dem er ja ausdrücklich widerspricht.

Meine Herren! Sie werden es wohl in der Ordnung finden, da gestern mir einer der Herren Vorredner unserer Partei auf die Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten geantwortet hat, daß ich, wenn auch nur kurz, darauf eingehe. Zunächst, glaube ich, ist der Herr Minister-Präsident in seiner gestrigen Rede von einer, — gestatten Sie mir den Ausdruck — militairischen Theorie ausgegangen. Er ist davon ausgegangen, daß derjenige, der einen Angriff zu erwarten hat, demselben zuvorkommt, oder, wie man das in militairischer Sprache nennt, den ersten Stoß führt. Er hat dabei vergessen, daß dieses Princip nur richtig sein kann, wenn der Stoß trifft. Man muß nicht so vorbeischießen, wie der Minister-Präsident gestern vorbeigeschossen hat. In diesem Fall thut man besser, noch zurückzuhalten und einen Angriff abzuwarten. Der Herr Minister-Präsident hat gesagt, er wäre durch unsere Debatte, die übrigens ja gar keinen Erfolg haben könne — allein in der unangenehmen Lage, unseren Verhandlungen beiwohnen und selbst mitreden zu müssen. Er hat sogar einigermaßen sein Ennui ausgedrückt über diese seine Stellung und Amtspflicht. Ich

Digitized by Google

kann ihm die Versicherung geben, daß uns die Reden des Herrn Minister-Präsidenten immer sehr interessant sind.

(Heiterkeit.)

Sie geben so viel Stoff zur Erheiterung. Denn, meine Herren, ist es nicht wirklich komisch, daß man heutzutage noch die alten Geschichten von 1848 aufwärmen will? daß man heute noch mit den Redensarten von „Polen, Juden und Franzosen" kommt? daß man heute uns noch sagt, wir wollten das Ausland herbeirufen, und wir sagten in dem Commissions-Antrage zu dem Auslande: „Du, Ausland, komm her, jetzt ist es Zeit, jetzt kannst Du bei uns gute Geschäfte machen." Kann denn der Herr Minister-Präsident alle solche Aeußerungen im Ernste sagen, wäre es nicht seine Pflicht, wenn das sein Ernst wäre, dann Sr. Majestät dem Könige zu rathen, ein solches landesverrätherisches Abgeordnetenhaus aufzulösen?

(Sehr gut! auf allen Seiten.)

Und warum thut er das nicht, warum giebt er diesen Rath nicht? Ja, die Sache scheint mir sehr einfach zu sein; er glaubt wahrscheinlich, dasselbe Abgeordnetenhaus würde doch wieder gewählt werden; das ist der einfache Grund. Also wird der Vorwurf nicht uns allein gemacht. Dieser Vorwurf wird dem ganzen Lande in seiner ungeheuren Majorität, die uns gewählt, ins Gesicht geschleudert, daß das Preußische Volk das Ausland auffordern wolle, nach Preußen zu kommen, denn in Preußen wäre jetzt Streit zwischen der Regierung und dem Volke, und da wäre es gute Zeit. Ja, meine Herren, so etwas kann doch ein Minister unmöglich im Ernste sagen, so etwas kann er doch nur etwa in guter Laune sagen, und da will ich ihm zugeben, daß man wohl scherzweise solche Aeußerungen machen kann. Ob es aber geeignet ist, vom Ministertische aus hier solche Reden zu führen, das will ich sehr gern der Beurtheilung des Herrn Minister-Präsidenten selbst überlassen.

Der Herr Minister-Präsident hat sodann einen tiefen Seufzer ausgestoßen, daß wir kein Englisches Unterhaus wären. Ja, meine Herren, das hat mich an die alte Erfahrung erinnert, daß die Leute gewöhnlich das zu wünschen pflegen, was ihnen, wenn sie es hätten, am schlechtesten bekommen würde.

(Heiterkeit.)

Denken Sie sich einmal, meine Herren, Herrn v. Bismarck und ein Englisches Unterhaus!

(Wiederholte Heiterkeit.)

Das würde zusammenpassen wie die Faust aufs Auge; aber ich darf wohl glauben, daß Herr v. Bismarck die Rolle des Auges übernehmen würde.

(Erneute Heiterkeit.)

Digitized by Google

Gestatten Sie mir, nun zu dem eigentlichen Thema überzugehen, um das es sich hier handelt.

Es ist uns namentlich gestern gesagt worden: es sei gar keine Veranlassung zu dem Antrage, da der Herr Minister-Präsident die betreffenden Zeitungsnachrichten eine Seeschlange, glaube ich, genannt hätte. Daß Grenzüberschreitungen stattgefunden hätten, hat er auf das Allerbestimmteste in Abrede gestellt. Der Herr Minister des Innern hat sogar ein Telegramm vom Landrathe des Strasburger Kreises vorgelesen, wonach angeblich eine Grenzüberschreitung nicht stattgefunden haben soll.

Ich bedaure sehr, daß der Herr Minister des Innern so kurze Zeit erst in Preußen anwesend ist, sonst würde er gefunden haben, daß in diesem Telegramm ein erheblicher geographischer Schnitzer sich befindet. Das Telegramm geht dahin:

> Die Drewenzbrücke, welche zu Gollub gehört,

— das ist nämlich der Schnitzer; sie gehört nicht zu Gollub, sondern zur Hälfte zu Preußen und zur andern Hälfte zu Russisch-Polen —

> und diese Stadt mit der Nachbarstadt Dobrczyn verbindet, die sei in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. von einigen vorgeschobenen Preußischen Posten besetzt worden, weil u. s. w. Von einer Besetzung der Stadt Dobrczyn durch Preußische Truppen sei nicht die Rede; das Vorschieben einzelner Posten wäre durch die localen Verhältnisse geboten.

Das stimmt genau überein mit einem Briefe, den ich aus Gollub bekommen habe, und der Herr Minister des Innern hätte schon aus dem Telegramm herauslesen können, was ich mir erlauben werde, aus dem Briefe vorzulesen; dieser lautet:

> „Auf eine in der Nacht vom 18. zum 19. huj. hier eingegangene Mittheilung des in Dobrczyn commandirenden Majors v. Deneker,

— des Russischen Majors —

> daß die Polnischen Insurgenten im Anzuge sein sollen, rückte die hier stehende 11. Compagnie des 8. Ostpreußischen Infanterie-Regiments, geführt vom Hauptmann v. Tydewitz, über die Brücke nach Dobrczyn ein und faßte vor dem Russischen Zollgebäude Posto.
>
> (Hört!)
>
> Mit Tagesanbruch rückten dann auch die hier stehenden Ulanen mit 20 Mann der Riesenburger Schwadron mit gespanntem Pistol über die Brücke nach und gingen dann, gefolgt von einem Zuge Infanterie, weiter vor. Letzterer blieb auf dem

Digitized by Google

Weichbilde der Stadt Dobrczyn zurück, während erstere eine Recognoscirung bis zu der eine halbe Meile landeinwärts gelegenen Mühle Zaremba unternahmen."

Das ist das Factum, meine Herren, welches vollständig übereinstimmt mit dem Berichte des Landrathes. Wahrscheinlich hat der Landrath der telegraphischen Kürze wegen nur den Irrthum begangen, den der Herr Minister nicht nöthig gehabt hätte, ebenfalls zu begehen, wenn er die örtlichen Verhältnisse gekannt hätte; denn der Landrath hat wohl nur aus dem Grunde, weil er es als bekannt voraussetzt, nicht gesagt, daß die Brücke halb Russisch-Polnisch und halb Preußisch sei. Uebrigens ist das nicht der einzige Fall der Art, es sind noch mehrere andere Grenzüberschreitungen vorgekommen; ich kann Ihnen z. B. einen solchen noch aus einem Briefe aus Rastenburg mittheilen.

In einem Briefe aus Rastenburg wird mir mitgetheilt:

„In dem Polnischen Städtchen Gorzellen wurden die Kosacken von Insurgenten verjagt und traten 105 Mann Kosacken nach Preußen in das Dorf Opperlennitz über. Als man indessen erfuhr, daß die Insurgenten Gorzellen verlassen hätten, begaben sich die Kosacken in Gemeinschaft Preußischer Gensd'armen in jene Stadt zurück."

Nun wird eine Vermuthung ausgesprochen, die hoffentlich unrichtig sein wird, daß nämlich Preußische Gensd'armen in Gemeinschaft mit Kosacken dort Einwohner verhaftet hätten. Wie gesagt aber, ich hoffe, daß diese Geschichte unwahr ist und will sie deshalb nicht weiter vorlesen; aber die Thatsache, daß die Grenze überschritten ist, steht fest.

Ferner, meine Herren, sind auch bereits Russen nach Preußen übergetreten, und zwar in den allerletzten Tagen, und nicht blos auf der Flucht, wie mir aus Thorn gemeldet wird, ist dies am 21. d. Mts. bei Inowraclaw geschehen. Es heißt hier:

„am 21. d. Mts. betrat eine Anzahl Kosacken ohne irgend eine besondere Veranlassung das Preußische Gebiet bei Louisenfelde, Kreis Inowraclaw, durchzog einige Güter, und ging dann wieder nach Polen zurück."

Meine Herren, diese Thatsachen, und auch der Umstand, daß man in meiner Heimath weiß, daß die Behörden bis vor kurzer Zeit Vollmacht hatten, auf Russische Requisition nach Polen hinüberzugehen, haben uns allerdings mit Besorgniß erfüllt. Denn, wenn wir dort auch keineswegs mit Sympathien erfüllt sind für den Polnischen Aufstand — das können wir gar nicht sein, denn wir wissen, daß die Polen, wenn sie erst Polen haben, auch Danzig haben wollen, und noch andere Städte; wir sind aber Deutsche

Digitized by Google

und können deshalb von Sympathien für die Polen nicht erfüllt sein, aber auch ebensowenig von Sympathien für die Russische Regierung. Ich frage, giebt es eine traurigere Veranlassung als die des Aufstandes? Denken Sie sich die Lage der Polen. Dort hat man, wie es der Herr Abgeordnete v. Bincke schon gesagt hat, versucht, verschiedene Reformen einzuführen und was ist das Ende dieser Reformen? Diese letzte, ganz außergesetzliche und in altrussischer Manier behandelte Conscription, wo man in der Nacht über die Leute herfällt, Familienväter oder nicht, ganz gleich, sie werden fortgeschleppt. Das hat den Aufstand zu Wege gebracht; meine Herren, das ist die unmittelbare Veranlassung gewesen und aus diesem Grunde, meine Herren, ist es natürlich, es regt sich in Jedem das menschliche Mitleid mit diesen Unglücklichen, die den Verzweiflungskampf kämpfen. Politisch, meine Herren, können wir natürlich nicht die geringste Sympathie haben und darum eben, weil wir diese nicht haben können, scheint uns der Commissions-Antrag genau das auszusprechen, was wir fühlen, und aus diesem Grunde bin ich für den Commissions-Antrag, weil er eben das verlangt, was wir für das allein Richtige halten: das parteilose Gegenüberstehen dem dort entbrannten Kampfe.

Ich frage Sie auch, meine Herren, welche Veranlassung hat denn Preußen überhaupt, Rußland Hülfe zu leisten, das ganz allein, durch eigene Schuld, in diese Calamitäten gekommen ist, denn die beinahe 50jährige Mißregierung, die es in Polen geführt hat, ist die Ursache des gegenwärtigen Aufstandes. Was haben wir, so frage ich nochmals, für Veranlassung, dieses Rußland zu unterstützen? Seit zwei Jahren ist Polen eigentlich in ununterbrochener Revolution und wir sollen Rußland helfen, welches zwei Jahre hindurch alle möglichen Mittel aufgewendet hat, und dennoch nicht im Stande gewesen ist, die Insurrection zu unterdrücken. Es pflegt doch der erste Grundsatz aller Politiker zu sein, daß man nur die Regimenter unterstützt, welche auch wirklich lebensfähig sind. Ich frage Sie, hat sich denn das Russische Regiment in Polen irgendwie lebensfähig gezeigt? Nachdem man, wie ich Ihnen gesagt habe, beinahe 50 Jahre die Polen beherrscht, steht man noch genau da, wo man im Anfange gestanden hat.

Also, meine Herren, ein so wenig lebensfähiges Regiment sollen wir unterstützen, wir, die, wie mein Herr Vorredner ganz richtig gesagt hat, alles Mögliche gethan haben, um andere Nationalitäten mit uns zu versöhnen, die wir den Polen ja mehr Rechte gegeben haben, als sie zur Zeit des Polenreiches gehabt haben, wir, die wir eine freie Verfassung haben, die wir auch den Anspruch haben auf alle politischen und bürgerlichen Freiheiten, — und ich bin über-

Digitized by Google

zeugt, wir werden dieſen Anſpruch durchſetzen früher oder ſpäter — wir ſollen ein derartiges Regiment unterſtützen, welches allen dieſen Dingen feindlich gegenüberſteht? welche Veranlaſſung ſollten wir dazu haben? Iſt uns Rußland denn überhaupt ein ſo guter Nachbar geweſen? Was haben wir denn von Rußlands Nachbarſchaft gehabt, unſere Grenze iſt abgeſperrt geweſen, der Verkehr gehindert in der allererſchwerendſten Weiſe, und bei jeder Gelegenheit, wo Preußen zu irgend einer Action nach außen hin Veranlaſſung fand, war Rußland ſein entſchiedenſter Gegner. Ich will nur daran erinnern, daß Rußland uns am Allerſchroffſten entgegengetreten iſt, bei Gelegenheit des Holſteiniſchen Krieges. Alſo was wir für ein Intereſſe haben, für Rußland einzutreten, kann ich meinerſeits nicht begreifen. Auch das kann ich nicht begreifen, was wir für ein Intereſſe haben ſollten, dieſen Polniſchen Aufſtand niederzuſchlagen.

Meine Herren, es ſind beide Parteien, die einander gegenüberſtehen, das erkenne ich ſehr wohl an, uns feindlich; welche feindlicher iſt, will ich den Augenblick hier nicht unterſuchen; das ſcheint mir auch nicht zum Zwecke zu führen. Sie ſind aber beide feindlich, darum müſſen wir, meiner feſten Ueberzeugung nach, keine von beiden unterſtützen.

Der Herr Miniſter des Innern hat geſtern ſich gegen einen Ausſpruch gewendet, der von einem meiner politiſchen Freunde gebraucht worden iſt. Ich kann ihn auch nicht unterſchreiben.

Nämlich Herr Dr. Becker ſprach von einer Brutalität der militairiſchen Herrſchaft. Ich kann das nicht zugeben, denn eine Brutalität der militairiſchen Herrſchaft hat ſich dort in keiner Weiſe gezeigt, und ich kann daher dieſem Ausdruck nicht beiſtimmen; aber Eins, meine Herren, iſt richtig, es iſt eine militairiſche Herrſchaft. Der General v. Werder hat Vollmachten überkommen, die er nicht überkommen durfte.

Erſtens frage ich Sie, wie kommt der General v. Werder zu ſeinem Commando? Man hat plötzlich einen General ernannt, ohne die Landesvertretung nach den Mitteln zu fragen, man hat eine neue Stelle geſchaffen, und, wie es ſcheint, eine dauernde Stelle, denn da die frühere Stelle des Generals v. Werder wieder beſetzt iſt, ſcheint es, daß man ihn in ſeiner jetzigen Stellung belaſſen will. — Zweitens iſt mir mitgetheilt worden, daß die Civilbehörden angewieſen ſind, ſeinen Anordnungen unbedingt Folge zu leiſten, und das ſtimmt doch überein mit den Mittheilungen über die Schritte, die der commandirende General gethan hat. Er hat etwas gethan, was, ich weiß nicht, auf welcher geſetzlichen Grundlage beruht.

Trotzdem daß ich mir die größte Mühe gegeben, eine

Digitized by Google

Bestimmung unserer Gesetze darüber zu finden, so ist es mir nicht gelungen. Sie werden Alle seinen Erlaß gelesen haben, worin er die Truppen-Commandeure bevollmächtigt, Marschcolonnen abgehen zu lassen, ohne vorher die Civilbehörden zu benachrichtigen ihre Truppen selbst einzuquartieren und die Bedürfnisse derselben nach Bedürfniß zu requiriren und dieselben entweder baar oder in Anweisungen zu bezahlen.

Meine Herren, wenn ich auch ganz absehen will von dem ersten Theile, der meiner Ansicht nach entschieden ungesetzlich ist, denn Militair-Commandeure haben nicht Truppen einzuquartieren, das Einquartieren der Truppen steht unter dem Minister des Innern und den ihm untergeordneten Behörden, aber keineswegs unter den Militairbehörden, und wenn ich also selbst davon ganz absehen will, so frage ich, wie kommt der General dazu, den Einwohnern zuzumuthen, daß sie sich ihre verabreichten Bedürfnisse in Bons bezahlen lassen sollten.

Dazu hat er in gar keiner Weise das Recht, nach der octroyirten Verordnung von 1850, auf die kann man sich am Allerwenigsten berufen, denn die spricht es ja ausdrücklich aus, daß nur im Falle des Krieges oder für den Fall, daß Se. Majestät die Truppen mobil gemacht hat, die Commandeure dieses Recht haben, aber nicht dann, wenn nur die Reserven eingezogen sind und eine Kriegsbereitschaft eingetreten ist. Sie sehen also, daß allerdings die Grenzkreise sehr wohl über einige Anordnungen sich zu beklagen gehabt haben; sie können verlangen, daß, so lange kein Krieg ist, auch die Gesetze des Friedens gehandhabt werden, die ganz bestimmt und präcise lauten, und daß diese von den Militairbehörden nicht übertreten werden.

Aber, meine Herren, wie ich Ihnen schon erst erwähnte, dies Alles sind für uns die viel geringeren Bedenken; denn ich bin ganz fest überzeugt, daß in den Grenzkreisen man nichts gegen die Einquartierung einzuwenden hat, wohl aber, wie ich Ihnen schon vorhin gesagt habe, sehr viel gegen die sogenannte Verabredung, die mit der Russischen Regierung getroffen worden ist. Wir wollen eben keine Solidarität mit Rußland, meine Herren, das werden Sie natürlich finden. An den Grenzen herrscht das lebhafteste Interesse für das allgemeine Vaterland; wenn man an der äußersten Grenze wohnt, dann hat man das lebhafteste Nationalgefühl und jeden Augenblick befindet man sich in der Lage, dasselbe zu bethätigen. Bei jeder Regung im Nachbarlande ist das Erste, was in jedem Grenzbewohner erwacht, das Gefühl der Anhänglichkeit an das Vaterland, dessen äußerste Grenze man zu vertheidigen berufen und verpflichtet ist.

(Sehr gut!)

Aber, meine Herren, eben aus dem Grunde wünscht

man auch, daß das Vaterland in der Achtung steht, die ihm gebührt nach seinem historischen Berufe und nach seinem eigenen Interesse und nach der Gesinnung seiner Bevölkerung. Meine Herren, Allem diesem wird nicht entsprochen; Allem diesem wird zuwidergehandelt mit dieser Verabredung. Wir können keinen Segen dabei sehen, daß unsere Regierung sich einläßt mit Rußland; wir gerade an der Grenze, wir haben immer jedem Russischen Bündniß widerstanden und sind immer der Ueberzeugung gewesen, daß es niemals zum Heil des Vaterlandes führen kann, und darum werden Sie auch finden, daß gerade dieser Punkt bei uns am allerübelsten vermerkt worden ist. Man hat sich zu beklagen über viele kleine Vexationen, aber ich bringe sie gar nicht zur Sprache. Man hat mir vielerlei darüber geschrieben, aber deshalb will ich sie nicht zur Sprache bringen, weil sie untergeordneter Natur sind, weil sie weit zurückstehen hinter dem, was uns Alle drückt, dem Bewußtsein: wir haben in Preußen eine Regierung, die mit Rußland eine derartige Verabredung getroffen hat. Meine Herren, das erfüllt uns allgemein mit tiefem Bedauern; davon können Sie überzeugt sein. Und nun kommt noch hinzu, meine Herren, daß wir die weitere Ueberzeugung haben, eine wirklich mit dem Wunsche und Interesse des Landes innig verbundene Regierung hätte eine derartige Verabredung niemals treffen können.

Es ist die natürliche Folge dessen, was so lebhaft in der Rede des Herrn Minister-Präsidenten uns entgegengetreten ist, daß der Herr Minister sich glaubte genug zu sein dem ganzen Lande gegenüber.

(Hört! Hört!)

Er glaubt, die ganze Einsicht allein zu besitzen. Er glaubt, das, was er für gut hält, das ist gut, und wenn das ganze Land es für schlecht erklärt; denn das hat er uns ganz deutlich gestern gesagt, meine Herren! Also was sollen wir ihm gegenüber thun? Wir müssen das thun, was allein in unserer Macht liegt. Wir müssen die Wünsche des Landes aussprechen, wir müssen protestiren gegen derartige Maßregeln, und wir müssen die Staats-Regierung auffordern, von ihnen abzustehen. Das Alles thut der Antrag der Commission, er thut es, meine Herren, — um mich eines Wortes zu bedienen, das von einem der Herrn Vorredner gebraucht wurde — wirklich sine ira et sine studio. Es fällt ihm nicht ein, irgend eine Sympathie für die Polnische Bewegung aussprechen zu wollen. Im Gegentheil, eine Sympathie für den Polnischen Aufstand liegt in dem Antrag in keiner Weise enthalten, sonst würde ich der letzte gewesen sein, der sich ihm angeschlossen hätte. Aber eins liegt darin, der Wunsch, daß unsere Regierung immer so ehrenvoll nach Außen handeln möge, wie es für das Beste unseres Vaterlandes wünschenswerth ist.

(Bravo!)

Digitized by Google

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Der Herr Vorredner ist nochmals auf die Gefahren zurückgekommen, die uns von der Russischen Invasion bedrohen sollen, ungeachtet meiner seiner Rede unmittelbar vorangehenden Reclamation. Er hat gesagt, „er will diese Eventualitäten nicht"; aber aus der Abneigung, meinem Widerspruch Glauben zu schenken, muß ich doch auf ein gewisses Unbehagen darüber schließen, daß diese Gefahr vollständig beseitigt erscheint, vielleicht deshalb, weil alles Dasjenige, was sich über diese Gefahr sagen ließe, nun nicht mehr genau paßt; und das ist die Bemerkung, die sich mir bei einem großen Theil des Inhalts dieser Rede aufgedrängt hat; vor der von mir gestern gegebenen Erklärung wäre dies zutreffender gewesen. Was er von thatsächlicher Grenzüberschreitung angeführt hat, ist im Ganzen doch sehr dürftig.

(Heiterkeit.)

Mir sind diese Thatsachen nicht bekannt, und ich halte sie kaum erheblich genug, um darüber Ermittelung anzustellen,

(Hört! Hört!)

ob die Drewenzbrücke ganz oder halb zu uns gehört, ob die Grenzlinie auf derselben überschritten ist, ob irgendwo ein Gensd'arm, was auch sonst geschehen sein wird, über die Grenze gegangen ist, ob 30 Ulanen oder 30 Kosacken die Grenze überschritten haben, scheint nicht entscheidend; in Oesterreich, wenn ich den Zeitungen glauben soll, sind stärkere Truppen-Abtheilungen über die Grenze gegangen und haben vermuthlich nicht dafür gehalten, daß sie in Oesterreich waren; kein Mensch hat davon ein Aufhebens gemacht. In Friedenszeiten ist mir bekannt, daß 30 oder 40 Russische und Preußische Offiziere auf der andern Seite zum Besuch gewesen sind;

(Unruhe.)

ich erwähne dies nur, um das Epithet der Dürftigkeit, das ich dem Vorgänger beilegte, zu motiviren.

Der Herr Vorredner hat mir ferner vorgeworfen, wenn ich von 1848 spräche, so spräche ich von alten Geschichten. Man sollte glauben, ich hätte vom siebenjährigen Kriege oder vom großen Kurfürsten gesprochen. Nun, so sehr lange ist das doch nicht her, meine Herren; wir haben alle diese Zeit erlebt, und ich erinnere mich daran, wie häufig mir von dieser Stelle Reden vorgehalten, ja verlesen worden sind, die ich 1849 gehalten habe. Ein Unterschied von einem Jahre wird denn doch nicht das Veralten, das Obsoletwerden bewirken. Der Herr Vorredner hat ferner gefragt, warum wir denn die Kammer, wenn wir mit ihr nicht einverstanden wären, nicht auflösten und an das Land

Digitized by Google

appellirten? Ja, meine Herren, ehe wir das thun, möchten wir gern, daß das Land Gelegenheit hat, sie recht kennen zu lernen,

(Heiterkeit.)

um mit vollständiger Personenkenntniß wieder wählen zu können. Der Herr Vorredner hat ferner einen Vergleich von Faust und Auge gebraucht, wo er mir die Rolle des Auges zuweist. Ich bin ihm dafür sehr dankbar; denn das Auge ist unzweifelhaft der edlere Theil; das Auge leitet die Faust. Er hat beklagt, daß ich allein sämmtliche Weisheit zu besitzen glaubte dem Lande gegenüber. Darin ist wohl einige Uebertreibung enthalten; die wenige Weisheit, die ich zu besitzen glaube, muß ich in der Lage, in die ich durch das Vertrauen des Königs berufen bin, zur Anwendung bringen. Daß mein Rath dabei an Höchster Stelle mitunter Gehör findet, liegt wohl darin, daß ich Minister bin. Wenn Sie es einmal sein werden, dann werden Sie Ihrerseits in derselben Weise Gelegenheit haben, Ihre Weisheit an den Mann zu bringen.

Präsident: Der Herr Kriegs-Minister hat das Wort.

Kriegs-Minister **v. Roon:** Ich will mich auf allgemeine Verhältnisse in den wenigen Worten, die ich zu sagen habe, nicht einlassen. Ich glaube, daß die allgemeine Bedeutung der Resolution, die Ihnen vorgeschlagen worden ist, ohnehin ihre richtige Würdigung im Lande finden wird. Ich will dem letzten Herrn Redner nur eine Bemerkung entgegenhalten, welche sich speciell auf mein Ressort bezieht. Er spricht dem General v. Werder die Berechtigung ab, kriegsmäßige Märsche von einzelnen Truppen-Detachements ausführen zu lassen und demgemäß auch die Truppen einquartieren zu lassen, ohne vorherige Benachrichtigung der Behörden durch die Quartiermacher. Als ich die betreffende Mittheilung von dem Herrn General v. Werder erhielt, ist es mir allerdings durch den Sinn gezogen, daß diese Maßregel wahrscheinlich von Uneingeweihten für bedenklich erachtet werden würde, und ich sehe, daß ich mich in dieser Beziehung nicht getäuscht habe. Die Sache ist an und für sich vollständig unbedenklich für die Civil-Bevölkerung, nicht ganz unbedenklich für das Militair, welches nach diesem Befehl zu marschiren und sich einzuquartieren hat. Es ist mit Sicherheit vorauszusetzen, wenn ich auch eine amtliche Mittheilung darüber nicht habe, weil es mein Ressort nicht berührt, daß über diese Anordnung eine Verständigung zwischen dem commandirenden General und dem Herrn Ober-Präsidenten stattgefunden habe, und von Letzterem Instructionen an die Herren Landräthe ergangen sein werden. Wenn der General v. Werder bei der Zusammenziehung der Truppen und bei Formirung besonderer Militairbezirke zur Bewachung

Digitized by Google

und Vertheidigung der Grenzen im Großherzogthum Posen Befehl gegeben hat, sich ohne Quartiermacher einzuquartieren, so hat dies lediglich die Bedeutung für die Truppen, daß sie nichts Warmes zu essen vorfinden. Denn, wenn eine Truppe einrückt in eine Stadt oder in ein Dorf, und davon die Behörden nicht benachrichtigt sind, auch keine Quartiermacher vorangehen, so wird begreiflicher Weise nicht für die Truppen gekocht, und diese müssen so lange warten, bis die Einquartierungsbillets gemacht und alle andern Anordnungen getroffen sind. Ich habe schon angedeutet, daß eine solche Einquartierungsweise nichts Andres ist, als eine Uebung auf Kosten der Geduld der Truppen, die dazu befehligt sind. Dies liegt auf der Hand. Wenn aber der Herr Vorredner davon gesprochen hat, es ei ungesetzlich, daß diese Truppen mit Bons bezahlen, so muß ich auch in dieser Beziehung annehmen, daß einige Unkenntniß der militairischen Verhältnisse diesem Vorwurfe zu Grunde liege. Baar bezahlt kann nur werden von Truppen, die ihre Kassen bei sich führen. Das sind bekanntlich bei der Infanterie die Bataillone, bei der Cavallerie die Regimenter und bei der Artillerie die Batterien. Wenn ein Regimentsstab, ein Bataillonsstab, ein Batteriestab an einen Ort kommt und Einquartierung begehrt und erhält, so wird natürlich für den betreffenden Bereich baar bezahlt. Es kann sich aber ereignen, daß bei der vielfachen Zersplitterung, welche durch die Natur des Grenzdienstes herbeigeführt wird, einzelne Detachements von Offizieren mit 30, 40, 50 Mann isolirt einquartiert werden, denen begreiflicherweise nicht Fractionen der Kassen mitgegeben werden können. In solchem Falle wird quittirt über die richtige Verpflegung, und damit geschieht nichts Anderes, als gelegentlich auch bei Friedens-Uebungen; die Quittung ist wie baares Geld, und wird bei der nächsten Steuer-Erhebung Seitens der betreffenden Gemeinde als Geld in Anrechnung gebracht, so daß die bezüglichen Kassen sich demnächst gegenseitig ausgleichen. Wenn aber endlich der Herr Vorredner sagt: „Wie kommt der Herr General v. Werder zu seiner jetzigen Stellung? so will ich einfach darauf antworten: Auf Grund einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre Sr. Majestät des Königs, der nach der Verfassung und nach den Traditionen des Landes das Recht hat, seine Offiziere so zu verwenden, wie er es für gut findet. —

Präsident: Der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf **zu Eulenburg:** Der Herr Vorredner hat unter Anderm behauptet, daß eine Anweisung ergangen sei, wonach die Civilbehörden sich unbedingt den Anordnungen des Generals v. Werder zu fügen

Digitized by Google

hätten. Eine solche Anordnung ist nicht ergangen und das Factum ist falsch.

Wenn der Herr Vorredner bedauert hat, daß ich seit einer zu kurzen Zeit erst wieder nach Preußen zurückgekehrt sei, um zu wissen, daß Drewenzbrück halb Preußisch und halb Polnisch sei, so erwidere ich ihm, daß, wenn ich seit ebenso viel Jahren wieder hier wäre als ich Monate in Preußen bin, ich doch wahrscheinlich meine Zeit nicht dazu verwendet haben würde, mich über die geographischen Verhältnisse von Drewenzbrück eingehend zu unterrichten. Wenn der Herr Abgeordnete sie aber besser kannte, so wundert es mich, daß er nicht gestern das Wort zu einer thatsächlichen Bemerkung ergriffen hat;

(Unruhe links und Ruf: „Das geht nicht!")

daß er nicht in einer thatsächlichen Berichtigung darauf aufmerksam gemacht hat, daß in dem Telegramm sich ein Irrthum befindet. Einstweilen muß ich aber den Hergang, wie er in dem amtlichen Berichte mir geschildert worden ist, für richtig halten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort gegen den Antrag der Commission.

Abgeordneter **v. Bonin** (Genthin). Gegen die Aeußerungen, welche der Herr Minister-Präsident bei der Einleitung der gestrigen Discussion hier gemacht hat, sind schon von verschiedenen Seiten Entgegnungen erfolgt, die mich der Mühe überheben, auf dieselben noch weiter und näher einzugehen. Es ist aber, wenn ich recht gehört habe, eine Aeußerung noch nicht berührt, die, wie es mir scheint, doch nicht ganz unberührt bleiben darf. Der Herr Minister-Präsident nannte die Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, wenn auch das eigene Vaterland darunter leidet, eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränke. Meine Herren, ich möchte im Anschluß an dasjenige, was der Herr Abgeordnete für Stargard den gestrigen Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten entgegengestellt hat, dieser Aeußerung gegenüber die Stellung, welche das Staats-Ministerium sowohl dem Lande, als diesem Hause gegenüber eingenommen hat, eine Krankheitsform nennen, die auch eine politische ist und aus ihrem bisherigen chronischen Character nach dem Verlaufe der gestrigen Verhandlung wirklich einen acuten Character anzunehmen scheint.

(Sehr richtig!)

Ich habe von den Aeußerungen, die der Herr Minister-Präsident in der heutigen Sitzung gemacht hat, nur auf eine zu erwidern und zwar auf eine, die bei seiner letzten Rede vorgekommen ist. Der Herr Minister-Präsident entgegnete dem Herrn Vorredner, die Regierung wünsche, bevor sie zu der von dem Herrn Vorredner angeregten Maßregel der

Digitized by Google

Auflösung dieses Hauses schreite, dem Lande Gelegenheit zu geben, erst dieses Haus kennen zu lernen! Ich glaube, meine Herren, daß auch unsere jetzigen Verhandlungen darauf berechnet sein mögen, vielleicht der Staats-Regierung eine erwünschte Veranlassung darzubieten, um die Gelegenheit herbeizuführen, daß das Land dieses Haus kennen lerne.

(Sehr richtig!)

Mit Bezug auf diese meine Auffassung halte ich dafür, daß das Haus doppelte Veranlassung hat, bei der Verhandlung der uns jetzt vorliegenden Frage sich wirklich in den möglichst engsten Grenzen bei der Sache zu halten und seine Beschlüsse mit der Ruhe, Ueberlegung und Mäßigung zu fassen, die ja die beste Signatur für dieses Haus dem Lande gegenüber sein werden.

(Sehr richtig!)

Ich meinerseits werde mich bemühen, mich lediglich an die Sache zu halten. Dennoch, meine Herren, werde ich es nicht vermeiden können, mich vielfach auf diejenigen Erörterungen zu beziehen, die schon in diesem Hause vorgekommen sind. Zunächst erlaube ich mir, einen kurzen Ueberblick über die verschiedenen Auffassungen über den im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand vorzulegen, die, wenn ich recht gehört habe, von verschiedenen Seiten dieses Hauses und auch von der Ministerbank gestern hier zur Sprache gekommen sind.

Der Herr Minister-Präsident hält nach der früher im Namen der Königlichen Regierung in Veranlassung der Interpellation Kantak und nach seiner gestern abgegebenen Erklärung diesen Aufstand für sehr gefährlich für den Preußischen Staat. Er findet es bei den bekannten antipreußischen Tendenzen der Polnischen Vertreter in diesem Hause sehr natürlich, daß sie demgemäß Sympathien für den Aufstand im Königreich Polen empfinden, er wundert sich nur darüber, daß auch von anderen Mitgliedern diese Sympathie getheilt zu sein scheine und glaubt, daß dieser Aufstand in der engsten Verbindung und nur eine einzelne Erscheinung der großen Europäischen Revolution sei.

Der Herr Abgeordnete v. Gottberg nennt dagegen diesen Aufstand einen planlosen, ausgehend von undisciplinirten, man könnte sagen, räuberischen Banden, bezeichnet aber doch als Zweck dieses Aufstandes die Herstellung eines panslavistischen Reiches.

Der Herr Abgeordnete Waldeck behauptete in der 14. Sitzung dieses Hauses, es könne von einem organisirten Aufstande im Königreich Polen gar keine Rede sein, und der Herr Abgeordnete Kantak fragte bei der Begründung seiner Interpellation: Konnte man erwarten, daß die von einer solchen Maßregel der Recruten-Aushebung Bedrückten

Digitized by Google

oder weiter Betroffenen sich frei- und gutwillig in dieselbe fügen würden, oder mußte man nicht vielmehr erwarten, daß, wenn sie doch einmal dem Untergange, fern vom Vaterlande, preisgegeben sein sollten, sie es vorziehen würden, lieber den Tod im Vaterlande, selbst im Widerstehen gegen diese Maßregel zu finden.

In der heutigen Sitzung ist dieser Aufstand, wenn ich nicht sehr irre, wiederum als ein solcher bezeichnet, der lediglich und allein durch die Aushebung der Rekruten in der von der Russischen Regierung angeordneten Weise hervorgerufen sei.

Wenn ich nun frage, wie die Staats-Regierung diesem von ihr für so gefährlich gehaltenen Aufstand gegenüber sich verhalten, seitdem derselben durch verschiedene aus der Landesvertretung ausgegangene Anregungen hier in diesem Hause zur Sprache gekommen ist, die Regierung aber ihrerseits von dem Aufstande der versammelten Landesvertretung auch nicht eine entfernte Mittheilung gemacht hat, so muß ich gestehen, daß ich in manchen Beziehungen mich mit den Anordnungen der Regierung nicht einverstanden erklären kann.

(Hört! Hört!)

Die erste Anregung, über diesen Aufstand in unserem Hause zu sprechen, gab die Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak, welche bekanntlich zwei Fragen stellte, die sich auf Vorgänge und Verhältnisse in der Provinz Posen zunächst bezogen.

Der Herr Abgeordnete ging bei der Begründung seiner Interpellation mit Rücksicht darauf, daß inzwischen Schritte der Königlichen Staats-Regierung wegen Abschlusses einer Convention mit Rußland bekannt geworden waren, über den Text seiner Interpellation hinaus, und die Staats-Regierung sah sich nicht veranlaßt, auf diesen Theil der Begründung der Interpellation einzugehen, sondern sie beschränkte sich auf die Beantwortung der beiden in der Interpellation gestellten Fragen. Daß die Staats-Regierung hierbei in ihrem vollen Rechte war, kann, glaube ich, keinem Zweifel unterliegen. Ich maße mir auch darüber kein Urtheil an, ob die Staats-Regierung, auch wenn irgend welche Verpflichtung für sie nicht vorlag, sich über die in der Begründung der Interpellation erst zur Sprache gebrachten Punkte auszusprechen, ob die Staats-Regierung dem ungeachtet doch nicht gut gethan hätte, dieser Interpellation gegenüber die Auskunft zu ertheilen, die sie nach dem damaligen Stande der Dinge zu ertheilen im Stande zu sein hätte glauben können. Das aber scheint mir, mußte die Staats-Regierung sich auch schon nach dem Verlaufe der Verhandlungen in Veranlassung der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak sagen, daß der Gegenstand, da

Digitized by Google

er einmal hier in diesem Hause zur Sprache gekommen war, unmöglich mit der Beantwortung der Interpellation abgeschlossen bleiben würde. Die Staats-Regierung mußte, wie mir scheint, im Gegentheil aus der Aufnahme, die die Begründung der Interpellation in diesem Hause fand, die Ueberzeugung gewinnen, daß eine weitere Erklärung unverweilt und direct von ihr gefordert werden würde. Sonach konnte die Interpellation der Herren Abgeordneten Schulze (Berlin) und von Carlowitz der Regierung gewiß nicht überraschend kommen, wogegen ich gestehe, daß ich mich im höchsten Grade überrascht gefühlt habe, als die Staats-Regierung in der Sitzung vom 18. auf diese Interpellation die Erklärung abgab: die Staats-Regierung lehne es ab, die gestellte Interpellation zu beantworten. — Ich kann mir nach den gestrigen Mittheilungen des Herrn Minister-Präsidenten denken, daß dieser Erwiderung damals schon das zu Grunde gelegen hat, was der Herr Minister gestern angedeutet hat, nämlich, daß man in dieser Interpellation eine Aufforderung an die Staats-Regierung gefunden habe, schwebende Verhandlungen preiszugeben. Ich halte dafür, daß eine Mittheilung der Staats-Regierung an die Landesvertretung über beabsichtigte oder schon eingeleitete Verhandlungen niemals ein Preisgeben solcher Verhandlungen sein könne, jedenfalls aber würde die bloße Mittheilung darüber, daß Verhandlungen eingeleitet wären, doch unmöglich als eine Preisgebung der Verhandlungen selbst angesehen werden können.

Nach meiner Auffassung über den Umfang des Aufstandes im Königreich Polen, in der ich der Auffassung des Herrn Minister-Präsidenten sehr nahe stehe, wäre der correcte Weg für die Staats-Regierung der gewesen, wenn sie jeder Interpellation oder jeder sonstigen Anregung aus der Landesvertretung zuvorgekommen wäre dadurch, daß sie nicht nur bei den ersten Einleitungen für die abzuschließende und jetzt ja eingestandenermaßen abgeschlossene Convention, sondern bei den ersten Anordnungen im Inneren unseres Landes offen und ehrlich vor die Landesvertretung hingetreten wäre und ihr gesagt hätte: In dem benachbarten Königreich Polen ist ein bewaffneter Aufstand ausgebrochen, und zwar an so vielen und zum Theil unsern Grenzen nahe gelegenen Orten gleichzeitig, daß, ohne den Umfang und die Kraft des Aufstandes schon jetzt übersehen zu können, die Staats-Regierung doch zur Sicherung unserer Grenzen sowie der Personen und des Eigenthums der Mitbürger in den Grenzprovinzen Maßregeln zu ergreifen für ihre Pflicht hält. Sie hat dazu für den Augenblick die nothwendig erscheinenden Anordnungen getroffen und steht im Begriff, auch dieserhalb mit der Russischen Regierung in Verhandlungen zu

Digitized by Google

treten, um auch bei diesen außergewöhnlichen Verhältnissen die Bewohner der diesseitigen Grenzen zu sichern.

Ich glaube nicht, daß, wenn die Regierung so vorgegangen wäre, von irgend einer Seite dieses Hauses, selbst von diesen Herren (links deutend) eine derartige offene Erklärung hätte mißfällig aufgenommen werden können; ja ich glaube sogar, wenn die Regierung weiter gegangen und für die zu treffenden und als unerläßlich nothwendig anzuerkennenden, außergewöhnlichen Maßregeln, soweit sie sich in den zu steckenden, angemessenen Grenzen hielt, einen entsprechenden Credit bei der Landesvertretung beantragt hätte, ich glaube sogar, auch dieser würde, trotz der Stellung, die die Regierung zu diesem Abgeordnetenhause eingenommen hat, auf einen begründeten Widerstand nicht gestoßen sein, und daß einem Uebereinkommen mit der Russischen Regierung, wenn es nur dieses Ziel verfolgt hätte, irgendwie von dem Auslande hätten Bedenken entgegengestellt werden können; das, meine Herren, liegt auf der Hand, das konnte nicht sein.

In welche Lage hat uns aber das entgegengesetzte Verfahren der Staats-Regierung gebracht? Dem Auslande gegenüber sehen wir uns ziemlich isolirt. Die Stellung der Königlichen Regierung im Lande ist, wie mir scheint, nicht sicherer geworden, die Stellung der Staats-Regierung diesem Hause gegenüber jedenfalls noch schärfere Gegensätze durch die Verhandlungen, die jetzt in Veranlassung dieses Falles hier im Hause stattgefunden haben, herbeigeführt. — Glaubt die Staats-Regierung von der Landesvertretung die doch jedenfalls erforderlichen Geldmittel über das von mir angedeutete Bedürfniß hinaus bewilligt zu erhalten? und ist die Staats-Regierung wirklich so wenig vertraut mit dem Umfange der Kosten, welche durch Marsch- und Kriegsbereitschaft und umfassende Truppen-Dislocationen herbeigeführt werden, daß sie die von ihr getroffenen Maßregeln mit wenigen 100,000 Rthlrn. decken zu können glaubte, wie neulich der Herr Minister-Präsident anführte?

(Hört!)

Hat die Königliche Staats-Regierung irgendwie Veranlassung in der Landesvertretung so viel Vertrauen auf ihre Umsicht und Mäßigung beanspruchen zu können, daß die von ihr getroffenen Anordnungen sich innerhalb der Grenzen des Unerläßlichen halten, um deshalb der Zustimmung der Landesvertretung, soweit solche erforderlich sein sollte, im Voraus sicher sein zu können?

Ich bin weit entfernt, für mich persönlich eine Berechtigung zur Beantwortung dieser Frage in Anspruch zu nehmen und die Königliche Staats-Regierung nicht bereits über das unerläßlich Nothwendige, vielleicht ziemlich weit hinaus gegangen ist.

(Hört!)

Digitized by Google

Ich kann aber doch nicht umhin, da ich, wie Ihnen ja allen bekannt, den betreffenden Verhältnissen, in den letzten Jahren namentlich, näher gestanden habe, wie die sämmtlichen Herren Mitglieder unserer jetzigen Staats-Regierung,

(Hört!)

von diesem Standpunkte aus, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade 4 Wochen vor Ausbruch des Aufstandes im Königreich Polen meiner amtlichen Wirksamkeit in der Provinz Posen ein Ziel gesetzt wurde. Ich kann nicht wissen, wie sich in diesen 4 Wochen die Verhältnisse anders und vielleicht wesentlich anders gestaltet haben. Ich kann aber keinen Anstand nehmen zu erklären, daß, wenn dieser Aufstand 4 Wochen früher ausgebrochen wäre, ich mich entschieden dagegen ausgesprochen haben würde,

(Hört!)

die Maßnahmen in der Art und in dem Umfange, wie es geschehen ist, sofort eintreten zu lassen.

Ich kann auch wirklich nicht annehmen, daß die Verhältnisse in diesen 4 Wochen sich so wesentlich geändert haben sollten, da ich in der Nr. 42. der Posener Deutschen Zeitung eine Erklärung von 3 durchaus zuverlässigen und ehrenwerthen Bewohnern der Provinz Posen gefunden habe, in welcher die Lage der Dinge dort für den Augenblick gerade noch ebenso aufgefaßt und dargestellt wird, wie sie während meiner Verwaltung aufgefaßt und dargestellt worden ist. Der Herr Minister des Innern hat die Güte gehabt, gestern in Beziehung auf die Zweifel, welche gegen die Angemessenheit der jetzt schon getroffenen Maßregeln hier angeregt waren, zu bemerken, daß von ebenso vielen Seiten Anforderungen auf Ueberweisung militairischen Schutzes und Dank für überwiesenen Schutz ihm ausgesprochen worden seien. Ich glaube, daß das von vielen Seiten mit vollem Rechte geschehen ist; ich kann aber doch darin eine Entgegnung oder Widerlegung, meiner Ansicht nach, nicht finden. Denn, meine Herren, wie gern die Behörden, wenn eine derartige Calamität einmal in Aussicht steht, geneigt sind, sich möglichst weiten und ausgedehnten Schutz zu verschaffen, das ist bekannt.

(Hört!)

Wenn nun aber in dem von dem Herrn Minister-Präsident gestern als wirklich existent zugegebenen Abkommen mit der Russischen Regierung, über die bestehende Cartelconvention mit Rußland hinaus, Verpflichtungen für den Preußischen Staat oder für die einzelnen Staatsbürger stipulirt sein sollten und das Abkommen dann ja unzweifelhaft der Zustimmung der Landesvertretung nach Art. 48.

Digitized by Google

der Verfassungs-Urkunde zu seiner Gültigkeit bedürfen würde,

(Hört! Hört!)

so nehme ich ebenfalls keinen Anstand zu erklären, daß ich in einem derartigen Abkommen geradezu eine Schädigung des Preußischen Staates erkennen müßte,

(Hört! Sehr richtig! links.)

und daß ich mich niemals dazu verstehen würde, einem solchen Uebereinkommen meine Zustimmung zu geben. Daß die gestern von dem Herrn Minister-Präsidenten gemachten Andeutungen über den Inhalt dieses Abkommens mich nicht vollständig beruhigen, meine Herren, das habe ich hier nur zu bemerken, ohne daß es mir nothwendig erscheint, es jetzt noch weiter auszuführen. Aber das habe ich zu constatiren, daß gerade bei dieser Frage der wirklich tief zu beklagende Gegensatz zwischen der Staats-Regierung und diesem Hause mir zu einer Höhe gediehen zu sein scheint, daß wir irgend eines durchgreifenden Mittels zur Ausgleichung dieses Gegensatzes nicht mehr lange werden entbehren können!

(Auf allen Seiten: Sehr wahr! Sehr richtig!)

Ich sollte glauben, die Staats-Regierung müßte nach dem Gange dieser Verhandlungen sich der Ueberzeugung nicht länger verschließen können, daß sie durch diesen Gegensatz in ihrer Thätigkeit nach Außen und nach Innen je länger desto mehr gelähmt wird.

(Hört!)

Wir bedürfen aber an der Spitze unsres Staates keine gelähmte Regierung, sondern wir müssen eine thatkräftige Regierung an der Spitze unsres Staates sehen, die sich frei nach allen Seiten bewegen kann!

(Bravo! Sehr richtig! links.)

Daß es bei dieser Lage der Dinge geradezu von der Pflicht geboten war, in einer zu fassenden Resolution des Hauses der Staats-Regierung unumwunden die Ansicht dieses Theils der Landesvertretung über ihr bisher eingehaltenes und wahrscheinlich weiter beabsichtigtes Verfahren darzulegen, ergiebt sich zur Genüge aus dem, was ich schon gesagt habe, und ich habe es deshalb aufrichtig bedauert, mich der Resolution, wie solche von den Herren Antragstellern vorgeschlagen und von der Commission befürwortet ist nicht anschließen zu können. Die Gründe liegen für mich theils in der, wie mir scheint, staatsrechtlich vollständig unzulässigen Gleichstellung der bestehenden legitimen Kaiserlich Russischen Regierung mit den Aufständischen, theils in den vorausgegangenen Erörterungen in den Sitzungen dieses Hauses, vom 16. und 18. auf welche ich daher auch in dieser Beziehung nochmals zurückkommen muß.

Mein erstes Bedenken ist durch die Entgegnung, welche dasselbe in der Commission schon erhalten hat, und wie Sie

Digitized by Google

solches aus dem Commissionsbericht ersehen haben, nicht erledigt; denn wenn man dabei besonders hervorhob, es sei neben der Russischen Regierung nicht von einer aufständischen Regierung gesprochen, sondern eben nur von Aufständischen, es sei also gerade die Fassung, wie sie von der Commission vorgeschlagen wird, so gewählt, um die von mir gewünschte Trennung und Unterscheidung klar darzulegen, so kann ich dies unmöglich als richtig anerkennen. Existirt nämlich noch keine aufständische Regierung, so kann selbstverständlich, oder konnte selbstverständlich von einer solchen nicht die Rede sein. Ist aber, wie es ja bekannt ist, aus dem schon seit Monaten bestehenden Revolutions-Comité in Warschau mit dem Ausbruch des Aufstandes auch eine Aufstandsregierung ins Leben getreten, so ist ja unvermeidlich unter der allgemeinen Bezeichnung „Aufständische" auch gerade diese aufständische Regierung mitbegriffen. — Wie unmöglich und unzulässig aber eine derartige Gleichstellung ist, das lassen Sie mich an einem Beispiel erläutern. Se. Majestät der König haben bekanntlich in Warschau als Ihren diplomatischen Vertreter einen Generalconsul stationirt. Wie die Zeitungen uns mitgetheilt haben, hat nun die aufständische Regierung in den höflichsten Formen an diesen Generalconsul eine Requisition gerichtet. Was der Generalconsul mit dieser Requisition zu thun gehabt hat, und wahrscheinlich auch gethan hat, brauche ich Ihnen nicht weiter auseinanderzusetzen. Bleibt aber der Antrag, wie er gestellt ist, unverändert bestehen, dann hat dieses Haus die Anforderung an die Staats-Regierung gestellt, ihren Vertreter in Warschau zu veranlassen, daß er den Requisitionen der aufständischen Regierung ebenso nachgebe, wie er den Requisitionen der legitimen Russischen Regierung nachzugeben hat.

(Ruf: Sehr richtig!)

Das, meine Herren, will doch gewiß Niemand von Ihnen.

Es ist aber auch die Ausführung eines solchen Beschlusses in anderer Beziehung ganz unmöglich. Die erwähnten Worte, die ich in dem Commissions-Bericht, wie Ihnen der Bericht zeigt, gestrichen zu sehen wünschte, sollte nach der Ansicht der Mehrheit der Commission und der Herren Antragsteller eine unzweifelhafte Bezeichnung der Unparteilichkeit im Angesichte zweier kämpfenden Theile ausdrücken und in der Commission wurde noch besonders hervorgehoben, daß es die Absicht gewesen, den Superlativ der Unparteilichkeit damit darzustellen. Wenn aber nach dem Vorschlage der Commission gefordert wird, daß die Staats-Regierung weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend welche Unterstützung oder Begünstigung zuwenden solle, so stellen Sie damit eine Anforderung an die Staats-Regierung, welcher zu entsprechen

Digitized by Google

ganz unmöglich ist, weil dem zu Recht bestehende Verträge entgegenstehen, welche die Staats-Regierung zu erfüllen der Russischen Regierung gegenüber die Pflicht hat. Erlauben Sie mir, daß ich auch in dieser Beziehung Ihnen ein Beispiel vorführe. Der in Rede stehende Aufstand, wie er zur Zeit anscheinend noch steht, und vielleicht noch einige Zeit stehen wird, hat an einer Stelle der Landesgrenze die Russische Regierung und die Russischen Localbehörden ganz ungestört in ihrer Verwaltung gelassen, dagegen ist auf einer anderen Stelle der Aufstand siegreich über die Russischen Behörden fortgegangen, hat sie verjagt und die aufständische Regierung hat das Regiment ergriffen. An der ersten Stelle traten Militairpflichtige, um sich der Erfüllung ihrer Militairpflichten zu entziehen auf Preußisches Gebiet über. Die Russischen Localbehörden verlangen in den vorgeschriebenen Formen auf Grund der Cartellconvention vom 8. August 1857 von den betreffenden Preußischen Localbehörden die sofortige Auslieferung dieser Militairpflichtigen. Die Preußischen Localbehörden können sich der sofortigen Genügung dieser Requisition nicht entziehen, denn ihrer Instruction gemäß haben sie nicht einmal darüber Vorbescheide einzuholen, sondern selbstständig der Requisition zu entsprechen. Daß in der Auslieferung dieser Militairpflichtigen eine Unterstützung der Russischen Regierung liegt, ist unvermeidlich. Auf der andern Stelle sind ebenfalls Militairpflichtige über die Grenze getreten, um sich nicht blos der Erfüllung der Militairpflicht gegen die Russische Regierung, sondern auch dem Eintritt in die Reihen der Aufständischen zu entziehen. Da nun bekanntlich die von der jetzigen Rekruten-Aushebung Betroffenen das eigentliche Contingent sind, aus welchem die früheren Aufständischen ihre Schaaren bilden und gebildet haben, so ist der Wunsch für sie sehr natürlich, diese Uebergetretenen zurückzuerhalten. Die Aufständischen fordern daher von den diesseitigen Behörden die Auslieferung der übergetretenen Militairpflichtigen. Wollen Sie wirklich, daß die Preußischen Behörden den Requisitionen auch dieser aufständischen Regierung nachkommen sollen? Was die Erfüllung einer Pflicht ist, würde so, nach der Auffassung des Antrages, eine Begünstigung sein und es ergiebt sich hieraus, daß die Forderung des Antrages „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuzuwenden", geradezu unausführbar ist. — Wenn ich aber auf die Verhandlungen in den Sitzungen dieses Hauses vom 16. und 18. zurückging, so wurde mir aus diesen Verhandlungen es vorzugsweise fraglich, ob nicht, gerade umgekehrt, wie es die Herren Antragsteller und die Commission wünschen und beabsichtigen, ob nicht gerade umgekehrt der Superlativ der Unparteilichkeit sich als

Digitized by Google

eine gewisse Parteinahme in dem Commissions- und ursprünglichen Antrage darstellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Und dieses unter allen Umständen zu vermeiden, war ja, meine Herren, die Absicht und der Wunsch der Herren Antragsteller, wie der Mehrheit der Commission. Daß diese Besorgniß nicht unbegründet war, haben Sie aus den gestrigen Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten schon entnehmen können. Der Herr Minister-Präsident machte im Anschluß an die im Eingange meiner Bemerkungen erwähnte Aeußerung — wie mir schien, mit besonderer Befriedigung — darauf aufmerksam, daß in dem Antrage der Herren Antragsteller wie der Commission nicht blos eine Sympathie, sondern eine vollständige Parteinahme für die Aufständischen ausgedrückt liege. In der zwölften Sitzung schilderte bei der Begründung seiner Interpellation der Herr Abgeordnete Kantak das Verfahren der Russischen Regierung bei der jetzigen Rekruten-Aushebung mit den grellsten Farben; er nannte diese Aushebung nicht nur eine politische Maßregel und nach der von ihm citirten Kölnischen Zeitung eine regulaire Proscription, sondern sprach auch offen seine und seiner hier anwesenden Landsleute Theilnahme für den, wie er sagte, Aufstandsversuch aus. Er nahm selbst keinen Anstand, nachdem er vorher von Polnischen Provinzen Preußens gesprochen und im Anschluß an seine Kritik der oberen Provinzial-Behörden der Provinz Posen aus der Geschichte der letzten zwei Jahre des Königreichs Polen mehrere Momente angeführt hatte, wie das Morden waffenloser Volkshaufen auf den Straßen Warschaus, während sie auf den Knien im Gebet lagen, das Einhauen auf friedliche kirchliche Processionen, das Niedersäbeln des vorgetragenen Kreuzes, das Eindringen in die Kirchen und das Beflecken ihres Innern mit Blut, das haufenweise Verbannen der edelsten und hochgestelltesten Bürger nach den Bergwerken und Steppen Sibiriens und den entlegensten Russischen Gouvenements — er nahm keinen Anstand, nachdem er diese Momente vorgetragen hatte, zu erklären, daß zu der Sympathie, die die Herren vorher ausgesprochen hatten, sie sich um so mehr berechtigt fühlten, als sie wüßten, es sei mit ihnen das ganze Polnische Volk, denn die ganze Polnische Bevölkerung wird nimmer diese rege Theilnahme verleugnen! Diese Anführungen blieben damals ohne Erwiderung, und ich glaube auf Ihre Nachsicht rechnen zu dürfen, wenn ich im Interesse der Unparteilichkeit jetzt mit einigen Worten diese Erwiderung übernehme.

Ich kann es mit dem Herrn Abgeordneten Kantak beklagen, daß der Erlaß der obern Provinzial-Behörde in der Provinz Posen in der außergewöhnlichen Form erschienen ist; ich kann selbst seinen Inhalt theilweise beklagen, weil er

Digitized by Google

wirklich nach meiner Auffassung von den Verhältnissen nicht gerade so geboten war. Er mußte, und hat es auch gethan, eine weit verbreitete Aufregung hervorrufen, und nach Außen hin die Zustände in der Provinz Posen viel bedenklicher und gefahrvoller erscheinen lassen, als sie wirklich sind.

Wenn Sie aber berücksichtigen, daß der Verwaltungschef dieser Provinz ohne jede Kenntniß der Verhältnisse in derselben und ohne Kenntniß der Provinz selbst, eben erst in seine amtliche Stellung eingetreten war, so werden Sie es begreiflich finden, wenn derselbe anderen Einflüssen zugänglich war, denen er schwerlich mit Erfolg widerstehen konnte, weil ihm eben die genaue und specielle Kenntniß der Localverhältnisse fehlte, die diesen Einflüssen zur Seite stand. Zu der historischen Skizze aus den letzten zwei Jahren im Königreich Polen bemerke ich, daß der Herr Abgeordnete doch auch die nächsten Veranlassungen wenigstens hätte andeuten sollen zu den Maßregeln, die die Russische Regierung ergreifen zu müssen geglaubt hat. Da dies nicht geschehen, so bin ich genöthigt, dies nachzuholen. Es hatten in der Stadt Warschau wiederholte Zusammenrottungen größerer Volkshaufen in den Straßen stattgefunden, gegen welche die Russische Regierung nicht thatsächlich eingeschritten war. Diese Zusammenrottungen wiederholten sich in vergrößertem Umfange. Die Russische Regierung glaubte jetzt thätlich gegen diese Zusammenrottungen einschreiten zu müssen, und da den wiederholten Aufforderungen zum Auseinandergehen keine Folge gegeben ward, so sah sie sich veranlaßt, durch eine Charge mit der Feuerwaffe das Auseinandergehen der Zusammenrottung herbeizuführen. Es fielen in Folge dieser Charge aus dem Haufen fünf Personen, wenn ich richtig unterrichtet bin, zwei Deutsche, ein Jude und zwei Polen. Dies ist das Factum, welches der Herr Abgeordnete mit dem Morden auf der Straße bezeichnet. Die Zusammenrottungen auf den Straßen wurden fortgesetzt, man wählte aber eine andere Form für dieselben; die Form von Processionen; und da auch diese auf wiederholte Aufforderungen nicht zum Auseinandergehen zu bringen waren, so ließ die Russische Regierung sie durch Kosacken auseinandertreiben. Das ist der Fall, der mit der Niedersäbelung des Kreuzes bezeichnet worden ist. Die Demonstrationen zogen sich in Folge dessen von der Straße in das Innere der Kirche; in den kirchlichen Räumen wurden politische und nationale Lieder von den Versammelten gesungen. Diesem Unfug zu steuern, war die Geistlichkeit nicht im Stande; die Russische Regierung hielt es für nöthig, auch hiergegen thätlich einzuschreiten: sie ließ die Kirchen räumen. Es entstand Widerstand, und in Folge dessen traten Verwundungen ein. Das ist das Blut, womit das Innere der kirchlichen Räume befleckt worden ist. Und

Digitized by Google

wenn nun der Herr Abgeordnete schließlich das haufenweise Verbannen nach den Steppen Sibiriens erwähnt hat, so hätte er auch auf der andern Seite nicht vergessen sollen anzuführen, daß einer großen Anzahl Verbannter die straffreie Rückkehr gestattet, ja selbst die confiscirten Güter zurückgegeben worden sind.

(Ruf aus der Polnischen Fraction: Nein! Nein! Keinem Einzigen!)

Das, hoffe ich, bezieht sich nur auf das Letzte, auf die Zurückgabe der confiscirten Güter; denn, meine Herren, die straffreie Rückkehr einer großen Anzahl früher Verbannter halte ich aufrecht.

(Ja! Ja!)

Wenn nun aber der Herr Abgeordnete Kantak, nachdem er die barbarische Maßregel der Russischen Regierung bei der Rekruten-Aushebung geschildert hatte, behauptet hat, daß durch diese Maßregel allein, und die Verzweiflung, welche sie hervorgerufen, die Veranlassung geworden sei, den Aufstand ins Leben zu rufen, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, so muß ich dem doch auf das Allerentschiedenste widersprechen. Es ist schon vorher von mir angeführt worden, daß seit Monaten offenkundig ein revolutionaires Comité in Warschau bestand. Es ist allgemein bekannt, daß nicht blos Mordversuche, sondern auch ausgeführte Morde gegen die höchsten Personen und Beamten, nicht blos Russischer Nationalität, sondern auch der Polnischen Nationalität vorgekommen sind, und wenn die Maßregeln, welche die Russische Regierung in der Emancipation der Bauern, die Anordnung, welche sie in letzter Zeit für die Herstellung der Universität Warschau getroffen, wie heut zur Sprache gekommen, von dem Herrn Abgeordneten ganz übergangen wurden, so halte ich dies auch für eine nicht ganz unparteiische Behandlung dieses Gegenstandes. Es liegt mir natürlich fern, das Verfahren der Russischen Regierung in dieser ganzen Angelegenheit billigen oder gar rechtfertigen zu wollen. Ebensofern aber liegt es mir, dies Verfahren ohne Weiteres zu verdammen, da ich in meiner amtlichen Stellung dieselbe Scala der Vorbereitungen für einen Aufstand in der Provinz Posen habe erleben müssen, die nur deshalb nicht zu denselben Resultaten führen konnten und geführt haben, weil die Verhältnisse in der Provinz Posen im Allgemeinen durchaus andere sind als im Königreich Polen. Die Vorbedingungen in der Provinz Posen fehlen, die noch im Kaiserlich-Königlichen Polen vorhanden sind, und überhaupt die Preußische Regierung nicht eine Russische Regierung ist. Wenn aber der Herr Abgeordnete bei dieser Gelegenheit wiederum von Polnischen Provinzen Preußens gesprochen hat, so muß ich, wie früher, diese Stelle benutzen, ihm zu erwidern, daß wir

Digitized by Google

keine Polnische, sondern Preußische Provinzen mit theilweiser Polnischer Bevölkerung haben!

Verzeihen Sie, meine Herren, aber ich muß noch einmal auf die früheren Verhandlungen zurückkommen, namentlich auf die vierzehnte Sitzung und auf die vom Herrn Abgeordneten Waldeck damals gehaltene Rede. Wenn ich zunächst aus dieser Rede die Uebereinstimmung mit mir habe glauben entnehmen zu können, daß keine Besorgniß vorhanden sei, dieser Aufstand im Königreiche Polen werde zu ähnlichen Erscheinungen in den Preußischen Provinzen mit theilweiser Polnischer Bevölkerung führen, so muß ich dagegen der Behauptung, der Aufstand werde auch keine Nachtheile für die Preußischen Grenzprovinzen herbeiführen, auf das Allerentschiedenste entgegentreten. Einer nähern Ausführung in dieser Beziehung wird es hoffentlich nicht bedürfen. Wenn aber der Herr Abgeordnete behauptet, „daß im Königreich Polen von einer organisirten Insurrection nicht die Rede sein könne, weil eine solche in den Städten begonnen und dort einen Mittelpunkt gewonnen haben würde, es sei nur ein Schrei, der offenbar über das ganze Land verbreitet sei; da, wohin sich die Gewaltmaßregeln gewendet hätten, sei auch der Aufstand ausgebrochen," so kann ich nur annehmen, daß dem Herrn Abgeordneten die vorbereitenden Operationen der jetzt ausgebrochenen Revolution, wie ich sie vorher näher bezeichnet habe, ganz unbekannt geblieben sind, daß ihm ferner nichts bekannt davon war, daß schon seit Monaten die Leitung dieser Vorbereitungen zum Aufstand von einer Centralstelle ausgegangen ist, und diese Centralstelle ihre Leitung offen durch an die Straßenecken angeklebte gedruckte Placate publicirt hat, auch ihren Terrorismus über einen sehr großen Theil der Bevölkerung in der Weise ausgeübt hat, daß sie nicht nur mehrfach Todesstrafen ausgesprochen, sondern auch durch Meuchelmord hat ausführen lassen. Daß sonach der Aufstand nicht erst einen Mittelpunkt zu gewinnen brauchte, da er ihn schon hatte, liegt auf der Hand.

Und wenn ich auch darüber nicht mit dem Herrn Abgeordneten mich auf einen Streit einlassen will, ob eine Insurrection, wenn sie gut organisirt ist, in den Städten anfangen muß, so muß ich doch zugeben, daß allem Anscheine nach auch bei der hier in Rede stehenden Insurrection die Absicht wohl vorhanden gewesen ist, sie in den Städten anfangen zu lassen, daß die Russische Regierung aber diese Absicht erwartet und demgemäß ihre Kräfte in solchem Maße in den Städten concentrirt hatte, daß hier von vornherein jede Aussicht auf Erfolg verschwinden mußte. Nur aus diesem Grunde wurden die für die Revolution gewonnenen und vorbereiteten Elemente aus den Städten auf das Land geschickt, um dort und zwar an recht vielen

Digitized by Google

verschiedenen Stellen die Revolution zu beginnen. Die Russische Regierung hatte diesen Operationsplan offenbar nicht vorhergesehen und konnte ihn um so weniger erwarten, als sie glaubte und auch erwarten konnte, daß sie der gesammten ländlichen Bevölkerung sicher sei und daß diese sich nicht an der Revolution betheiligen werde.

Ob sie sich hierin, wenigstens in einzelnen Theilen, getäuscht hat, oder ob es dem von den Aufständischen ausgeübten Terrorismus gelungen ist, theilweise die Bauern zu sich herüberzuziehen, wie selbst theilweise diese Aufständischen sich nicht gescheut haben, Preußische Unterthanen, welche zeitweise ihren Aufenthalt im Königreiche Polen genommen haben, mit Gewalt an der Rückkehr nach Preußen nicht nur zu verhindern, sondern sie auch zu zwingen, in die Reihen der Aufständischen einzutreten,

(Hört! Hört! Rechts.)

das weiß ich nicht; jedenfalls sind die revolutionairen Schaaren, wie sie sich an verschiedenen Stellen gezeigt haben, stärker als die Russische Regierung geglaubt hat, und es kann daher längerer Zeit bedürfen, ehe es gelingt, diesen Aufstand gänzlich zu beseitigen, da die Russische Regierung es nicht wagen darf, die starke Besatzung aus den Städten fortzunehmen, weil sie sonst sich der Gefahr aussetzen würde, den Aufstand auch in den Städten ausbrechen zu sehen. Daß in diesem Umstand für unsere Grenzprovinzen sehr dringende Gefahren liegen, das, meine Herren, ist nicht in Abrede zu stellen, und diesen Thatsachen gegenüber die Behauptung aufzustellen, es könne von einer organisirten Insurrection nicht die Rede sein, das muß wenigstens den Schein nicht blos einer Sympathie, sondern einer Parteinahme hervorrufen. Selbst einen solchen Schein aber wünsche ich von den Beschlüssen dieses Hauses unter allen Umständen fern gehalten, und ich habe mich deshalb gefreut, daß heut der Herr Abgeordnete, der vor mir diese Stelle betreten hatte, in seiner Rede offen und bestimmt jede Art von Sympathie oder Parteinahme für diesen Aufstand in Abrede gestellt hat.

Die Rekruten-Aushebung war nicht die Veranlassung, sondern nur die Gelegenheit zum Ausbruch des Aufstandes. Dieser Aufstand war längst vorbereitet und ist nur unter Benutzung dieser für günstig gehaltenen Gelegenheit wahrscheinlich früher zum Ausbruch gekommen, als er sonst zum Ausbruch gekommen sein würde. — Wenn man aber auch die Maßregel der Russischen Regierung, welche die Gelegenheit zum Ausbruche des Aufstandes gegeben hat, die Rekruten-Aushebung, sowie sie ausgeführt worden, unbezweifelt als barbarisch bezeichnen darf, so kann doch dies ebensowenig als auch die regste Theilnahme für diejenigen Unglücklichen, welche von jener Maßregel betroffen worden sind, es irgend-

Digitized by Google

wie rechtfertigen, daß das Preußische Abgeordnetenhaus zu einem Beschluß sich vereinigt, in dem auch nur der Schein einer Parteinahme für eine organisirte Revolution gefunden werden könnte. Deshalb, meine Herren, habe ich mich gegen den Antrag der Herren Antragsteller erklären müssen, und ich finde auch in den Amendements, die meinem Amendement gegenüber gestellt worden sind, nicht eine genügende Veranlassung, von meinem Amendement zurückzutreten, indem ich auch in dem von dem Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs gestellten, heut erst eingebrachten Amendement die Bezeichnung: „keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung zuzuwenden," für eben so unausführbar als unmöglich halte.

(Rechts: Sehr wahr!)

Ich muß in Bezug auf diese uns vorliegenden Amendements und Anträge wiederholt auf Das hinzudeuten mir erlauben, was ich im Anfange meiner Rede über die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten in der heutigen Sitzung bemerkte. — Der Herr Minister-Präsident hat nicht undeutlich seine Ansicht dahin zu erkennen gegeben, es sei die wohlüberlegte Absicht dieses Antrages, die Parteinahme für die Revolution, und zwar nicht allein für die jetzt in Rede stehende Polnische Revolution, sondern für die Revolution im Allgemeinen, für die Europäische Revolution auszusprechen. — Nehmen Sie den Antrag der Commission oder den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs an, so entsprechen Sie, glaube ich, den Wünschen der Staats-Regierung.

(Stimmen in der Fraction v. Vincke: Ganz gewiß!)

Nehmen Sie den Antrag an, wie er vorliegt, so laufen Sie Gefahr an manchen Stellen doch einer ähnlichen Auffassung, wie sie vom Herrn Minister-Präsidenten offen ausgesprochen ist, Raum zu geben, ja Sie laufen Gefahr in gewissen Schichten der Bevölkerung unseres eigenen Landes, Hoffnungen und Erwartungen zu erwecken, welche zu erwecken gewiß nicht in Ihrer Absicht gelegen hat. Schließen Sie sich dagegen dem von mir vorgeschlagenen Abänderungs-Vorschlag an, so glaube ich, werden alle diese Bedenken erledigt. Und wenn ich zu dem Antrage, wie ich ihn in der Commission gestellt habe, in meinem Abänderungs-Vorschlage jetzt noch den Zusatz gemacht habe, daß die Regierung sich über die von mir gestellte Grenze der Vertheidigung der Landesgrenzen hinaus jeder Einmischung enthalten sollte, so bin ich zu diesem Zusatze durch die Erwägung gekommen, daß es allerdings die Aufgabe der Landesvertretung sei, sich principiell gegen jede Einmischung auszusprechen, was dadurch geschieht, wenn die Landesvertretung erklärte, eine solche nur soweit für gerechtfertigt zu halten, als dies eben unerläßlich nothwendig für

Digitized by Google

die Erreichung des gesteckten Zieles, die Sicherung der Landesgrenzen, ist. Von den Herren Rednern, die für den Commissions-Antrag gestern und heute gesprochen haben, hat keiner sich auf eine Widerlegung des von mir gestellten Antrages eingelassen, soweit ich die Reden zu vernehmen im Stande gewesen bin. Nehmen Sie meinen Antrag an, so glaube ich, werden Sie das erreichen, was Sie eigentlich Alle wollen, ohne die Gefahren herbeizuziehen, welche nach meiner Auffassung unvermeidlich mit dem Antrage der Commission verbunden sind, dem ich daher meinerseits ebensowenig als dem Abänderungs-Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs beizutreten im Stande bin.

(Bravo! rechts.)

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Schulze (Berlin) hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter **Schulze** (Berlin): Meine Herren! Ich möchte meine Ausführung in der großen und ernsten Frage die uns beschäftigt, wo es Pflicht und Bedürfniß jedes Redners ist, seine Sätze im Zusammenhange zu entwickeln, zunächst von dem sondern, was ein Vorredner bezeichnet hat als das „Schaumspritzen der Tribüne", und beginne mit einer Verwahrung dagegen für mich und meine politischen Freunde. Wir haben von Seiten des jetzt abwesenden Herrn Minister-Präsidenten gestern eine Menge Dinge unter einander werfen hören: Englisches Unterhaus und Deputirte von 1848 mit ihrem Vorsitzenden, dem Herrn v. Unruh, unserem Collegen, und dann wieder allerlei Anderes bunt zusammengewürfelt. Heut ist zwar dem Herrn Minister-Präsidenten zum Theil darauf geantwortet worden, aber der geehrte Herr Redner, der dies so schlagfertig, wie wir an ihm gewohnt sind, gethan hat, hat auch eben wieder selbst allerlei Schaum spritzen lassen, welcher, mit dem des Herrn Minister-Präsidenten zusammen, ein ganz eigenthümliches Gemisch abgab. Ich will dem Hineinziehen des Englischen Unterhauses und den Wünschen des Herrn Minister-Präsidenten nach einem solchen, indem er von dessen Existenz bei uns die Gewährung „Englischer Institutionen" abhängig machte, nur einen kleinen historischen Rückblick hinzufügen, auf den die Herren Vorredner noch nicht gekommen sind, und meine doch, man könnte bei uns im Allgemeinen soviel Kenntniß der Englischen Geschichte voraussetzen, daß man uns mit solchen Hinweisungen nicht hätte kommen dürfen.

Wie das Land, das wir beneiden in mancher Hinsicht, wie England zu seinen Institutionen gekommen ist, und welche ernsten Kämpfe eben das Englische Unterhaus deshalb mit der Regierung hat führen müssen, das, glaube ich, ist Jedem von uns vollkommen gegenwärtig. Und des-

Digitized by Google

halb, meine Herren, kenne ich kein unglücklicheres Citat, als das des Herrn Minister-Präsidenten, indem er uns darauf hinwies. Denn das greift so tief in andere, bei uns noch bestrittene und unerledigte Lehren von Minister-Verantwortlichkeit und andere Dinge hinein, daß ich glaube, er hätte besser gethan, von diesem Vergleich zu schweigen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Dabei bin ich der Meinung, daß, wenn wir hier feststehen im Anfange unserer constitutionellen Entwickelung, daß dies der einzige Weg ist, auf welchem unser Vaterland im Ausbau seiner Verfassung befreit bleiben werde von den verhängnißvollen Bahnen, in welche dort die Dinge verliefen, von den Bahnen der Gewalt und blutigen inneren Kämpfe. Von unserem Feststehen hängt es ab, ob die Dinge bei uns, meine Herren, auf gesetzlichem Wege und in friedlicher Agitation sich ordnen. Sowie wir hier uns beirren lassen in unserer Position und nicht ganz entschieden das Recht des Landes wahren, dann, und nur dann könnte es möglich sein — und wenn es nicht geschieht, ist es wahrhaftig nicht der Herr Minister-Präsident und die jetzige Königliche Staats-Regierung, die uns davor bewahrt — dann könnte es möglich sein, daß ein ähnlicher Werdeproceß wie in England die Rechte und Freiheiten des Landes bei uns feststellte. Wir wünschten das nicht, und wir thun, was an uns ist, unser Vaterland vor so schweren Erschütterungen zu bewahren.

(Bravo!)

Nun, meine Herren, wie die jetzige Versammlung feststehen muß und festgestanden hat, so auch die alte National-Versammlung von 1848, der das Land von den Grundlagen seiner Verfassung mehr verdankt, als Viele zugeben. — Da wir einmal in der Person unseres würdigen damaligen Präsidenten, des Abgeordneten v. Unruh, angegriffen sind, wir alten Mitglieder der damaligen Landesvertretung, so gestatten Sie mir ein Wort der Abwehr. Ich denke durchaus nicht auf eine Rechtfertigung hier einzugehen, ich denke, das wird Sache einer späteren ruhigeren Zeit sein. Doch, meine ich, muß ich Einiges hervorheben gerade hier in unserer schwierigen, viel angefochtenen Stellung, mit unserem weitgreifenden Mandat einer constituirenden Versammlung, welche die Grundlagen des neuen Staatslebens erst schaffen sollte, eine widerwillige und widerstrebende Executive des alten Systems an der Seite. Gerade wir wissen den Vortheil einer Verfassung zu würdigen, denn wir haben es kennen gelernt in jenen Zeiten, was es heißt, die factischen Gewalten gegen sich, und Nichts hinter sich zu haben, als die Sympathie des Volkes. Wir haben es erlebt, in welche schlimme Position wir gedrängt wurden und welchen persönlichen Gefahren wir ausgesetzt gewesen sind. Von uns,

Digitized by Google

meine Herren, dürfen Sie gerade deshalb erwarten, daß wir am Wenigsten geneigt sind, von dem gesegneten Boden der Verfassung, den wir jetzt als Ausgangspunkt unserer politischen Bestrebungen ansehen dürfen, abzuweichen. Nicht wir, eine ganz andere Partei ist es, die von dem entgegengesetzten Standpunkt dabei ausgeht und die in der Untergrabung der Verfassung in allen wesentlichen Punkten uns von diesem Boden verschlagen möchte.

Man hat ferner von Seiten des Herrn Abgeordneten für Stargard einen Protest eingelegt gegen die Solidarität der conservativen Interessen, und in demselben Momente auf das allbereite Schreckbild der Solidarität der demokratischen Interessen hingewiesen. Der geehrte Abgeordnete hat dabei außer Acht gelassen, daß die Partei, die sich stützt auf die Solidarität der conservativen Interessen, der er nicht anzugehören versichert, dies nur kann, wenn sie sich gegenüber das Gespenst der Demokratie, als Schreckens-Apparat, aufstellt. Aber dieses Mittel ist von der Reaction so abgenutzt, und wirkt so wenig, daß ich dem geehrten Abgeordneten in hohem Grade verarge, sich desselben zu bedienen.

Da stimme ich dem Herrn Minister-Präsidenten bei; das Land kennt uns, das Land sieht an unseren Thaten, für welches Princip und für welche Interessen in der innern und äußeren Politik die Partei, die zum Theil der Demokratie angehört, ebenso wie die andern Parteien einstehen in diesem Hause. Das Land hat gar nicht nöthig, uns in dieser Debatte erst noch kennen zu lernen; es kennt uns, meine Herren, es kennt das Ministerium; sein Urtheil ist längst festgestellt,

(Bravo! Heiterkeit.)

das haben wir gar nicht zu scheuen, und, meine Herren, ich denke, die gegenwärtige Verhandlung wird wahrhaftig nicht dazu beitragen, das Urtheil zu ändern. Sie wird es nur in jeder Hinsicht befestigen und bestärken. Mit solchen halb denunciatorischen Hinweisungen auf „Solidarität der demokratischen Interessen" wird man daher höchstens sich selbst verdächtigen und wahrlich kein politisches Kapital machen.

(Sehr richtig!)

Es ist auch ein spöttischer Seitenblick Seitens des geehrten Herrn Abgeordneten auf die Regierungsfähigkeit meiner politischen Freunde geworfen Ich meine, meine Herren, diese Partei, die hier vertreten ist (auf die Linke deutend), wird noch außerordentlich viel Zeit haben, sich zur Regierungsfähigkeit vorzubereiten und sie wird Ihren (auf die Rechte deutend) und des geehrten Herrn Redners schätzbaren Rath dabei in keiner Weise gering achten. Ich muß aber doch gestehen, daß mein bisheriges Urtheil von der entschiedenen staats-

Digitized by Google

männischen Befähigung des geehrten Redners selbst einen kleinen Stoß erlitten hat durch seine Aeußerung: „daß er die Erwartung gehegt habe zu dem jetzigen Ministerium, daß es den Weg der Versöhnung, der Ausgleichung der Conflicte einschlagen werde.“ Meine Herren, wenn ein Ministerium, geleitet von einem namhaften Staatsmann, dem Herrn von der Heydt, dem man doch wahrlich keine zu große Scrupulosität, kein zu starres Festhalten an streng constitutionellen Principien Schuld geben kann,

(Große Heiterkeit.)

keine vorherrschende Neigung, im Märtyrerthum für politische Ueberzeugungen seine Stellung zu opfern, — wenn ein solches Ministerium vor den an dasselbe gestellten Forderungen zurücktrat, um dem jetzigen Platz zu machen: wie dann ein Politiker noch die Hoffnung hegen kann, daß nun von dem neuen Ministerium eingelenkt und die Versöhnung des Conflicts zwischen den Staatsgewalten angebahnt werden würde, — nun, meine Herren, das gehört für mich mehr in den Bereich der äußersten politischen Naivität — als in den der Staatsmännischkeit!

(Große Heiterkeit. Bravo!)

Ich komme zur Sache und fasse kurz zusammen, was eigentlich von der thatsächlichen Basis unserer Anträge bis jetzt unzweifelhaft festgestellt ist.

Wir wissen zunächst, es existirt eine Convention mit Rußland. Wir wissen auch Einiges vom Inhalte. Es ist unter Umständen, wie der Herr Minister des Innern und der Herr Minister-Präsident erklärt haben, — in jedem Falle „mit Allerhöchster Bewilligung“ gestattet, daß die Russischen Truppen das Preußische Gebiet und die Preußen das Russische Gebiet betreten können. Nun ist schon von einem der Herren Vorredner bemerkt worden, daß es ein eigenthümliches Ding sei, und es ist darüber Auskunft gewünscht, wie das gemacht werden, wie man so plötzlich die Bewilligung bei der Schleunigkeit militairischer Operationen beschaffen solle? Der Herr Fragesteller setzte dabei voraus, das Ministerium behielte sich selbst die Bewilligung vor. Ja, meine Herren, dann würde aber die ganze Sache zu einer Lächerlichkeit, zu einem Humbug. Wenn erst beim Ministerium angefragt werden soll, wenn z. B. Russische Truppen im Verfolgen eines Insurgentenhaufens an unsere Grenzen kommen, und diese dann gar noch die Rückantwort abwarten müßten — das wäre doch eine wunderbare Stipulation! Aber mit dem Ministerium, meine ich, haben wir es hier gar nicht zu thun. Möge doch die Königliche Staats-Regierung sagen, wer die Bewilligung zu ertheilen hat; etwa die Militairbefehlshaber, oder die locale Obrigkeit, Commissaire irgend welcher Art? Diese Auskunft ist doch für eine Sache, die so bedeutungsvoll für das ganze Land

Digitized by Google

ist, nicht so ganz gleichgültig. Man will doch die kennen, in deren Hände eine so große Verantwortlichkeit gelegt ist, Theile unseres Landes kriegerischen Operationen auswärtiger Truppen auszusetzen. Dies, meine ich, muß doch das Haus der Abgeordneten und das ganze Land im höchsten Grade interessiren.

Das Zweite, was auch festgestellt worden, ist die entschiedene Begünstigung der Russischen Truppen, ja sogar das Einrücken Preußischer Truppen auf Requisition — wie es heißt — der Russischen Behörden in das Königreich Polen. Der Herr Minister des Innern hat uns zwar Nachrichten, die er hat einholen lassen, entgegengestellt; sie sind aber von Nachrichten, die mindestens dieselbe Glaubwürdigkeit in Anspruch nehmen, durchkreuzt. Ich habe auch einen Brief von Thorn bekommen, welcher die ganze Darstellung, wie sie der Herr Abgeordnete v. Hennig gegeben hat, Wort für Wort bestätigt, da heißt es denn dem Ministerium gegenüber: Nachricht für Nachricht, Depesche für Depesche.

Endlich, meine Herren, liegen die unglücklichen Auslieferungen vor, in Bezug auf welche die Antwort des Herrn Ministers des Innern gestern von einem der verehrten Redner als ein Hohn bezeichnet worden ist, und die in der That eine ganz sonderbare Vorstellung von Recht und Pflicht enthält; ich glaube, meine Herren, darin stimmen Sie und stimmt wohl das ganze Haus mir bei. Es ist das sehr sinnreich, meine Herren: Preußen hat die Verpflichtung, auszuliefern, und Rußland das Recht, die Auslieferungen zu verlangen; daraus macht der Herr Minister des Innern: Preußen habe das Recht, auszuweisen, und Rußland die Verpflichtung, die Ausgewiesenen zu übernehmen in seine gastfreien Arme. Nun, meine Herren, wie die Ausgewiesenen übernommen sein mögen, und welche Umstände man in Rußland sich wegen ihrer Unterbringung gemacht haben wird, das überlasse ich Ihnen sich auszudenken — ich bin davon nicht weiter unterrichtet. Mir liegt wieder ein Brief vor — ich bin mit außerordentlich viel Correspondenzen in dieser Frage, und zwar sämmtlich von Deutschen in der Provinz Posen, ohne alle Veranlassung von meiner Seite, versehen; — mir liegt der Brief eines Augenzeugen dieser Auslieferung aus Thorn vor, der die Sache als eine äußerst klägliche darstellt, welche die allgemeine Entrüstung und das allgemeine Mitleid des ganzen Publikums wachgerufen habe.

Welche Folgen, so frage ich, sind nun zunächst für unsere eignen Landestheile aus diesen ganzen Maßregeln, auf die ich nicht specieller eingehen will, entstanden? Haben dieselben wirklich das vom Ministerium doch wahrscheinlich beabsichtigte Sicherheitsgefühl in unsern Grenzprovinzen herbeigeführt? Nein, meine Herren, das konnten sie nicht; ihr

Digitized by Google

Uebermaß, die Hast, mit der sie getroffen wurden, mußte nothwendig schon das Gegentheil davon hervorrufen, und so steht es denn auch wirklich. Für Jeden, der in der Provinz bekannt ist und der authentische Nachrichten von dort erhalten hat, steht die Sache ganz entschieden fest: jene Maßregeln haben nur Aufregung und Unwillen hervorgerufen. Und, meine Herren, das konnte auch gar nicht anders sein. — Gleich bei den ersten Schritten rief man die Bewohner der Provinz auf, ihren gesetzlichen Sinn zu bethätigen, nichts zu thun, was der gesetzlichen Ordnung widerspräche, und begleitete diesen Aufruf mit ungesetzlichen Maßregeln, mit Inhibirung des Vereins- und Versammlungsrechtes und mit all den Dingen, die schon bei Gelegenheit der früheren Interpellationen zur Sprache gekommen sind, wobei man die Verhängung eines theilweisen Belagerungszustandes gewissermaßen in die Hände von Lokalbehörden zu legen schien. Ich habe hier einen speciellen Brief von einem Mitgliede des Vereins zur Wahrung der Deutschen Interessen, — also überall sind meine Briefe von Leuten, die durchaus nicht in dem Verdachte stehen und deren Interesse es auch nicht ist, irgendwie den Polnischen Sympathien Vorschub zu thun — einen Brief, worin man sich aufs Bitterste beklagt und die Convention mit so starken Worten angreift, daß ich sie hier in parlamentarischer Weise nicht wiedergeben kann.

Ich will aber auf einen ganz speciellen Punkt eingehen, der von der größten Wichtigkeit ist. Meine Herren, es ist die unglückliche Nachwirkung dieser Maßregeln auf den Credit, auf den Handel und den Verkehr der betheiligten Grenzprovinzen, nicht blos der Provinz Posen, sondern der sämmtlichen Grenzprovinzen. Daß gerade in jenen Grenzprovinzen, wo eine sehr bedeutende und eine sehr günstige und segensreiche Entwicklung in der Agricultur und in den technischen Gewerben stattfindet, der Credit ein durchaus wichtiges Ding ist, daß er dort nicht so bequem gehandhabt werden kann, und nicht so leicht zur Hand ist, wie in den mehr bewohnten Provinzen, in der Mitte und im Westen des Staates, das weiß Jeder, der einmal damit zu thun gehabt hat. Aber mehr und mehr haben sich Capital und Unternehmungsgeist dorthin gewendet, und mehr und mehr hat sich die Ueberzeugung befestigt, daß gerade für landwirthschaftliche und verwandte industrielle Gewerbe kaum irgendwo eine günstigere Stätte gefunden werden könne. Hatte nun einen kleinen Eindruck die nicht etwa von jetzt, sondern schon in das vorige Jahr zurückzudatirende Bewegung in dem Nachbarlande bewirkt, so war man von den dadurch angefachten Befürchtungen doch sehr bald wieder zurückgekommen.

Der Güterverkehr nahm wieder zu, der Ankauf von Gütern Seitens Deutscher Kaufliebhaber hatte sich wieder

Digitized by Google

gehoben, da erscheint die unglückliche Proclamation des Ober-Präsidenten, und gleich darauf das erste Gerücht von der Convention, und in dieser Beziehung gestatten Sie mir wohl ein Paar Worte aus einem Briefe eines sehr angesehenen Geschäftsmannes in Posen, den die Meisten von Ihnen, welche dort bekannt sind, persönlich kennen. Dieser schreibt Folgendes, und zwar unter dem Eindruck jener Maßregeln:

„Kaum war das Vertrauen wieder etwas befestigt,

— so heißt es unter Anderem —

es fingen bereits wieder die fremden Capitalien an, unserer Provinz zuzufließen, und der Verkehr in Gütern hatte sich wieder etwas gehoben. Alles das ist jetzt durch den Erlaß des Ober-Präsidenten und die weiteren Schritte vernichtet. Die Deutschen Gutskäufer, welche in der letzten Zeit zahlreich hierher gekommen, sind verschwunden und Hypotheken nur schwer zu placiren" u. s. w.

Dies ist wieder ein Brief eines bei dem Verkehr und bei der friedlichen Ordnung in der Provinz Posen, sowie bei der Hebung der Deutschen Interessen tief betheiligten Geschäftsmannes.

Weiter, meine Herren, aber! Wir haben, wenn wir unsere Interessen, die Interessen unserer Landsleute wahren, nicht nur zu denken an deren Entwickelung in der Provinz Posen, wir haben dabei auch zu denken an unsere Landsleute im Königreiche Polen selbst. Eine Masse Deutscher Capitalien sucht auch dort Anlagen, eine große Menge von Geschäftsleuten aus unserem Lande ist dort drüben thätig, und es besteht eine ganze Reihe von geschäftlichen Engagements und Verträgen über Gegenstände friedlichen Verkehrs. Was meinen Sie nun, was das Vorgehen der Staats-Regierung in Bezug auf diese Geschäfte, ja selbst in Bezug auf die Sicherheit der Personen und das Eigenthum dieser Männer bewirken muß? Die heftigsten Antipathien der Polen werden gegen sie an den Tag gerufen, und es gehen in dieser Beziehung Klagen über Klagen von ihnen ein, und Fragen, was man denn eigentlich denke, ob man sie denn ganz und gar vergessen habe?

Endlich, meine Herren, hat sich auch schon herausgestellt, daß namentlich unsere Ostseeprovinzen, die Häfen und die Hauptsitze der Preußischen Rhederei, sehr betheiligt sind bei diesen Maßregeln. Man hat bei Schiffs-Assecuranzen schon die Prämien verstärkt wegen der Aussichten auf Kriegsläufte, die sich an diese Maßregel knüpfen; ja, man hat schon bei Verladungen fremde, namentlich Englische Schiffe als sicherer vorgezogen einem Engagement mit heimischen Schiffsrhedern. Das sind die Folgen, von denen mehrere sachkundige und betheiligte Männer, von denen einige die-

Digitized by Google

ser Versammlung selbst angehören, Ihnen Zeugniß abgeben können. Und so, meine Herren, ist es geschehen, da die Regierung durch ihr Vorgehen alle Interessen verletzt hat, daß sie auch Niemanden in den betheiligten Provinzen für sich hat, weder Polen, noch Deutsche, weder das Inland, noch das Ausland: Alle stehen gleichmäßig in dieser Frage gegen dieselbe.

Was, so fragen wir, drängt uns denn eigentlich unter solchen Umständen zu diesem ganzen Vorgehen? Haben wir denn Rechte und Pflichten dieserhalb in Bezug auf Rußland? Der geehrte Herr Vorredner hat den Cartelvertrag von 1857, sowie Anderes dergleichen hier angeführt und geäußert, daß wir bestimmt eingegangene Staats-Verträge zu respectiren hätten. Dagegen habe ich Niemanden hier im Hause sprechen hören. Auch der Commissions-Antrag trifft diesen Punkt gar nicht. Er will Unparteilichkeit, Nichteinmischung und Nichtbegünstigung der kämpfenden Theile, aber er spricht nicht aus, daß irgend eine wirklich bestehende rechtliche Pflicht gegen Rußland nicht erfüllt werden solle.

Wie man das hineinlegen kann in den ganzen Antrag, weiß ich nicht. Das steht nicht darin. Ich meine aber, meine Herren, wie schon gestern ausgeführt wurde, daß die Verträge wegen Auslieferung von Deserteuren und Verbrechern gar nicht auf den vorliegenden Fall passen und daß, wenn irgendwo von Verletzung von Verträgen die Rede ist, dieselbe von Seiten der Russischen Regierung stattgefunden hat, wie von mehreren Rednern bereits vollkommen begründet wurde. Durch die Russen sind die Verpflichtungen verletzt, die Rußland nicht nur auf dem Wiener Congreß, sondern auch in den Specialverträgen mit Preußen und Oesterreich 1815 eingegangen ist. Davon ist also gar keine Rede, daß wir verlangten, die Preußische Regierung solle gegen Rußland Verträge verletzen; im Gegentheil würde es ihr geziemen, auf die Aufrechthaltung der betreffenden Staatsverträge von Seiten der Russischen Regierung zu dringen.

Haben wir hiernach keine Pflicht zu erfüllen, die uns zwingt, eine Parteistellung im Kampfe einzunehmen, nun, meine Herren, dann haben wir doch mindestens freie Hand und können unsere Interessen wahren, wie sie uns gebieterisch für unser Vaterland vorgezeichnet sind in diesen ganzen Verhältnissen.

Ich will von dem allgemeinen Interesse, welches wir gegen die Verstärkung der Russischen Macht haben, und von den üblen Diensten, die uns von Rußland von jeher erwiesen sind, von seiner steten Feindseligkeit nicht reden, weil dies von den Herren Vorrednern schon hinlänglich charakterisirt ist. Aber ein paar Punkte sehr specieller Natur, die

Digitized by Google

aufs Entschiedenste gegen jede Unterstützung des Russischen Verfahrens in Polen sprechen, die will ich noch vorbringen.

Der Herr Minister-Präsident hat gestern gesagt: „unser Handel und Verkehr sei aufs Entschiedenste betheiligt, daß der Polnische Aufstand so rasch als möglich niedergeschlagen werde."

(Sehr richtig!)

Das hat auch das geehrte Mitglied für Stargard wiederholt, und es klingt so recht scheinbar. Gewiß befinden Handel und Verkehr sich nicht wohl bei solchen Zuständen, und gewiß ist Niemandem, der mit den ersteren zu thun hat, damit gedient, derartige Unruhen zu verlängern. Aber giebt es denn keine Erfahrungen, wie es mit diesen Dingen zugegangen ist, seit 1830, seit der ersten Unterdrückung des Polnischen Aufstandes? Wir machen ja gerade, wenn wir Rußland in seinem widerrechtlichen und empörenden Verfahren in Polen unterstützen, den Aufruhr in seinem Lande permanent! Von keinem Machtgebot, keiner gewaltsamen Unterdrückung läßt sich Friede und Ruhe erwarten, so lange nicht Menschlichkeit und Gesetz gegen die Polen inne gehalten werden. Das beweisen die immer wiederholten Ausbrüche nach blutiger Niederwerfung. Jede Unterstützung Rußlands unsererseits verfehlt daher ihren Zweck. Wir werden einen geordneten, dauernden Verkehr für unsere Grenzprovinzen nie bekommen, wenn das Russische System nicht geändert wird, und eine Unterstützung dieses Systems schlägt gegen uns selbst aus, weil wir dadurch den Aufruhr befördern, der unsern Handel und Verkehr aufs Entschiedenste schädigt.

Zweitens, meine Herren, in dem Vertrage vom 3. Mai 1815 Art. 28. ist ausdrücklich der möglichst freie Grenzverkehr der Russischen und Preußischen Antheile von Polen bestimmt, und als Maximalzollsatz 10% ad valorem festgesetzt. Namentlich ist auch in dem Artikel ausgesprochen, daß die humanste und die coulanteste Behandlung bei der Zollabfertigung an der Grenze stattfinden solle. Nun, was das Ding zu bedeuten habe, daß weiß Jeder, der irgend einmal mit den Russischen Grenzzollbeamten zu thun gehabt hat. Meine Herren, ich habe als Richter damit zu thun gehabt, weil ich zwei Jahre dort fungirte, und ich erlebte es, daß die verdrießlichsten Dinge vorkamen, Lieferungsverträge und dergleichen, auf welche die Zollabfertigung influirte. Da liegt nun eine flagrante Verletzung jener Vertragsbestimmungen vor. Anstatt, daß die Russen jene Zollbestimmungen in den Verträgen auch nur entfernt inne gehalten hätten, hat man beinahe ein Sperrsystem an der Grenze eingeführt, und unsern Handel im hohen Grade geschädigt. Was thun wir also, wenn wir Rußland in seiner jetzigen Stellung gegen Polen helfen? Wir verewigen einen

Digitized by Google

Rechtsbruch, wir kämpfen für einen Rechtsbruch, der uns selbst am schwersten trifft; wir kämpfen geradezu gegen uns selbst

(Sehr wahr! links)

und gegen die Interessen des Handels und der Industrie des eigenen Landes!

Das wären ganz kurz einige Gesichtspunkte, wenn wir uns und Rußland allein betrachten.

Sodann haben wir aber die Stellung zu den Europäischen Mächten mit in Betracht zu ziehen.

Gestatten Sie mir nur wenige Worte darüber, denn es ist ja schon im reichsten Maße geschehen. Daß hier völkerrechtliche Verträge vorliegen, bei denen auch die übrigen Europäischen Großmächte interressirt sind, weil sie Mitcontrahenten waren, darüber bedarf es keiner weitläufigen Ausführungen, da bereits der Herr Abgeordnete Twesten auf das Genügendste und Gründlichste auf diese Frage eingegangen ist. Was man nun auch von den Intentionen der Westmächte etwa denken mag, namentlich von ihrem Interesse für die Polnische Nationalität, für die Wiedererhebung Polens, ob man ihre Kundgebungen auch — wie ich es selbst thue — für mehr demonstrativer Natur hält; wenn man sich auch kaum dem Glauben zuneigt, daß es ihnen so außerordentlich darum zu thun wäre, Polen wieder zu erheben, daß sie selbst die Last eines Krieges deshalb auf sich nehmen würden — was man auch von alledem denken mag, so liegt es doch sehr nahe, daß die Westmächte die Polnische Frage sehr leicht als bequemen Vorwand nehmen könnten, um für ihre eigenen speciellen Interessen einzutreten. Ich denke, wir haben in den letzten Jahren Erfahrungen gemacht, daß die orientalische Frage keine Chimäre ist, daß sie sehr tief und in reeller Weise in die ganzen Europäischen Verhältnisse eingegriffen hat. Da ist aber die Position in Polen Behufs der immer näherrückenden und immer mehr andrängenden Lösung eine gar zu wichtige, als daß sie nicht große Anziehungskraft ausüben sollte. Außerdem ist mit Recht geltend gemacht worden, daß der Herrscher von Frankreich steter Ableitungsmittel gewisser Art bedarf, um den Freiheitsdrang seiner Nation mit gloire und prestige zu stillen, daß er also persönliche und dynastische Gründe hat, um solche Begünstigung der Polnischen Nationalität hiermit zur Schau zu tragen und gelegentlich auch wohl auszubeuten. Wir kommen also bei dieser Lage der Dinge in Verwickelungen, die einen Europäischen Krieg denn doch wahrhaftig als keine Unmöglichkeit erscheinen lassen. Machen wir uns einmal mit wenigen Worten das klar, wie die Dinge in diesem Falle gegen uns liegen. Wir führen den Krieg, wenn wir wirklich durch diese Cooperation mit Rußland darin verwickelt werden, gegen unsere eignen

Digitized by Google

Intereſſen. Das habe ich bereits im Vorigen dargethan. Aber es iſt nicht genug, das materielle Intereſſe hier in Erwägung zu ziehen; man muß ſich klar machen, daß ein Europäiſcher Krieg auf der Seite Rußlands nichts Anderes, als ein Feldzug für die Reſtaurationspolitik iſt; wir kämpfen alsdann für die Wiederherſtellung des Abſolutismus, wir kämpfen gegen die geſchichtliche Grundlage der Entwickelung des eigenen Staats,

(Bravo! links.)

für das alte Syſtem, und das wäre ein Kampf, meine Herren, wo der Sieg beinahe ſchlimmer wäre als die Niederlage.

(Sehr gut! links.)

Ich muß ſagen, ich kenne keine gräßlichere Stellung eines Volkes, als wenn bei einem großen Kampfe, wo ſeine Söhne und Brüder auf das Schlachtfeld geführt werden, ſich ein ſo unſeliger Zwieſpalt in der ganzen Nation zeigt. Und da ſchwebt mir der Kampf Oeſterreichs im Jahre 1859 vor, wo die Wiener Börſe jede Niederlage der eignen Heere mit einer Hauſſe begrüßte. Man darf ſich nicht verhehlen, daß bei ſolchen Kämpfen, die gegen den Geiſt der Zeit und die geſchichtlichen Lebensbedingungen der Völker geführt werden, in vielen Fällen das Einlenken in neue, beſſere Bahnen meiſt von Niederlagen datirt.

Nehmen Sie Oeſterreich im Jahre 1859 — ich führte es eben an, — nehmen Sie die Krimniederlage Rußland in den funfziger Jahren! Die Reformen in Rußland, dies der Regent, der jetzt an der Spitze dieſes Staates ſteht, angebahnt hat, datiren auch von jener Niederlage her. Nehmen Sie uns! Von der Niederlage von Jena datirt der neue Aufſchwung des Preußiſchen Staats.

Aber, meine Herren, mehr als eine ſolche Niederlage kann ein Volk nicht gut vertragen, und an der Niederlage von 1806, denke ich, haben wir genug und wollen nicht noch einmal durch furchtbare Erfahrungen, durch furchtbare Opfer auf die gute, auf die ſegensreiche Bahn des wirklichen Fortſchritts der Einigkeit zwiſchen Fürſt und Volk gedrängt werden.

(Bravo!)

Weiter, meine Herren, würde in dieſem Kampfe wider uns ſein die Sympathie aller gebildeten Völker. Die entſetzliche Rekrutirung, dieſe Menſchen-Razzias, ſind hier ſchon gekennzeichnet worden, wie ſie es verdienen. Daß ſolche Dinge zuletzt den Nothſchrei des gedrängten Volkes, den Verzweiflungskampf hervorrufen müſſen, und daß demſelben die allgemeine Sympathie entgegenkommt, das iſt keine Macht der Erde zu hindern im Stande.

Auch die Maßregeln Rußlands bei der gegenwärtigen Kriegführung ſelbſt (ich fuße freilich nur auf Zeitungsnach-

Digitized by Google

richten), werden als so unmenschlich geschildert, daß sie einen Russischen Offizier, einen Baron v. Korff, bestimmt haben sollen, sich das Leben zu nehmen, weil sein humanes Gefühl in Conflict kam mit seiner militairischen Pflicht. Ich habe es als Zeitungsnachricht bezeichnet, ich kann die Bürgschaft dafür nicht übernehmen; aber ein Licht würde dies, wenn es wahr wäre, — und es ist von keiner Seite widersprochen — auf die Russische Kampfweise im eigenen Lande werfen, welches dieselbe in den Augen der ganzen Welt brandmarken müßte. Man hört andererseits, die Russen seien zur äußersten Strenge gezwungen, die Empörung im Lande, die immer wieder auftaucht, könne nur durch solche Maßregeln erstickt werden. Ich will auf all die Criminationen und Recriminationen hier nicht weiter eingehen; es ist mißlich, wenn man nicht auf das Genaueste unterrichtet ist, abzuwägen, wie weit auf dieser und auf jener Seite eine Schuld stattfindet. Ich halte den einzigen Satz fest, meine Herren, und ich glaube, Sie stimmen mir darin bei: Wir leben in Zeiten, in denen sehr Vieles unmöglich geworden ist, was noch im vorigen Jahrhundert möglich war in der Politik und in socialer Hinsicht. So ist z. B. eine Kriegführung, wie die Ludwigs XIV. an der Deutschen Westgrenze, die von dem Herrn Abgeordneten für Stargard gebrandmarkt worden ist, unter gesitteten Völkern nicht mehr möglich, ebenso wenig der berüchtigte Hessische Menschenhandel, jene schandbare Günstlings- und Maitressenwirthschaft zu Ende des 17ten und im 18ten Jahrhundert, wie sie die Deutschen und andere Höfe befleckte. Wir sind ein Stück weiter gekommen, meine Herren, so viel auch noch zu erstreben bleibt. Nun, und zu den Unmöglichkeiten unserer Zeit rechne ich noch eine, meine Herren: Wenn es so weit gekommen ist in einem Lande, daß die Regierung sich nur noch durch den Stock, oder durch die Knute, oder durch den Säbel behaupten kann, daß das ganze Land permanent in Kriegszustand gehalten werden muß, nur damit die Regierung ihre Herrschaft behaupte: dann, meine Herren, ist eine solche Regierung gerichtet, dann ist sie für die Dauer unmöglich in unseren Tagen. Dergleichen streitet gegen die ganze Anschauungsweise der modernen Zeit. Der Stab ist über sie gebrochen und kein gesitteter Mensch wird ihr das Recht vindiciren, das Land zur Wüste zu machen. Die Richtigkeit dieses Satzes hat sich in Italien gezeigt. Das Oesterreichische Stockregiment, —, wie man sagt, auch aufgedrungen durch Verschwörungen und Revolutionen, die grauenhafte Wirthschaft der dortigen Bourbonen und Lothringer ist auch unmöglich geworden und hat ihr Gericht gefunden, und ich meine, die Zeit ist nicht gar so fern, daß solche Regimente völlig von unserm Continent verschwinden, daß sie für immer untergehn, wie sie unterzugehen verdient.

(Bravo!)

Digitized by Google

Der Herr Minister-Präsident hat gestern von der Solidarität der Europäischen Revolution hier gesprochen. Nun, wenn er unter derselben jenen Umschwung in den Anschauungen der Zeit, jenes immer stärkere Erwachen des öffentlichen Gewissens meint, dann hat er Recht.

(Bravo!)

Diese Solidarität existirt. Immer bewußter verkettet die Völker gegenwärtig die Solidarität von Bildung und Gesittung, und keine Regierung in der Welt, wie stark sie auch sei, kann der Sympathien, die aus dieser Solidarität entspringen, entbehren. Sie wird immer die Rechnung ohne den Wirth machen, wenn es darauf ankommt, sich in großen Krisen behaupten zu sollen, die niemals ausbleiben.

Der dritte Punkt endlich, dessen ich noch gedenken muß, gleich den Rednern vor mir, ist die Lage unseres Vaterlandes selbst, in welcher es den Kampf aufzunehmen hätte, mitten in einem schweren Conflict zwischen Regierung und Volk. Ich will die Hemmnisse jeder energischen Macht-Entfaltung nach Außen, die darin liegen, nicht weiter verfolgen. Es ist der traurigen Analogie aus dem Anfange der fünfziger Jahre schon gedacht worden, nur zu dieser erlaube ich mir noch einige Worte hinzuzufügen.

Die Thatsachen sind nun einmal historisch offenkundig geworden; ein Recurriren darauf wird also nicht gegen die uns empfohlene staatsmännisch-patriotische Vorsicht verstoßen. Als unsere Regierung damals jenen berüchtigten Rückzug von Olmütz antrat, stand sie viel günstiger als jetzt. Das damalige Ministerium hatte eine große Partei im Lande hinter sich; es waren viel bessere Ziele, für die es eintreten wollte, gedenken Sie nur der Deutschen, der Hessischen, der Schleswig-Holsteinischen Fragen. Ich sage nicht, daß wir durchaus jenen Standpunkt theilten; aber man muß doch zugestehn, daß die Dinge damals andre waren, als für die wir jetzt eintreten müßten, daß sie unserm Interesse näher lagen; und dennoch, meine Herren, ist man zu dem Rückzug gekommen.

Nun meint man vielleicht Seitens der Regierung, man müsse nur in der Sache etwas kühn vorgehn: ein fait accompli im Sinne des Herrn Minister-Präsidenten, würde die Westmächte bald dahin bringen, daß sie von ihrer Einsprache, wenn die Dinge einmal geschehen wären, zurückträten. Es ist wahr, mit solchen faits accomplis hätte man zu verschiedenen Zeiten verschiedene Dinge, große Interessen und Ziele wahrhaft Preußisch-Deutscher Politik erreichen können, und das ganze Volk dabei hinter sich gehabt.

Aber, meine Herren! Wenn das Ministerium wesentlich basirt ist darauf, daß es die Verletzung unserer Verfassung im eigenen Lande zum fait accompli macht, dann kann es nach Außen hin nun und nimmermehr mit dergleichen

Digitized by Google

vollendeten Thatsachen debutiren; das Eine schließt das Andere aus.

(Sehr wahr!)

Freilich könnte man sich einen sehr unnöthigen Rückzug ersparen, wenn man auf den Rath der Volksvertretung einginge, dem Gehör zu geben doch weniger demüthigend ist, als den Drohungen des Auslands. Aber ich gestehe, ich gebe mich dieser Hoffnung nicht hin, nach dem, was wir hier gehört haben.

Nun, meine Herren, komme ich aber zu einem weitern größern Gesichtspunkt, der in dieser Frage seine entschiedene Berechtigung hat, und Sie werden mir gestatten müssen, diesem einige Minuten zu widmen. Der Herr Minister-Präsident hat schon bei Gelegenheit der Interpellation des Herrn Abgeordneten Kantak darauf hingeführt, und heut ist die Sache sehr eingehend von dem geehrten Mitgliede für Stargard aufgenommen worden. Es handelt sich hier, wie denn keine Europäische Frage mehr ohne dieses Princip discutirt werden kann, um die Nationalität, um die Position, die wir den Polnischen Bestrebungen gegenüber hier als Preußen, als Deutsche einzunehmen haben. Der Herr Abgeordnete für Stargard ist so gütig gewesen, auf eine Rede von mir Bezug zu nehmen, die er, wie es mir schien, dem Commissions-Antrag entgegenstellen wollte, wodurch er mich also, insofern ich für diesen stimme, in Widerspruch mit mir selbst zu verwickeln gedachte. Ich bedaure, daß er nur einige Stellen daraus mitgetheilt hat. Ich muthe ihm zwar nicht zu, die ganze Rede zu lesen, aber einige Stellen, die gerade für die gegenwärtige Frage bezeichnend sind, wurden nicht vorgelesen. Sein Gesichtspunkt wie der des Herrn Minister-Präsidenten ist der: „Wir müssen unbedingt Rußland helfen; wir müssen um jeden Preis den Aufstand im Russischen Polen mit niederwerfen, weil sich in letzter Perspective die Wiedergeburt Polens daran knüpfen könnte. Ein selbstständiges Polen ist aber eine Macht, die mit unsern Interessen nothwendig in Conflict treten muß, indem es eine stete Begehrlichkeit nach den an uns gekommenen, früher Polnischen Landestheilen zeigen würde. Daher müssen wir seiner künftig möglichen Constituirung schon im Keime entgegenwirken."

Nun, meine Herren, ich gestehe nun, daß ich vollkommen auf einem anderen Standpunkte stehe, und dennoch nicht im Mindesten mit dem von mir früher eingenommenen, in jener Rede entwickelten in Widerspruch gerathe.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten für Stargard zu außerordentlichem Danke verbunden, weil sich mir hier die Gelegenheit bietet, jene Stellung, sowohl für mich, wie für meine sämmtlichen politischen Freunde in einem Punkte zu wahren, um dessen willen man uns gern verdächtigen möchte,

Digitized by Google

daß wir nämlich, um unseren Polnischen Sympathien gerecht zu werden, unsere Pflicht als Deutsche, als Preußische Abgeordnete verabsäumten, und nicht fest und treu auf unserem nationalen Standpunkte, wie er nun einmal gegeben ist, beharrten.

Ich würde mir ohne seine Interceſſion die Freiheit genommen haben, darauf so speciell, als ich dies nunmehr thun kann, einzugehen. Nach dem von ihm Verlesenen brauche ich kaum ein Wort zu verlieren, daß ich als erste, unverrückbare Pflicht unseres Staates die Vertheidigung der früheren Polnischen Landestheile, die jetzt zum Königreich Preußen gehören, anerkenne.

Jede Erhebung der Polen, welche antastet diese unsere Landesgrenze, verletzt die Deutsche Nationalität und tritt in Conflict mit wohlberechtigten Preußischen und Deutschen Interessen, und dem müssen wir entgegentreten mit Gut und Blut, unter jeder Bedingung.

Dabei bleibe ich und diese ganze Seite dieses Hauses!

(Zur Linken.)

Sie nennt sich die Deutsche Fortschrittspartei, und ich wüßte nicht, wie Einer von uns Anspruch haben sollte auf diesen Namen, welcher diesen Standpunkt nicht theilt.

(Bravo!)

Nun, meine Herren, aber zur andern Seite. Ich habe bei jener Gelegenheit ferner gesagt, — hoffentlich ist es mir gestattet, diese wenigen Worte hier zu verlesen: —

(Zustimmung.)

„Gewiß wird ein Volk, wie das Deutsche, selbst in schwerem Ringen um seine nationale Existenz, nicht geneigt sein ꝛc. ꝛc., einer fremden Nation ihr Bedürfniß nach nationaler Wiedergeburt und ihr Recht dazu irgendwie verkümmern zu wollen. Wir werden namentlich dem Muth und der zähen Ausdauer der Polen in dieser Beziehung durchaus unsere Anerkennung nicht versagen können. Aber, meine Herren, daraus folgt noch nicht, daß wir im Zusammenstoß unsrer eigenen Nationalität mit der fremden, uns unsrer Sympathien wegen befugt halten können, an der eigenen Nationalität zum Verräther zu werden u. s. w."

Weiter habe ich den Polen damals zugerufen:

„Wie wir den Bestrebungen Ihrer Nationalität innerhalb der gehörigen Schranken" (über die ich mich vorher ausgesprochen hatte) „vollkommen unsere Sympathien widmen können, sobald dieselben die nationale Existenz unserer Landsleute nicht antasten, so müssen wir, wenn Sie das thun, Ihnen um jeden Preis und unter jeder Bedingung ent-

Digitized by Google

gegentreten. Die Einsichtigen auf beiden Seiten können diesen Conflict nur beklagen, er ist gegen das Interesse beider Völker u. s. w."

Nun, meine Herren, ich wüßte nicht, wie ich mit diesen Ansichten im mindesten in Widerspruch käme und wie unsere Partei mit ihren bekannten Grundsätzen in Widerspruch käme, wenn sie jetzt für den Commissions-Antrag stimmte.

Im Gegentheil ist darin bereits der engherzigen Weisung das Urtheil gesprochen: daß wir der Menschenpflicht und Gerechtigkeit entgegentreten und für die Russische Regierung Partei ergreifen sollen, weil uns künftig etwa von den wieder erstehenden Polen irgendwie Gefahren erwachsen können!

Nein, meine Herren, gegen eine solche engherzige und kleinliche Auffassung verwahre ich uns, verwahre ich namentlich das Princip der eignen nationalen Erhebung. Gerade so deduciren gewisse andre Mächte, denen die Einheit Deutschlands auch als eine Bedrohung ihrer Machtstellung scheint, gegen uns. Wir würden mit uns selbst in Widerspruch kommen und unsern Gegnern Vorschub leisten, wenn wir von unserer Stellung aus uns darauf einließen. Jene Preußischen Provinzen, weil sie dem Germanisirungs-Proceß entschieden verfallen sind, und weil wir die Deutschen Interessen darin zu schützen haben, halten wir ein für allemal fest. Aber wenn wir uns denn einmal auf die Zukunftspolitik einlassen wollen, deren Perspective die Gegner uns eröffnet haben, so behaupte ich, es sprechen sehr reale Interessen, welche durchaus keine hohle Sympathie sind, recht wesentlich dafür, daß wir weit eher für ein solches künftig zu constituirendes Polen, als dagegen Partei zu nehmen haben. Ich muß gegen die sogenannte „schwächliche Humanität," deren der Abgeordnete v. Vincke gedachte, protestiren und den Begriff etwas näher definiren. Als eine solche erkenne ich nur die an, welche den nationalen Standpunkt, den berechtigten Egoismus, dessen jedes Volk zu seiner Existenz bedarf, verleugnet, denn die Nationalität selbst ist ja die einzige geschichtliche Form der Humanität; es giebt ja keine anderen Träger der Humanität, als die Nationen. Aber die rechte Humanität, — Gott sei Dank! das wollen wir Deutsche nicht versäumen bei jeder Gelegenheit geltend zu machen — kann mit dem Geltendmachen der Deutschen Nationalität nie und nimmer in Conflict kommen! Wir sind vorzugsweise dasjenige Volk des Europäischen Continents, dessen ganzen Bestrebungen, dessen politischer Wiedergeburt ein so tiefes Humanitäts-Interesse zu Grunde liegt, als bei keinem andern.

(Bravo! links.)

Es ist vorzugsweise dem Deutschen Geiste eigen,

Digitized by Google

daß er in seinen politischen und socialen Forderungen, in dem echt menschlichen Inhalt, mit dem er, seinem eigensten Wesen nach, die Staatsform zu erfüllen bestrebt ist, niemals in Widerspruch gebracht werden kann, mit den Forderungen der Humanität!

(Bravo!)

Meine Herren! Ich glaube nicht an eine Constituirung Polens vor einer Constituirung Deutschlands. Ich glaube nicht daran, denn die fremden Mächte, auf die man sich dabei stützt Seitens der Polen, haben kein Interesse, kein wahres, wirkliches, reales Interesse, wir wir, und ich meine, die Polen haben in dieser Beziehung bereits genügende Erfahrungen gemacht. Zu was hat man sie gebraucht? Wozu braucht der Herrscher im Westen überhaupt den Nationalitäten-Cultus? Wir sehen es in Italien, wie treu er ergeben ist, wo er allein die nationale Constituirung hindert. Schon sein großer Vorgänger hat die nationalen Sympathien der Polen zu nichts Anderem gebraucht, als ihre Söhne auf die Schlachtfelder seines Ehrgeizes zu führen.

(Sehr wahr!)

Das ist natürlich, und ebenso natürlich ist es, daß von einem constituirten Deutschland die Polen Aehnliches nun und nimmermehr zu fürchten haben. Wir sind kein Volk, das aus leerem Ehrgeiz fortwährend den Frieden gefährdet und auf Eroberungen durch Blut und Eisen ausgeht.

Unsere Eroberungen sind die der Cultur. Wir fordern nicht muthwillig unsere Nachbarn heraus, wenn man uns in Frieden läßt in unseren Grenzen, wir kämpfen nicht für leere Phantome.

Deutschland, das wiedererstandene Deutschland ist bestimmt, den Schild der Gerechtigkeit für den ganzen Continent zu erheben, und die Völker, die darauf ihre eigenen berechtigten nationalen Bestrebungen stützen, sind nie dem ausgesetzt, als wenn sie mit dem Französischen Ehrgeiz Bündnisse schließen!

(Lebhaftes Bravo! links.)

Und ich meine wirklich, reale Interessen liegen vor, gerade ein solches Bündniß in Zukunft mit Polen zu fördern.

Wenn erst Deutschland und Polen constituirt sind, meine Herren, dann ist es mit der Cabinetspolitik vorbei, welche die Völker trennt und gegen einander hetzt, dann wird eine nationale Politik die Völker einigen, daß sie nicht gegen einander, sondern neben und mit einander im friedlichen Wetteifer ihre Kräfte versuchen.

Ein friedlicher Grenzverkehr, ein Austausch der materiellen und intellectuellen Güter, eine Gemeinschaft der geistigen und materiellen Errungenschaften wird stattfinden und wird

Digitized by Google

die alten Erinnerungen des Hasses unter den Nationalitäten vertilgen, indem sie sie ihre wahren Interessen erkennen lehren.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, selbst wenn dem nicht so wäre, wenn der Uebergang dahin nur durch Kämpfe zu bewerkstelligen wäre, so meine ich, ist es unserer dennoch nicht würdig, uns durch einen solchen möglichen, friedlichen Anprall der Polen, von dem, was die Gerechtigkeit fordert, abhalten zu lassen.

Ich denke, dem sind wir Preußen allein schon gewachsen, wenn er uns geboten wird, und ich meine, daß obenein ganz Deutschland in diesem Kampfe uns zur Seite steht. Und aus solchen kleinlichen Rücksichten möchte ich nicht, daß wir unsere eigenen nationalen Bestrebungen irgendwie im Keime beflecken, jetzt, wo dieser Keim, mitten unter dem Druck untröstlicher Gegenwart im freudigsten Gedeihen emporschießt.

(Lebhaftes Bravo.)

Hiernach, meine Herren, nach dem wenigen von mir Gesagten, ergiebt sich die Stellung, die wir zu dem Commissions-Antrage und den verschiedenen Amendements einzunehmen haben, von selbst. Ja, dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin, wie er uns dasselbe entwickelt hat, würde ich recht wohl beitreten können, wenn ein Ministerium v. Bonin auf der Ministerbank uns gegenüber säße!

(Große Heiterkeit.)

Dann hätte ich kein Bedenken dagegen, da sein Inhalt im Grunde der Sachlage entspricht. Aber, meine Herren, dem jetzigen Staats-Ministerium gegenüber müssen Sie mir erlauben, daß ich nicht so denke. Ich meine, hier haben wir uns zu wahren und müssen sehr auf unserer Hut sein, daß nicht Dinge, die an sich ihre entschiedene Berechtigung haben, gemißdeutet und gegen unsern Sinn ausgebeutet werden. Meine Herren, wir Alle wollen den Schutz der Grenze.

Wer will das nicht! Wir Alle glauben, daß die Regierung verpflichtet, nicht nur berechtigt ist, so wie solche Dinge sich ereignen, wie der Polnische Aufstand, die nöthige Besetzung an der Grenze, die nöthige Obacht im Lande stattfinden zu lassen, um sowohl die Gefährdung der Grenzbewohner als die Verschleppung des Aufstandes in unsere Provinz zu verhüten. Aber, meine Herren, wenn Sie sagen: „die Regierung soll sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränken und jede darüber hinausgehende Einmischung vermeiden," so meine ich: wir haben von dem Interpretationstalent des Herrn Minister-Präsidenten solche Proben erhalten in Bezug auf die Verfassungs-Urkunde, daß ich keine

Digitized by Google

Minute Zweifel hege, dieſe Beſtimmung wird zu der Erwiderung Anlaß geben: ja, Alles was wir gethan haben, auch die Cooperation mit Rußland iſt eben zum Schutze der Grenzen geſchehen, wie Ihr das ſelbſt verlangt!

(Heiterkeit links.)

Ich halte es nicht für nothwendig, die Königliche Regierung jetzt aufzufordern, überhaupt die Grenze zu ſchützen. Das iſt ja bereits geſchehen, und die meiſten von uns meinen, es ſei eher zu viel als zu wenig in dieſer Beziehung geſchehen. Das iſt ja aber der Grund der Differenz, die Baſis des ganzen Antrags.

Ich möchte alſo dieſen Punkt, der keinen praktiſchen Werth in dieſem Augenblick hat, da Alles, was in dieſer Beziehung nothwendig, geſchehen iſt, weglaſſen, er bietet nur zu jenen Interpretationen, der kühnſten und bedenklichſten Art, eine Handhabe, die ich bereits bezeichnet habe.

Das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Vincke habe ich durchaus nicht nöthig näher zu kritiſiren, da er uns ſeinen ganzen Standpunkt in ausreichendſter Weiſe klar gemacht hat. Ich glaube, daß die Meiſten im Hauſe dieſen Standpunkt nicht theilen. Er iſt offen dafür, daß unſere Regierung die Ruſſiſche Regierung unterſtützt und ſie in dieſem Kampfe begünſtigt. Sie ſoll nur nicht ſoweit gehen, daß die Ruſſiſchen Truppen das Preußiſche Gebiet zum Zweck der Verfolgung der Polniſchen Inſurgenten betreten dürfen. Sonſt will er die Unterſtützung, die Cooperation, oder wie man es nennen will, mit der erwähnten einzigen Ausnahme, die er in ſeinem Amendement feſtſtellt. Wer alſo überhaupt die Intervention, Cooporation nicht will, kann ſelbſtverſtändlich für das Amendement nicht ſtimmen.

Ich gehe nun zu dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs über. Das Amendement unterſcheidet ſich nicht in einem einzigen weſentlichen Punkte von dem Commiſſions-Antrag.

(Sehr richtig! rechts.)

Es iſt nur eine beſſere Faſſung und gerade, meine Herren, um einem Einwande, der aus Ihren Reihen kam, (zur Fraction Vincke gewendet) vorzubeugen, nämlich: man ſolle nicht die Ruſſiſche Regierung als befreundete Macht und die Aufſtändiſchen nebeneinander ſtellen," das iſt hier vermieden. Um dieſer ſtaatsrechtlichen Rückſicht, gegen die ich durchaus Nichts einzuwenden habe, entgegenzukommen, hat der Abgeordnete v. Bockum-Dolffs, indem er den Sinn und die Tragweite des Commiſſions-Antrages wohlbewußt beibehielt, die Faſſung verbeſſert. Meine Herren, ich erachte dies, jenen Bedenken gegenüber, auf die ich ſelbſt, offenherzig geſtanden, nicht gekommen wäre, für zweckmäßig, und ich erkläre meinerſeits, und glaube damit nicht im Widerſpruch mit meiner Einſchreibung für den Commiſſions-An-

Digitized by Google

trag zu stehen, für diesen Antrag zu stimmen, da er sich in jeder Hinsicht als verbesserter Commissions-Antrag empfiehlt, wie ich, obgleich ich Mitglied der Commission gewesen bin, nicht eine Minute Anstand nehme, zu bekennen.

Erlauben Sie mir nur noch ein ganz kurzes Schlußwort, es scheint mir durch die Situation dringend geboten. Mitten in dem Kampf um unsere verfassungsmäßigen Grundrechte trifft uns diese große, diese Europäische Frage. Da mag man von mancher Seite wohl meinen, — es hat scheinbar etwas für sich: — Ihr seid in dem Ringen, in dem Kampf um das Nächste, gewissermaßen um Eure politische Existenz begriffen, um das was Euch zumeist noth thut. Wie kommt Ihr dazu, anstatt Euch darauf zu beschränken, Eure Kräfte darin zu concentriren, Fragen der auswärtigen Politik von so weit greifender Bedeutung gegenwärtig in Eure Wirksamkeit hineinzuziehen?

Ich glaube, meine Herren, einerseits sind die wichtigsten Landes-Interessen bei dieser großen Frage denn doch in einer Weise betheiligt, daß die Volksvertretung unmöglich dazu schweigen kann. Die ganze Geltung und Stellung Preußens Europa gegenüber, Ruhe und Friede, die Bedingungen unserer materiellen Entwickelung, stehen hier in einem Grade auf dem Spiele, daß wir unsere Stimme unter allen Umständen dabei erheben müssen. Daß wir dies in keinem Augenblick, wie ungünstig, wie gefährdet unsere Stellung nach Innen auch sein mag, vergessen, das wird dem Lande und uns zu Gute kommen. Der Nothstand, in dem wir und die Landesverfassung uns in gewissem Sinne gegenwärtig befinden, soll nicht dazu führen, daß er unseren politischen Gesichtskreis irgendwie beengt. Wir haben dem Lande zu beweisen, daß, während man uns den sichern Boden zu unseren Füßen entziehen möchte, wir eine klare Auffassung, im Hinblick auf die Europäischen Verhältnisse, behaupten, die hier eingreifen, und die Fragen, wie es der Preußischen Volksvertretung geziemt, im großen Sinne behandeln. Wir verlieren dabei die ganze Zukunft unseres Vaterlandes keinen Augenblick aus dem Auge. Denn, meine Herren, obgleich man uns die Gegenwart bestreitet — wir wissen, diese Zukunft gehört uns!

(Bravo!)

In dem sicheren Gefühl, daß dem so ist, haben wir auch in dieser Frage nochmals uns der Zustimmung Europas zu versichern, die uns schon früher, bei dem Kampfe um unser verfassungsmäßiges Recht, in einem noch nicht dagewesenen Maße zu Theil wurde.

Es wird uns den Kampf um die engeren Interessen unseres Vaterlandes erleichtern, wenn wir in der öffentlichen Meinung der gesitteten Welt einen Alliirten uns erhalten, den man respectiren wird Seitens unserer Regierung, früher

Digitized by Google

oder später. Daher wiederhole ich nochmals: das Volk kennt uns, das Volk kennt die Herren auf der Ministerbank uns gegenüber, unsern Standpunkt in dieser und jeder anderen Frage. Ob unser Wort diese oder jene unmittelbare Wirkung haben wird oder nicht an entscheidender Stelle, wir haben das Unsrige gethan. Und wenn unser Vaterland vor einem großen Europäischen Conflict bewahrt wird — einen Theil davon hat es uns zu danken, ob man dies auch von Seiten der Herren Minister niemals zugestehen wird.

(Bravo!)

(Klatschen auf den Tribünen.)

Vice-Präsident **Behrend**: Das Klatschen auf den Tribünen ist auf das Strengste untersagt.

Der Herr Abgeordnete Zierenberg hat einen Antrag auf Schluß der Discussion eingereicht.

(Widerspruch.)

Es ist ein solcher Antrag da; ich werde also fragen, ob derselbe unterstützt wird, und bitte Diejenigen, welche ihn unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Es sind auf der Rednerliste noch verzeichnet für den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten:

Dr. Löwe, Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Dr. Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Bentkowski, Dr. Faucher, Müller (Anclam), v. Forckenbeck und Wachsmuth;

gegen den Antrag der Commission die Herren Abgeordneten:

Dr. Virchow, Dr. Simson, Groote, Dr. v. Bunsen, v. Bockum-Dolffs, Janiczewski.

Außerdem sind noch sechs persönliche Bemerkungen angemeldet.

Ich werde jetzt das Haus zu fragen haben, ob es den beantragten Schluß annehmen will und bitte Diejenigen, die dem Antrage ihre Zustimmung ertheilen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist ohne Zweifel die Minorität und wir werden daher in der Discussion fortfahren.

Ich ertheile zunächst das Wort dem Abgeordneten Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow**: Meine Herren, ich knüpfe an die letzten Worte des Herrn Vorredners an. Auch ich habe die Ueberzeugung, daß das Land sowohl uns, als die Herren auf der Ministerbank kennt, und eben weil ich diese Ueberzeugung habe, so hätte ich wohl gewünscht, daß das

Digitized by Google

hohe Haus dieſer Reſolution eine mehr energiſche Faſſung gegeben hätte. Eine ſolche nämlich, welche dem Herrn Miniſter die Gelegenheit dargeboten hätte, an das Land zu appelliren, und die Probe zu machen, ob das Land nach der einen oder der anderen Richtung ſich entſcheiden wolle.

Meine Herren, ich glaube, daß die Faſſung, wie ſie jetzt in den verſchiedenen Amendements und in den Commiſſionsberichten vorliegt, nicht ganz vollſtändig correct der Sachlage entſpricht. Zum Beweiſe dafür kann ich mich auf eine Reihe von Rednern berufen, welche hier geſtanden haben, und welche alle darin übereingekommen ſind, daß ſie meinten, es handele ſich jetzt darum, Verwahrung einzulegen gegen das Vorſchreiten der Königlichen Staats-Regierung in Bezug auf den Abſchluß der Convention. Wenn ich gegenwärtig davon Abſtand nehme, einen beſonderen Antrag in dieſer Richtung zu ſtellen, ſo halte ich mich doch für berechtigt, in dieſem Sinne zu ſprechen und die Maßregeln, ſo weit ſie uns gegenwärtig von der Königlichen Staats-Regierung bekannt ſind, zu beurtheilen.

Der Herr Miniſter-Präſident hat geſtern, gewiß zur höchſten Ueberraſchung des Landes, auf deſſen Aufklärung er erſt zu rechnen ſcheint, ausgeführt, daß die Annahme der Reſolution, wie ſie vorliegt, bekunden würde, daß das Haus einen Mangel an Patriotismus beſitze, daß wir uns für die Inſurrection erklärten; ja er hat ungefähr das ausgedrückt, was ſeitdem ein ſeinen Parteigenoſſen ſehr naheſtehendes Preßorgan ſo ausgedrückt hat; die Männer der Fortſchrittspartei würden bald nur noch als Landesverräther bezeichnet werden.

Ich habe neulich in der Debatte über den Schulze-Carlowitzſchen Antrag mich über die Stellung der Regierung etwas eingehender geäußert und es hat mir eine gewiſſe Befriedigung gewährt, daß bei den ziemlich lebhaften Erwiderungen, welche der Herr Miniſter-Präſident noch geſtern auf die bei jener Gelegenheit gehaltenen Reden ausgeſprochen hat, er meiner nicht gedacht hat. Ich ſchließe daraus, daß ich mich innerhalb der Grenzen thatſächlicher Bemerkungen gehalten habe und ich werde verſuchen das auch heute zu thun. Ich hatte in jener Debatte, ohne Widerſpruch zu finden, hervorgehoben, daß es mir ſcheine, als ob gegenwärtig in unſeren Regierungskreiſen eine neue weitere Entwickelung ſtattgefunden habe, welche keineswegs vollſtändig den Intentionen des Herrn Miniſter-Präſidenten entſpräche, eine Entwickelung, welche ihn ſelbſt in eine Richtung drängte, die er ſeinen gereiften diplomatiſchen Erfahrungen und demjenigen Maße von Weisheit, welches er ſich heute zugeſprochen hat, entſprechend, nicht für die richtige erachten müßte. Geſtern hat der geehrte Abgeordnete für Berlin auf dieſer Tribüne ihn wieder

Digitized by Google

darauf hingewiesen, wie übel es sei, wenn man an einer Stelle, wo man eigentlich schieben solle, vielmehr geschoben würde. Ich hatte ferner hervorgehoben, es schiene mir die diplomatische Ehre des Herrn Minister-Präsidenten engagirt, weil über ihn hinaus, oder, um einen Ausdruck des Herrn Abgeordneten für Stargard aus der Adreßdebatte zu gebrauchen, über seinen Kopf hinweg, die Verhandlungen mit der Russischen Regierung durch militairische Bevollmächtigte gepflogen seien und eine militairische Convention zu Stande gekommen wäre, wo es sich um einen der wichtigsten Staatsverträge handelte.

Ich habe ferner darauf hingewiesen, wie durch eine Reihe von Indizien sogar dargethan sei, daß die Russische Regierung mit Widerstreben sich diesem Andrängen gefügt habe. Nun, ich lese so eben in der Cölnischen Zeitung an einer hervorragenden Stelle unter einem Zeichen, von dem man weiß, daß es nahe an Lord Palmerston heranreicht, eine Notiz, welche entschieden dasselbe bezeichnet. Der Russische Botschafter in London soll sich beklagt haben über dies Andrängen der Preußischen Regierung, dem man nicht gut habe Widerstand leisten können; man werde gern bereit sein, aus dieser unangenehmen Convention herauszukommen. Ich weiß nicht, ob der Herr Minister-Präsident in vertraulichen Stunden sich vielleicht in einer etwas ähnlichen Weise aussprechen würde, aber ich denke, daß es ihm sehr angenehm sein würde, aus dem Vertrage heraus zu sein, und ich darf wohl sagen, daß auf unsrer Seite die Meinung herrscht, daß die Regierung einige Versuche gemacht hat, aus der üblen Situation sich zu befreien und die Strenge der Convention etwas zu mildern. Nun, es würde dem Herrn Minister-Präsidenten vielleicht möglich sein, in diesem Augenblicke zu sagen, das seien ja lauter Hypothesen und Conjecturen. Indessen muß ich doch sagen, daß, wenn man das Verfahren der Regierung in unserem Großherzogthume Posen ins Auge faßt und das allmälige Dominiren der Militairgewalt, an Punkten, wo die Administrativ-Behörden ausreichen sollten, es doch sehr wahrscheinlich wird, daß in der That die allmälige Metamorphose der früher von dem Herrn Abgeordneten für Mansfeld als Cabinets-Regierung bezeichneten Institution in die wirkliche Militair-Regierung stattfindet. Ich wenigstens habe den Eindruck, daß, wenn in der Weise fortgefahren wird, Sie bald auch in dem Civil nicht mehr die Personen finden werden, sondern daß wir nächstens dahin kommen werden, daß, wie es eine Zeit lang in Rußland Sitte war, alle diese Posten nur noch mit Generalen besetzt werden und wir ein rein militairisches Ministerium uns gegenüberstehen.

(Heiterkeit.)

Digitized by Google

Das, muß ich sagen, ist im Allgemeinen die Auffassung. Wenn man nun hört, wie in den Organen dieser Partei gesprochen und geredet wird, wo es wirklich nahe daran ist, daß gleich geköpft und gehängt wird im eigenen Lande, wenn ferner selbst vom Ministertische aus solche Anschuldigungen fallen, daß Mitglieder dieses Hauses nahezu an Hochverrath und Landesverrath gebracht werden, da kann ich mich in der That der Besorgniß nicht entziehen, daß die Verwirrung nahe am Extrem ist. Wir werden uns nicht irre machen lassen, da wir bekannt sind mit dem Gange der Geschichte und wissen, daß solche pathologische Zustände —

(Heiterkeit.)

der Herr Minister-Präsident hat gestern, mit Recht, glaube ich, diesen Ausdruck gebraucht, worin ich ihm mein vollgültiges Zeugniß zur Seite stelle — ich sage, daß solche pathologische Zustände, wenn sie einen gewissen Grad von Acutuität erreicht haben, in Krisen übergehen, und bei diesen Krisen können Sie (zu dem Ministertisch), nicht erwarten, daß Sie obenan bleiben.

Der Herr Minister-Präsident hat bei einer anderen Gelegenheit einmal es abgelehnt, auf Bemerkungen von mir zu antworten, weil ich eine Sprache gebraucht, die seinen gesellschaftlichen Gewohnheiten nicht entspreche. Meine Herren, diesem gegenüber erlaube ich mir eine freilich ganz persönliche Bemerkung zu machen. Die Art, wie der Herr Minister-Präsident gestern und heute hier im Hause über Staats-Angelegenheiten sich geäußert hat, machte mir den Eindruck, wie wenn ich sie aus einem Kreise von Studenten hörte. Wenn er uns z. B. auf die Beschuldigung, daß Russische Truppen das Preußische Gebiet betreten und Preußische Truppen die Russische Grenze überschritten hätten, antwortete, es seien wohl zu allen Zeiten Offiziere zum Besuch über die Grenze gegangen, so muß ich sagen, das ist das, was man im studentischen Leben einen Kneipwitz nennt,

(Große Heiterkeit.)

und damit hört die staatsrechtliche Discussion meiner Ansicht nach auf. Nun gebe ich zu, ich spreche vielleicht in diesem Augenblicke zu sehr als Professor, ich möchte aber in dieser Beziehung doch noch einen Irrthum berichtigen, den neulich der Herr Minister des Innern, welchen ich leider auf seinem Platze vermisse, begangen hat, indem er sich der Meinung hingab, es wären in diesem Hause vierzig Professoren, ein Irrthum, der darauf begründet war, daß der Herr Abgeordnete Rohden in seiner statistischen Aufstellung, als es sich um die Diäten der Abgeordneten handelte, zusammengerechnet hatte, daß vierzig Professoren und Doctores promoti in diesem Hause säßen, wo bekanntlich der Name Doctor mit einer sehr großen Freigebigkeit ausgegeben wird. Dem

Digitized by Google

gegenüber möchte ich zunächst statistisch bemerken, daß die Zahl der Professoren in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes sich meines Wissens auf fünf beschränkt, und daß diese fünf nicht das Haus beherrschen, und etwa die Gesammtmeinung desselben machen. Ich bemerke dies, damit nicht etwa Professoren-Politik uns Seitens des Herrn Ministers des Innern von Neuem vorgehalten werden möchte.

Wenn ich mich nun frage, was denn eigentlich die Herren vom Ministertische berechtigt, uns des Mangels an Patriotismus zu zeihen, so kann ich in der That eine Erklärung dafür nur in dem Umstande finden, daß sie sich so vollständig isolirt im Lande befinden, daß sie auch gar keine Einflüsse mehr aus der Gesammtheit empfangen. Meine Herren, die Stellung des Ministeriums ist nicht blos uns gegenüber, sondern auch dem Lande, ja sogar dem Auslande gegenüber in diesem Augenblick eigentlich die, wie fremder Eroberer. Es ist eine Vergewaltigung, welche dem Lande geschieht, und welche nicht blos die inneren Verhältnisse, sondern auch die äußeren nach und nach immer mehr bedroht. Denn die Methode der Interpretation, welche der Herr Minister-Präsident auf die inneren Angelegenheiten angewendet hat, wird natürlich mehr und mehr auch auf die äußeren Verhältnisse angewandt werden, und in dieser Beziehung kann ich namentlich darauf hinweisen, daß schon die Erklärungen des Herrn Ministers des Innern in der gestrigen Sitzung uns gelehrt haben, wie weit man in solchen Interpretationen gehen kann.

Es ist bekannt, daß vier „legitimationslose" Polen, wie man gewöhnlich sagt, an Rußland ausgeliefert worden sind. Der Herr Minister hat uns aber gesagt: Nein, ausgeliefert seien sie nicht, sondern ausgewiesen. Er hat sich berufen auf Art. 23. der Cartellconvention vom 8. August 1857. In diesem Artikel heißt es: daß jeder der beiden Staaten sich verpflichte, diejenigen seiner Unterthanen wieder zu übernehmen, welche der andere Staat ausweisen will. Das ist die eigentliche Basis dieses Artikels. Es handelt sich hier also nicht etwa um die Verpflichtung auszuweisen, sondern nur darum, daß die Ausgewiesenen übernommen werden müssen. Wie man sich nur auf einen solchen Artikel stützen kann, wenn man es rechtfertigen will, daß man diese unglücklichen Personen ausgewiesen hat, das begreife ich um so weniger, als die ganze Behandlung dieser Frage, selbst in den officiellen Publicationen, eine ganz andere gewesen ist. In dieser Beziehung verweise ich auf eine in dem amtlichen Beuthener Kreisblatt vom 20. Februar d. J. publicirte Verfügung des Königlichen Landrathamts, welches zur Kenntniß der Kreiseingesessenen eine Instruction des Ober-Präsidenten über die Aufnahme und polizeiliche Beaufsichtigung der Polnischen

Digitized by Google

Flüchtlinge bringt. Es ist das die Reproduction einer schon im Jahre 1857, also unmittelbar nach der Feststellung der Cartellconvention publicirten Verordnung. In dieser Verordnung befindet sich ein besonderer Abschnitt, welcher die Ausweisung behandelt. Da heißt es unter a:

„Die zur Ausweisung bestimmten Polnischen Flüchtlinge erhalten die Aufforderung, die diesseitigen Staaten binnen einer bestimmten Frist zu verlassen und zwar auf ihre eigenen Kosten. Schützen dieselben vor, die dazu erforderlichen Mittel nicht zu besitzen, und können sie dieselben auch sonst nicht beschaffen, so ist ihre Auslieferung nach Rußland resp. Polen einzuleiten.

Also zuerst sollen sie aufgefordert werden nach dieser Instruction, und nur wenn ihre Mittel nicht ausreichen, dann hätte man sie ausliefern sollen. Es heißt ferner unter c:

Diejenigen Polnischen Flüchtlinge, welche zur Ausweisung (über die Westgrenze) bestimmt sind, sollen der Regel nach dem ihnen vorgeschriebenen Grenzorte, bei welchem sie das Preußische Gebiet verlassen, dirigirt werden. Es kann dabei die Anordnung getroffen werden, daß ihnen von der dortigen Polizeibehörde auf Requisition der ausweisenden Behörde und gegen Ablieferung des Zwangspasses ein nach dem Auslande, jedoch ohne Genehmigung der Rückkehr lautender, und auf kurze Zeit gültiger Reisepaß ausgehändigt wird.

Was hat man nun mit diesen vier unglücklichen Männern gemacht? Ich bemerke dabei, daß nach manchen Nachrichten nicht einmal alle vier Russische Unterthanen gewesen sein sollen, sondern daß einer als Oesterreichischer Unterthan genannt wird; ich kann das aber nicht verbürgen: Jedenfalls steht aber fest nach directen Nachrichten, daß diese Personen verhaftet wurden, nicht von den zuständigen Behörden, von den Polizeibehörden, daß diese überhaupt gar nicht betheiligt waren, sondern daß sie in Thorn verhaftet wurden auf Befehl der Commandantur, daß sie in ein militairisches Gefängniß gesteckt worden, und von da direct nach Polen in der Weise ausgewiesen wurden, daß zwischen Ausweisung und Auslieferung in der That kein Unterschied besteht. Das ist eine solche Interpretation, wie wir sie bei unserer Verfassung erlebt haben, angewendet auf einen Vertrag mit einer auswärtigen Macht.

Nun, meine Herren, da das hohe Ministerium verschwunden ist, so kann ich mir eine Reihe von Bemerkungen, welche ich gegen dasselbe zu richten die Absicht hatte, sparen, da ich wohl von der berechtigten Voraussetzung ausgehen darf, daß dasselbe nicht die stenographischen Berichte einem weiteren Studium unterwerfen wird.

Digitized by Google

Ich will nur eine Bemerkung hinzufügen, von der es mir leid thun würde, wenn sie vielleicht auf irgend eine Weise verloren ginge. Das Ministerium hat sich bemüht, den Grund der persönlichen Betheiligung, welche wir Einzelne an den Staats-Angelegenheiten nehmen und welche uns hier so vielfach bestritten wird, in eine bestimmte Formel zu bringen. Bei dem Nachlesen alter Verhandlungen habe ich entdeckt, daß die Vorstellung des Herrn Minister-Präsidenten über die Catilinarischen Existenzen schon eine sehr alte ist und daß er sie in einer Verhandlung der Zweiten Kammer in einer sehr correcten Weise ausgedrückt hat. Am 24. September 1849 nämlich sagte er:

> „Ich fürchte, daß wir Gefahr laufen, einen großen Theil der Stellen hier eingenommen zu sehen von Solchen, die zu Hause Nichts zu verlassen haben und mit dem Zwecke hierher kommen, ihre Lage zu verbessern."

Ich hatte die Absicht, diese Bemerkungen zum Gegenstand einer weiteren Betrachtung über den Grad patriotischer Betheiligung der einzelnen hier verhandelnden Personen zu machen; ich will das aber beschränken auf die einfache Mittheilung.

Nun erlauben Sie mir aber vielleicht, daß ich noch ein paar Bemerkungen über dasjenige mache, was der Herr Abgeordnete für Stargard heute in einer so weitläufigen Weise uns entwickelt hat. Er hat uns als Grundlage seiner politischen Vorstellung über Polen hingestellt, daß unter keinen Bedingungen ein selbstständiges Polnisches Reich im Interesse Preußens gewünscht werden dürfe.

Er hat ferner als zwei besonders glückliche Folgen der jetzt vom Staats-Ministerium eingehaltenen Politik bezeichnet, daß erstens dadurch eine Trennung von Oesterreich herbeigeführt sei und daß zweitens das drohende Bündniß zwischen Frankreich und Rußland gehindert sei. (So wenigstens glaube ich es richtig verstanden zu haben.) Nun, meine Herren, diese Frage läßt sich im Lichte der Geschichte sehr wesentlich anders auffassen. Es war eine der gegenwärtigen sehr analoge Situation schon einmal vorhanden, nämlich während der Dauer des Wiener Congresses vor den hundert Tagen, zu einer Zeit, als es sich darum handelte, die Beute unterzubringen. Damals hatte sich auf eine sehr natürliche Weise die Situation dahin gestaltet, daß eine Tripel-Allianz zwischen England, Frankreich und Oesterreich sich machte und daß auf der andern Seite Preußen und Rußland standen. Auch in den damaligen Verhandlungen hat man immer verfolgen können — das haben ja unsere Preußischen Abgeordneten am Congreß späterhin in ihren schriftlichen Nachlässen hinreichend bezeugt — daß Rußland nicht etwa für den Gedanken

Digitized by Google

schwärmte, Preußen besonders bei der Beute zu betheiligen, sondern daß es von vornherein für sich den Löwen-Antheil in Anspruch nahm, so sehr, daß ja der Großfürst Constantin darauf ausging, das ganze Polen für sich in Anspruch zu nehmen. Diese Verhältnisse wurden gesprengt durch die Rückkehr Napoleons, durch den schnellen Schluß des Congresses, der die gegenwärtigen Stipulationen zur Folge hatte. Aber daß das überaus drohende Verhältniß und namentlich das Bündniß zwischen Rußland und Preußen keineswegs den Interessen Preußens entsprochen habe, haben alle unsere Staatsmänner anerkannt, auf welche sich so gern der Herr Abgeordnete für Stargard, und ich kann auch sagen, auf welche sich gern die Mitglieder dieser Seite (links) berufen. Gegenwärtig sehen wir, daß sich etwas Aehnliches vorbereitet, daß es sich vorbereitet in Folge der Convention — und gerade das muß ich dem Herrn Abgeordneten für Stargard am meisten entgegenhalten. Die Preußische Regierung hat durch ihr übereiltes Handeln in dieser Angelegenheit eine Sache, welche ohne das wahrscheinlich eine sehr geringe Bedeutung erlangt haben würde, zu einer Europäischen Frage gemacht; sie hat allmählich die Aufregung in den westlichen Staaten dahin gebracht, daß die Regierungen mit Erfolg sich stützen können auf dieselbe. Im Augenblicke trösten sie sich damit, daß Louis Napoleon freundliche Botschaften sendet, freundschaftliche Rathschläge giebt, aber, meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Sprache wahrscheinlich sich ändern wird in dem Augenblick, wo jenseits des Canals die nöthige Betheiligung stattfindet, und daß diese freundlichen Ermahnungen unmittelbar übergehen dürften in ganz andere. Dem Auge eines so erfahrenen Staatsmannes, wie des Herrn Abgeordneten für Stargard, ist es wahrscheinlich nicht entgangen, daß das Lager von Chalons sonderbarerweise um 2 Monate früher eröffnet wird, daß es, statt am 15. Juni, am 15. April zusammengezogen wird. Es ist ja möglich, daß das auch nur aus allgemeinen militairischen Rücksichten erfolgt, indeß wir sind gewöhnt, derartige bezeichnende Acte von Seiten des Beherrschers unseres Nachbarreiches als bestimmte Warnungszeichen annehmen zu können.

Der Herr Abgeordnete hat die Haltung Oesterreichs, welches er zu meinem Erstaunen bei dieser Gelegenheit als einen Deutschen Staat bezeichnet hat, sehr wenig correct gefunden.

Nun, meine Herren, ich glaube, die unmittelbare Erfahrung hat gezeigt, daß bis jetzt die Oesterreichische Regierung ganz vortrefflich gehandelt hat. Nicht nur hat sie jede Verlegenheit, die ihr bereitet werden konnte, auf die allerbeste Weise vermieden, nicht nur hat sie auch nicht die leiseste Spur einer Empörung in Galizien bis jetzt empfun-

Digitized by Google

den, nein im Gegentheil, sie hat sogar erklärt, daß sie allen Flüchtlingen ein offenes Asyl biete. Die Polizei-Direction in Krakau hat eine gewisse leichte Verschärfung der Beaufsichtigung herbeigeführt, aber zugleich hinzugefügt, daß die Aufnahme von Flüchtlingen in der allerfreisinnigsten Weise erfolgen werde. Statt dessen geht man bei uns so weit, daß man sogar Reisende, von denen es bis jetzt immer noch zweifelhaft ist, mit was für Dokumenten sie eigentlich versehen waren, an Rußland auslieferte. Meine Herren! gegen diese Acte, war ich der Ueberzeugung, hätte die Landesvertretung Protest einlegen sollen bei dieser Gelegenheit. Aber ich füge mich; es mag für jetzt genügen, daß von dieser Tribüne offen ausgesprochen wird, wie im Lande die Angelegenheit aufgefaßt wird, daß die Haltung, welche die Regierung bei der Deutung der Verträge, trotz der Aussicht auf die zukünftige Gestaltung der Charte von Europa, hat eintreten lassen, den Interessen unseres Vaterlandes aufs Allerentschiedenste zuwiderläuft.

Ich habe, als ich das vorige Mal hier sprach, Sympathien ausgesprochen, nicht für den Aufstand, sondern für die unglückliche Lage des Königreichs Polen. Ich habe damals den Herrn Minister-Präsidenten darauf hingewiesen, daß es gerade bei den freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen den Regierungen bestehen, wohl seine Aufgabe hätte sein können, durch Ermahnungen, durch Rathschläge die Russische Regierung zu bestimmen, den Polen diejenigen Freiheitsrechte zu sichern, ohne welche heutzutage überhaupt ein civilisirtes Staatsleben unmöglich ist. Der Herr Minister-Präsident hat mir, wie Sie sich erinnern, damals mit der sonderbaren und von ihm selbst nachher belachten Antwort geantwortet, es könne das leicht zu Reciprocitäten führen. Ich denke, daß zunächst wenigstens Preußen solche Reciprocitäten von Rußland nicht zu fürchten hat, daß im Gegentheil, wenn erst im Königreich Polen die Bevölkerung sich eines solchen Maßes von Freiheiten erfreut, wie gegenwärtig die Bevölkerung unseres Großherzogthums Posens, damit eine starke Quelle der Insurrection abgeschnitten sein würde. Aber, meine Herren, ich sehe nicht ein, warum man eine Praxis, die man auf kleine Staaten anwendet, nicht auch auf große anwenden will, und warum man die Reciprocitäten blos fürchtet, wenn sie sich auf die großen beziehen. Sie Alle wissen ja, wie das parlamentarische Recht der Budgetberathung und die Feststellung des Staatshaushalts-Etats gegenüber von Kurhessen und Dänemark durch unser Ministerium in der allerernsthaftesten Weise vertheidigt wurde, ohne daß man die Reciprocität gefürchtet hat.

So glaube ich, hätte hier in der That die Menschlichkeit, ja das Staats-Interesse geboten, die Forde-

Digitized by Google

rung zu stellen, daß man nicht blos menschlich, sondern entsprechend der modernen Entwicklung der Staaten, in Polen zu regieren anfange. Das ist der Grund, warum ich mich am meisten erklären muß gegen das Amendement des Abgeordneten für Genthin, welcher überhaupt jede Art von Einmischung zurückweist. Ich weise nicht jede Art von Einmischung zurück; ich hätte wohl gewünscht, daß eine Intervention unserer Regierung vermittelst freundschaftlicher Rathschläge stattgefunden hätte, daß unsre Regierung die eignen Erfahrungen in ihrem Lande der Russischen mitgetheilt, und sie aufgefordert hätte, auf Grund derselben in Polen endlich vorwärts zu gehen. Jetzt, glaube ich, ist unter den vorliegenden Anträgen nur Einer, der sich in einer solchen Fassung bewegt, daß er von allen Seiten des Hauses angenommen werden könnte, und das ist der von dem Herrn Abgeordneten für Soest amendirte Antrag der Commission, den ich Ihnen hiermit dringend empfehlen möchte. Ich selbst würde eines oder das andere anders wünschen; Sie haben vielleicht auch gegen den einen oder den andern Punkt eine redactionelle Bemerkung zu machen; aber es kommt nicht darauf an, daß jeder hier seine besonderen Ansichten auf das Allerstaatsmännischste in besonderen Formeln niederlege; sondern es kommt, gegenüber einer Regierung, wie wir gegenwärtig sie besitzen, darauf an, daß die Zusammenstimmung in diesem Hause eine so vollständige wie möglich sei. Im Allgemeinen wird man gegen den amendirten Antrag des Herrn Abgeordneten für Soest keine ernsthaften Einwendungen machen können. Es ist dies der Boden, auf welchem die Parteien dieses Hauses sich sämmtlich einigen können, und auf dem, wie ich glaube, eine solche Majorität entstehen könne, wie in den schönsten Tagen, die wir in unserem parlamentarischen Leben seit der großen Krise erlebt haben. In diesem Sinne kann ich nur an Ihren Patriotismus appelliren. Sprechen Sie sich mit möglichster Einmüthigkeit aus. Vergessen Sie die kleinen Differenzen, und geben Sie das Votum dieses Hauses ab, welches diesmal mehr als je vor ganz Europa gesprochen wird, mit einer so großen Mehrheit, wie es jemals von diesen Räumen aus geschehen ist.

(Bravo!)

Vice-Präsident **Behrend:** Es ist ein Antrag auf Vertagung von dem Abgeordneten André eingegangen; von den Abgeordneten Gringmuth, Winkelmann und Meibauer dagegen auf Schluß der Debatte. Ich werde natürlich den weitest gehenden Antrag, den auf Vertagung, zunächst zur Abstimmung bringen, und wenn dieser verworfen wird, den Antrag auf Schluß der Discussion zur Abstimmung bringen.

Der Abgeordnete Dr. Lüning hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Digitized by Google

Abgeordneter Dr. **Lüning** (vom Platz:) Ich glaube, daß der Antrag auf Schluß weiter geht.

Vice-Präsident **Behrend:** Ich bin entschieden anderer Ansicht: der Antrag auf Vertagung verlangt, daß heute überhaupt nicht mehr verhandelt werde, der Antrag auf Schluß will soweit nicht gehen. Der Antrag auf Vertagung muß daher, wie es bisher immer in diesen Räumen geschehen ist, zuerst zur Abstimmung kommen. Beide Anträge sind noch nicht unterstützt.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche den Antrag auf Vertagung unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung ist ausreichend.

Vor der Abstimmung werde ich zunächst noch die Rednerliste vortragen.

Der Abgeordnete André hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter **André** (vom Platz): Ich glaube nicht, daß dies nöthig ist. Die Rednerliste hat sich wohl nicht geändert.

Vice-Präsident **Behrend:** Die Rednerliste hat sich allerdings geändert; aber ich würde sie auch vortragen müssen, wenn sie sich nicht geändert hätte.

Der Abgeordnete Ziegert hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. **Ziegert** (vom Platz): Wenn ein Antrag auf Vertagung eingegangen ist, so ist wohl der Vortrag der Rednerliste nicht nöthig.

Vice-Präsident **Behrend:** Der §. 53. der Geschäfts-Ordnung schreibt vor: Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird die Rednerliste verlesen und demnächst ohne weitere Motivirung des Antrages und ohne Discussion über denselben abgestimmt.

Ich glaube also, daß vollständig correct verfahren wird, wenn ich die Rednerliste verlese.

Für den Antrag der Commission haben sich einschreiben lassen: die Herren Abgeordneten Dr. Loewe, Dr. Waldeck, Behrend (Danzig), Duncker, Reichensperger (Beckum), Plaßmann, v. Unruh (Elbing), v. Carlowitz, Bleibtreu, Laßwitz, v. Bentkowski, Dr. Faucher, v. Forckenbeck und Wachsmuth.

Gegen den Antrag der Commission: die Herren Abgeordneten Dr. Simson, Groote, v. Bunsen, v. Bockum-Dolffs und Janizewski.

Diejenigen Herren, welche dem Antrage auf Vertagung ihre Zustimmung ertheilen wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Meine Herren! Wir müssen die Gegenprobe machen.

Digitized by Google

Diejenigen Herren, welche dem gestellten Antrage auf Vertagung der Discussion nicht beitreten wollen, bitte ich, aufzustehen.

(Geschieht.)

Meine Herren! Das Büreau ist über die Abstimmung zweifelhaft; es mag dies sehr bedauerlich sein, es läßt sich aber nicht ändern. Es muß gezählt werden.

(Oh! Oh!)

Ja, meine Herren, so leid es mir thut, ich glaube doch, daß ein anderer Ausweg nicht wohl eingeschlagen werden kann, als der, welchen die Geschäfts-Ordnung vorschreibt.

Der Herr Abgeordnete Michaelis hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter **Michaelis** (vom Platz): Ich glaube der einfachste Ausweg wäre der, über den Schluß zunächst abstimmen zu lassen und demnächst, wenn der Schluß der Debatte entweder angenommen oder abgelehnt ist, die Abstimmung über den Antrag auf Vertagung vorzunehmen. Wird der Schluß abgelehnt, so kann immer noch der Antrag auf Vertagung angenommen werden. Ich glaube, daß wir uns in der Lage befinden werden, eine ebenso zweifelhafte Abstimmung über den Schluß hier eintreten zu sehen.

Vice-Präsident **Behrend:** Ein solches Präcedenz möchte ich doch durchaus nicht aufstellen; wir sind mitten in der Abstimmung über die Vertagung begriffen; nun soll mit einem Male diese Abstimmung unterbrochen und ein anderer Antrag zur Abstimmung gebracht werden. Dies halte ich für absolut unmöglich.

Der Abgeordnete v. Sybel hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter **v. Sybel:** Soviel ich weiß, meine Herren, ist es, wenn ein Antrag auf Vertagung oder auf Schluß gestellt und die Abstimmung zweifelhaft erscheint, Praxis des Hauses, die Discussion fortzusetzen, und ich beantrage, daß demnach dieses geschieht und der nächstfolgende Redner auf die Tribüne gerufen wird.

Vice-Präsident **Behrend**: Der Herr Abgeordnete Dr. Lette hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. **Lette:** Ich habe dasselbe sagen wollen.

(Heiterkeit.)

Vice-Präsident **Behrend:** In Bezug auf das, was mein geehrter Herr Nachbar gesagt hat, muß ich noch bemerken, daß diese Praxis in Bezug auf Schluß-Anträge hier allerdings stets obgewaltet hat, in Bezug auf Vertagungs-Anträge aber nicht, und daher kann auch nach dieser Praxis nicht verfahren werden. Ich bedauere sehr, wenn ich durch alle diese Discussionen die Zeit des Hauses noch

Digitized by Google

länger in Anspruch nehme. Die einzige Richtschnur für mein Verfahren ist unsere Geschäfts-Ordnung. Es giebt keine andere, und ich glaube mich innerhalb derselben bewegt zu haben. Der Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. **Simson:** Ich bin weit davon entfernt, der Auffassung des Herrn Präsidenten an sich zu widersprechen. Aber das Haus wird mir erlauben, auf die Praxis hinzuweisen, die meines Wissens in den beiden Jahren, in welchen ich die Ehre gehabt habe, den Vorsitz zu führen, ohne alle Ausnahme von mir und von dem Herrn Vice-Präsidenten beobachtet worden ist. Wir haben das Mehr oder Weniger, nach welchen sich die Reihenfolge der Abstimmungen richtete, anders ponderirt, als der gegenwärtige Herr Präsident es thut. Ich habe zu meiner Zeit erwogen, daß der Antrag auf Schluß der Debatte so viel heiße, als: Es solle mit der Debatte — versteht sich abgesehen von den Antragstellern, Referenten und persönlichen Bemerkungen — weder heut noch sonst wann fortgefahren werden; daß dagegen der Antrag auf Vertagung das Minus enthielte, daß nämlich mit der in Rede stehenden Debatte nur an dem in Rede stehenden Tage nicht fortgefahren werden solle. Ich berufe mich auf den gegenwärtigen ersten Präsidenten des Hauses, um zu bestätigen, was ich wegen der Praxis jener beiden Jahre angeführt habe, wo ich ja die Freude hatte, ihn an meiner Seite zu sehen. Ich meine, es empfiehlt sich aus diesem Gesichtspunkte, den Willen des Hauses erst darüber entgegenzunehmen, ob es überhaupt den Fortgang der Debatte will, oder ob — was doch immerhin möglich ist — es sich nach zweitägiger Diskussion für hinreichend aufgeklärt über die in Rede stehende Frage ansieht. Erst wenn das Haus den Schlußantrag ablehnt, würde es sich meines Erachtens empfehlen, den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung zu bringen.

(Sehr richtig!)

Vice-Präsident **Behrend:** Nun, jedenfalls wird der geehrte Vorredner mir darin Recht geben, daß, wenn ich seinem Antrag jetzt nachgäbe, ich einer andern Praxis des Hauses, nämlich mitten in der Abstimmung dieselbe nicht fallen zu lassen, entgegentreten würde.

(Sehr wahr!)

Wenn das Haus mich aber zum Abgehen von dieser gewöhnlichen Regel autorisirt, so bin ich gern bereit, wie in allen Dingen, so auch hier dem Wunsche des Hauses zu genügen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Dr. **Simson:** Ich wollte nur bemerken, daß die Abstimmung an sich vorüber ist. Das Büreau

Digitized by Google

hat nur erklärt, das Resultat derselben sei zweifelhaft; demnächst aber ist die Frage, um die es sich handelt, nicht ein Beschluß des Hauses in dem Sinne, wie es seine Beschlüsse in der Regel sind, über materielle Fragen, sondern es handelt sich um eine rein formale. Ich glaube auch, das Bedenken, welches der Herr Vice-Präsident zuletzt ausgesprochen hat, steht dem Vorschlage nicht entgegen, den ich erhoben habe.

Vice-Präsident **Behrend:** Ich halte das von mir ausgesprochene formale Bedenken für so bedeutend, daß ich jedenfalls die Meinung des Hauses darüber zu befragen haben werde. Denn das kann ich nicht zugeben, daß eine Abstimmung vorüber sei, deren Resultat noch nicht verkündigt ist. Die Abstimmung ist erst geschlossen, wenn das Resultat derselben dem Hause bekannt gemacht ist.

Der Herr Abgeordnete Reichensperger (Beckum) hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter **Reichensperger** (Beckum): Ich denke, meine Herren, daß den beiden Theilen, die sich hier die Waage halten, gleichmäßig Rechnung getragen würde, wenn man nur die Abstimmungsart umkehrte und zuerst über den Schluß- und dann über den Vertagungs-Antrag abstimmen ließe. Wenn das ganze Haus damit einverstanden ist, so können wir, glaube ich, die Geschäfts-Ordnungs-Bedenken als beseitigt betrachten.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Graf v. Czieskowski hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Graf **v. Czieskowski** (vom Platz): Meine Herren! Bei einer Discussion, die schon allseitig als von Europäischer Wichtigkeit bezeichnet worden ist, würde es mir peinlich erscheinen, wenn wir uns in eine ganz formelle Discussion verlieren und diese in eine formelle Schwierigkeit sich verlaufen lassen. Es ist ein Ausspruch des Büreaus, daß die Abstimmung zweifelhaft sei, es hat das hohe Haus dadurch erklärt, daß es getheilt ist. Also bei einer getheilten Ansicht, wo das halbe Haus das Bedürfniß fühlt, sich noch weiter auszusprechen, glaube ich, wird die andere Hälfte wohl die Rücksicht haben, dies zu erlauben und das Wort nicht abzuschneiden.

(Widerspruch.)

Vice-Präsident **Behrend:** Meine Herren! Ich werde also das Haus fragen, ob es mich autorisiren will, die noch nicht geschlossene Abstimmung und die Vertagung jetzt auf sich beruhen zu lassen, und zunächst eine Abstimmung über den beantragten Schluß vorzunehmen. Aber ich erkläre nochmals, ich bedarf hierzu der speciellen Autorisation des Hauses.

(Zustimmung.)

Diejenigen Herren also, die wünschen, daß ich so ver-

Digitized by Google

fahre, wie ich eben angedeutet habe, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Majorität des Hauses.

Meine Herren! Es ist nun außer den von mir angemeldeten Schluß-Anträgen noch ein solcher eingegangen von dem Herrn Abgeordneten Müller (Arnswalde). Ich nehme denselben als bereits unterstützt an, da die übrigen ja genügend unterstützt sind. Sie werden mich wohl davon dispensiren, die Rednerliste nochmals zu verlesen. Ich werde daher die geehrten Mitglieder fragen, ob sie die vielfach gestellten Schluß-Anträge annehmen wollen, und bitte diejenigen, die dies wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das Büreau ist darin einverstanden, daß das die Majorität des Hauses ist. Es ist somit der Schluß herbeigeführt. Nach dem Vorschlage unseres verehrten Collegen Simson soll ich jetzt über die Vertagung abstimmen lassen. Ich werde dies thun. Der Vertagungs-Antrag war bereits unterstützt, ich werde ihn nicht also noch einmal unterstützen lassen, auch die Rednerliste nicht verlesen, und das Haus fragen, ob es nach Annahme des Schlusses der Debatte die Vertagung der heutigen Sitzung annehmen will.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dies wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Majorität des Hauses. Es ist somit der Schluß der Discussion herbeigeführt und die Vertagung bis morgen beschlossen.

Ich habe das Haus recht verstanden, wenn ich nach der Vorschrift der Geschäfts-Ordnung die persönlichen Bemerkungen noch heute zulasse, denn sie sollen nach Schluß der Discussion stattfinden.

Ich werde zunächst dem Herrn Abgeordneten v. Unruh das Wort zu einer persönlichen Bemerkung geben.

Abgeordneter **v. Unruh:** Meine Herren, ich hatte mich gestern zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet, in Folge der Angriffe, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gegen meine Person gerichtet wurden. Ich verzichtete am Schluß auf das Wort in der Hoffnung, heute die Rednerbühne betreten zu können. Sie haben den Schluß angenommen und ich habe mich daher zur persönlichen Bemerkung nochmals gemeldet, weil derselbe Gegenstand sowohl vom Ministertische aus, als von der Tribüne heute abermals berührt worden und weil ich zu Ihnen Allen das Vertrauen hege, daß Sie mir die Gelegenheit nicht abschneiden werden, einige Worte in dieser Beziehung zu sprechen.

Der Herr Minister-Präsident hat zunächst gesagt, daß

Digitized by Google

ich unter lebhaftem Beifall des Hauses angedeutet habe: „Wenn aus den Vorkehrungen der Regierung auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigert werden würden."

Er hat ferner gesagt, daß dies eine Drohung sei, welche Preußen wehrlos zu machen beabsichtigt. Meine Herren! Ich glaube am besten darauf mit dem stenographischen Bericht zu antworten. Ich habe an der betreffenden Stelle gesagt:

> „Wenn Preußen nicht unter einer festen, ruhigen, liberalen Regierung eine consequente freisinnige Politik, eine Preußisch-Deutsche Politik verfolgte, und wenn dann eine Drohung oder gar ein Angriff von Seiten Frankreichs geschähe, ja, dann wird das Preußische Volk ebenso seiner Regierung zur Seite stehen, wie es derselben im Jahre 1813 zur Seite gestanden hat."

und ich habe ferner gesagt, worauf sich die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten wahrscheinlich bezieht:

> „Der Herr Minister-Präsident hat uns hier vor Kurzem gesagt, daß, wenn Preußen in einen Krieg verwickelt würde, entweder wir selbst, oder unsere unmittelbaren Nachfolger uns doch dem nicht würden entziehen können, die dazu nöthigen Gelder zu bewilligen."
>
> „Dem gegenüber, (sagte ich damals), meine Herren, muß ich meine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, wenn die Preußische Regierung sich übereilt, und, ich möchte sagen, muthwillig unter den ungünstigsten Umständen in auswärtige Verwickelungen einläßt, eine agressive Politik betreibt, ich das Vertrauen zum ganzen Hause hier, jedenfalls zu seiner großen Majorität habe, daß es in Uebereinstimmung mit dem ganzen Lande zu einer solchen Politik diesem Ministerium auch nicht einen Thaler bewilligen wird."

Meine Herren! Es ist also nicht davon die Rede gewesen, daß ich die Erwartung hege, das Haus werde jedem Ministerium oder der Preußischen Regierung im Allgemeinen die Gelder vorenthalten, wenn es sich um einen Krieg in Preußen handelt, am allerwenigsten Sr. Majestät dem Könige. Meine Herren, wenn wir angegriffen werden sollten, so werden wir nicht die letzten sein, die den Kampf aufnehmen, wie es unsere Väter, die auf dem Schlachtfelde geblutet haben, auch nicht gewesen sind. Wir würden aber allerdings dann stets die Gegner sein, wir würden dem entgegentreten, wenn es sich etwa darum handeln sollte, Provinzen auszutauschen, irgend einen Fleck Deutscher Erde abzutreten.

Digitized by Google

Meine Herren, wenn das Ministerium sich hier wieder identificirt mit der Allerhöchsten Person Sr. Majestät des Königs, so kann ich darauf nicht eingehen.

(Ruf rechts: Das ist keine persönliche Bemerkung!)

Ich will hier nur bemerken, daß das sicherlich von Seiten des Herrn Minister-Präsidenten nicht geschieht aus Scheu vor der Uebernahme der Verantwortung; an dem Muthe des Herrn Minister-Präsidenten zweifelt Niemand. Es hat das vielmehr eine ganz bestimmte absolutistische Tendenz die aus allen Reden des Ministeriums hervorleuchtet.

(Ruf rechts: Das ist keine persönliche Bemerkung!)

Meine Herren! Wenn das Ministerium eine solche Politik befolgt, dann sind nicht wir es, die das Land wehrlos machen, sondern das Ministerium ist es.

Der Herr Minister-Präsident hat ferner gesagt, daß mein Name mit der Steuerverweigerung im Zusammenhange stehe. Es hat allerdings diese Aeußerung wohl die Absicht gehabt, mich als einen politisch compromittirten Mann darzustellen. Nichtsdestoweniger bedaure ich, daß gestern auf dieser Seite des Hauses (nach links deutend) Unruhe darüber entstanden ist. Ich finde darin keine persönliche Verletzung; ich gestehe Jedem das Recht zu, hier in diesem Hause, auch vom Ministertische aus, meine politische Thätigkeit und meine Antecedentien zu kritisiren, ich nehme dasselbe Recht gegenüber dem Herrn Minister-Präsidenten in Anspruch und behaupte, was ich gegen den Herrn Minister-Präsidenten als Tadel ausspreche, hat mit der Person des Herrn Ministers nichts zu thun. Aber ich habe auch gar keine Veranlassung, es zu verdunkeln oder es der Vergessenheit zu übergeben, ich schätze es mir vielmehr zur Ehre, daß ich Präsident der Preußischen National-Versammlung gewesen bin.

(Bravo! links.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder dieses Hauses, welche im Jahre 1848 in der National-Versammlung saßen, diese Ansicht theilen; ich habe nicht nöthig, hier den Advocaten der National-Versammlung zu machen, ich meine, die Geschichte hat darüber zu urtheilen und wir scheuen ihr Urtheil nicht. Das Recht der Steuerbewilligung, will ich nur ganz kurz bemerken, war der National-Versammlung durch das Gesetz vom 6. April zugesprochen. Ich will nicht näher auf dies Thema eingehen, sondern nur noch hinzufügen, daß jede große Versammlung, auch die unsrige, sehr leicht in der Lage ist, Fehler zu machen, wenn sie nicht von einem Ministerium geführt wird, zu welchem das Haus Vertrauen hat, von einem Ministerium, welches wo möglich zur Majorität gehört; aber, meine Herren, die liberalen Fractionen gehören zu denjenigen, welche lernen, wo-

Digitized by Google

gegen es Personen und Parteien giebt, die nichts lernen und nichts vergessen. Und nun, meine Herren, noch zwei Worte.

Ich zweifle gar nicht daran, daß der Herr Minister-Präsident der Meinung ist, daß alle Schritte, die er thut, im Interesse des Staates und des Königlichen Hauses liegen. Meine Herren, ganz dasselbe nehme ich aber auch für mich in Anspruch. Ich behaupte, daß ich und meine politischen Freunde gerade eben so gute Patrioten sind, wie irgend Einer. Ich zweifle nicht, daß jedes Mitglied in diesem Hause patriotisch gesinnt ist, wenn es auch über die Mittel verschiedener Ansicht ist mit mir. Aber, meine Herren, ich kann keiner Partei zugestehen, daß sie den Patriotismus gepachtet hat.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Abgeordnete Wachsmuth hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **Wachsmuth** (vom Platz): Meine Herren! Ich habe mich nur als ehemaliges Mitglied der National-Versammlung zum Wort gemeldet,

(Unruhe.)

und ich erkläre hiermit, daß das, was ich sagen wollte, durch die Aeußerung meines Freundes v. Unruh erledigt ist.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Groote hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **Groote**

(besteigt die Tribüne, worüber Heiterkeit entsteht.)

Meine Herren, daß mein Auftreten hier Lachen erregt, begreife ich nicht. Daß ich nicht zu den bekannten Mitgliedern dieser Versammlung gehöre, weiß ich. Ich weiß mich in dieser Beziehung zu bescheiden. Aber was ich in Anspruch nehme, ist die Ehre eines Abgeordneten, und die nehme ich ebenso sehr für mich in Anspruch, wie Sie jede andere Ehre für sich in Anspruch nehmen können; und wenn Sie deshalb mich mit Lachen empfangen, schänden Sie das, was Sie bei jedem in dieser Versammlung besonders ehren sollten, — die Eigenschaft des Abgeordneten.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, die persönliche Erklärung, die ich hier abgeben will, ist hervorgerufen durch gehässige Bemerkungen, welche gemacht worden sind in Bezug auf die Unterzeichnung der Interpellation Kantak, und diese gehässigen Bemerkungen haben sich auf die Deutschen Abgeordneten bezogen, die diese Interpellation mit unterzeichnet und derselben ihre Unterstützung geliehen haben. Zu diesen Deutschen Abgeordneten gehöre auch ich. Meine Herren, es ist Ihnen bekannt, daß derjenige, der eine Interpellation oder einen Antrag unterzeichnet, sich dadurch nicht zu dem Inhalt und der Tendenz dieses Antrages bekennt; in der Regel hat diese Unterzeichnung keinen andern Beweggrund, als ein gewisses Gefühl der Loyalität, welches auch einer Minorität im Hause der Abgeordneten

Digitized by Google

zur Geltendmachung ihrer Ansicht und ihrer Rechte verhelfen will,

(Sehr wahr!)

und, meine Herren, wenn Sie eine Veranlassung haben, diese Loyalität irgend einer Minorität im Hause zu beweisen — es ist nicht die Minorität der zehn Männer hier —

(Ruf: Zwölf!)

sondern es sind unsere Polnischen Brüder, die hier verlassen mit ihren heiligen Rechten dastehen. Meine Herren, es bedurfte nicht eines Weiteren als dieser Bemerkung und ich bin in Bezug auf die Unterschrift, die ich dem Antrage geliehen habe, vollkommen gerechtfertigt, dem Ministerium und dem Hause gegenüber. Aber, meine Herren, ich verachte es, mich hinter eine solche Rechtfertigung zu stecken und ich erkläre Ihnen hiermit offen, daß die Sympathien, die ich für die Polnische Sache empfinde, es sind, die mir diese Unterschrift nicht blos möglich, sondern wünschenswerth gemacht haben. Meine Herren, es ist von Seiten des Herrn Minister-Präsidenten bemerkt worden, es würden solche Sympathien nur zu oft auf Kosten des Vaterlandes empfunden, und es hat hier ein Redner, der dort sitzt, (auf die Fraction v. Vincke zeigend) von politischen Empfindeleien gesprochen. Nein, meine Herren, ich würde mich schämen, wenn ich aus *solchen* Rücksichten für die Polnische Frage hier eine Sympathie empfinden wollte. Wenn ich diese Sympathie empfände, so geschieht es aus reinem Egoismus, allein aus Rücksichten für eine heilige Angelegenheit, für die Einheit Deutschlands.

(Ganz richtig! links.)

Meine Herren, wenn es mir vergönnt gewesen wäre, hier zum Worte zu kommen, so würde ich es versucht haben, eine Parallele in Bezug auf einen Gegensatz zu ziehen, der in unserm Preußischen Vaterlande geltend ist . . . .

Mehrere Stimmen: Gehört nicht zur persönlichen Bemerkung!)

Vice-Präsident **Behrend:** Ich möchte mir nur erlauben, den Herrn Redner darauf aufmerksam zu machen, daß ich in der That eine sehr laxe Praxis in Bezug auf das Zulassen persönlicher Bemerkungen bisher an den Tag gelegt habe. Aber wenn der Herr Redner das, was er im Laufe der Discussion hat sagen wollen, uns jetzt unter der Firma einer persönlichen Bemerkung vorführen will, so würde ich mich doch kaum in der Lage befinden, das als eine persönliche Bemerkung gelten zu lassen. Wir haben nach der Praxis des Hauses nur das eine persönliche Bemerkung genannt, was in Bezug auf die Person eines Abgeordneten, auf Angriffe gegen dieselbe und zur Abwehr solcher Angriffe gesagt wird, und möchte den Herrn Redner deshalb bitten, mit seiner persönlichen Bemerkung sich innerhalb dieser Schranken zu halten.

Digitized by Google

Abgeordneter **Groote** (fährt fort): Die wenigen Worte, die ich hier vorbringen will, dienen blos dazu, um meinen Standpunkt zur Kantakschen Interpellation zu bezeichnen, und dienen in dieser Beziehung vollkommen zu meiner Rechtfertigung. Ich glaube, Sie werden sich diese geringe Geduld wohl auferlegen können,

(Widerspruch)

die wenigen Worte zu hören, und Sie werden dann rascher zu Ende kommen, als wenn Sie in dieser Weise mit Unterbrechungen fortfahren.

Meine Herren, ich würde es dann versucht haben . . .

(Unruhe.)

Vice-Präsident **Behrend** (den Redner von Neuem unterbrechend): Ich muß den Herrn Redner, nachdem ich ihn schon einmal aufgefordert habe, jetzt nicht dasjenige vorzutragen, was er in seiner Rede gesagt haben würde, wenn er zum Wort gekommen wäre, schon bitten, auf das Wort zu verzichten, wenn er nicht noch etwas wirklich Persönliches uns zu sagen hat. Ich kann mir nicht anders helfen, glaube vielmehr, es dem Hause schuldig zu sein, so zu verfahren.

Abgeordneter **Groote** (fortfahrend): Nun, meine Herren, wenn ich auf diese Weise wieder unterbrochen werde, wie es grade bei Rednern, die leider kein offenes Ohr in der Versammlung finden, nur zu häufig geschieht, so bleibt mir nichts weiter übrig, als die Schlußfolgerung dessen zu ziehen, was ich motivirt Ihnen vorführen wollte, und das besteht darin, daß auf meinem Programm ein freies selbstständiges Polen, aber vor Allem ein geeinigtes, mächtiges Deutschland steht.

Vice-Präsident **Behrend:** Zu einer persönlichen Bemerkung hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Waldeck.

Abgeordneter Dr. **Waldeck** (vom Platz): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete für Stargard hat sich heute identificirt mit denjenigen Erklärungen, welche der Herr Minister-Präsident gestern über mich, namentlich über meine Rede bei Gelegenheit der Interpellation abgegeben hat. Er hat zwar gesagt, er wäre mit der Art und Weise jener Erklärungen nicht ganz einverstanden; ich kann aber doch nicht wissen, wie weit seine Identificirung geht, — ich selbst beneide ihm diese Identificirung in keiner Weise. Ich will nun aber doch bemerken, daß der Herr Minister-Präsident, als er der Männer von 1848 erwähnte und neben dem geehrten Collegen v. Unruh auch mich nannte, gegen diese Männer die Beschuldigung ausgesprochen hat, daß man ihnen — vermöge ihrer Stellung als Männer von 1848 — zutrauen könne, daß sie eine Sympathie geäußert hätten und hegten mit der Conspiration, — wie ich es einmal nennen will mit der Verschwörung, wovon die Sympathie mit der Polnischen Sache selbst sehr geschieden ist.

Digitized by Google

Meine Herren! Ich bin nicht neu, wie der Herr Minister-Präsident vorauszusetzen schien, jetzt eingetreten, sondern bekanntlich schon seit zwei Jahren Mitglied dieses Hauses, bin derselbe geblieben, der ich im Jahre 1848 war, und gerade deshalb hat man mich ohne mein Zuthun wiedergewählt. Ich sehe aus jenen Aeußerungen des Herrn Minister-Präsidenten, der leider nicht anwesend ist, — ich weiß nicht, ob sie der Herr Abgeordnete für Stargard auch noch als die seinigen anerkennt, — daß auch jene Partei zu meinem Bedauern ganz dieselbe geblieben ist, die sie damals war; denn es ist ja bekannt, daß dieselbe Conspirations-Liebhaberei, die jetzt uns angedichtet wird, gerade dieser Person, die zu Ihnen redet, damals durch ein schändliches Bubenstück angedichtet wurde,

(Bravo! links.)

daß aber die Unwahrheit dieser Anschuldigung und die Wahrheit und die Lauterkeit der Bestrebungen der Preußischen Demokratie vor Gott und aller Welt und vor Gericht, klar gestellt worden ist. Das will ich hier, wie ich schon einmal gethan habe, solchen Anschuldigungen gegenüber erklären.

Im Uebrigen aber, meine Herren, ich habe, was die Anfechtungen der Rede, die ich hier gehalten habe, betrifft, muß ich gestehen, ich habe sie ja gar nicht zu dem Zwecke gehalten, daß sie den Beifall des Herrn Minister-Präsidenten oder auch selbst den Beifall des Herrn Abgeordneten für Stargard bekommen sollte. Dies ist nicht meine Absicht bei der Rede gewesen. An einzelnen Ausdrücken der Rede ist gemarktet worden. Diese Ausdrücke sollten das sagen, was meine Ansicht war. Es ist von Schergen des Absolutismus die Rede gewesen. Ich habe dadurch die Stellung bezeichnen wollen, welche Preußischen Soldaten eingeräumt wird, wenn diese Convention eine Wahrheit würde, und ich behaupte auch noch, daß die Sache sich so verhält, und damit stimmt eine große Zahl von Rednern überein, die wir sowohl gestern wie heut gehört haben.

Dann habe ich von Gendarmerie-Execution gesprochen. Ich halte den Ausdruck aufrecht. Er ist angefochten. Ich habe das Recht, mich darüber zu erklären, wie ich ihn verstanden habe.

Meine Herren, das liegt gerade darin, daß hier keine völkerrechtliche Convention vorliegt, und daß also Alles, was hier geschieht, sei es von unsern Truppen, sei es von Russischen Truppen in *unserem Staate*, eben den Character der Gendarmerie-Execution haben würde. Es haben übrigens *buchstäblich* auch in Lautenburg Preußische Gendarmen eingegriffen gegen Polen.

Das ist, was ich hier über meine Rede zu sagen habe. Im Uebrigen, meine Herren, Jeder spricht, nach einem

Digitized by Google

Deutschen Sprüchworte, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Ich habe die Gewohnheit, sowohl klar zu sprechen, als klar zu stimmen. Ich habe aber gar nicht die Gewohnheit, die Reden Anderer zu kritisiren oder zu schulmeistern, wie der Herr Abgeordnete für Strasburg sich vorhin auszudrücken beliebte. Ich lasse Jedem seinen Geschmack, und bitte, daß man mir auch den meinigen läßt.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr **v. Vincke** (Stargard) [vom Platz]: Ich bitte nur für einige wenige persönlichen Bemerkungen, die sich aber ganz in den Schranken der persönlichen Bemerkung halten werden, um die Nachsicht des Hauses.

Was den letzten Redner anbetrifft, so will ich ihm gern bezeugen, daß er sich nicht geändert hat. Ich erkenne es gern an, daß sowohl er wie der Herr Minister-Präsident noch dieselben sind, die sie im Jahre 1848 waren. Ich habe ihm auch nicht vorgeworfen, daß Alles, was der Demokratie vorgeworfen wird, auch in seiner Person sich herausstelle. Ich halte ihn für einen durchaus ehrenwerthen Mann und glaube nicht, daß Alles, was man der Demokratie vorwerfen kann, auch ihm zum Vorwurf gemacht werden könnte. Im Uebrigen werde ich ihn nicht darin stören, zu sprechen, wie ihm „der Schnabel gewachsen ist", aber auch ich werde stets meinen Gegnern antworten in einer Weise, wie ich es von meinem Standpunkte aus für angemessen halte.

(Bravo! rechts.)

Was den Herrn Abgeordneten für Strasburg anbetrifft, so hat er mir vorgeworfen, daß ich seinen politischen Freund, den Abgeordneten für Dortmund, deshalb kritisirt habe, weil er hier etwas vorgelesen habe, während ich doch auch eine historische Vorlesung gehalten hätte. Meine Herren, ich habe aus fremden historischen Werken citirt, auch der Herr Abgeordnete für Strasburg hat ja seine Privatbriefe vorgelesen; aber der Herr Abgeordnete für Dortmund hat nicht fremde Worte, sondern seine eigene Rede vorgelesen, entgegen dem §. 41. der Geschäfts-Ordnung; und dafür berufe ich mich auf das Zeugniß des Herrn Präsidenten, dessen Kopfschütteln während jener Rede ich sehr wohl bemerkt habe.

Was den fernern Vorwurf anbetrifft, den der Herr Abgeordnete für Strasburg ausgesprochen hat, als ob ich über die Dinge in Westpreußen ein Urtheil nicht haben könnte, weil ich dieser Provinz so fern stände, so will ich dem Herrn Abgeordneten nur erwidern, daß ihm allerdings eine größere Ocular-Inspection zur Seite steht; ich habe aber im Uebrigen die Ehre, mit ihm denselben Landestheil zu vertreten, und zwar einen Kreis, in welchem Polnische und

Digitized by Google

Deutsche Bevölkerung gemischt ist. Ich stehe auch in häufiger mündlicher und schriftlicher Verbindung mit meinen Committenten, und bestreite dem Herrn Abgeordneten das Recht, mir die Legitimation zur Vertretung der Interessen von Westpreußen streitig zu machen.

Was den Herrn Abgeordneten für Berlin anbetrifft, so bedaure ich sehr, daß er mir überhaupt widersprochen hat, ich bedaure es, da ich mich mit ihm auf einem Boden befinde. Er hat ja zum Theil dasselbe wieder vorgelesen, was ich vorhin schon aus seiner Rede vorgelesen hatte. Es besteht zwischen uns nur eine kleine Differenz, aber nicht im Princip, im Princip sind wir einverstanden; er will nur die Vorbereitungen nicht, die ich für zweckmäßig halte. Er will, um ein Gleichniß zu gebrauchen, nur dann gegen seine Gegner auftreten, wenn sie das Haus niederreißen, in welchem er wohnt; ich aber will mich schon widersetzen, wenn sie in den nächsten Umgebungen des Gebäudes Minen graben, die das Fundament und zuletzt das Haus selbst zerstören.

Schließlich habe ich dem Herrn Abgeordneten für Saarbrücken zu antworten. Er hat mir „Weitschweifigkeit" vorgeworfen. Jedem andern Mitgliede würde ich darauf erwidern, daß der Geschmack verschieden ist, wenn aber der Herr Abgeordnete für Saarbrücken mir diesen Vorwurf macht, dann kann ich ihm nur antworten: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes!

(Heiterkeit.)

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Kantak hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **Kantak** (vom Platz): Ich erlaube mir, mich gegen zwei der Herren Collegen zu wenden.

Zuerst gegen den Herrn Abgeordneten für Genthin. Derselbe hat in einer längeren Ausführung sich gegen die Begründung meiner Interpellation gewendet.

Ich behaupte, er hat in dieser Ausführung in Nichts und gar Nichts meine Begründung entkräftet, denn selbst die Thatsachen, die er angeführt hat in den mildesten Formen, stellen es fest, daß waffenlose Haufen auf den Straßen gemordet sind, daß auf Processionen eingehauen ist, daß man in Kirchen eingedrungen und dieselbe mit Blut befleckt hat.

In dieser Hinsicht stände also das Thatsächliche meiner Bemerkungen fest. —

Der Herr Abgeordnete für Genthin hat aber ferner gesagt, ich hätte durch meine Darstellung Sympathien hervorrufen wollen für einen Aufstand, der mit Meuchelmord begonnen. Ich stelle es vollständig in Abrede, daß dieser Aufstand mit Meuchelmord begonnen, und wenn der Herr Abgeordnete für Genthin Bezug nehmen sollte auf einzelne

Digitized by Google

frühere Thaten, dann mache ich ihn ausdrücklich darauf aufmerksam, daß weder ich in meiner ganzen Rede, noch irgendwo die Polnische Presse eine Solidarität mit jenen Meuchelmorden übernommen hat, daß es nicht einmal dem Großfürsten Constantin, der doch selbst Gegenstand eines solchen Mordversuchs war, eingefallen ist, die Polnische Nation dafür verantwortlich zu machen; daß übrigens überall, bei den verschiedensten Völkern und zu den verschiedensten Zeiten dergleichen politische Meuchelmorde vorgefallen sind.

Was den Herrn von Vincke, Abgeordneten für Stargard, anbetrifft, der mir auch die Ehre angethan hat, mich in seiner längeren Rede zu erwähnen, so wäre wohl die ganze Art seines heutigen Auftretens geeignet, sowohl mich als jeden meiner Landsleute dessen zu überheben, wenn wir, sei es persönlich, sei es sächlich, von ihm angegriffen werden, irgend wie weiter darauf zu antworten. Er hat indeß eine Aeußerung von mir angeführt, von der ich hiermit erkläre, daß ich sie vollkommen aufrecht erhalte.

Den übrigen Ausführungen seiner Rede setze ich ein Schweigen entgegen, wobei ich es ihm vollständig überlasse, ob er dieses für ein Schweigen der Zustimmung oder für ein Schweigen sittlicher Entrüstung halten will. Uebrigens glaube ich, daß es selbst ihm nicht gelingen wird, die Sache, welche jetzt ganz Europa in Bewegung setzt, todt zu reden.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Abgeordnete v. Hennig (Strasburg) hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **v. Hennig** (Strasburg) [vom Platz]: Es ist mir gar nicht eingefallen dem Herrn Abgeordneten v. Vincke die Legitimation zu bestreiten, über Westpreußische Verhältnisse sich auszusprechen; ich habe vielmehr ganz einfach so argumentirt; der Herr Abgeordnete mahnt den Herrn Abgeordneten Becker, daß er uns eine historische Vorlesung gehalten hat; er verfällt in denselben Fehler und hält uns auch eine historische Vorlesung, die meiner Ansicht nach nicht zur Sache gehört. Ich will nicht auch noch in denselben Fehler verfallen und die Irrthümer berichtigen, die er in seiner Vorlesung gemacht hat. Das war meine Argumentation, und nebenbei sagte ich natürlich, daß ich glaubte, diese Verhältnisse besser zu kennen als er, weil ich in der Gegend wohne; aber die Legitimation habe ich ihm keineswegs bestritten.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr **v. Vincke** (vom Platz): Der Unterschied zwischen dem Herrn Abgeordneten und mir ist,

Digitized by Google

daß er den Accent auf historisch legt, und ich auf Vorlesung.

Vice-Präsident **Behrend:** Der Herr Abgeordnete Dr. Becker hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Dr. **Becker** (vom Platz): Wenn der Herr Abgeordnete für Stargard meine schriftlichen Vorbereitungen zum Vortrage, soweit eben dieser Vortrag ein vorbereiteter war, mit dem stenographischen Berichte vergleichen will, so wird er sich überzeugen, daß ich nicht abgelesen habe. Ich bedaure allerdings, daß ich auf dieser Tribüne noch nicht so geübt bin, daß ich unter fortwährender Störung von der Rechten des Conceptes gänzlich entbehren kann.

Vice-Präsident **Behrend:** Die persönlichen Bemerkungen sind geschlossen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 50 Minuten.)

Digitized by Google

Neunzehnte Sitzung

am Sonnabend, den 28. Februar 1863.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Grabow eröffnet.

Am Ministertische befinden sich die Herren Staats-Minister v. Bismarck, Graf v. Itzenplitz, Graf zu Eulenburg und v. Selchow.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten nunmehr in Fortsetzung der Berathung des Berichtes der XV. Commission über den Antrag der Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck und v. Carlowitz, betreffend den im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstand. Unter dem Antrag stehen zwei Herren verzeichnet, der Herr Freiherr v. Hoverbeck und der Herr v. Carlowitz.

Wir haben gestern die Debatte zum Schluß gebracht, so daß heute noch einer der Herren Antragsteller und der Herr Referent das Wort haben.

Ich ersuche die betreffenden Herren Antragsteller mir mitzutheilen, wer von ihnen das Wort ergreifen wird.

Abgeordneter Freiherr **v. Hoverbeck** (vom Platz): Herr v. Carlowitz hat mir den Auftrag gegeben, die wenigen Worte hinzuzufügen, welche noch nothwendig sind.

Präsident: Dann ertheile ich dem Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Hoverbeck das Wort.

(Der Abgeordnete Freiherr v. Hoverbeck begiebt sich auf die Tribüne.)

Abgeordneter Freiherr **v. Hoverbeck:** Ich habe schon eben berührt, daß eine längere Rede hoffentlich nicht nothwendig sein wird, da wir es den Rednern der Majorität dieses Hauses, die den Commissions-Antrag vertheidigten, zu danken haben, daß sie die Gründe für denselben schon ausreichend erörterten, so daß mir noch sehr wenig nachzutragen sein wird. Wenn ich in der Angelegenheit das Wort er-

Digitized by Google

greife, so geschieht es nur deshalb, um mit wenigen Worten die Amendements zu beleuchten, und dann auf einige Einwendungen zurückzukommen, die Seitens des Hauses und auch vom Ministertische aus gegen die Resolution geltend gemacht worden sind.

Zunächst erlauben Sie mir, daß ich mich gegen das Amendement des Abgeordneten v. Vincke wende. Ich glaube, der Antragsteller hat selbst schon durch die längere Deduction, die er uns gestern vorgetragen hat, uns eine so klare Illustration gegeben von dem, was der Zweck des Antrages sei, eine Illustration, die meiner Meinung nach dem Willen der Majorität dieses Hauses so wenig entspricht, daß ich mich allein dadurch schon überhoben fühlen kann, ein weiteres Wort darüber zu sagen. Dieser Antrag enthält, wenn auch nicht klar und bestimmt ausgedrückt, und vielleicht unter Widerspruch des Antragstellers, dennoch meiner Meinung nach sehr wesentlich eine Cooperation mit Rußland, und diejenigen Herren, die gegen eine Cooperation mit Rußland sind, werden also auch gegen diesen Antrag sich erklären müssen. Auf einem anderen Boden steht meiner Ueberzeugung nach der Antrag, den der Herr Abgeordnete v. Bonin uns gebracht hat. Ich glaube, daß die Absicht dieses Antrages und die Absicht des Commissions-Antrages wesentlich identisch sind; nur habe ich gegen die Fassung des Abgeordneten v. Bonin sehr bedeutende Bedenken, die auch hier schon hervorgehoben worden sind, die aber doch noch mit einem Worte berührt werden müssen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Antrag des Abgeordneten v. Bonin zunächst über den nothwendigen Schutz unserer Landesgrenzen spricht. Ja, meine Herren, wir sind alle damit einverstanden, daß unsere Landesgrenzen völlig intact erhalten werden müssen, aber ein großer Theil von uns ist der Ansicht, daß die Landesgrenzen gar nicht bedroht sind.

Wenn das der Fall ist, so glaube ich, würde es nicht rathsam sein, in diesem Augenblicke eine Fassung zu wählen, die in späteren Zeiten, wenn es in Bezug auf die jetzt getroffenen Maßregeln zur Rechnung kommen, die Genehmigung zur Bewilligung der verbrauchten Gelder ertheilt oder verweigert wird, nicht geeignet ist, uns freie Hand zu halten. Ich meinerseits glaube, daß das Ministerium nicht blos einen Schutz der Grenzen im Auge gehabt, sondern durch die Einziehung der Reserven von vier Armeecorps über dieses Ziel weit hinausgeschossen hat, und ich könnte mich daher mit einer Fassung nicht einverstanden erklären, welche, während wir eine so große Machtentfaltung für unzweckmäßig halten, dem Ministerium einen Vorwand bieten könnte, uns dabei für mittelbar mitverantwortlich zu erklären.

Digitized by Google

Es ist zweitens noch ein gefährlicherer Punkt in dem Antrage des Herrn Abgeordneten v. Bonin, nämlich der Ausdruck, daß Preußen sich einer über diesen Zweck, den der Sicherung der Grenzen, hinausgehenden Einmischung enthalten möchte.

Meine Herren! Wenn wir diesen Ausdruck auf der Kehrseite ansehen, so finden wir, daß eine gewisse Einmischung gerechtfertigt sein soll, nämlich die sich darauf beschränkt, den Schutz der Gränzen ins Werk zu setzen.

Nun, meine Herren, wir glauben aber, daß darum keine solche militairische Machtentfaltung, wie sie schon vorhanden, noch viel weniger aber eine Einmischung, oder, wie es nach einem fremden, aber international gewordenen Worte heißt, Intervention nothwendig sei, und deshalb wünschen wir diesen Ausdruck zu vermeiden.

Das hat auch der Abgeordnete v. Diederichs gefühlt, als er das Unter-Amendement stellte, welches ich meinerseits als eine Verbesserung des Boninschen ansehe, aber nicht als eine genügende, denn, meine Herren, wenn wir aus dem Boninschen Antrage die beiden erwähnten Passus streichen, die ich bemängelt habe, dann bleibt dem Sinne nach der Antrag der Commission übrig und wir würden uns dann schon klar und entschieden für den Commissions-Antrag aussprechen können.

Ich muß dann auf das letzte, vom Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs eingebrachte Amendement kommen. Sie werden finden, daß dies Amendement keines ist, welches den Commissions-Antrag wesentlich alterirt oder alteriren sollte. Es ist eine bloße Fassungs-Aenderung, meiner Meinung nach eine sehr gute und glückliche, und ich meinerseits als Antragsteller erkläre, daß ich das Amendement v. Bockum-Dolffs für eine Verbesserung zu meinem Antrage halte und diejenigen, die für meinen Antrag stimmen wollen, bitte, ihr Votum auf das Amendement v. Bockum-Dolffs zu übertragen.

Meine Herren, es ist scheinbar keine große That, eine solche Veränderung zu machen, wie es hier geschehen ist; aber einerseits ist es doch nicht gleichgültig, daß die Vota des Hauses in einer möglichst correcten Fassung abgegeben werden, andererseits hat auch die Aufstellung und die Formulirung dieses Antrages das weitere Verdienst der Vereinigung scheinbar differenter, in Wirklichkeit aber übereinstimmender Ansichten, was weitläufiger auseinanderzusetzen hier nicht am Orte sein würde. Es gehört die Aufstellung dieses Amendements zu den entschiedenen, aber unscheinbaren Verdiensten, an denen, wie der Abgeordnete v. Vincke (Stargard) einmal bemerkt hat, Herr v. Bockum-Dolffs besonders reich ist. Ich muß bekennen, daß ich die parlamentarische Wirksamkeit des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs,

Digitized by Google

trotzdem er in Bezug auf lange Reden hinter manchem der geehrten Mitglieder zurückstehen mag, in Rücksicht auf den praktischen Effect für eine der bedeutendsten halte, die wir hier in dem Hause finden.

(Bravo!)

Ich habe mich nun noch an den Abgeordneten v. Vincke zu wenden zur Besprechung einzelner Einwendungen, die er in Betreff des Commissions-Antrages gemacht hat. Zunächst hat er gesprochen von einem Bücklinge, welchen die Redner der Majorität dieses Hauses bei dieser Debatte vor den Mitgliedern,

(auf die Polnische Fraction deutend.)

die hier auf diesen Bänken sitzen, gemacht habe.

Ich muß bekennen, ich halte den Ausdruck „Bückling" in dieser Beziehung für einen nicht glücklich gewählten, und es wundert mich das um so mehr, da der Abgeordnete v. Vincke sonst ein Meister in glücklichen Wendungen ist. Ich vermuthe daher, daß er absichtlich einen so unglücklichen Ausdruck gewählt hat. Ich würde mich lieber so ausdrücken, daß sich die Redner der Majorität verpflichtet gefühlt haben, diese Herren zu bewundern für die unerschütterliche Treue, womit sie an ihren nationalen Bestrebungen, und an ihrer Sprache festgehalten haben; und in dieser Beziehung kann auch ich nicht unterlassen, denselben meine aufrichtige Hochachtung zu bezeugen.

(Bravo!)

In diesem Sinne also mache ich den Bückling mit. Das wird uns nicht abhalten, meine Herren, dasselbe Festhalten an den nationalen Interessen, welches wir an diesen Herren ehren, auch unsererseits zu bethätigen; wir werden unsere Nation in keinem Augenblick verlassen und vernachlässigen, wie es diese Herren mit der ihrigen thun; und das wird die Grenze sein, wo wir dermaleinst in Zukunft uns mit diesen Herren vielleicht werden auseinanderzusetzen haben.

In Gegenden mit gemischter Bevölkerung — das versteht sich von selbst — werden wir so treu an der Deutschen Bevölkerung halten, wie diese Herren an der Polnischen. Das freilich nennt Herr v. Vincke eine Aeußerung der schwächlichen Humanität.

Meine Herren, es ist mir vor allen Dingen erfreulich gewesen, daß auch ich einmal den Vorwurf der Schwächlichkeit von dem Herrn v. Vincke erfahren habe;

(Heiterkeit.)

in der Regel steht dieser Vorwurf in dem Codex der anderen Partei und wird häufig gegen Herrn v. Vincke und seine Freunde angewandt.

(Bravo! Links.)

Dann muß ich aber auch sagen, wenn ich die Wahl

Digitized by Google

habe zwischen schwächlicher Humanität und schwächlicher Inhumanität, so wähle ich lieber das Erstere.

(Heiterkeit. Bravo!)

Herr v. Vincke hat ferner die Polnischen Insurgenten damit gekennzeichnet, sie wären allerdings nicht, wie einer der Zwölfmänner gesagt hat, Räuberbanden, denn — meine Herren, jetzt kommt der Beweis — sie bezahlten ja mit Bons. Ich glaube, meine Herren, Herr v. Vincke wird nichts dagegen haben, wenn ich sein Princip fortsetze und sage, die Consequenz seiner Aeußerung würde dahin führen, daß er nächstens zu dem Beweise käme, die Preußischen Truppen, die jetzt an die Grenze ziehen, sind keine Räuberbanden; denn Herr v. Werder hat ausdrücklich erklärt, daß, sofern sie nicht geradezu baar bezahlten, sie auch Bons ausstellen würden.

(Unruhe rechts.)

Herr v. Vincke hat ferner die Vorsicht der Regierung bei der zeitigen Einberufung der Reserven im höchsten Maße gelobt.

Meine Herren, ich bin in einem Punkte mit ihm ganz derselben Ansicht, daß wir nämlich unsere Landesgrenzen, falls sie in Gefahr sind, nicht im Geringsten vernachlässigen dürfen. Ich habe aber in diesem Augenblick erst gesagt, daß ich in Bezug auf das Factum anderer Ansicht bin. Dann kann ich es auch nicht recht verstehen, wie man von Seiten der Freunde der Regierung — und in diesem Augenblick muß ich Herrn v. Vincke dazu rechnen — ein so vorzeitiges Berufen der Reserven — so sehe ich es nämlich an — für so heilvoll und zweckmäßig erklären kann.

Man hat uns, meine Herren, gesagt, der ganze Vorzug der Preußischen Heeresverfassung und namentlich der Verbesserung, welche dieselbe jetzt durch die Heeres-Reorganisation gegen das alte System erlitten oder gewonnen hätte, wäre der, daß in einem Augenblick die Truppen mobil gemacht werden können.

Nun, meine Herren, wenn das der Fall ist, so sollte man sich noch eine Weile Zeit gelassen haben zu warten, bis das Bedürfniß eintrat; man könnte ja jeden Augenblick unsere Heeresmacht an der richtigen Stelle ins Leben rufen; warum also dem Lande die Kosten in so ungeheuren Summen vorzeitig verursachen?

Herr v. Vincke hat ferner gesagt, wir unsererseits ließen uns von Sympathien in Bezug auf die Polnische Sache bestimmen; in gewissem Sinne — aber auch nur in gewissem Sinne — darf zugegeben werden, daß wir Sympathien haben, aber nicht, daß diese Sympathien auf unsere praktisch-politischen Schritte bestimmend wirken, andererseits aber dürfen wir mit demselben Rechte Herrn v. Vincke ant-

Digitized by Google

worten, daß man sich noch viel weniger von Antipathien darf bestimmen lassen.

Ich komme nun auf einen neuen Einwand, den er ebenfalls gemacht hat — einen Einwand kann ich es eigentlich nicht nennen, sondern eine Ausführung, dem jetzigen Ministerium gegenüber — und das ist der einzige Punkt, worin ich mit Herrn v. Vincke in dieser Sache sympathisire, daß wir nämlich Beide das gegenwärtige Ministerium doch nicht für das glücklichste halten. Er hat gemeint, ein neues Ministerium müsse vor Allem so hergestellt werden, daß es die Majorität in diesem Hause habe, und es wäre zu erwarten, daß vielleicht in einer nahe bevorstehenden Zukunft das Ministerium aus der Majorität dieses Hauses gewählt werde. Ich muß gestehen, für so schnell bevorstehend halte ich die Sache nicht; aber am allerwenigsten kann ich mich damit einverstanden erklären, daß Herr v. Vincke den Ausdruck gebraucht hat, das Land müsse dann „durch Schaden klug werden." Meine Herren, jedenfalls ist ein Ministerium von der Majorität dieses Hauses noch niemals am Ruder gewesen, ich glaube also in der That, es wäre etwas vorzeitig, wenn man sagen wollte, es würde dem Lande entschieden Schaden bringen.

Daß aber die Freunde des Herrn v. Vincke am Ruder gewesen sind und meiner Meinung nach dem Lande bereits Schaden gebracht haben, das wollte ich nicht unterlassen zu sagen.

(Bravo! Links.)

Ich werde mich nur noch mit einem Worten gegen den Abgeordneten v. Bonin wenden müssen. Er hat uns nämlich in Bezug auf die völlige Unparteilichkeit, die wir verlangen, die Cartellconvention und vielleicht noch andere Verträge mit Rußland entgegenhalten und gefragt, ob wir nicht der Ansicht wären, daß geschlossene Verträge gehalten werden müssen. Ganz gewiß, meine Herren, sind wir der Ansicht; ein Jeder von uns wird sagen, „wozu Preußen contractlich verpflichtet ist, das muß es bis auf das letzte Titelchen erfüllen." Das ist aber auch keine Begünstigung und steht nicht dem Commissions-Antrage entgegen. Ich muß aber gleichzeitig unsere Erwartung aussprechen, daß bei Auslegung der Cartellconvention und anderer einschlagender Verträge nicht solche Auslegungskünste und Auslegungsprinzipien entfaltet werden, wie wir sie in Bezug auf die Cartellconvention gestern von dem Minister des Innern angewendet sahen.

(Sehr richtig! Links.)

Ich habe mich nun noch mit einigen Worten an den Herrn Minister-Präsidenten zu wenden. Zunächst, meine Herren, muß ich gestehen, daß ich mich da in einer gewissen Verlegenheit befinde. Ich weiß nicht, wie man mit den

Digitized by Google

Herren gegenwärtig reden soll. Der Herr Minister-Präsident hat gestern ganz ausdrücklich erklärt, daß er sich nicht der Disciplin des Hauses unterworfen halte. Es würde also danach ihm jede beliebige Invective gegen ein Mitglied dieses Hauses gestattet sein, während der Abgeordnete selbst in der Erwiderung, die er zu geben hätte, wie gewöhnlich, der Disciplin des Präsidenten unterläge. Nun, meine Herren, ich kann einen solchen Zustand nur für einen höchst unbilligen erklären. Ich bin der Ueberzeugung, daß sich allein daraus die Unrichtigkeit der Deduction des Herrn Minister-Präsidenten ergiebt. Entweder ist der Minister-Präsident ebenso, wie jeder Andere, hier der Disciplin des Präsidenten unterworfen, oder jeder einzelne Abgeordnete ist in den Punkten, die er gegen den Minister-Präsidenten ausführt, nicht der Disciplin des Präsidenten unterworfen.

(Sehr richtig!)

Denn daß wir Gleichheit darin fordern können, das, glaube ich, meine Herren, wird das ganze Land uns zugeben.

(Zustimmung links.)

Ich weiß freilich nicht, meine Herren, ob der Herr Minister-Präsident, so wie wir, ein Interesse daran hat, daß die Verhandlungen dieses Hauses so objectiv und ruhig als möglich verlaufen. Ich, meinerseits, glaube, ich darf das bestreiten nach den eigenen Worten des Herrn Minister-Präsidenten, wonach der ganze Zweck, der ihn gegenwärtig dazu bestimmt, das Haus noch am Leben zu lassen, nichts weiter ist, als die Ausführung einer Abschreckungstheorie, nämlich dem Lande zu zeigen, bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten dieses Haus sich versteigen könne. Dann, meine Herren, scheint das Interesse des Herrn Minister-Präsidenten gerade das umgekehrte zu sein, von dem des Hauses und des Volkes, dann muß er wünschen, daß alle Verhandlungen dieses Hauses so tumultuarisch und unreif als möglich sind. Ich überlasse es dem Lande, zu beurtheilen, ob das der richtige Standpunkt für einen Minister-Präsidenten ist.

(Sehr gut! Bravo! links.)

Der Herr Minister-Präsident hat sich ferner auch noch gegen den Commissions-Bericht gewendet und ihm namentlich zum Vorwurf gemacht, daß das Interesse Preußens, überhaupt der politische Standpunkt, darin nicht näher motivirt wäre. Ja, ich glaube, da geht der Herr Minister-Präsident von einer ganz unrichtigen Ansicht über den Zweck und die Fassung solcher Berichte aus. Der Zweck eines derartigen Berichtes ist, die Verhandlungen der Commission wiederzugeben. Wenn nun unglücklicher- oder, von einer andern Seite gesagt, glücklicherweise die Commission in diesen Principien völlig einig war, so war es ganz natürlich, daß die Commission sie nicht behandelte und daß der Be-

Digitized by Google

richt sie deswegen nicht enthalten konnte. Wenn der Herr Minister-Präsident sich gemüßigt gesehen hätte, von seiner so außerordentlich kostbaren Zeit sich so viel abzubrechen, um den Verhandlungen der Commission beizuwohnen, oder wenn er es wenigstens der Achtung gegen das Haus entsprechend gefunden hätte, Regierungs-Commissarien dahin zu schicken und durch diese seine Bedenken geltend zu machen, so würden sie hoffentlich im Bericht völlig genügend wiederlegt worden sein.

(Sehr gut!)

Der Herr Minister-Präsident, meine Herren, hat dann noch die bekannte Convention die große Seeschlange genannt, vielleicht deswegen, weil sie ihn schon recht scharf gebissen hat.

(Heiterkeit.)

Ich, meinerseits, muß doch erwähnen, daß diese große Seeschlange in seinen Augen offenbar nicht das bedeuten kann, was der Ausdruck gewöhnlich besagt, nämlich die gänzliche Nicht-Existenz, das Garnichtvorhandensein einer Thatsache, die behauptet wird. Der Herr Minister-Präsident hat selbst in den unwilligen oder, ich will sagen, scheinbar nicht gern gegebenen Erläuterungen in Bezug auf die Convention, zu denen er sich hier veranlaßt gesehen hat doch Das zugeben, daß sie existirt, wenn sie auch nicht vollständig rechtsgültig abgeschlossen sein sollte; er hat nur noch hinzugefügt, daß jedes Ueberschreiten der Grenze noch von einer Genehmigung abhängig bleibe, einer Genehmigung, von der es mir nicht so ganz deutlich ist, ob eine Genehmigung des Herrn Minister-Präsidenten oder des gesammten Staats-Ministeriums oder die Genehmigung eines Unterbeamten, einer militairischen Gewalt oder dergleichen damit gemeint ist. Jedenfalls aber hat er durch die Existenz einer Convention zugegeben, und ich glaube, ein anderes Ministerium hätte unter solchen Umständen nicht gezögert, wenigstens die betreffenden Punkte der Convention hier vorzulegen. Nun aber, meine Herren, wenn diese Erklärung richtig ist, wenn die Convention existirt, aber noch nicht vollständig abgeschlossen ist, oder noch rückgängig gemacht werden kann, dann scheint es mir vollkommen rechtzeitig zu sein, daß das Haus eine solche Resolution, wie sie hier vorliegt, fasse. Denn es ist doch wenigstens möglich, das das Votum dieses Hauses hier einwirken kann. Gott gebe es zum Wohle des Landes! Wenn der Herr Minister-Präsident seinerseits versichert, das Votum dieses Hauses wäre in dieser Frage völlig gleichgültig, so kann mich dies nicht bestimmen. Außer dem Herrn Minister-Präsidenten existiren bekanntlich noch andere Persönlichkeiten im Staate, die in Beziehung auf die Ausführung der Convention ein Wort mitzusprechen haben; außerdem wird mir der Herr Minister-Präsident verzeihen,

Digitized by Google

wenn ich die Vermuthung ausspreche, daß dies Votum ihm so vollständig gleichgültig doch nicht sein würde. Dasselbe wird jedenfalls für Preußen sowohl, als ganz Europa von Wichtigkeit sein, und gerade die Empfindlichkeit, welche der Herr Minister-Präsident in Beziehung auf die Ausführung des Abgeordneten v. Unruh zeigte, deutet mir an, daß die Sache doch ihren Haken hat. Der Abgeordnete v. Unruh ist am bitterſten von dem Minister-Präsidenten angegriffen worden, weil er andeutete, wir würden eventuell zur Ausführung dieſer Convention und deſſen was ſich daran knüpft, dem Miniſterium kein Geld bewilligen.

Das iſt der eigentliche kritiſche Caſus bei der Sache. Meine Herren, ich glaube, daß es dem Herrn Miniſter-Präſidenten nicht angenehm ſein würde — falls er nämlich in dieſem Augenblicke noch Miniſter-Präſident wäre — wenn er mit einer Geldforderung käme und wir erklärten, daß wir dieſe Forderung — nicht dem Könige, wie der Herr Miniſter-Präſident, vielleicht in einer augenblicklichen Vergeßlichkeit, ſich ausgedrückt hat, ſondern ihm, dieſem Miniſterium — unter keinen Umſtänden bewilligen würden.

Meine Herren! Ich glaube, das iſt gerade das richtig paſſende Wort in dieſer Frage und mit dieſem Worte erlauben Sie mir zu ſchließen.

(Bravo.)

Präſident: Der Herr Miniſter-Präſident hat, zu einer perſönlichen Bemerkung, wie ich glaube, das Wort, da die Discuſſion geſchloſſen iſt.

Miniſter-Präſident **v. Bismarck:** Ich bitte um das Wort.

Präſident: Dann eröffne ich die Discuſſion wieder. Der Herr Miniſter-Präſident hat das Wort.

Miniſter-Präſident **v. Bismarck:** Der Herr Abgeordnete hat ſich wiederholt darüber beklagt, daß die Regierung über den Inhalt deſſen, was er Convention nennt, nicht mittheilender geweſen ſei. Meine Herren, die ganze Richtung dieſer Verhandlungen hat uns allerdings zu Mittheilungen nicht aufmuntern können. Wenn wir Ihnen Mittheilungen gemacht haben, ſo ſind dieſelben als Material zu Angriffen auf uns benutzt worden im Wege einer Kritik, die ich eine ausſchließlich ſachliche und wohlwollende nicht nennen kann. Sobald Sie uns die Ueberzeugung gewähren, daß Sie diejenigen ſachlichen Mittheilungen, die wir Ihnen über amtliche, ſchwebende und wichtige Dinge machen, benutzen wollen, um in gemeinſchaftlichen Verhandlungen die Intereſſen des Landes im Auge zu behalten, ſo werden wir freigebiger mit ſolchen Mittheilungen ſein.

Präſident: Es iſt ein Antrag auf Schluß der Debatte von dem Herrn Abgeordneten Parriſius (Brandenburg) und Dr. Lüning eingegangen.

Digitized by Google

Diejenigen Herren, welche den Schlußantrag unterstützen wollen, bitte ich, aufzustehen.

(Ruf: „Rednerliste.")

Bitte, meine Herren, zuerst muß ich doch den Antrag zur Unterstützung bringen.

(Ein Theil der Abgeordneten erhebt sich.)

Der Antrag ist ausreichend unterstützt.

Es hat sich gegen den Antrag der Herr Abgeordnete Simson eintragen lassen.

Diejenigen Herren, welche den Schluß der Debatte herbeiführen wollen, bitte ich, aufzustehen.

(Geschieht.)

Er ist abgelehnt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Simson hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Simson**: Meine Herren! Ich werde nicht vergessen, unter wie eigenthümlichen Umständen Sie mir durch die Ablehnung des Schluß-Antrages noch im gegenwärtigen Augenblick das Wort verstatten. Ich werde mich in Acht nehmen, die Fragen, die ich durch die Discussion der beiden letzten Tage im Wesentlichen für erschöpft erachte, für die ich erheblich neue Gesichtspunkte beizubringen mich im Voraus außer Stande erkläre, in ihr Detail zu verfolgen. Vielleicht gestatten Sie mir dagegen in der Kürze dasjenige anzudeuten, was mir von den vorgetragenen Argumenten Zustimmung und was mir das Gegentheil der Zustimmung abnöthigt.

Ich lasse mich auf die staatsrechtliche, die geschichtliche, die statistische Seite des Gegenstandes nicht ein; ich halte daran fest, daß die Vorgänge im Königreich Polen zur Zeit nicht den Namen eines Krieges, auch nicht den Namen eines Bürgerkrieges verdienen, sondern im Augenblicke nichts anderes, als ein Aufstand sind. Soll ich die gegenwärtige Intervention mit irgend einem früheren Vorgang unserer Geschichte vergleichen, so könnte es nur unsere Intervention von 1849 im Königreiche Sachsen und im Großherzogthum Baden, — sowie diejenige sein, die man uns für das Kurfürstenthum Hessen in Aussicht stellte, falls es dort bei der Revolution von oben bliebe.

Was die Thatsachen anlangt, so hebe ich an meinem Theil hervor, daß ich sie nach keiner Seite hin für ausreichend constatirt erachte, und es mag die langjährige Gewöhnung des Richter-Amtes und der Gedanke sein, daß es einem Parlamente vor Allem zustehe, keine Thatsachen zur Grundlage seiner Erörterung zu machen, die nicht vor ihm constatirt sind, die mich abhalten, auf diese Thatsachen irgendwie näher einzugehen.

Auch über die Bedeutung des Aufstandes rede ich nicht; ich untersuche seine Absichten nicht; und ob er im Erlöschen ist oder nicht im Erlöschen, ebensowenig; ich erinnere Die-

Digitized by Google

jenigen, die lange genug zurückdenken, an das Jahr 1831. Eben in denjenigen Tagen, in denen man damals die Polnische Revolution für schließlich siegreich hielt, sind wir durch die Einnahme, durch den Sturm von Warschau überrascht worden.

Gegen die Bemerkung des Herrn Minister-Präsidenten, man könne im Sinne des Commissions-Antrages nicht stimmen, ohne Partei für die Polnische Seite zu ergreifen, spreche auch ich mich mit einer einfachen Ablehnung aus.

Meine Herren, ich bin aus einem Landestheile gebürtig, in welchem die Erinnerung vielleicht lebhafter, als in allen übrigen ist, daß die Preußische Krone aus einem Conflict zwischen der Schwedischen und Polnischen, aus der hereinbrechenden Vernichtung der Letzteren hervorgegangen ist. Auch meine Meinung geht dahin, daß es ein Polen- und ein Preußenreich gleichzeitig an der Ostseeküste nicht geben könne. Ich vertraue, daß der Traum, den der große Kurfürst gern träumte, an ihm gehörige Küsten von Stettin bis Königsberg fahren zu können, nach seiner Realisirung durch den großen König, den Preußen des neunzehnten Jahrhunderts gegenüber nicht zerstört werden darf!

Wenn dem gegenüber die neuliche Andeutung des Herrn Minister-Präsidenten dahin gehen sollte, als ob Preußen die Aufgabe hätte, einen jeden Aufstand, gleichviel aus welchen Gründen, gleichviel wo und gegen wen er sich erhebt, entgegenzutreten, dann mag er es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß das von meinem Standpunkte aus als eine Donquichoterie erscheint, — gerade so, wie es die entgegengesetzte Auffassung wäre, die sich jeden irgendwo ausbrechenden Aufstand zum Gegenstande ihrer Sympathie erwählen möchte.

Von Antipathien gegen das Rußland, meine Herren, wie es die Herrschaft des Kaiser Alexander II. uns an den Tag gestellt hat, weiß ich mich frei. Ich behaupte aber, daß man von Antipathien gegen Rußland frei und doch von dem tiefsten Widerwillen gegen die Veranlassung erfüllt sein kann, die Russischerseits den gegenwärtigen Aufstand hervorgerufen zu haben scheint.

Was die Meinung unseres Landes anlangt, so sage ich kurz, daß in Ansehung deren eine Aufklärung des Landes durch das Abgeordnetenhaus nicht nöthig ist. Das Land weiß, und seine besonders berufenen kaufmännischen Corporationen haben mit großer Evidenz an den Tag gelegt, in wie schwere Gefahren das Gut und Eigenthum, ja selbst die Personen von Staatsbürgern durch den Wege der Königlichen Staats-Regierung gebracht werden. Meine Herren, wenn Sie die diesfälligen Vorstellungen der Kaufmannschaften zu Stettin, Danzig, Posen und Berlin, wie sie in den öffentlichen Blättern vorliegen, gelesen

Digitized by Google

haben, so werden Sie sich überzeugen, daß diese in Wahrheit überzeugende Kraft mit sich führen. Man muß nicht etwa sagen, was ganz gewiß an sich richtig ist, das Hauptinteresse des Kaufmannsstandes sei auch in Polen Ordnung und Sicherheit Das erkenne ich an. Aber bis es zu dieser Ordnung kommt, können die Getreide-, die Holz-, die Manufacturwaaren-Lager, können die Preußischen Schiffe mit ihrer Mannschaft längst der Gegenstand von Angriffen von der einen oder andern Seite geworden sein. Und von dem Allen abgesehen, kann mindestens die Abfuhr dieser Artikel nach Preußen in diesem Augenblick vereitelt werden, die bekanntlich das Schiffbarsein der Flüsse, d. h. das Frühjahr voraussetzt. Man soll uns nicht in diesem Sinne auf die künftige Ordnung dieser Verhältnisse vertrösten; es heißt in diesem Betracht: interim aliquid fit.

Aber, meine Herren, der Hauptvorwurf, den ich der Staats-Regierung aus der gegenwärtigen Intervention und Convention machen zu müssen glaube, steht auf einem ganz andern Gebiet, und das ist fast der einzige Punkt, in welchem ich vielleicht eine Nüance von Verschiedenheit in die bisherige Betrachtung zu bringen im Stande bin.

Meine Herren, meine Ueberzeugung ist die, daß die Behandlung des Polnischen Aufstandes, zu welcher sich vermöge der Convention vom 8. d. M. unsere Staats-Regierung herbeigelassen hat, wenn sie den Ausdruck gestatten wollen, ein Gelegenheitsgedicht ist.

(Heiterkeit.)

Man hätte, will ich sagen, denselben Aufstand nach meiner vollen und darum rücksichtslos ausgesprochenen Ueberzeugung anders behandelt, als man ihn behandelt hat, wenn nicht gleichzeitig der innere Conflict existirt hätte!

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, wissen wir, daß Gelegenheitsgedichte seit dem Vorgange unseres großen Dichters an sich nicht mehr in Mißkredit stehen. Aber dieser Satz macht eine doppelte Voraussetzung; einmal, daß die Gelegenheit sich zu einem Gedicht eignet, und zweitens, daß die Gelegenheit auch einen wirklichen Dichter vorfindet.

(Große Heiterkeit.)

Wenn das beides nicht zusammentrifft, meine Herren, dann hat man ein trostloses Impromptu vor sich und das ist, wie ich mit tiefem Bedauern sage, die Stimmung, in welcher ich für meine Person — ich habe nicht das Recht, hier irgend Jemand zu vertreten — mich dieser Convention gegenüber befinde. Nach meinen Gedanken gehört sie unter die vielen Punkte, zu denen die Staats-Regierung durch die innere, nicht ausschließlich, aber wesentlich und schließlich von ihr herbeigeführte Calamität bewogen — so begierig greift, ich sage, dieser Aufstand gehört zu den mehreren

Digitized by Google

Punkten, auf die sich die Aufmerksamkeit der Regierung so hastig lenkt, um aus denselben, um den alten Ausdruck zu gebrauchen, der inneren Lage gegenüber politisches Capital zu machen;

(Sehr wahr!)

dazu, meine Herren, soll meine Hand nicht geboten werden,

(Bravo!)

und wenn ich unter den Rednern gegen den Antrag der Commission eingeschrieben bin, so soll das nicht etwa heißen, daß ich keinen dem Commissions-Antrage ähnlichen, ja nahen Antrag will. Ich kann auch zu meinem Bedauern nicht vermeiden hinzuzusetzen, es soll nicht heißen, daß ich dem Antrage meines verehrten Freundes, des Mitgliedes für Stargard beizutreten vermöchte. Ich verstehe das „Gegen" hier präcise in dem Sinne, daß ich mich zu dem v. Boninschen Antrag bekenne, innerhalb der Grenzen und Ausführungen, die der in Rede stehende Antragsteller selbst seinem Antrage gestern gegeben hat, oder vielmehr jetzt noch geben wird.

Meine Herren! Ich spreche ebenmäßig kurz meine Zustimmung zu der Auffassung derjenigen Mitglieder aus, welche behauptet haben, die in Rede stehende Convention durfte, wenn eine Landesvertretung versammelt war, nicht ohne Einholung ihrer vorgängigen Zustimmung abgeschlossen, und, wenn sie in Abwesenheit der Landesvertretung abgeschlossen, ihr nicht vorenthalten werden.

(Hört! Hört! links.)

Dies zu beweisen, dazu genügt die bloße Verweisung auf Art. 48. der Verfassung; so sehr man vielleicht zugeben kann, daß der Art. 48., bekanntlich buchstäblich aus der Belgischen Verfassung übernommen, in Ansehung des Passus „oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden," sich keiner besonders präcisen und klaren Fassung zu erfreuen gehabt hat.

Meine Herren! Es ist gegen die erhobenen Anträge vielfach auf die Thatsache hingewiesen worden, daß das Ausland sich bereits in diese Betrachtungen und Erwägungen gemischt habe. Aber Derjenige, der vorhergesagt das Ausland werde sich in diese Vorgänge einmischen; von dem kann man — mit einigem Wohlwollen — doch unmöglich behaupten, daß er solche Einmischung des Auslandes hervorgerufen, provocirt, zu seiner Unterstützung erst ins Leben gerufen habe. Was können wir dafür, daß, während in dem unendlich überwiegendem Theil des Hauses die gewisse Voraussicht verbreitet war, daß Frankreich und England den gegenwärtigen Vorgang nicht unberührt lassen würden, der Herr Minister-Präsident diese Erwartungen nicht theilte? daß er bei Gelegenheit der von ihm abgelehnten Beantwortung der Interpellation sagte, er erwarte eine

Digitized by Google

solche Einrede nicht? Der Erfolg hat ihn desavouirt: die Einreden sind gekommen und wir können nun doch unmöglich für seine Nichtvoraussicht in der Weise verantwortlich gemacht werden, daß wir nun, da geschehen ist, was die weit überwiegende Mehrzahl von uns erwartete, nicht mehr das Recht hätten, uns an unserem Theile darauf zu berufen?

Ich mache auch bemerklich, meine Herren, daß der Bericht des Auslandes keineswegs in dem Sinne Erwähnung thut, um sich auf dasselbe irgendwie zu stützen, und daraus Nachdruck für seine eigene Ausführung zu gewinnen.

Der Bericht hat von dem Auslande nichts angeführt, als die Data, die wir leider ausländischen Verhandlungen erst haben entnehmen müssen, über das, was in unserem Lande vorgeht, und von unserer Regierung beschlossen worden ist. Wenn eine Regierung es für in der Ordnung hält, der Landesvertretung vorzuenthalten, was sie dem Auslande, (wie es scheint, auf die erste Aufforderung), bereitwillig dargeboten hat, dann fehlt einer solchen Regierung die Legitimation zu der Einrede: man dürfe sich nicht auf das Ausland berufen.

(Sehr wahr!)

Die Regierung hätte uns diese Bezugnahmen ganz ersparen können, wenn sie, was in meinen Augen ihre unerläßliche, dringende und schleunige Pflicht war, uns rechtzeitig von dem Inhalt der Convention Kenntniß gegeben hätte.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, wir haben die Berufung auf das Ausland in früheren Jahren in ganz anderem Sinne, in ganz anderer Richtung zu hören bekommen; als (auch von Warschau aus) ein bekannter Weg zum Abgrunde, ich meine nach Olmütz, führte, als es sich um die Vereitelung der wesentlichsten nationalen Hoffnungen handelte, hat man uns nicht damals das Ausland entgegen gehalten? Wie kann Derjenige, der jenen Weg mitgegangen ist oder ihn gebilligt hat, wie kann Der sich heut die Legitimation zuschreiben, auf das Ausland im entgegengesetzten Sinne hinweisen zu dürfen? Wenn von beiden Hinweisungen eine gerechtfertigt ist, so ist es die heutige, und wenn es einer an Rechtfertigung gebrach, so war es die erste.

Ich habe, meine Herren, mit Bedauern Klagen — mein verehrter vieljähriger Freund, der Abgeordnete für Oels, mag mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, fast elegische Klagen — in diesem Hause darüber vernommen, wie die Regierung uns ohne Mittheilung über Dinge lasse, die doch den eigentlichen Lebenskern der Gegenwart und unseres Staates abgeben. Meine Herren, zu solchen Klagen bin ich zu stolz,

(Sehr wahr! Sehr richtig!)

Digitized by Google

wir haben keine Machtmittel, wie es scheint, die Regierung zur Erfüllung dieser ihrer Pflicht zu nöthigen. Das sollte, wie mich dünkt, Veranlassung geben, die Gelegenheiten zu vermeiden, in denen man die Ohnmacht dieses Hauses unsererseits an den Tag legt; aber dergleichen Klagen weise ich gleichwohl fern von mir weg.

(Sehr gut!)

Mir scheint, es soll uns auch bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht werden, was ich, ich glaube im October des vorigen Jahres, von dieser Stelle aus als eine Unmöglichkeit bezeichnet habe, daß man in Preußen allerdings anders regieren könne, als auf den Grund der treu eingehaltenen Verfassung.

Meine Herren! Ich bleibe auch allen den Vorgängen gegenüber, die uns seit dem October vorigen Jahres bekümmern, dieser Behauptung treu. Ich verstehe aber freilich unter „regieren" etwas sehr Positives. Regieren heißt meines Ermessens: Die Geister führen, — es heißt nicht: nothdürftigerweise sich in der Regierungssphäre erhalten.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Ich verlange nicht, meine Herren, — denn das Verlangen wäre ein übermäßiges — daß eine Regierung alle Zeit den kühnen Flug des Genies einzuhalten im Stande sein soll. Mehr gerechtfertigt wäre schon die mildere Forderung, daß sie den ruhigen, sicheren Gang des Talents und der Erfahrung zu gehen verstände. Aber in jedem Falle, meine Herren, wird die Bewunderung dafür, daß Jemand nicht fällt, die Bewunderung, die man ja jedem Seiltänzer würde zuwenden müssen,

(Sehr wahr! Sehr richtig! Bravo!)

eine Bewunderung sein, nach der nicht Jedermanns Gaumen und Jedermanns Appetit stände.

(Sehr wahr! Bravo!)

Ich, meine Herren, beklage aus der Tiefe meines Herzens (ich sage eines vaterländischen Herzens), daß man die scheinbare, augenblickliche Möglichkeit, die scheinbare Leichtigkeit, den Staat nicht gerade zusammenbrechen zu sehen, um den Preis, wie ich fürchte, einer inneren Auflösung erkauft, die auf die Dauer jede gesunde Staats-Leitung und vielleicht etwas in Gefahr bringt, was uns noch höher steht als die Möglichkeit einer gesunden Staats-Leitung für diesen oder jenen Zeitpunkt.

(Lebhafter Beifall.)

Was kann man, meine Herren, Verderblicheres thun, als in der Nation eine Unzufriedenheit mit ihren Rechtszuständen hervorrufen? ihr die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie an ihrem Recht das nicht habe, was der göttliche Beruf von allem Recht auf Erden ist, eine Regel zu bilden,

Digitized by Google

durch deren Treue und unverrückte Aufrechterhaltung das sittliche Uebel des Streits vermieden werden kann?

(Sehr gut! Bravo!)

Der Herr Minister-Präsident sagte gestern, er wünsche dem Lande Gelegenheit zu geben, sich über den wirklichen Charakter dieses Hauses — er schien mir sagen zu wollen, seiner Majorität — durch weitere Vorgänge und Erlebnisse aufzuklären. Dazu will ich an meinem Theile nur zwei kurze Bemerkungen machen. Der Herr Minister-Präsident täuscht sich, wenn er glaubt, die Verletzung und Mißhandlung der Majorität dieses Hauses sei vereinbar mit dem Versuche, mit irgend einer Minorität desselben, wie er sich einmal ausgedrückt hat, sich zu verständigen.

(Bravo!)

Diese Verständigung schließt er durch solchen Versuch aus!

(Sehr richtig!)

Er verkennt diejenigen und zwar, wie mich dünkt, nicht ohne Schimpf für sie, bei denen er eine solche Verständigung einer solchen Behandlung ihrer Collegen gegenüber auch nur für möglich achtet!

(Bravo! Sehr richtig!)

Wenn aber der Herr Minister-Präsident eine rückläufige Bewegung im Lande hervorzubringen sich im Stande glaubt durch längere Beobachtung einer Majorität, deren Beschlüsse ich bei weitem nicht alle getheilt oder gebilligt habe; dann mag er von seiner Methode abstehen, dem Lande gleichzeitig mit den Ausschreitungen, die er der Majorität vorhält, auch die wirklichen des Ministeriums vor Augen zu stellen.

(Bravo! Sehr gut!)

Meine Herren! Ich wiederhole, daß ich den Aufstand, der das Königreich Polen augenblicklich bewegt, auch von seiner sittlichen Seite nicht beurtheilen will — aus dem einfachen Grunde nicht — weil mir dazu die faktischen Daten, deren ich zu bedürfen glaube, in mannigfachem Betracht fehlen. Aber Einen Satz will ich doch hier, auf eine Autorität gegründet, aussprechen, der sich keine Seite dieses Hauses verschließen wird. Man kann und man soll von der Revolution gerade so denken, wie neulich in einer beredten Ausführung das verehrte Mitglied für Geldern that. Ich fühle mich in diesem Betracht vollständig auf dem Boden, den Dahlmann in seine Politik mit der wunderbaren Wucht seines Wortes gelegt hat. Jede Revolution ist nicht blos ein Unglück, sondern unter allen Umständen auch ein Verbrechen. Ich will aber dazu auch die Autorität von Niebuhr anführen, der kein Bedenken getragen hat, auszusprechen, daß, wenn er in den Niederlanden gelebt hätte bei dem Ausbruche ihres Aufstandes gegen die Spa-

Digitized by Google

nische Herrschaft, er es für seine Pflicht erachtet haben würde, auf der Seite des Aufstandes zu stehen.

Wenn ich es ablehne, meine Herren, die Tragweite dieses Polnischen Aufstandes, seine ursprünglichen Intentionen in den Chancen seines Gelingens oder Mißlingens zu betrachten, so will ich doch einer gestern hier vorgeführten Betrachtung folgende Bemerkung entgegensetzen. Ich lasse die Frage unentschieden, ob ein Königreich Polen an unserer östlichen Grenze wünschenswerth, gleichgültig oder verderblich für Preußen sei. Welche von diesen Chancen richtig sein mag, unter keinen Umständen ist nach meiner Ueberzeugung die Königliche Staats-Regierung des Weges gegangen, der zu ihrem Ziele führen konnte. Denken Sie sich, meine Herren, die Entstehung eines Königreichs Polen als einen Glücksfall für uns, dann erlassen Sie mir den Beweis, daß die Königliche Staats-Regierung zu dieser Verbesserung unserer Lage durch die Convention nichts gethan hat. Halten Sie aber, übereinstimmend mit eingehenden und beredten Aeußerungen, die gestern hier vernommen worden sind, das Gegentheil für unseren Staat wünschenswerth, so frage ich, meine Herren, was konnte die Regierung solchen Gedanken gegenüber Schlimmeres thun, als Frankreich und England auch nur die entfernteste Handhabe zu bieten, nun sich in diese Frage überhaupt zu mischen!

(Sehr richtig!)

Lag es nicht unendlich nahe, daß, je ruhiger — ich will sagen, je kühler — man sich den Vorgängen im Königreich Polen gegenüber verhielt, man um so ruhiger auch abwarten konnte, wie die Dinge sich dort entwickelten, statt daß man jetzt durch das hastige Zugreifen nichts gethan hat als — dem Kaiser der Franzosen einigermaßen dazu behülflich zu sein: eine Polnische Frage auf die Tages-Ordnung zu bringen. Wenn das, meine Herren, Politik heißt, namentlich eine Politik, die zu dem von ihr beabsichtigten Ziele führt, dann habe ich freilich schon viel zu viel davon gesprochen; mein Verständniß übersteigt eine solche Auffassung der Dinge — ich kann gar nicht sagen, wie weit.

Und was schlimmer ist, meine Herren, wenn man wirklich den Gedanken einer Wiederherstellung der Restaurations-Politik, einer Retablirung der heiligen Alliance oder wie man es sonst nennen will, glaubte ins Auge fassen zu müssen, was war denn verfehlter, als wenn man Oesterreich dabei aus dem Spiel ließ? Wie konnte man sich vorstellen, daß Rußland und Preußen allein diese Rolle jetzt — gegenüber den zu einer gewissen Intimität gelangten Westmächten — zu spielen vermöchten, die auf die Dauer nicht einmal die drei Staaten zusammen haben durchführen können!

Digitized by Google

Es ist gestern gesagt worden, man habe wenigstens Eines erreicht, nämlich: Die Antipathie von Rußland auf uns abzulenken. Meine Herren, auf allen Bänken dieses Hauses sitzen Mitglieder, mit denen ich die Ehre gehabt habe, in der Paulskirche zusammen zu sein. Sagen Sie mir, verehrte Collegen von damals: Worunter haben wir das Jahr in der Paulskirche schwerer und trauriger gelitten, als unter den Antipathien, die unsre damalige Regierung durch das Stehenbleiben während des Menschenalters von 1815 bis 1848 von Oestreich ab, und auf uns zu lenken verstanden hatte?

(Viele Stimmen lebhaft: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wenn ich nun noch mit ein Paar Worten auf die vorliegende Formale komme, so vergeben Sie mir, wenn ich doch etwas ausführlicher spreche, als meine eigentliche Absicht war; Sie wissen, wovon das Herz voll ist, davon geht der Mund über.

(Lebhafte Zurufe links: Fortfahren!)

So will ich denn zunächst bemerken, die Cartelconvention von 1857 gehört nicht unter meine Liebhabereien. Ich bin des Dafürhaltens, daß, wie man sich auch den Ausgang der gegenwärtigen Krisis denken mag, wenn die zweiten sechs Jahre durch Existenz der Convention im Jahre 1869 vorüber sein werden, so wird kein Preußischer Staatsmann auf den Stühlen dort (auf die Ministersitze deutend) sitzen, der eine Erneuerung derselben in dem Sinne der Conventionen von 1816, 1828 und 1844, auch nur vorzuschlagen beliebte. Ich halte dafür, daß wir auch mit Rußland auf diejenige Basis solcher Verträge kommen müssen, auf welchen wir mit Frankreich, Dänemark, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und vielleicht noch andern Staaten, die mir im Augenblicke nicht gegenwärtig sind, bereits stehen.

Ich bin auch nicht abgeneigt, anzunehmen, daß die, wie ich glaube, von dem Herrn Referenten zuerst hervorgehobenen Art. 20. und 21. der Cartelconvention so verstanden werden können, als ob durch dieselben einzelnen Staatsbürgern Lasten auferlegt werden, die ein Staatsvertrag nur irgendwo zu enthalten braucht, damit zu seiner Gültigkeit vermöge des Art. 48. der Verfassung die Zustimmung der Kammer gehört. In einem viel höheren Sinne, als von den beiden Artikeln, die der Herr Referent hervorgehoben hat, muß ich das von dem Artikel — ich glaube 14. — der Convention sagen, der gewisse Bestimmungen der Allgemeinen Gerichts-Ordnung über das Forum, das ein Ausländer durch Anwesenheit im Inlande bei uns erhalten kann, alterirt hat, ohne die Hülfe der gesetzgebenden Factoren in Anspruch zu nehmen.

Aber, meine Herren, wenn eine Landesvertretung, wie

Digitized by Google

die unsrige, sechs Jahre hindurch eine solche Cartelconvention in unserer Gesetzsammlung abgedruckt gesehen hat, so kann sie doch meines Ermessens nun nicht urplötzlich auf den Gedanken kommen, was sechs Jahre lang als Vertrag Verbindlichkeit für unsern Staat gehabt hat, für unverbindlich zu erklären. Ich meine, meine Herren, das ist mit der Stellung eines civilisirten Staates unvereinbar, und, um die Formel des Commissions-Antrages zu gebrauchen, es ist unvereinbar mit dem Interesse Preußens, das ganz gewiß, wie ja auch einer der Herren Antragsteller heute anerkannte, dringend fordert, daß Verträge von uns treu, pünktlich und ausgiebig gehalten werden.

Man kann mir auch nicht etwa sagen: Wenn die Cartelconvention vom Jahre 1857 ohne Gültigkeit ist, so wäre dadurch die vom Jahre 1844 von selber wieder erwacht. Das wäre ein Irrthum. Die Cartelconvention vom 1844 war nur bis zum Jahre 1856 geschlossen, und mit dem Ablaufe der Frist, für die sie geschlossen war, erlosch sie von selbst.

Aber, meine Herren, wir stehen ja gegen Rußland keineswegs allein in dem Vertragsverhältnisse dieser Cartelconvention. Wir haben eine ganze Reihe von Verträgen, z. B. Handelsverträge mit ihm geschlossen. Es ist uns, trotz dem Vorgange in Polen, ein befreundeter Staat geblieben und, wenn ich mir auch nicht eingebildet habe, daß man dadurch die Russische Regierung den Aufständischen gleichstelle, daß man in Ansehung beider dieselbe Negative von uns fordert, so scheint mir doch gewiß, wir können ohne entschiedene Vertragsverletzung nicht in Abrede stellen, daß wir der ordentlichen Regierung des Russischen Staates gegenüber Verpflichtungen haben, welche, — der Herr Antragsteller mag sagen, was er will, — in ihrem Sinne und in ihrer Tendenz Begünstigungen dieser Regierung sind, und vor deren Erfüllung man also nicht im Sinne des Commissions-Antrages durch einen Ausspruch des Hauses die Regierung abzuhalten auch nur versuchen darf, ohne dem eben entwickelten Principe entgegenzutreten.

Einen Unterschied zwischen dem Antrage des Abgeordneten v. Bockum-Dolffs und dem Antrage der Commission vermag ich nicht zu erkennen. Sie werden, denke ich, der Minorität dieses Hauses einräumen, daß sie nicht die Verbindlichkeit hat, alle Bewegungen und Veränderungen mit durchzumachen, die es den Herren von der Majorität gefallen hat, innerhalb der letzten vierundzwanzig oder sechsunddreißig Stunden mit ihren Beschlüssen vorzunehmen. Unter dem Antrage des Abgeordneten v. Bonin (Genthin) stand der Name des Abgeordneten v. Bockum-Dolffs. Ich habe nicht zu kritisiren, und enthalte mich nicht blos mit meinem Munde sondern auch mit meiner Seele einer jeden

Digitized by Google

Kritik der Gründe, welche ihn bewogen haben, innerhalb der letzten Tage zu einer veränderten Meinung zu kommen. Aber ich glaube, wir müßten aufhören, einen Gegenstand Ihrer eigenen Achtung auszumachen, wenn alle solche anderweit eingeleitete und durchgeführte Veränderungen auf uns mit influiren sollten. Ich weiß nur, der Boninsche Antrag hat uns vorgestern von seiner Richtigkeit überzeugt. Ich halte ihn auch heute noch dafür, und werde deßhalb für den Boninschen Antrag und für keinen andern stimmen.

Und nun, meine Herren, zum Schluß. Es ist gestern mit einem herben Ausdruck über diejenigen oder denjenigen der Stab gebrochen worden, die den Eintritt der gegenwärtigen Regierung — denn ich unterscheide sie durch ihr Haupt auch von der des vergangenen Sommers — mit irgend welcher Hoffnung begrüßt haben.

Je freier ich mich in meiner Seele von allen solchen Hoffnungen von Haus aus gewußt habe, um so unbefangener kann ich doch sagen: ich kann mir die Argumente sehr wohl denken, um derentwillen patriotische und weitdenkende Männer den Eintritt des gegenwärtigen Regimentes etwa mit den Worten begrüßt haben mögen, mit welchen Niebuhr den Kaiser Alexander I. bei seinem Eintritt auf den Deutschen Boden 1805 begrüßte, als er ihm seine Uebersetzung der ersten Philippica des Demosthenes übergab. Er bediente sich des alten Verses:

Hic rem Romanam magno turbante tumultu
Sistet eques.

Meine Herren, die damaligen Hoffnungen Niebuhrs sind vereitelt worden, die Schlacht von Austerlitz folgte und die in Rede stehenden Hoffnungen des Jahres 1862 ebenmäßig. Ich muß mit tiefem Gram aussprechen, daß seitdem der Conflict zwischen der Regierung und der Landesvertretung nicht nur erweitert, vertieft, verschärft, sondern ich sage es rückhaltslos, vergiftet ist. Ich besorge, daß das die Schließung der Wunde nicht erleichtern und ihre Heilung nicht beschleunigen wird. Aber gleichwohl stehe ich mit derselben Hoffnung auf die Zukunft des Vaterlandes vor Ihnen, wie, als ich — ich glaube, am 6. oder 7. October — die Ehre hatte, zu Ihnen zu sprechen, und weil ich, meine Herren, von Jugend auf daran gewöhnt bin, die Ueberzeugung in mir zu tragen, daß andere Leute das, was ich denke, besser auszudrücken verstanden haben als ich selbst, so bitte ich um die Erlaubniß, einige Zeilen aus einem Werke eines der bedeutendsten Schriftsteller der Gegenwart — statt des Endes meiner Rede — vorlesen zu dürfen. Sie werden bald den Mann und werden auch bald sein Werk erkennen. Er sagt:

Digitized by Google

„Der gesammte politische Streit der Gegenwart, der Kampf gegen die Privilegien, die Verfassungsfragen, die Deutsche Frage, sie alle sind im letzten Grunde nur innere Preußische Fragen. Und die letzte Schwierigkeit ihrer Lösung liegt zunächst in der Stellung, welche das Preußische Königshaus zu ihnen einnimmt. An dem Tage, wo die Hohenzollern sich warm und willig den Bedürfnissen der Gegenwart hingeben, wird ihrem Staate die langentbehrte Empfindung der Stärke und Gesundheit kommen; von da wird die Führung der Deutschen Interessen, die oberste Leitung des Deutschen Lebens ihnen fast mühelos, wie von selbst, zufallen. Das wissen Freunde und Feinde. Wir aber denken treu daran, wie viel wir ihnen verdanken. Und wir wissen wohl, daß der letzte Grund unseres Verhältnisses zu ihnen unzerstörbar ist, wenn sie auch einmal zürnen, weil wir zu dreist fordern, oder wenn wir grollen, weil sie zu zögernd gewähren. Denn es ist eine alte, herzliche Freundschaft zwischen ihnen und dem Geist der Deutschen Nation. Und es ist eine männliche Freundschaft, welche wohl einige Stöße ertragen kann. Der Deutsche Bürger aber empfindet auch ihnen gegenüber mit Stolz, daß er Ehre und Größe ihrer Stellung, Ehre und Glück des Vaterlandes gar nicht niedriger faßt, als sie selbst.“

(Bravo!

Präsident: Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident **v. Bismarck:** Meine Herren! Es ist nicht meine Absicht, mich über das Maß einzelner, von dem Vorredner gebrauchter starker Ausdrücke auszusprechen. Derselbe hat das Ministerium mit Don Quixote, später mit Seiltänzern verglichen. Ich fühle keinen Beruf, mich über Fragen des guten Geschmacks und der Schicklichkeit hier in eine Erörterung einzulassen; es wird sich zur Erledigung derselben ein minder persönlicher Weg finden. Ich will mich rein auf das Sachliche beschränken, und habe nur deshalb das Wort ergriffen.

Der Herr Redner hat der Cartellconvention wiederholt erwähnt und deshalb spreche ich diese Worte. Ueber die Bedeutung und Entstehung derselben sind namentlich im Auslande, aber auch im Inlande bei Leuten, die wohl davon unterrichtet sein könnten, mannigfache Irrthümer vorhanden. Den Meisten wird erinnerlich sein, daß in den vierziger Jahren der Versuch gemacht worden ist, die Cartellconvention außer Kraft zu setzen. Die damalige Königliche

Digitized by Google

Regierung ging von der Voraussetzung aus, daß die Nachtheile einer solchen Außerkraftsetzung ausschließlich Rußland zur Last fallen würden; eine ein- oder zweijährige Erfahrung bewies, daß diese Voraussetzung nicht vollständig zutraf. Es wurden die Grenzkreise, wenigstens einzelne derselben, in dem Maße mit ausgetretenen Polen, zum Theil nicht von der besten sittlichen Führung überschwemmt, daß deren Unterhaltung Kosten, deren Ueberwachung Vorsichtsmaßregeln erforderte. In einzelnen Ortschaften überstieg zeitweise die Zahl der aus dem Königreich Ausgetretenen die Zahl der wirklichen Einwohner. Es litt darunter zeitweise die Sicherheit unserer Grenzkreise; die Masse der Ausgetretenen war größer, als wir sie beherbergen und bewachen konnten. Diese Betrachtungen haben damals in den vierziger Jahren die Regierung veranlaßt, den Cartellvertrag zu erneuern und er ist in seiner letzten Fassung im Jahre 1857 aus ähnlichen Erwägungen wiederum erneuert worden. Welchen Nutzen derselbe relativ für Preußen und Rußland hat, ist Sache der Erwägung; hat die Königliche Regierung die Ueberzeugung, daß seine Nachtheile für uns größer sind als seine Vortheile, so wird sie ihn seiner Zeit außer Kraft setzen; bis jetzt aber hat sie diese Ueberzeugung nicht.

Der Herr Vorredner hat mir ferner wiederholt den schon von andern Rednern gemachten Vorwurf ausgesprochen, daß die Königliche Regierung gegen fremde Regierungen über diplomatische Verhandlungen mittheilender wäre als gegen die eigene Volksvertretung. Aber, meine Herren, worin besteht das ganze Wesen der Diplomatie und diplomatischer Verhandlungen? Es besteht in Mittheilungen der Regierungen unter einander.

Sie haben uns gestern vorgeworfen, daß wir uns mit großer Uebereilung über etwas mit Rußland verständigt hätten, ohne uns der Ansicht anderer Cabinette darüber zu vergewissern. Wenn nun durch Aeußerungen anderer Cabinette zu Tage tritt, daß der Vorwurf unbegründet ist, daß gerade Verhandlungen über den Gegenstand mit andern Cabinetten schweben, ebenso gut wie mit Rußland, so sagen Sie, die Regierung hätte Unrecht gehandelt, indem sie gegen fremde Regierungen mittheilender wäre als gegen die eigene Landesvertretung. Daraus folgt, daß wir nur dann Ihre Billigung hätten, wenn wir alle beabsichtigten diplomatischen Verhandlungen vorher auf der Tribüne öffentlich verkündigen und Sie fragen: Sollen wir sie einleiten oder nicht? Ich glaube, daß in diesem Vorwurf von neuem eine Bestätigung der Ansicht liegt, die ich aussprach, als ich heute zum ersten Male das Wort nahm, daß wir eine unparteiische und sachliche Beurtheilung unseres Verhaltens von Ihnen nicht erwarten dürfen.

Digitized by Google

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Carlowitz hat das Wort für den Commissions-Antrag.

Abgeordneter **v. Carlowitz:** Meine Herren, es ist bekanntlich in der Diplomatie nichts so fein gesponnen, daß es nicht durch England kommt ans Licht der Sonne. Das hätte sich allerdings der Herr Minister-Präsident sagen sollen, als er sich zuerst weigerte, unsere Interpellation zu beantworten. Damals waren es nur Indicien, die uns zur Seite standen und die uns darauf hinwiesen, daß eine Convention zur Niederwerfung des Polnischen Aufstandes zwischen Preußen und Rußland bestehe. Diese Indicien fanden dadurch Nahrung, daß der Herr Minister-Präsident darüber vollkommen still schwieg. Nun, meine Herren, der Herr Minister-Präsident will, wie wir eben gehört haben, sein Stillschweigen damit erklären und rechtfertigen, daß er sagt, wenn man der Haltung der Kammer so wenig sicher sei, so könnte man ihr gegenüber sich über derlei Fragen nicht auslassen.

Der Herr Minister-Präsident vergißt aber dabei, daß, als die Interpellation eingebracht wurde, noch Niemand in dem ganzen Hause, nicht einmal der Interpellant, der Geschäfts-Ordnung gemäß das Wort erhalten hatte und, da der Minister-Präsident schwieg, erhalten durfte. Er hätte meines Erachtens erst abwarten sollen, welche Haltung die Kammer einnehmen würde, erst dann ließ sich über diese Haltung ein Urtheil fällen. Seit dieser Zeit hat sich nun allerdings Manches geändert; was hier nur Vermuthung war, ist durch die Verhandlung im Englischen Parlament zur Gewißheit geworden; ja noch mehr, der Herr Minister-Präsident hat im Laufe der dreitägigen Discussion zugestehen müssen, daß eine solche Convention bestehe, dahin gehend, den Russischen Truppen den Uebergang über die Preußische Grenze zu gestatten, um Insurgenten in Preußen zu verfolgen, zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Er hat daran die einzige Bedingung geknüpft, daß von Seiten der Russischen Behörden vor einem solchen Einschreiten angefragt werden müsse. Wo? und bei wem? das wissen wir nicht. Sie sehen also, meine Herren, obschon die große Sphinx durch das Englische Parlament gestürzt worden ist, so ist doch jetzt noch eine kleine Sphinx übrig geblieben. Indessen ich glaube, auch für diese kleine Sphinx wird sich noch mit der Zeit ein Oedipus finden.

Wir sind, wie gesagt, Alle darüber einig, daß es Pflicht der Staats-Regierung sei, die Grenze des Staates zu decken und die Ruhe im Innern des Landes zu wahren. Allein wenn auch schon, als Präventivmaßregel, für diesen Zweck militairische Streitkräfte aufgeboten werden mögen und aufgeboten werden müssen, so müssen doch immer diese Mittel mit dem Zweck im Verhältniß stehen, sie dürfen diesen Zweck

Digitized by Google

nicht überragen. Nun hat es aber allerdings uns geschienen, als ob der von der Staats-Regierung in Uebung gesetzte Apparat ein so großer sei, daß wir daraus schließen müßten, es seien noch Nebengedanken im Hintergrunde, die Staats-Regierung beabsichtige mehr als eine bloße Deckung der Grenzen, sie wolle nebenher auch Rußland begünstigen und Rußland in der Niederwerfung des Aufstandes unterstützen. Wir nun, wie Sie wissen, wir verurtheilen aber diese Politik, wir halten dafür, daß die Wirksamkeit des neuen Ministerii auf dem Felde der auswärtigen Angelegenheiten in der That auf keine traurigere Weise inaugurirt werden konnte, als durch diese Intervention. Wir halten dafür, daß diese Intervention den Interessen des Landes nicht nur nicht förderlich, sondern nachtheilig sei. Wir sind der Ansicht und haben deshalb die Resolution gestellt, daß sich die vollständige Neutralität gegen beide Parteien empfehle. Ich brauche den Ausdruck „Neutralität", weil er am leichtesten verständlich ist, obschon ich zugebe, daß er vielleicht nicht ganz correct sein mag. Neutralität also ist, was wir wollen. Da wirft man uns nun — ich weiß in der That nicht mit welchem Recht — Polnische Sympathien vor. Der Herr Minister-Präsident argumentirt so: er sagt, wenn das Haus Polnische Sympathien habe, so müsse es natürlich baar und ledig alles Preußischen Patriotismus sein. Meine Herren, es hat Niemand das Recht, weder auf der Minister-Bank noch sonst im Hause, unsern Preußischen Patriotismus irgend anzuzweifeln. Ich gebe gern zu, daß die jetzige Regierung in der Haltung, die sie einnimmt, nicht dazu beiträgt, den Preußischen Patriotismus in unsern Herzen anzufachen und zu beleben. Aber ich kann Ihnen, ich glaube im Namen von uns Allen, sagen, unser Preußischer Patriotismus wird sich dadurch nicht beseitigen lassen. Er wird dieses Ministerium noch überdauern. Ein geehrter Abgeordneter von dieser Seite (rechts), der Herr Abgeordnete für Stolp, fand in der Resolution den Hintergedanken, daß man nur damit umgehe, das Ministerium in seinem Bestande zu erschüttern, vielleicht selbst zum Abgange zu nöthigen. Nun, meine Herren, da muß ich um die Erlaubniß bitten, mich ein für allemal mit dem Herrn Abgeordneten auseinander zu setzen. Ein Motiv dieses Antrages, der ja von mir mit ausgegangen ist, ist diese Absicht nicht; aber ich gestehe ganz offen, daß, wenn irgend ein Antrag und wenn irgend eine Resolution nebenher jemals den Erfolg haben sollte, das Ministerium in seinem Bestande zu erschüttern, vielleicht selbst zum Rücktritt zu bewegen, wir dies allemal mit Freuden in den Kauf nehmen würden. Die Motive zu dem Antrage konnten es freilich darum nicht sein, weil der Herr Abgeordnete v. Gottberg uns natürlich

Digitized by Google

nicht Gewähr zu leisten vermag, daß nach dem Abgange dieses Ministeriums ein besseres an dessen Stelle trete.

Meine Herren! Wir haben es erlebt, man kann bei derlei Wechsel aus dem Regen in die Traufe kommen. Nun ist die Traufe allerdings der Superlativ; aber das bedingt nicht nothwendig, daß man bei abermaligem Wechsel wieder zurück in den Regen oder in den Sonnenschein kommt. Es kann sich auch zutragen, daß man aus einer Traufe in die andere kommt. Ich muß nun allerdings dem Herrn Abgeordneten für Stolp bekennen, daß, wenn nach Abgang dieses Ministeriums ein Ministerium aus den Reihen seiner Parteigenossen und politischen Freunde an das Ruder kommen sollte, wir allerdings in der Lage sein würden, dasselbe als eine zweite Traufe zu betrachten. Meine Herren, die Politik der Regierung, wie sie jetzt bei dieser Convention eingehalten wird, hat ihre großen Nachtheile. Sie hat zuvörderst den Nachtheil, daß sie die commerciellen Interessen Preußischer Angehöriger beschädigt; sie hat weiter den Nachtheil, daß sie das Geld des Landes in Anspruch nimmt, welches für andere Zwecke besser verwendet werden könnte. Sie hat weiter den Nachtheil, daß sie einen Theil unseres Staatsgebiets zum Kriegsschauplatze macht, und dadurch unter Umständen das Eigenthum unserer Staats-Angehörigen einer Beschädigung aussetzt. Sie hat den Nachtheil, daß sie uns ohne Noth den Haß der Polnischen Nation zuzieht, und sie hat — was ich in den Verhandlungen dieser drei Tage noch nicht gehört habe — schließlich den Nachtheil, daß sie möglicherweise die Rache der Polen gegen unsere in Polen lebenden Landsleute aufstacheln könnte. Meine Herren, erlassen Sie mir die Ausführung aller dieser Nachtheile. Bei so vorgerückter Zeit in der Debatte bin ich darauf angewiesen, ihre Geduld so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen. Aber ich constatire nur noch, daß alle diese Nachtheile in einer Zeit hervorgerufen worden sind, wo man sich im Großherzogthum Posen noch vollständiger Ruhe erfreut. Eine Aufregung mag allerdings dort vorhanden sein; aber nach den Nachrichten, die uns von dort zugehen, trägt die Hauptschuld dieser Aufregung die Staats-Regierung selbst durch Maßregeln, die diese Aufregung nicht beschwichtigen, sondern steigern mußten.

Meine Herren! Es ist kaum in irgend einem Lande jemals vorgekommen, daß man, selbst wenn es sich blos um Geldmittel handelte, die später auf dem Budget erscheinen, einem Abgeordnetenhause auf diese Weise begegnet. Ueberall würde sich eine Staats-Regierung, ehe sie zu solchen Maßregeln sich entschließt, mit der eben tagenden Landesvertretung verständigt haben. Wir aber in Preußen sind bereits so weit von der constitutionellen Bahn abgewichen, daß man die Volksvertretung über Landbriefbestellgeld

Digitized by Google

u. dgl. sich gemüthlich unterhalten läßt, während die Staats-Regierung, ohne der Vertretung des Landes darüber auch nur die entfernteste Mittheilung zu machen, die Reserven einberuft, Militair an die Grenze wirft, selbst einen Theil des Landes zum Tummelplatz kriegerischer Schaaren macht, und endlich, was noch mehr ist, über das Land die Gefahr, wenn auch noch die entfernte Gefahr kriegerischer Verwickelungen mit dem Auslande heraufbeschwört.

Meine Herren! Ich sollte glauben, dem Preußischen Volke müsse die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn ihm, dem so besonnenen, so intelligenten und so loyalen Volke, die eigene Staats-Regierung ein solches vernichtendes Zeugniß politischer Unmündigkeit ausstellt. Aber man scheut sich nicht, dem Abgeordnetenhause gegenüber alle diese Maßregeln zu verheimlichen, und sich der Gefahr auszusetzen, wenn künftig uns das Budget vorgelegt wird, die für solche Zwecke verwendeten Ausgaben abgelehnt zu sehen.

Meine Herren! Ich hätte noch sehr viel Ihnen zu sagen. Die Zeit ist aber vorgerückt; wir stehen im dritten Tage der Discussion. Die Aufmerksamkeit ist vollständig geschwunden; ich bin kein Redner ersten Ranges, der im Stande wäre, die Aufmerksamkeit wieder zu fesseln; ich werde also dem Schluß zueilen, so viel ich Ihnen auch noch zu sagen hätte. Ich glaube, die Verantwortlichkeit, die das Ministerium durch diesen Schritt auf sich ladet, ist kaum eine geringere, als die Verantwortlichkeit, die es schon jetzt durch sein budgetloses Regiment auf sich geladen hat. Allerdings immer nur eine moralische Verantwortlichkeit, denn uns fehlt noch der Hebel, dieser Verantwortlichkeit eine praktische Geltung zu verschaffen; allein, meine Herren, selbst als moralische Verantwortlichkeit, hinter der das Staats-Ministerium, wie es so oft mit Emphase von dem Herrn Finanz-Minister geschehen ist, sich zu verschanzen pflegt, was allerdings ein sehr bequemes Auskunftsmittel ist, so lange wir noch kein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz haben, selbst diese blos moralische Verantwortlichkeit scheint mir eine so ungeheure, daß ich glaube, auch der thatkräftigste, auch der kühnste Minister müsse vor ihr zurückschrecken. Meine Herren, wir, das Abgeordnetenhaus, wir haben nur eine einzige Aufgabe zu erfüllen, die Aufgabe, uns von dieser Politik vollständig loszusagen, die Solidarität mit einem solchen Verfahren abzuweisen. Wir thun dies, wenn wir eine der beantragten Resolutionen annehmen — welche? darüber sollte kaum mehr ein Zweifel sein. Ich selbst will gern zugeben, daß ich mich von Anfang an auch der v. Boninschen Resolution zugeneigt habe. Mir galt es vor Allem für einen der Anträge eine möglichst große Mehrheit zu gewinnen. Ich könnte mich deshalb mit vollem Rechte, um mich eines Kunstausdruckes zu bedienen, ein Mehrheitsgeschöpf nennen.

(Heiterkeit.)

Digitized by Google

insofern ich entschlossen war, in dieser Frage, wenn anders nur der Zweck erhalten war, mit der Mehrheit zu gehen. Meine Herren, jetzt, nachdem mir darüber kein Zweifel mehr beigeht, daß die Mehrheit der Anwesenden sich für das v. Bockum-Dolffsche Amendement zu entscheiden geneigt ist, jetzt allerdings bin ich ebenfalls entschlossen, für dieses Amendement zu stimmen und ich bitte Sie, treten Sie ihm bei, treten Sie ihm wenigstens noch bei, wenn Sie anfangs sich bewogen fühlen sollten, für das v. Boninsche Amendement zu stimmen — ich setze nämlich voraus, daß es zuerst zur Abstimmung kommt, aber fällt, — Sie würden sonst in dem Lichte erscheinen, gar nichts zu wollen.

(Bravo!)

Präsident: Meine Herren, die Herren Abgeordneten v. Saucken (Tarputschen), Svenke und Roepell (Danzig) haben den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, bitte ich aufzustehen.

(Geschieht.)

Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Auf der Rednerliste sind noch eingetragen für den Commissions-Antrag die Herren Abgeordneten Behrend (Danzig), Reichensperger (Beckum) und Laßwitz, gegen den Commissions-Antrag der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin).

Diejenigen Herren, welche den Schluß der Debatte herbeiführen wollen, bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht.)

Der Schluß der Discussion ist angenommen. Es hat der Herr Abgeordnete von Bockum Dolffs das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **v. Bockum = Dolffs** (vom Platz): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete für Montjoie hat es für nöthig erachtet, darauf hinzuweisen, daß ich den Antrag v. Bonin unterschrieben habe und wenige Stunden darauf mit einem selbstständig von mir ausgegangenen Antrage hervorgetreten bin.

Als ich den Bericht der Commission erhalten hatte, habe ich meinen Abänderungs-Vorschlag sofort an den Rand geschrieben. Ich habe ihn jedoch nicht eingereicht, weil ich es überhaupt nicht liebe, meine Persönlichkeit in den Vordergrund zu drängen.

Als ich jedoch sah, daß fast alle Fractionen des Hauses mit eigenen Abänderungs-Vorschlägen kamen, während wir doch in der großen, großen Mehrheit Alle Dasselbe wollen, schien es mir an der Zeit zu sein, mit meiner Formulirung den Versuch zu machen, der eigentlichen Absicht der großen Majorität den geeigneten Ausdruck zu verleihen; da ich hoffen durfte, daß mir solches gelingen würde, so durfte ich auch nicht länger anstehen, obgleich ich bereits einen anderen

Digitized by Google

Antrag unterschrieben hatte, mit dem meinigen hervorzukommen. Meines Erachtens können wir aber nichts Besseres thun, als die im ganzen Lande herrschende Meinung mit so vielen Stimmen in diesem hohen Hause laut werden zu lassen, als dies nur immer möglich ist.

Lassen Sie uns, meine Herren, mit möglichster Einigkeit dem Ministerium zeigen, was wir schließlich doch Alle wollen.

(Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter **v. Bonin** (Genthin) [vom Platz]: Der Herr Antragsteller hat in seiner Entgegnung auf meinen Antrag besonders das hervorgehoben, daß der Antrag die Handhabe zu einer Interpretation darbieten könne, die er in keiner Weise für wünschenswerth halte. Ich glaube aus dem Schluß seiner Rede entnehmen zu können, daß die Befürchtung und Unterlegung der Absicht einer solchen Interpretation nicht gegen mich persönlich hat gerichtet sein sollen; demungeachtet aber muß ich doch auf diese Entgegnung mir die Bemerkung zu machen erlauben, daß die Verhältnisse in dem benachbarten Königreich Polen in den letzten Tagen eine so wesentlich andere Entwickelung genommen haben, daß selbst aus der Provinz Posen in den letzten Tagen eine nicht unbedeutende unmittelbare Betheiligung an dem Aufstande eingetreten, seitdem Mieroslawski den Oberbefehl officiell übernommen und angekündigt hat, daß ich diesen Erfahrungen und Erscheinungen gegenüber, meinen Antrag nicht nur aufrecht erhalten muß, sondern noch besonders wünsche, daß Sie aus diesen Erscheinungen Veranlassung nehmen mögen, in größerer Zahl demselben beizutreten.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Hoverbeck hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Freiherr **v. Hoverbeck:** Meine Herren, indem ich mich streng in den Grenzen einer persönlichen Bemerkung halte, erkläre ich nur, daß ich allerdings dem Herrn Abgeordneten v. Bonin niemals eine solche Interpretation als seine unterschoben habe.

Präsident: Es fragt sich jetzt, ob der Herr Antragsteller noch das Wort begehrt.

(Derselbe verzichtet.)

Dann ertheile ich dem Herrn Referenten das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **v. Sybel:** Meine Herren! Ich will sofort beginnen mit der Ankündigung meines Standpunktes. Ich werde des Näheren auszuführen haben, weshalb nach allen Für- und Gegenreden in unserer Verhandlung dieser Standpunkt noch immer der des Commissions-Antrages ist. Von diesem Standpunkt aus ist es nach den Gründen, welche gestern der Herr Abgeordnete für Berlin

Digitized by Google

und heute der erste Herr Antragsteller Ihnen dargelegt haben, unmöglich, Ihnen die Annahme der Verbesserungs-Anträge der Herren Abgeordneten für Stargard oder Genthin oder des zu dem letztern eingebrachten Unter-Amendements zu empfehlen. Dagegen befinden wir uns in einem andern Falle bei dem Verbesserungs-Antrage des Herrn Abgeordneten für Soest. Dieser Antrag entfernt aus dem Commissions-Antrage die nach unserer Meinung immer unverfänglichen Worte „weder der Russischen Regierung noch den Aufständischen", Worte, die jedoch auf verschiedenen Seiten Anstoß gegeben haben. Er ersetzt sie durch die Worte „keinem der beiden kämpfenden Theile", Worte, welche der Herr Abgeordnete für Genthin in seinem ursprünglich in der Commission eingebrachten Amendement selbst aufgenommen und damit seinerseits für unbedenklich erklärt hatte.

Meine Herren! Mit dieser Verbesserung in der Fassung, bei der Festhaltung des gleichen Grundsatzes des Commissions-Antrages, erlaube ich mir auch meinerseits dem hohen Hause die Annahme dieses Amendements zu empfehlen.

Wenn ich mich nun zu der Frage selbst wende, die uns beschäftigt, so habe ich sie vor allen Dingen nach den verschiedenen Wendungen, Erläuterungen und Leugnungen des Herrn Minister-Präsidenten möglichst genau zu formuliren und zu präcisiren. Es handelt sich, meine Herren, hier erstens nicht um ein Bestreben, welches irgendwie in einem Zusammenhange mit vergangenen Dingen, in irgend einem Zusammenhange namentlich mit den Polnischen Theilungen des vorigen Jahrhunderts stände. Die verehrten Herren Abgeordneten für Dortmund und Stargard haben über diese historische Frage ausführlich gestritten. Ich muß auch zwischen Ihnen schlechterdings auf unserem neutralen Standpunkt bestehen. Jena und Tilsit haben uns von aller Beute, von allem schädlichen Gewinn jener Verträge befreit; was wir heute haben, besitzen wir seit dem Jahre 1815, nicht nach einseitigen Handlungen, sondern nach Europäischem Rechte. Somit haben wir unsererseits keine Pflicht, für die längst gebüßten Sünden unserer Vorfahren zu haften, wie wir umgekehrt kein Recht haben, die heutigen Polen wegen der Sünde ihrer Vorfahren irgendwie in Anspruch zu nehmen.

(Sehr richtig!)

Der Standpunkt, den ich in dieser Beziehung bei meinem einleitenden Vortrage zu nehmen mir erlaubte, ist mir durch langjährige Forschung der vergangenen Zustände klar geworden. Meine Herren, ich bin sehr weit davon entfernt, Sie deshalb mit der Erwähnung dieser Studien zu behelligen, weil ich dieselben irgendwie für das Werk eines großen Historikers hielte, aber ich muß jenes Lob meines verehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten für Stargard, hier lediglich mit einer Verwahrung begleiten.

Digitized by Google

Denn wenn sein Lob in diesem Falle auf richtigem Grunde beruht hätte, so würde mir nach meiner Ueberzeugung der erste Titel zu einem guten Historiker, es würde mir das richtige Urtheil fehlen. Es steht nun so, daß er Ihnen gestern aus meiner Geschichte der Revolutionszeit das „Zwar" vorgelesen, das „Aber" aber weggelassen hat; er hat Ihnen angeführt, daß ich die Preußische Einverleibung Posens und Gnesens im Jahre 1793 nach den damaligen Verhältnissen als die vergleichsweise leidlichste Auskunft bezeichnet habe; er hat Ihnen auch gesagt, daß ich für Preußen die Linie der Weichsel und Narew begehrte, und Letzteres ist allerdings insofern richtig, als ich bei der Darstellung des Jahres 1795 es beklage, daß diese Linie in Russische Hände gefallen ist; aber er hat Ihnen nicht angeführt, daß ich gleich nach dem von ihm verlesenen Satze fortfahre — Sie werden mir gestatten, daß ich Ihnen kurz den Satz, der hier einschlägt, vorlese:

> „Jener Landstrich um die mittlere Weichsel, den Bug und Narew bildet, nach den geographischen und politischen Verhältnissen Mittel-Europas, so wie nach den geschichtlichen Erfahrungen aller Jahrhunderte, eine der großen Angriffs-Positionen, die in die Hand eines Mächtigen gelegt, weithin nach allen Seiten Uebergewicht und Herrschaft verbreiten. Dergleichen sind im Westen Europas die Alpen und die Niederlande, im Osten das Flachland der unteren Donau: ihr Schicksal ist stets dasselbe; die großen Nationen ringen Jahrhunderte lang um ihren Besitz, bis Friedens-Bedürfnisse und Bildung sie neutralen und ungefährlichen Inhabern unter dem Gesammtschutze Aller anvertraut. Nach diesem Standpunkt, dem einzigen, auf welchen eine sachliche Prüfung der Deutschen wie der Europäischen Interessen führen kann, war für die Deutschen Mächte das Streben nach der Einschränkung Polens, welches von Galizien her sich mehrmals in Ungarn und Böhmen, sowie von Großpolen aus in Ost- und Westpreußen festgesetzt hatte, vollkommen gerechtfertigt, nimmermehr aber ein Schritt, der zu der gänzlichen Vernichtung dieses Mittelstaates den Weg eröffnete. Nach allen Verhältnissen konnte ein solcher zuletzt keiner andern Macht, außer der Russischen, als der gewaltigsten nnd angriffluftigsten, zu Gute kommen. So haben es seit 1793 die Thatsachen in unaufhaltsamer Entwickelung gezeigt."

Sie sehen, meine Herren, daß ich nach diesen Erwägungen wie vorgestern sagen darf, in der Frage von Polens Herstellung kommt es für den Preußischen Staatsmann viel weniger auf die Frage des „ob" als die Frage des „wie"

Digitized by Google

und „wann" an und daß ich in voller Folgerichtigkeit es heute wiederholen kann: seit den Anordnungen des Wiener Congresses hat die Polnische Theilung nichts mit unserem Rechtszustande und nichts mit unserer heutigen Erörterung zu thun.

Es handelt sich zweitens nicht um irgend eine Sympathie dieses Hauses für den Polnischen Aufstand. Es müßte denn ein Zeugniß für eine solche Sympathie in dem höchst gewissen, höchst evidenten, höchst unzweifelhaften Verhältnisse liegen, daß zwar das Königliche Staats-Ministerium ohne Beachtung irgend eines anderen Rechtes, irgend einer anderen Rücksicht, den Aufstand sofort mit Fäusten todtschlagen will — wir aber nicht gesonnen sind, uns kopfüber und in aller Hast in eine brennende und schwebende Europäische Frage hineinzuwerfen. Oder es müßte nach der mir nicht ganz verständlichen Logik des Herrn Abgeordneten für Stolp ein Zeichen von Sympathie für die Aufständischen sein, wenn unsere Anträge ausdrücklich sagen, daß wir die Aufständischen nicht unterstützen und nicht begünstigen wollen.

Es handelt sich drittens nicht um ein Stück der solidarischen und Europäischen Revolutions-Propaganda. Ich vermag auch dorthin dem Herrn Abgeordneten für Stolp nicht zu folgen, daß in unserem Antrage deshalb eine Art von revolutionairem Geruche liege, weil der entscheidende Satz desselben die Kaiserlich Russische Regierung und die Aufständischen in einem Athem nenne; gleichsam ohne einen Gedankenstrich zwischen beiden zu machen, den man etwa als den bildlichen Ausdruck einer submissen Verbeugung gegen die Kaiserlich Russische Regierung betrachten könnte. Ich gestehe übrigens, ich befürchte nach dem Inhalte seiner vorgestrigen Rede, daß, wenn wir das Unglück hätten, wirklich einen Agenten der ungeheuren Europäisch-Polnischen Revolutions-Propaganda in unserem Hause zu sehen, der dringendste Verdacht, dieser Agent zu sein, sich auf ihn lenken müßte.

(Große Heiterkeit.)

Denn, meine Herren, schlechterdings kein anderes Mitglied dieses Hauses hat uns eine so eingreifende Kenntniß von dem Aufstande hier an den Tag gelegt, als der geehrte Abgeordnete. Er hat uns erklärt, daß derselbe planlos sei, daß er auf die Errichtung eines selbstständigen Königreichs Polen gerichtet und daß er durch und durch panslavistisch sei. Nun, ich frage, kann es einem Laien jemals in den Sinn kommen, einen Blumenstrauß von so contrastirenden Prädicaten über die Sache zu Stande zu bringen?

(Heiterkeit.)

Leider steht es so in unsern schlimmen Zeiten, daß auch der allerconservativste Mann nicht mehr ganz vor einem schlimmen revolutionairen Verdachte gesichert ist. Der ge-

Digitized by Google

ehrte Abgeordnete für Stolp befindet sich hier allerdings in der hohen Gesellschaft des Herrn Minister-Präsidenten. Sie erinnern sich vielleicht, wie vor einigen Wochen der „Morning Herald", das torystischste aller torystischen Blätter Englands sich nachdrücklich dagegen verwahrte, daß unser Herr Minister-Präsident auf das Prädikat eines Tory Anspruch machen könne; er sei vielmehr ein verkappter Agent der Europäischen Demokratie, mit dem Auftrage, den Thron der Hohenzollern zu unterwühlen — und beiläufig gesagt, meine Herren, in unseren Verhandlungen selbst könnte man wenigstens einen Zug eines solchen Charakters bei ihm herausfühlen — ich meine in dem ganz demokratisch modellirten Sprachgebrauch des Herrn Minister-Präsidenten, in den Verhandlungen des Hauses bei Erwähnung der einzelnen Abgeordneten immer nur kurzweg deren Namen zu nennen, ohne jenes doch noch von dem alten Regime her gebräuchliche Prädikat „Herr" dabei anzuwenden, — ein Sprachgebrauch, der meines Wissens kein historisches Muster in den Parlamenten anderer constitutioneller Länder hat, als den Sprachgebrauch des Französischen Convents von 1793.

(Heiterkeit.)

Wenn übrigens der Herr Abgeordnete für Stolp uns in seinem Zusammenhange das stete Erscheinen der Polen auf allen Europäischen Barrikaden betont und dann in der daraus gefolgerten Solidarität aller Europäischen Revolutionen das wesentliche Motiv für die Schritte unserer Regierung gefunden hat, so bin ich, meine Herren, hier nicht in dem Falle, ihm zu widersprechen; denn es bestätigt das durchaus meine von Anfang an gefaßte Meinung, daß es sich bei den Schritten unserer Regierung nicht um eine sachliche, praktische Preußische Politik, sondern lediglich um contrerevolutionaire Tendenzpolitik gehandelt hat.

(Sehr gut!)

Der Herr Minister-Präsident selbst hat in ähnlichem Sinne zum Schrecken aller politischen Kinder die Steuerverweigerer von 1848 und selbst — doppelter Schrecken! — selbst Mazzini ins Feld geführt.

Meine Herren, im Jahre 1848 würde ich zu den Steuerverweigerern — nicht gehört haben; soviel aber scheint mir gewiß, daß, wenn sie damals unser positives Recht verletzten, sie in den letzten drei Jahren schlechterdings nichts gethan haben, was nicht eben die Vertheidigung unseres positiven Rechtes zum Zweck gehabt hätte, und ich wünschte eine gleiche Aenderung des Handelns bei dem Herrn Minister-Präsidenten constatiren zu können, während ich nur höchstens die entdecke, daß er im Jahre 1851 unsre großen Städte zu zerstören wünschte, und dagegen heute das platte Land unserer Grenzbezirke den Schäden des Krieges öffnet.

(Hört! Hört!)

Wenn er aber vor Mazzini besorgt ist, so erlaube ich

Digitized by Google

mir ihn für das Mittel zur Abwehr auf Mazzinis Heimath zu verweisen. Vor Mazzinis Namen zitterte halb Italien, so lange die politischen Parteigenossen des Herrn Minister-Präsidenten Italien regierten; Mazzinis Name war aber dort sofort nicht blos nicht mehr gefürchtet, sondern beinahe verschollen, als ein constitutioneller König jenen großen und tugendhaften Staatsmann an die Spitze der Geschäfte berief, der nicht blos seiner weitern Heimath zur Einheit verhalf, sondern schon vorher seiner engeren Heimath Wohlstand und Unterricht und Rechtssicherheit und constitionelle Freiheit verschaffte. Und wenn heute Mazzinis Name wieder gehört wird, so weiß die Welt, daß nicht Cavours Wirken, sondern Cavours Gegner dafür die Verantwortung tragen.

Alle diese schrecklichen Dinge, meine Herren, sind es also nicht, um die es sich in unseren heutigen Verhandlungen handelt.

Es handelt sich bei uns um eine sehr einfache Sache, um einen Protest gegen jeden etwaigen Einmarsch Russischer Truppen in unser Gebiet im Interesse unserer schwer bedrohten Grenzlande und um einen Protest gegen jeden etwaigen Einmarsch Preußischer Truppen in Russisch-Polnisches Gebiet im Interesse unserer schwer bedrohten Europäischen Lage. Das sind die einfachen unzweideutigen Fragen, und daß diese bei dem Innehalten der durch unsere Staats-Regierung abgeschlossenen Convention zur Sprache kommen, das leugne der Herr Minister-Präsident, wenn er es kann! Ich erkläre ihm, daß der Inhalt der Convention grade durch seine ableugnende Wendung sich in immer bedenklicheren Formen dargestellt hat. Er erklärte vorgestern, es sei diese Convention die ungefährlichste Sache von der Welt; denn Russischen Truppen dürften doch niemals ohne Genehmigung unsere Staatsgrenzen überschreiten. Meine Herren, sollten wir daraus etwa den Schluß ziehen, daß der Segen der Convention darin bestehe, daß von nun an, d. h. seit Abschluß der Convention, die Russischen Truppen nicht ohne Genehmigung über unsre Grenzen kommen dürfen, während Herr v. Bismarck es ihnen früher vielleicht auch ohne Genehmigung gestattet hatte?

Oder sollen wir vermuthen, daß jene Genehmigung durch die Convention bereits im Voraus in sichere Aussicht gestellt worden wäre, sei es nun, daß sie durch den Landrath oder den Bürgermeister, durch den Regiments- oder den Bataillonscommandeur zu ertheilen wäre? Nach der gestrigen Erklärung aber des Herrn Minister-Präsidenten scheint nicht einmal dieses die exacte Vorstellung zu sein, sondern ein sehr viel Schlimmeres Platz zu greifen. Nach seiner gestrigen Erklärung wird man den Inhalt dahin formuliren müssen, daß die Convention nicht die Befugniß für das Einrücken mit diesseitiger Genehmigung ausspricht,

Digitized by Google

sondern umgekehrt die Verpflichtung des Einrückens auf jenseitige Requisition, eine Wendung, bei der allerdings die materielle Bedrohung unserer Grenzbezirke verringert, aber die Europäische Gefahr unseres Gesammtstaates verdoppelt erscheint. Und es ist diese Furcht keine hypothetische mehr. Sie haben gestern gehört von jener Meldung eines Preußischen Offiziers, daß er soeben ausrücke auf Requisition des Russischen Obersten drüben, um mit seinen Truppen an der Operation der Russischen Truppen gegen die Insurgenten Antheil zu nehmen. Der Herr Minister-Präsident nennt das freilich einen dürftigen Beleg; wir wollen Gott danken, wenn es bei der Dürftigkeit dieser Belege bleibt, aber das behaupten wir, daß die von uns gefürchtete Convention für die Zukunft uns mit einem reichen Schwall solcher Belege bedroht, und sollen wir dahin den Sinn des Herrn Minister-Präsidenten auffassen, nachdem er uns heute schon erklärt hat, daß die Europäische Frage hier eine brennende sei, daß er erst dann unsere Belege nicht mehr für dürftige halten wird, wenn nicht blos die Europäische Frage, sondern wenn auch die Dörfer und Ortschaften unserer Grenzbezirke brennen? Der Herr Minister-Präsident warnt uns vor lügnerischen Zeitungs-Artikeln, aus denen jene Gürteltheorie, jene ganz unrichtige und gehaltlose Gürteltheorie hervorgegangen sei. Ich bedauere, ihn in diesem Augenblick nicht an seinem Platze zu sehen, ich würde ihn sonst fragen, ob auch jene Zeitungs-Artikel absolut lügnerische gewesen sind, welche die Nachricht brachten, daß er selbst gegen einen der Herren Vice-Präsidenten dieses Hauses diese Gürteltheorie entwickelt hat.

Der Herr Minister-Präsident erklärt sodann, die Mittheilung des Herrn Grafen Russel im Englischen Parlamente für ungenau, er setzt allerdings gleich hinzu, der Graf Russel sei ein ehrenwerther Mann, der gewiß nichts mitgetheilt haben würde, was er nicht erfahren hat. Sind nun aber seine Mittheilungen ungenau, wo ist dann die Quelle dieses Fehlers? soll etwa durch die Erörterung des Herrn Minister-Präsidenten unser Londoner Botschafter, der Graf v. Bernstorf, in Anspruch genommen werden? Hier würde ohne Zweifel der Herr Minister-Präsident wieder erklären und wieder das ganze Land ohne Zweifel mit ihm ausrufen: der Graf von Bernstorf ist ein ehrenwerther Mann, der gewiß nichts anderes mitgetheilt hätte, als was er erfahren hat. Nun, meine Herren, was hat er denn erfahren? O! der Herr Minister-Präsident weiß es nicht mehr genau, er hat uns hier von seinem Platze aus erklärt, sein Gedächtniß sage ihm nicht mit Bestimmtheit, ob der Botschafter in London die Convention schon damals ihrem vollen Wortlaute nach gekannt habe. So stehen wir also vor der furchtbar einfachen Alternative; entweder unser Botschafter hat den Wortlaut erfahren und Einer der edlen Grafen Russel

Digitized by Google

oder Bernstorff hat dann in der frevelhaftesten Weise Europa über den Inhalt getäuscht. Oder unser Botschafter hat von dem Wortlaute der Convention einen so unvollkommenen Auszug erhalten, daß er den Grafen Russel und mit diesem ganz Europa in einer für Preußen höchst gefährlichen Weise darüber täuschen mußte.

(Hört! Hört!)

Welche Seite dieser Alternative nun Ihnen als die richtige erscheinen wird, darüber, glaube ich, wird weder innerhalb noch außerhalb dieses Hauses ein Zweifel möglich sein.

Wohl aber, meine Herren, tritt hier die Frage ein, ob jemals mit den Geschicken eines großen Landes ein unverantwortlicheres Spiel getrieben worden ist, als wir es hier vor unseren Augen erlebt haben.

(Bravo!)

Und eine solche Regierung, meine Herren, erklärt uns, sie würde uns mit Vergnügen weitere Aufschlüsse gegeben haben, wenn wir ihr etwas freundlicher entgegenkämen, bereiter wären gemeinsam in ihrem Bunde mit ihrem Vertrauen beglückt, an die Geschäfte die Hand anzulegen.

Meine Herren! Ich erkläre ein für alle Mal, daß ich lieber über die Geheimnisse der Preußischen Diplomaten, völlig unwissend bleiben, als mich in eine solche Gemeinsamkeit begeben will.

(Bravo.)

Ich gestehe, meine Herren, daß es mir nicht ganz leicht wird, gegenüber einer Staatspraxis solchen Schlages große und ernste Fragen, wie jene der Einmischung oder Nichteinmischung Preußens in den Polnischen Aufstand, eingehend zu discutiren. Ich fasse mich um so mehr hier kurz, je mehr die entscheidenden Punkte bereits von einigen der geehrten Vorredner berührt worden sind.

Eines, meine Herren, steht doch außer allen Zweifel bei dieser Convention (selbst wenn sie für die Erhaltung Posens absolut nothwendig gewesen wäre, was von uns Niemand einräumt), Eines, sage ich, steht außer allem Zweifel: wie die Dinge jetzt liegen, befindet sich aller Vortheil auf Seiten Rußlands und aller Nachtheil auf Seiten Preußens. Rußland ist von der Revolution heimgesucht, wir nicht; Rußland würde bei einer Feindseligkeit der Westmächte in zweiter Linie stehen, wir in erster; Rußland würde eine wirksamere Unterstützung durch die Convention empfangen, wir aber sind gewiß, daß uns wenig materielle Unterstützung von Rußland zu Theil werden kann. Bei solchen Gefahren also auf unserer und bei solchen Vortheilen auf Rußlands Seite wäre es für uns die nächste Pflicht gewesen, die Frage zu erwägen, ob es vielleicht auf anderen Gebieten nicht die Möglichkeit gebe, Gegenleistungen und Entschädigungen für uns zu gewinnen. Oder sollte es un-

Digitized by Google

serer Regierung völlig aus dem Gedächtniß entschwunden sein, daß in den letzten Decennien gar manche Gebiete Europas existirt haben, wo wir uns über wenig freundschaftliche Einmischungen Rußlands zu beklagen hatten. Oder hat das Ministerium an solche Dinge bei jenen oft besprochenen und immer wieder halb verleugneten geheimen Artikeln der Convention gedacht? Hat es an solche Preußischen und Deutschen Interessen gedacht, hat es sich bei diesem Artikel erinnert an die Deutschen Verfassungswirren von 1850, an die permanente Mißhandlung der Deutschen Herzogthümer an der Elbe, bei welcher Rußland immer in erster Linie gestanden hat, oder an den eben auftauchenden Gedanken eines Handelsvertrages, den wir nach altem Rechte von Rußland längst hätten fordern können?

Meine Herren, wäre das Ministerium in der Lage, eine dieser Fragen rund und klar zu bejahen, ich würde immer noch die Gegengründe gegen die Convention für überwiegend halten. Aber ich würde mit Freuden einräumen, daß man wenigstens Stoff zur Erwähnung gäbe, daß einige Gründe für die Convention vorlägen, und daß sie nicht ausschließlich das Werk politischer Uebereilung und politischer Pflichtwidrigkeit sei. Allerdings aber, meine Herren, ehe ich auch dann im Stande wäre, sie der Sanction dieses Hauses zu empfehlen, müßte, scheint mir, noch eine zweite, ebenso wesentliche Bedingung hinzutreten. Wenn es die erste Pflicht eines Staatsmannes ist, die Interessen des eigenen Staates nicht zu verwahrlosen, so bildet überall das edelste Kleinod in dieser Pflicht die Ueberzeugung, daß man die Interessen des Staates überall nur in Einklang mit den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Humanität wahrnehmen kann, daß man also, wo man ein solches Gesetz der Humanität und des Rechts übertritt oder übertreten hilft, dann auch das unmittelbare Interesse des eignen Staates beschädigt. Und so würde ich, wenn der Herr Minister des Innern an seinem Platze wäre, unmittelbar an ihn die Frage richten: Glaubt er, daß die von ihm vertheidigte und wie ein düsteres Gerücht besagt, — ich bedaure, daß er nicht hier ist, um dies sofort widerlegen zu können, und nur deshalb führe ich es an — daß die von ihm persönlich gegen die abweichende Meinung der Localbehörden verfügte sogenannte Ausweisung der vier in ihre Heimath reisenden Polen, jeden Anforderungen der Menschlichkeit entspricht?

(Bravo!)

glaubt er bei einer so überspannten, bei einer so verfälschten Anwendung des Vertragsbuchstabens, wenn er dem harten Vorwurf der Vertragsbrüchigkeit entgeht, zugleich auch der Anklage wegen kühler und berechneter Grausamkeit zu entrinnen?

(Bravo! links.)

Digitized by Google

Im Art. 23. des Cartellvertrages heißt es nicht, daß die Preußische Regierung verpflichtet sei auszuweisen, sondern es heißt, daß umgekehrt die Russische Regierung verpflichtet sei, aufzunehmen, wenn die Preußische Regierung ausweisen will.

(Hört! Hört!)

Wenn eine Ausweisung erfolgt ist, so ist dies ein Act freien Willens unserer Regierung.

(Sehr gut! Hört!)

Ich habe schon in meinem einleitenden Vortrage die Bedenken erörtert, nach welchen es mir im höchsten Grade zweifelhaft erscheint, ob hier von einer juristisch-bindenden Kraft des Cartellvertrages die Rede sein kann. Statt dessen hält man uns jetzt eine Convention entgegen, die wieder in ähnlicher Weise erwogen und angewandt unser Land mit noch größeren Calamitäten und empörenden Vorgängen erfüllen müßte. Diese Convention verstattet unter gewissen Voraussetzungen — ich lasse wieder unerörtert, unter welchen Voraussetzungen — den Russischen Truppen — und das ist eingestanden — die Verfolgung und Bekämpfung und Verhaftung sei es Russischer, sei es in dem betreffenden Falle Preußischer Insurgenten auf den Preußischen Gebieten. Diese Convention, meine Herren, ist in Preußen nicht verkündigt, diese Convention ist, — mag man von ihrem diplomatischen Werthe denken, wie man wolle — kein Gesetz dieses Landes, sie kann schlechterdings keinen Bürger dieses Staates zu irgend einer Handlung oder Unterlassung verpflichten.

(Sehr richtig!)

Und denken sie sich die Fälle, daß ein Russisches Detachement einen Haufen zersprengter Insurgenten auf unser Gebiet hineinwirft, daß unsere Behörden nach der Convention das Nachsetzen verstatten, daß die Insurgenten sich in die Häuser Preußischer Bewohner zerstreuen, daß die Russen ihnen nachsetzen, und daß unsere Bauern nach echt Preußischem, echt Deutschem Sinne sagen: Wir warten auf die Behörden unseres Staates, wenn es sich um die Gefangennehmung verfolgter Leute handelt, wir wahren gegen diese fremden Verfolger unser Hausrecht. Soll ich Ihnen die Scene noch weiter ausmalen, welche mit einem Leichtsinn ohne Gleichen unser Ministerium über unsern Staat verhängt hat?

(Lebhaftes Bravo!)

Geht es nicht aus dieser Auseinandersetzung klar hervor, daß bei einer solchen Sachlage über den Cartelvertrag nichts Schlagenderes gesagt werden konnte, als was der erste Herr Antragsteller gesagt hat: Wir wollen unsere Stipulationen und alten Contracte halten, aber wir verwahren uns gegen jede Auslegung über den ursprünglichen Sinn hinaus.

Digitized by Google

Und weiter, meine Herren, wenn wir hier beschließen, daß es nicht im Sinne dieses Hauses liege, den Cartellvertrag zu spannen und auszudehnen bis auf die Bekämpfung dieser Insurgenten, — fordern wir damit von der Regierung einen sofortigen Bruch, ein blindes Sichhinwegsetzen über die Bestimmungen der Cartellconvention? Giebt es denn nicht auch hier wieder das Einfachste und Nächstliegende? Ist es für unsere Regierung nicht, wenn sie auf die Stimmung des Hauses und Landes Rücksicht nimmt, ist es nicht das Einfachste von der Welt, daß sie auch in dieser Richtung ihre Vorstellungen in St. Petersburg geltend macht? Oder glaubt sie etwa, daß, während der Aufstand in Polen sich ausdehnt, unsere Stimme von geringerem Gewicht als in friedfertigen Zeiten sein würde? Glaubt sie nicht, daß sie es durchsetzen würde, bei der Petersburger Regierung auch die Bestimmungen der Cartellconvention auf ein billiges, ein menschliches, den jetzigen Umständen entsprechendes Maß zurückzuführen? Aber leider stehen wir hier gleich vor der anderen, gerade entgegengesetzten Frage. Enthält denn die Convention überhaupt irgend eine Erinnerung an die Gebote der Menschlichkeit? Ich sollte denken, wenn es wirklich nöthig gewesen wäre, eine solche Convention zur Bekämpfung des Polnischen Aufstandes abzuschließen: ein jeder Preußische Minister, der den Kopf und das Herz auf dem rechten Fleck hat, würde vor allen Dingen der Forderung eingedenk gewesen sein, daß zu diesem Zweck kein Mann marschiren dürfe, bis er sicher wäre, daß derselbe nur der Sache der Ordnung und der Gesetzlichkeit, nicht aber dem Amte des Henkers dienen müsse. (Hört! Hört!)

Ich darf demnach fragen: Enthält diese Convention irgend eine Bestimmung, welche eine menschliche Kriegsführung anstatt der jetzt täglich gemeldeten Gräuel begehrt? enthält sie irgend eine Bestimmung, welche menschliche Regel und gesetzliche Praxis anstatt der bisherigen Tyrannei in der Polnischen Rekrutirung ausbedingt? enthält sie irgend eine Bestimmung, welche die Preußischen Heere von dem Brandmal reinigt, die Mitschuld, die Verantwortlichkeit für alle jene Frevel und Gräuel auf sich genommen zu haben? Sähe ich mir gegenüber am Ministertisch einen Mann, der bereits Zeugniß gegeben hätte von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit, so würde ich weiter fragen, ob seine Convention auch an die Verträge von 1815 erinnert, an das dort verbriefte Recht der Polen, unter ihrer eigenen selbstständigen Verfassung zu leben, an das dort verbriefte Recht Preußens und Europas, daß in Warschau nicht der Czar von Rußland, sondern der König von Polen herrsche.

(Bravo in der Polnischen Fraction.)

Aber freilich, meine Herren, wir sind in dem Falle, uns hier solche Fragen ersparen zu können.

Digitized by Google

Welch ein Anlaß war bei der so plötzlich auftauchenden Verwickelung für unsere Regierung, welch ein Anlaß war für eine positive, fruchtbare, schöpferische Politik eröffnet! Wenn unser Ministerium diese Polnische Sache selbst in die Hand nahm mit dem redlichen Willen, endlich diesen Stachel aus der Ferse Europas herauszuziehen, endlich diese alte Europäische Wunde schließen zu helfen, welche Stellung hätte es damit im eigenen Lande und in Europa eingenommen!

(Bravo!)

Mit welch anderm Nachdruck als heute hätte es dem Polnischen Volke ihre gerechten Forderungen geltend machen können! Mit welch anderm Nachdruck als heute hätte es ihm zurufen können, daß das Mittel zum Emporkommen aus einem selbstverschuldeten Sturze nicht das Nachjagen nach goldenen Träumen ist, welches die drei Mächte, deren jede einzeln übermächtig ist, nur immer enger zum Bunde gegen das Polnische Volk zusammenschließen kann! Welch ein besseres und einfacheres und wirksameres Mittel hätte Preußen gehabt, um seinem Besitz in jenen östlichen Marken aufs Neue die verstärkte Sanction Europas und der öffentlichen Meinung zu verschaffen — als wenn es sich auf das Bestimmteste von der Russischen Gewaltherrschaft und ihren Folgen losgesagt, als wenn es die Verschiedenheit des Charakters seiner und der Russischen Herrschaft auf das Schärfste markirt hätte! Was denn endlich giebt in dieser Welt einem Staate den Titel, als Großmacht aufzutreten, als die Kraft und die Einsicht, Aufgaben zu stellen, behandeln und lösen zu helfen, welche die Schicksale des Welttheils bestimmen. Und uns, der kleinsten der Europäischen Großmächte, trug hier der Weltlauf eine solche Aufgabe entgegen, groß und dankbar, wie keine andere, und Preußen hat diese Aufgabe wie mit Füßen von sich weggestoßen. Die von unserm Ministerium langersehnte große Action bot sich ihm hier von selbst dar. Aber, meine Herren, wen Gott verderben will, den verblendet er! Unsere Minister sehen nicht, wie ihnen hier die Zustimmung der Völker und das Einverständniß der mächtigsten Europäischen Regierungen, wie ihnen eine Aufgabe weltgeschichtlicher Versöhnung und weltgeschichtlichen Ruhmes entgegenströmte. Meine Herren wo das Herz nicht mitredet, ist auch der Geist nicht in dem Besitz seiner Kraft.

(Sehr wahr!)

Das Herz unseres Ministeriums aber, meine Herren, das scheint leider nur an Bildern der Unfreiheit und Unterdrückung zu hängen, und so schrumpft denn auch ihre Staats- und Kriegskunst wie ihr Verfassungsleben zu der Glorie der polizeilichen Chicane zusammen.

(Bravo! Sehr wahr!)

Sie erinnern sich, meine Herren, mit welcher Wendung fei-

Digitized by Google

uen Hohnes von dem Herrn Minister-Präsidenten eine jede derartige Einmischung in die Polnischen Angelegenheiten zurückgewiesen wurde, wie er bemerkte, wenn man einem benachbarten Staate Rathschläge über sein Verfassungswesen ertheilte, so habe man die Reciprocität zu befürchten. Ich gestehe, daß die leichte Bestimmtheit, mit welcher der Herr Minister-Präsident eine solche Reciprocität zurückwies, mich im ersten Momente frappirt hat; es ging mir der Gedanke durch den Sinn: „Sollte wirklich ein Kurhessischer Feldjäger hier angekommen sein?

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren! Wir brauchen leider hier nicht an Kassel zu denken. In Petersburg steht es wirklich so, daß, wenn nicht Polnisch-Russische, wenn Russische, wenn Moskowitische Anschauungen auf unser Staatsrecht Einfluß gewönnen, nicht wir, sondern nur die Königliche Staats-Regierung dadurch beengt würde, daß also die Besorgniß des Herrn Minister-Präsidenten vor der Reciprocität Russischer Rathschläge von seinem Standpunkte aus vollkommen gegründet war. Wie, meine Herren, wenn ihm auf einen solchen Rathschlag ein Russischer Staatsmann geantwortet hätte: Sehen wir einmal ab von Polen, wo wir alle an den Sünden der vergangenen Jahrhunderte kranken. Lassen Sie uns einmal von Preußen und von Rußland reden. Freilich gehen da unsere Wege aus einander; wir arbeiten unter Alexander II. trotz höchster Gefahr, die Bauern von dem Joch der Gutsherrschaft zu befreien; ihr aber, ihr erschafft eurem Staat erst die Gefahr, um die Bauern unter dem Joche einer solchen Abhängigkeit zu halten. Wir bauen angestrengt und auf die Zukunft blickend an der Grundlegung einer Verfassung und die Summe eures Wirkens, welches überall an einer abgestorbenen Vergangenheit klebt, ist und kann nichts anderes sein, als das Untergraben und die Verfälschung einer Verfassung. Wir haben uns losgerissen von den Ueberlieferungen der letzten Regierung, und ihr haltet wieder genau an der Stelle, wo der hochselige Kaiser Nicolaus hielt. Aber seht auf die Folgen. Nachdem damals Rußland mit Vernachlässigung aller intelligenten und materiellen Interessen, alle Mittel des Reichs auf seine Armee verwandt hat, nachdem es in seiner Armee mit Vernachlässigung aller moralischen und nationalen Momente alles auf die Aeußerlichkeiten des Dienstes verwandt hat, so, daß man der Verwirklichung des Ideals nahe stand, daß alle Cavalleriepferde bei dem Commando „Marsch" mit dem linken Fuße antreten: danach haben wir es erlebt, daß bei dem Fall von Sebastopol das Volk in Moskau grimmig jubelte, die Militairherrschaft sei da draußen gescheitert und müsse nun auch drinnen zusammenbrechen. Lernet bei Zeiten von unserem Unglück, und vermeidet, so lange es noch Zeit ist, in eurem Volke das höchste Gut, den Patriotismus

Digitized by Google

zu tödten; vermeidet das schlimmste Unheil, das ein Land treffen kann; die entsetzliche Freude der Nation, wenn sie in einer auswärtigen Niederlage wenigstens auch die Zerstörer des inneren Rechts mit begraben sieht.

(Sehr wahr!)

Noch meine Herren, sind wir so weit nicht gekommen, und grade, daß unser Volk noch gesund und patriotisch ist, das können wir nicht besser, als durch die Energie unserer Warnung bethätigen.

Der Herr Minister-Präsident und einige der geehrten Herren Abgeordneten haben uns, weil wir öffentlich und vor den Augen des Auslandes den Werth unserer Regierung herabsetzten und ihre Schritte erschwerten, des Mangels an Patriotismus und eines pessimistischen Handelns bezüchtigt. Meine Herren, ich bin bereit, uns von diesem Vorwurf, wie ich hoffe, ein für allemal und von Grund aus zu reinigen. Meine Herren, denken wir uns einmal, der Vorwurf wäre begründet, wir wären das, wofür man uns ausgiebt, wir wären in Wahrheit so unselige Pessimisten, so fanatische Parteigänger, daß wir das Interesse des Landes gering achteten, so lange unsere Partei nicht herrsche; denken wir uns, es wäre so: nun, meine Herren, wie würden wir uns unter solchen Voraussetzungen in verständiger und consequenter Weise verhalten? Würden wir unter dieser Voraussetzung dann nicht ganz gewiß das grade Gegentheil von alledem thun, was wir thun? Würden wir, meine Herren, unter dieser Voraussetzung unsere geringen Kräfte aufbieten, um die Regierung zum Nutzen des Staates abzuhalten, daß sie sich nicht in auswärtigen Verwickelungen festfahre? Würden wir nicht grade umgekehrt eine jede Hindeutung auf eine etwaige Creditverweigerung sorgfältig vermeiden, statt uns dem eben wiederholten Vorwurf nach unserer Gewissenspflicht bereitwillig auszusetzen? Würden wir unter einer solchen Voraussetzung nicht mit stiller schadenfroher Genugthuung zusehen, wie die Regierung bei der ersten auswärtigen Action die jetzige Verwirrung und Hülflosigkeit unserer Finanzen steigert, wie sie bei dem halb unfertigen, halb eingerosteten Stande unserer Armeeverfassung ganz nothwendig in eine schwere Katastrophe gerathen würde, wie sie bei jeder ernsten Gefahr, der Begeisterung und der Unterstützung der Nation beraubt, nothwendig erliegen müßte? Dies alles, meine ich, würde doch offenbar und handgreiflich unser Verfahren sein, wenn uns, wie einst den Schöpfern von Bronzell und Olmütz der Sieg der Partei über das Heil des Vaterlandes ginge.

(Sehr wahr! Bravo!)

Wir aber stehen auf anderem Grund und Boden. Es ist ganz wahr, wir decken schonungslos alle Schäden unseres Staatswesens auf, ebenso schonungslos, wie einst das Englische Parlament alle Schäden seiner Armeeverwaltung auf-

Digitized by Google

deckte, als die Englischen Truppen vor Sebastopol inmitten ungeheurer Geldmassen froren und hungerten — im folgenden Jahr hungerte und fror die Englische Armee nicht mehr.

(Bravo!)

Es ist wahr, wir thun Alles, um unsere Regierung zu keiner verkehrten Action gelangen zu lassen, und ich will mit voller Offenheit hinzusetzen, wir würden Alles thun, auch um sie von auswärtigen Actionen abzuhalten, welche selbst unter Umständen vielleicht zweckmäßige Ziele ins Auge nehmen. Wir thun das und ich weiß, daß die unendliche Mehrheit unseres Volkes das begehrt und billigt und gutheißt, sodaß auch für die Zukunft ein Jeder, der sich trotz dieses Willens der Nation an einer solchen Action betheiligen möchte, dreimal über sein Interesse nachzudenken Ursache hätte. Wir thun so aus einem äußerst einfachen Grunde — wahrhaftig nicht, meine Herren, weil wir etwa eine politische Furcht vor auswärtigen Lorbeeren unserer Minister hätten; wir würden solche Lorbeeren mit Freude als äußere Ehren unseres Staates begrüßen und für unser Inneres keinen Schaden davon erwarten, denn wir wissen, daß unser Volk nicht des Stoffes ist, um Recht und Gesetz und Freiheit gegen ein Lorbeergericht zu verhandeln.

(Sehr wahr!)

Wir thun so nach der gerade entgegengesetzten Ueberzeugung, daß dieses Ministerium an keiner Stelle Lorbeer ernten wird, eine Ueberzeugung, die uns gerade durch die Convention und die daran geknüpften Verhandlungen bis zur höchsten und sonnenhellsten Deutlichkeit gediehen ist. Wir ziehen in unserer Lage einen bescheidenen und selbst demüthigen Frieden einer traurigen Niederlage, selbst in einem gerechten Kriege vor; und weil wir von der Wahrheit durchdrungen sind, daß unter diesen Führern die Niederlage überall die unvermeidliche Folge sein wird, so wird unser Wort stets: Gewehr bei Fuß! lauten, so lange die Krone diese Minister behält. Wundere sich Niemand, meine Herren, daß auch die besten Patrioten bei dem Rufe: Freiwillige vor, zurückbleiben, so lange notorisch unfähige und unglückliche Befehlshaber an der Spitze stehen. Wundere sich Niemand, daß sich keine freiwillige Matrosen melden, wenn zur Expedition ein notorisch seeuntüchtiges Schiff gewählt wird.

Meine Herren, unser Staat ist das einst so stolze Kriegsschiff, dessen scharfer Kiel mit Brausen die Wellen der Jahrhunderte durchschnitt, dessen Seiten, oft vom Sturme wund gepeitscht, mit dem Eisenpanzer Preußischer Volkskraft gefestigt waren, und welches jetzt, mit thöricht überhöhten Masten, des besten Theiles seines Eisens und seiner Dampfkraft beraubt, mit Herrn v. Roon im Maschinenraum und Herrn v. Bismarck am Steuer in den gährenden Ocean der Europäischen Händel sich hinauswagen soll. Dafür mag

Digitized by Google

ſtimmen wer will, ich vermag es nicht, und ich hoffe, Sie alle werden es nicht vermögen. Wir wollen unſer Land ſeinem Könige, und unſern König ſeinem Lande erretten, —

(Lebhaftes Bravo!)

und deshalb werden wir heute und morgen und immerdar unſere Stimmen gegen die falſchen Rathſchläge der jetzigen Rathgeber der Krone erheben, ſchonungslos und rückſichtslos!

(Erneutes lebhaftes Bravo!)

Wahrhaftig, meine Herren, es iſt keine Freude, ſo vom eigenen Staate und von der eigenen Regierung zu reden. Es iſt ein bitterer Schmerz, und ich darf wohl ſagen, man wird mir glauben, daß es mir ein bitterer Schmerz iſt, denn von mir weiß es Mancher, daß ich die beſte, ehrenvollſte, wirkungsreichſte Stellung nur um deshalb verlaſſen habe, weil ich dort nicht mehr von Preußens Ehre reden ſollte! Aber wenn wir heute dieſen Schmerz empfinden, und kein Mittel haben, ihn zu vermeiden, ſo haben wir wenigſtens den einen Troſt, meine Herren: Wir wiſſen, daß die Gluth dieſes Schmerzes in unſerm Volke alle faulen und trägen Stoffe verzehren, daß er unſere Gedanken aufhellen, unſeren Rechtsſinn kräftigen und unſere Zukunft begründen wird. So ſchwer wie wir den äußeren Unſegen unſerer Zuſtände empfinden, ich bitte Gott dennoch, daß er ihn nicht vor der Zeit abkürze, bis dieſe innere Reinigung und Läuterung ſich vollſtändig vollzogen hat.

(Lebhafter Beifall.)

Unter allen vorübergehenden Leiden des Tages iſt es ein bleibender und ewiger Gewinn, den ein Volk durch den ſtetigen allgegenwärtigen Kampf für das Recht davon trägt. Wer Tag für Tag gezwungen iſt, meine Herren, alle ſeine Anſtrengungen, all ſein Dichten und Trachten auf die Wahrung der Gerechtigkeit zu wenden, den hebt ein ſolcher Verkehr mit dem Urquell jegliches Guten über das Niedrige und Gemeine, über Selbſtſucht und anarchiſches Gelüſte unwiderſtehlich empor. Wir ſehen ſchon heute, meine Herren, wie aller alter Parteihader ſich löſt, wie $^{9}/_{10}$ unſeres Volkes um das leuchtende Banner des Geſetzes geſchaart, jeden Tag neue Disciplin und Ordnung, praktiſche Klugheit und Standhaftigkeit, gegenſeitiges Vertrauen und anerkennende Gerechtigkeit lernen. Und jetzt auf der tiefſten Stufe unſerer Erniedrigung, jetzt dürfen wir es froh ausſprechen, wir kennen und üben die Kräfte, auf deren vollendeter Wirkung Preußen dereinſt ſeine Zukunft wieder auferbauen wird.

(Lebhaftes Bravo!)

Präſident: Es hat ſich nach dem Vortrage des Herrn Referenten der Herr Abgeordnete Behrend (Danzig) zu einer perſönlichen Bemerkung gemeldet; ich ertheile ihm das Wort.

Abgeordneter **Behrend** (Danzig): Der Herr Referent

Digitized by Google

hat in seinem Vortrage Bezug genommen auf ein Privatgespräch des Herrn Minister-Präsidenten und eines der Vice-Präsidenten dieses Hauses. Ich darf wohl annehmen, daß er mit dem letzteren mich gemeint hat. Das giebt mir Veranlassung zu der folgenden persönlichen Erklärung. Meine Freunde auf dieser Seite des Hauses (links) werden mir bezeugen, daß eine Mittheilung in die öffentlichen Blätter über ein Privatgespräch, welches der Herr Minister-Präsident und ich gehabt haben, nicht mit meinem Willen geschehen ist; sie werden mir vielmehr bezeugen müssen, daß diese Veröffentlichung gegen meinen Willen stattgefunden hat. Da aber andere öffentliche Blätter, hiesige und auswärtige, die Thatsache ableugnen, daß ich ein Gespräch mit dem Herrn Minister-Präsidenten gehabt habe, so bin ich es denen gegenüber, welchen ich vertraulich Mittheilung über dasselbe gemacht habe und meiner eigenen Ehre schuldig, hiermit zu erklären, daß ein solches Privatgespräch in der That stattgefunden hat. Ueber den Inhalt desselben mich auszusprechen, werde ich erst dann Veranlassung haben, wenn dem wahren Theile jener Veröffentlichungen von dem Herrn Minister-Präsidenten widersprochen werden sollte.

(Sehr gut! links.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Gottberg hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung mit Rücksicht auf das Referat des Herrn Referenten.

Abgeordneter **v. Gottberg:** Der Herr Berichterstatter hat mich mit einem Blumenstrauß von Widersprüchen geschmückt,

(Heiterkeit.)

und muß außerdem, —

(Ruf: Lauter!)

ich kann nicht lauter sprechen, nemo ultra posse obligatur, — und hat außerdem mich einen verkappten Agenten der Revolutionspartei genannt.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, daß, wie er die letzte Aeußerung nicht ernstlich gemeint, er auch in Bezug auf die erstere nur ironisch gesprochen hat. Es wird ihm doch nicht entgangen sein, daß man sehr wohl, wie ich es gethan, von einem allgemeinen Zweck der Polnischen Aufstände sprechen und sagen könne, er gehe da und da hin, und doch meinen, daß die jetzigen Mittel, die man dazu braucht, um den Zweck zu erreichen, planlos seien, der jetzige Aufstand also ein planloser sei. Was übrigens die Bemerkung betrifft wegen des verkappten Agenten, so geht schon daraus, daß mir so wenig von dem Aufstande bekannt ist, daß ich nicht einmal weiß, ob er dahin geht, ein selbstständiges Königreich Polen herzustellen oder ein föderalistisches, sogenanntes panslavistisches Reich, hervor, daß ich kein verkappter Agent sein kann.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Digitized by Google

Die Fragen, über welche wir abzustimmen haben, würde ich Ihnen im Folgenden vorschlagen.

Ich würde zuerst über das Amendement des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Vincke (Stargard) abstimmen lassen; wird dasselbe verworfen, dann würde ich eventuell über das Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs zu dem Abänderungsvorschlage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) abstimmen lassen. Je nachdem dies Unter-Amendement angenommen oder abgelehnt wird, würden wir dann zu dem Abänderungsvorschlage des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) übergehen. Würde dies verworfen, dann würden wir über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs abzustimmen haben, und würde auch dieser verworfen, dann würden wir endlich über den Commissions-Antrag abstimmen müssen.

Sind die Herren mit dieser Frageſtellung einverstanden?

(Pause.)

Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) hat das Wort zur Frageſtellung.

Abgeordneter **v. Bonin** (Genthin) [vom Platz]: Der Herr Präsident hat die Absicht, nach der zuerst vorzunehmenden Abstimmung über den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Vincke (Stargard) über den seiner Ueberschrift nach allerdings als Unter-Amendement bezeichneten Antrag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs eventuell abstimmen zu lassen, und dann erst über meinen Antrag. Der Abänderungs-Vorschlag, den der Herr Abgeordnete v. Diederichs gestellt hat, ist aber, wenn er auch als Unter-Amendement bezeichnet wird, doch ein vollständiger, in sich selbstständiger Antrag, indem der Herr Abgeordnete v. Diederichs dahin angetragen hat, diese Resolution in einer bestimmten Fassung auszusprechen. Ich glaube daher, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs auch als selbstständiger Antrag angesehen werden muß, und, da er sich nicht so weit von dem Commissions-Antrag entfernt als mein Antrag, daß mein Antrag dem Abänderungsvorschlage des Herrn Abgeordneten v. Diederichs in der Abstimmung vorausgehen muß.

Präsident: Ich habe bei der Frageſtellung mich nur danach richten können, daß der Herr Abgeordnete v. Diederichs sein Unter-Amendement zum v. Boninschen Amendement als solches bezeichnet hatte, da er zwischen den Worten „hinausgehende" und „Einmischung" noch die Worte „Anordnung, sowie jede" hineingefügt wissen will. Im Uebrigen aber reproducirt der Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Diederichs vollständig den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin. Als ein

Digitized by Google

selbstständiger Antrag ist er nicht gestellt, sondern ausdrücklich nur als ein Unter-Amendement. Nach dem Usus des Hauses muß ich zuerst in eventum über das Unter-Amendement abstimmen lassen, um zu wissen, ob das Unter-Amendement angenommen wird, und dann über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin, wenn das Unter-Amendement angenommen würde, in Verbindung mit dem v. Boninschen Abänderungsvorschlage.

Es hat also der Herr Abgeordnete v. Bonin gegen meine Frageſtellung eine Einwendung erhoben; er wünscht nämlich, daß das Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs erst nach der Abstimmung über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) folgen möge. Das Haus hat über diesen Widerspruch zu entscheiden.

Der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt hat das Wort.

Abgeordneter **v. Mallinckrodt** (vom Platz): Ich wollte mir eine Bemerkung erlauben zur Unterstützung der vom Herrn v. Bonin ausgesprochenen Ansicht. Ich glaube nämlich, die Ansicht des Herrn Präsidenten widerlegt sich durch die Betrachtung, daß der Antrag des Herrn v. Diederichs eine solche Fassung hat, die, nach der Annahme des v. Diederichsschen Antrages, eine weitere Abstimmung über den Antrag des Herrn v. Bonin überhaupt unmöglich mache. Das Amendement v. Diederichs sagt: „Das Haus wolle beschließen":

> „die von dem Abgeordneten v. Bonin beantragte Erklärung in nachstehender Fassung abzugeben."

und nun folgt die ganze Erklärung, welche den Antrag v. Bonin plus der Worte enthält, die Herr v. Diederichs noch hinzusetzen will. Es bleibt also offenbar die Möglichkeit einer weiteren Abstimmung durch die Annahme des v. Diederichsschen Antrages ausgeschlossen. Ich glaube deshalb, das Richtige wird sein, den v. Diederichsschen Antrag als ein selbstständiges Amendement zu behandeln, welches sich dann zwischen dem Antrage des Herrn v. Bonin in dem Antrage des Herrn v. Bockum-Dolffs einschiebt, so daß die Reihenfolge der Abstimmung sein würde: zuerst das Amendement v. Bonin, sodann das Amendement v. Diederichs und endlich das Amendement v. Bockum-Dolffs.

Präsident: Der Herr Abgeordnete v. Bonin hat das Wort zur Frageſtellung.

Abgeordneter **v. Bonin** (Genthin) [vom Platz]: Meine Herren! der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt hat soeben die Gründe noch weiter entwickelt, die mich bestimmten, gegen die von dem Herrn Präsidenten vorgeschlagene Frage-Ordnung Einspruch zu erheben. Ich sehe auch, obgleich das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs die Ueberschrift trägt: „Unter-Amendement", dasselbe

Digitized by Google

doch der Sachlage nach als ein selbstständiges an und schließe mich dem Antrage des Herrn v. Mallinckrodt daher vollständig an.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Stargard) hat das Wort zur Fragestellung.

Abgeordneter Freiherr **v. Vincke** (Stargard) [vom Platz]: Ich habe bei der Sache durchaus kein sachliches oder persönliches Interesse. Ich glaube aber, daß die Ansicht des Herrn Präsidenten doch den Regeln entspricht, die bisher in dem Hause befolgt worden sind.

(Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, ob der geehrte Abgeordnete für Brandenburg seinen Antrag als Unter-Amendement ausdrücklich eingebracht hat, nicht ob er in der Fassung weniger correct gewesen ist. Die Fassung läuft doch am Ende darauf hinaus, daß der Herr Abgeordnete v. Diederichs den Antrag v. Bonin mit Einschiebung der gesperrt gedruckten Worte angenommen wissen will; das heißt, daß die gesperrt gedruckten Worte in den Antrag eingefügt werden sollen. Das ist der Gegenstand der eventuellen Abstimmung, die der Herr Präsident vorgeschlagen hat. Wir haben niemals anders in diesem Hause verfahren.

Präsident: Ich schließe nunmehr die Discussion über die Fragestellung. Der Herr Abgeordnete v. Bonin (Genthin) wünscht, daß zuerst abgestimmt werde über das Amendement des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Vincke (Stargard), dann über sein Amendement, sodann über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs.

Diejenigen Herren, welche in dieser Reihenfolge die Fragen gestellt wissen wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Minorität hat sich für diese Fragestellung ausgesprochen. Es steht also die von mir proponirte Fragestellung fest.

Meine Herren, es liegen zwei verschiedene Anträge vor, der eine von dem Herrn Abgeordneten Karsten, welcher die namentliche Abstimmung über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) verlangt. Derselbe ist bereits durch 54 Mitglieder unterstützt, die Unterstützung also ausreichend. Der zweite mir vorliegende Antrag verlangt die namentliche Abstimmung über das Amendement esd Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs und ist ebenfalls schon von mehr als 50 Mitgliedern unterstützt. Es wird also über das Amendement des Herrn Abgeordeten v. Bonin (Genthin) und über das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs der Namens-Aufruf statthaben.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Das Amendement des Herrn Freiherrn v. Vincke (Stargard) lautet:

Digitized by Google

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären:

das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande, den Russischen Truppen nicht gestatte, das Preußische Gebiet, zum Zwecke der Verfolgung der Polnischen Insurgenten, zu betreten.

Diejenigen Herren, welche dies Amendement annehmen wollen, bitte ich, aufzustehen.

(Geschieht.)

Das Amendement ist verworfen.

Wir kommen zum Unter-Amendement des Herrn Abgeordneten v. Diederichs. In der Voraussetzung, daß das Amendement des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) angenommen wird, fragt es sich nach diesem Unter-Amendement, ob zwischen den Worten jenes Amendements „darüber hinausgehende" und „Einmischung" die Worte eingeschoben werden sollen „Anordnung, sowie jede." Diejenigen Herren, welche diesem Unter-Amendement beitreten wollen, bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das Unter-Amendement ist verworfen.

Wir kommen nunmehr zur namentlichen Abstimmung über den Abänderungs-Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin), welcher lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen,

die von der Commission beantragte Erklärung in nachstehender Fassung abzugeben:

„Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, sich lediglich auf die zum Schutz der Preußischen Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide, und Bewaffneten nicht gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Diejenigen Herren, welche diesen Abänderungs-Antrag beim Namens-Aufruf annehmen wollen, bitte ich mit „Ja," diejenigen Herren dagegen, welche ihn verwerfen wollen, mit „Nein" zu antworten. Ich ersuche nunmehr die Herren Schriftführer, den Namens-Aufruf mit dem Buchstaben G zu beginnen.

(Der Namens-Aufruf erfolgt.)

Mit Ja antworten:

Aßmann, v. Auerswald, Baier, v. Benda, Bender (Olpe), Biernacki, Blum, v. Bonin (Genthin), Borsche, Dahlmann, Evers, Fliegel, Frank, Franoux, Froning, Fubel, Freiherr v. Gablenz, Gottschewski,

Digitized by Google

Grabow, Gützloe, Haeger, Hobbeling, Hoffmann (Oppeln), Jacob, Jordan, Karsten, v. Kathen, Kleinwaechter, Krause (Magdeburg), Dr. Krebs, Kühne, v. Langendorff, v. Leipziger, Dr. Lette, Lympius, v. Mallinckrodt, Dr. Menzel, Model, Münzer, Reide, Remitz, Ottow, Pannier, Dr. Freiherr v. Patow, Peterson, Pieper, Pieschel, Platzmann, Rehaag, Reichensperger (Geldern), Dr. Reichensperger (Beckum), Reinhardt, Freiherr v. Richthofen (Striegau), Freiherr v Richthofen (Jauer), Robert-Tornow, Dr. Roepell (Oels), Rohden, v. Saenger, v. Saucken-Julienfelde, Schmidt (Paderborn), Dr. Schubert, Dr. Schultz (Borken), Dr. Graf v. Schwerin-Putzar, Sehmsdorf, Sello, Senff, Siebert, Dr. Simson, Stavenhagen, Stock, Strzybny, Stubenrauch, Wanjura, Dr. Zehrt, Dr. Ziegert, Ziegler.

Mit Nein antworten:

André, v. Arnim (Neustettin), v. Arnim (Templin), Bahn, Bank, Barre, Bartoszkiewicz, Bassenge (Lüben), Bassenge (Lauban), Bauck, Baur, Dr. Becker (Bochum), Becker (Simmern), Behm, Behrend (Danzig), Dr. Beitzke, Bellier de Launay, Dr. Bender (Gumbinnen), v. Benikowski, Berger, Bering, Berndt (Frankenstein), Dr. Bernhardi, Bertram, Graf Bethusy-Huc, v. Beughem, Bleibtreu, v. Bockum-Dolffs, Boecking, v. Bonin (Stolp), Dr. Boost, Bresgen, Dr. v. Bunsen, v. Busse, Calow, v. Carlowitz, Dr. v. Carnall, Caspers (Coblenz), Caspers (Mayen), Cetto, Chomse, Graf v. Cieszkowski, Coupienne, Dekowski, v. Denzin, v. Diederichs, Dr. Diesterweg, Dopfer, Drabich, Duncker, Dr. Eberty, Freiherr v. Esebeck, Dr. Faucher, Foerster, v. Forckenbeck, Forstmann, Frech, Frehsee (Fürstenthum), Frentzel, Dr. Frese (Minden), Frystatzki, Geisdorf, Gerstein, Gerth, Dr. Gneist, Gortzitza, v. Gottberg, Gringmuth, Grobe, Groote, Grundmann, v. Guttry, Haacke (Stendal), Haebler, Hagen, Hahn, Harkort, v. Heunig (Strasburg), v. Hennig (Graudenz), Henrici, v. Herford, Herold, Herrmann, Freiherr v. Hilgers, Hinrichs, Hirschberger, Hoelzer, Hoelzke, Hoffmann (Ohlau), Freiherr v. Hoverbeck, Dr. Hummel, Janiszewski, Immermann, John (Marienwerder), Dr. John (Labiau), Jüngken, Dr. Kalau von dem Hofe, Kantak, Kerst, v. Kirchmann, Kleemann, Klotz, Knoevenagel, Dr. Koch, Koehler, Dr. Kosch, v. Koszutski, Kratz, Krause (Züllichau), Krieger (Luckenwalde), Kropff, Kuhlwein, Kyll, Lachnitt, Dr. Langerhans, Larenz, Larz, Laswitz, Lauffer, van der Leeden, Leue, Dr. Libelt, Lietz, Dr. Loewe (Bochum), Löwe (Bielefeld), Lucas, Ludewig, Dr. Lüning, Matthes, May, zur Megede, Meibauer, Mellien, Michaelis, Dr. Müller (Arnswalde), Müller (Anklam), Nehse, Nitschke, Nücker, Ollenroth, Graf Oppersdorf, Papendieck, Parisius (Gardelegen), Parrisius (Brandenburg), Dr. Paur, Pelzer, Pflücker, v. Pfuhl, Pietzker, Post, Prince-Smith, Freiherr v. Proff-Irnich, Dr. v. Prusinowski, Qual, Raffauf, Rahn, Rassow, Reichenheim, Dr. Respondek, Rey, Richter, Riebold, Riefenstahl, Riel, Riemann, Rintelen, Roemer, v. Roenne (Solingen), Roepell (Danzig), Roggen, Rolshoven, Rudolph, Runge, Dr. Rupp, Salfeldt, Sartorius, v. Saucken (Gerdauen), v. Saucken-Tarputschen, Scheffer-Boichorst, Schick (Schleusingen), Schiebler, Schleh, Schlick (Memel), Schmidt (Randow), Schmidt (Beuthen), Schmiedicke, Schneider (Wanzleben), Schollmeyer, Schroeder, Schultze (Seehausen), Schulz (Herford), Schulze (Berlin), Schumann, Schwarz, Freiherr v. Seherr-Thoß, v. Selchow, Servatius, Freiherr v. Seidlitz und Kurzbach, Dr. Siemens (Lenney), Siemens (Schweinitz), Soenke, Sombart, v. Stablewski, Steinhardt, Graf v. Strachwitz, v. Sybel, Taddel, Dr. Techow, Thomsen, Twesten, v. Unruh (Elbing), Freiherr v. Unruhe-Bomst, Baron v. Vaerst, Velthusen, Freiherr v. Vincke (Stargard), Voigtel, v. Voß, Wachler, Wachsmuth, Dr. Waldeck, Westermann, Weygold, Wilke, Winkelmann (Recklinghausen), Winkelmann (Frankenstein), Wolff, Zierenberg, v. Zoltowski (Pleschen), v. Zoltowski (Buk).

Gefehlt haben: Daniels, Graf Dzialinski, Dr. Fellenberg,

Digitized by Google

Funke, v. Massow, Metzmacher, v. Morawski, v. Niebelschütz, Dr. v. Niegolewski, v. Olszewski, Graf Plater, Reverchon, Schoemann.

Krank sind: Kreutz, Mühlenbeck, Pilaski, Schneider (Sagan), Freiherr v. Vincke-Olbendorf.

Beurlaubt sind: Aldenhoven, Buchholtz, v. Chlapowski, Ellering, v. Galhau, Gerlich, Grützmacher, Heidenreich, Krieger (Goldap), v Lubienski, Olbertz, Osterrath, Overweg, Graf Renard, Dr. v. Rönne (Glogau), v. Rosenberg-Lipinsky, Staegemann, Stephann, v. d. Straeten, Thelosen, v. Thokarsky, Waldthausen, Weese.

Entschuldigt sind: Graf v. Hacke (Barnim), Schulze (Pyritz), Seubert, Dr. Virchow.

Präsident: Meine Herren! Das Resultat der namentlichen Abstimmung über den Abänderungs-Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) ist folgendes. Es haben überhaupt gestimmt 306 Mitglieder. Von diesen haben mit „Ja" gestimmt 77, mit „Nein" 229. Es ist somit der Antrag des Herrn Abgeordneten v. Bonin (Genthin) verworfen.

Wir kommen nun zu der namentlichen Abstimmung über den Abänderungs-Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs. Derselbe lautet:

> Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären:
>
> Das Interesse Preußens erfordert, daß die Königliche Staats-Regierung, gegenüber dem im Königreiche Polen ausgebrochenen Aufstande, keinem der kämpfenden Theile irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, das Preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.

Diejenigen Herren, welche diesen Abänderungs-Vorschlag annehmen wollen, haben bei dem Namens-Aufruf mit „Ja," diejenigen, welche ihn verwerfen wollen, beim Namens-Aufruf mit „Nein" zu antworten. Ich ersuche die Herren Schriftführer, den Namens-Aufruf, welcher mit dem Buchstaben H beginnt, vorzunehmen.

(Das Skrutinium erfolgt.)

Mit Ja antworten:

André, v. Arnim (Templin), Aßmann, Bahn, Banck, Barre, Bartoszkiewicz, Bassenge (Lüben), Bassenge (Lauban), Bauck, Baur, Dr. Becker (Bochum), Becker (Simmern), Behm, Behrend (Danzig), Dr. Beitzke, Bellier de Launay, Dr. Bender (Gumbinnen), v. Bentkowski, Berger, Bering, Berndt (Frankenstein), Dr. Bernhardi, Bertram, v. Beughem, Bleibtreu, v. Bockum-Dolffs, Boecking, Dr. Booft, Borsche, Breßgen, Dr. v. Bunsen, Calow, v. Carlowitz, Dr. v. Carnall, Caspers (Coblenz), Caspers (Mayen), Cetto, Chomse, Graf v. Ciezkowski, Coupienne, Dahlmann, Dekowski, v. Diederichs, Dr. Diesterweg, Dopfer, Drabich, Duncker, Dr. Eberty, Freiherr v. Efebeck, Dr. Faucher, Fliegel, Förster, v. Forckenbeck, Forstmann, Frank, Franour, Frech, Frehsee (Fürstenthum), Frentzel, Dr. Frese (Minden), Fryszatzki, Freiherr v. Gablenz, Geisdorf, Gerstein, Gerth, Dr. Gneist, Gortzitza, Gotischewski, Grabow, Gringmuth, Grobe, Groote, Grundmann, v. Guttry, Haacke (Stendal), Haebler, Haeger, Hagen, Hahn, Harkort, v. Hennig (Strasburg), v. Hennig (Graudenz), Henrici, v. Herford,

Digitized by Google

Herold, Herrmann, Freiherr v. Hilgers, Hinrichs, Hirschberger, Hobbeling, Hoelzer, Hoelzke, Hoffmann (Ohlau), Freiherr v. Hoverbeck, Dr. Hummel, Janiszewski, Immermann, John (Marienwerder), Dr. John (Labiau), Jordan, Jüngken, Dr. Kalau von dem Hofe, Kantak, Kerst, v. Kirchmann, Kleemann, Kleinwaechter, Klotz, Knoevenagel, Dr. Koch, Koehler, Dr. Kosch, v. Koszutski, Kratz, Krause (Züllichau), Dr. Krebs, Krieger (Luckenwalde), Kropff, Kuhlwein, Kyll, Lachnitt, Dr. Langerhans, Larenz, Larz, Latzwitz, Lauffer, van der Leeden, Dr. Lette, Leue, Dr. Libelt, Lietz, Löwe (Bielefeld), Lucas, Ludewig, Dr. Lüning, Lympius, Matthes, May, zur Megede, Meibauer, Mellien, Michaelis, Model, Dr. Müller (Arnswalde), Müller (Anklam), Münzer, Nehse, Neide, Nitschke, Nücker, Ollenroth, Pannier, Papendieck, Parisius (Gardeleben), Parrisius (Brandenburg), Dr. Paur, Pelzer, Pflücker, Pieschel, Pietzker, Post, Prince-Smith, Freiherr v. Proff-Irnich, Dr. v. Prusinowski, Qual, Raffauf, Rahn, Raffow, Rehaag, Reichenheim, Reinhardt, Dr. Respondek, Rey, Richter, Riebold, Riesenstahl, Riel, Riemann, Rintelen, Roemer, v. Roenne (Solingen), Roepell (Danzig), Dr. Roepell (Oels), Roggen, Rohden, Rolshoven, Rudolph, Runge, Dr. Rupp, Salfeldt, Sartorius, v. Saucken (Gerdauen), v. Saucken-Tarputschen, Scheffer-Boichorst, Schick (Schleusingen), Schiebler, Schleß, Schlick (Memel), Schmidt (Randow), Schmidt (Beuthen), Schmiedicke, Schneider (Wanzleben), Schollmeyer, Schroeder, Schultze (Seehausen), Schulz (Herford), Schulze (Berlin), Schumann, Schwarz, Sello, Servatius, Freiherr v. Seidlitz und Kurzbach, Siebert, Dr. Siemens (Lennep), Siemens (Schweinitz), Soenke, Sombart, v. Stablewski, Stavenhagen, Steinhardt, Stock, v. Sybel, Taddel, Dr. Techow, Thomsen, Twesten, v. Unruh (Elbing), Baron v. Vaerst, Velthusen, Voigtel, v. Voß, Wachler, Wachsmuth, Dr. Waldeck, Westermann, Weygold, Wilke, Winkelmann (Recklinghausen), Winkelmann (Frankenstein), Wolff, Dr. Ziegert, Ziegler, Zierenberg, v. Zoltowski (Pleschen), v. Zoltowski (Buk).

Mit **Nein** antworten:

v. Arnim (Neustettin), v. Auerswald, Baier, v. Benda, Bender (Olpe), Graf Bethusy-Huc, Biernacki, Blum, v. Bonin (Genthin), v. Bonin (Stolp), v. Busse, v. Denzin, Evers, Froning, Fubel, v. Gottberg, Gützloe, Hoffmann (Oppeln), Jacob, Karsten, v. Kathen, Krause (Magdeburg), Kühne, v. Langendorff, v. Leipziger, v. Mallinckrodt, Dr. Menzel, Nemitz, Graf Oppersdorf, Ottow, Dr. Freiherr v. Patow, Peterson, v. Pfuhl, Pieper, Plaßmann, Reichensperger (Geldern), Dr. Reichensperger (Beckum), Freiherr v. Richthofen (Striegau), Freiherr v. Richthofen (Jauer), Robert-Tornow, v. Saenger, v. Saucken-Julienfelde, Schmidt (Paderborn), Dr. Schubert, Dr. Schultz (Borken), Dr. Graf v. Schwerin-Putzar, Freiherr v. Seherr-Thoß, Sehmsdorf, v. Selchow, Dr. Simson, Graf v. Strachwitz, Strzybny, Stubenrauch, Freiherr v. Unruhe-Bomst, Freiherr v. Vincke (Stargard), Wanjura, Dr. Zehrt.

Gefehlt haben: Daniels, Graf Dzialinski, Dr. Fellenberg, Funke, Dr. Loewe (Bochum), v. Massow, Metzmacher, v. Morawski, v. Niebelschütz, Dr. v. Niegolewski, v. Olszewski, Graf Plater, Reverchon, Schoemann, Senff.

Krank sind: Kreutz, Mühlenbeck, Pilaski, Schneider (Sagan), Freiherr v. Vincke-Olbendorf.

Beurlaubt sind: Aldenhoven, Buchholtz, v. Chlapowski, Ellering, v. Galhau, Gerlich, Grützmacher, Heidenreich, Krieger (Soldap), v. Lubienski, Olbertz, Osterrath, Overweg, Graf Renard, Dr. v. Rönne (Glogau), v. Rosenberg-Lipinsky, Schulze (Pyritz), Staegemann, Stephann, v. d. Straeten, Thelosen, v. Thokarski, Waldthausen, Weese.

Entschuldigt sind: Graf v. Hacke (Barnim), Seubert, Dr. Virchow.

Digitized by Google

Präsident: Meine Herren! Die Herren Schriftführer haben mir angezeigt, daß der Herr Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Olbendorf) nicht anwesend ist; sie haben aber gleichzeitig bemerkt, daß beim Aufrufe seines Namens zweimal gestimmt worden sei. Da nun feststeht, daß der Herr Freiherr v. Vincke (Olbendorf) krank und beurlaubt ist, so hat die vorige Abstimmung noch rectificirt werden müssen.

Es haben also nur 305 Mitglieder gestimmt und zwar mit Ja 76, mit Nein 229.

Das Resultat der Abstimmung über den Abänderungsvorschlag des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs ist folgendes.

Es haben 303 Mitglieder gestimmt, von diesen mit „Ja" 246, mit „Nein" 57 Mitglieder.

Es ist somit der Antrag angenommen, und wir werden nicht weiter über den Commissions-Antrag abzustimmen haben.

(Der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen [Striegau] bittet ums Wort zur Geschäfts-Ordnung.)

Der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen (Striegau hat das Wort zur Geschäfts-Ordnung.

Abgeordneter Freiherr **v. Richthofen** (Striegau) [vom Platz]: Ich habe vorhin gerufen, daß der Abgeordnete Freiherr v. Vincke (Olbendorf) „krank" sei, und dies ist mißverstanden worden für „Ja."

Ich schließe nunmehr die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten.)

Digitized by Google

Stenographischer Bericht

über die

Adreß-Debatte

im

Preußischen Abgeordnetenhause

vom [illegible]

8. [illegible]

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen

im

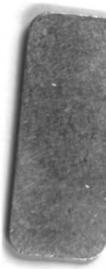
Preußischen Abgeordnetenhause

über den

Militair-Etat

pro 1862.

[illegible]



1934
CHIVERS

Digitized by Google